



# suburban

zeitschrift für kritische stadtforschung

2015

band 3, heft 3

www.zeitschrift-suburban.de

## aufsätze

Neubau-Gentrifizierung  
und globale Finanzkrise

*Sebastian Schipper, Felix Wiegand*

Critical Mass als performative  
Kritik der städtischen  
Verkehrspolitik?

*Anke Strüver*

Gemeinschaftsgärten als  
räumlicher Ausdruck von  
Organisationsstrukturen

*Andreas Exner, Isabelle Schützenberger*

Urban Policy Mobilities.  
Theoretische Grenzen und  
Rekonzeptualisierungen

*Jenny Künkel*

## debatte

Queer Worldings in the  
Urban Age

*Natalie Oswin*

## magazin

Make-Shift-Urbanismus  
in den Zeiten einer  
Absoluten Gegenwart?

*Nina Gribat, Hannes Langguth,  
Mario Schulze*

The Fabric of Communities  
in Struggle

*Ceren Türkmen*

Queer Times

*Karolina Sobel*

---

# Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2015, Band 3, Heft 3  
ISSN 2197-2567

## Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

## Heftkoordination für diese Ausgabe

Nina Gribat, Nina Schuster

## Autor\_innen dieser Ausgabe

Andreas Exner, Nina Gribat, Jenny Künkel, Hannes Langguth, Natalie Oswin, Sebastian Schipper, Mario Schulze, Isabelle Schützenberger, Karolina Sobel, Anke Strüver, Ceren Türkmen, Felix Wiegand

## Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch [jnb@posteo.de](mailto:jnb@posteo.de) (Lektorat)

Robert Hänsch [signtific@jpberlin.de](mailto:signtific@jpberlin.de) (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

## Titelbild

Originalbild von Anna Blattner [info@annablattner.com](mailto:info@annablattner.com), verändert durch s u b \ u r b a n .

## Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor\_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung.

Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor\_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de).

## Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf [www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de)

## Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub-urban e.V.

Bank: GLS Bank

IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00

BIC: GENODEM1GLS

## Kontakt

[www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de) – [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de)

# Inhaltsverzeichnis

	Editorial	5
<b>Aufsätze</b>	Neubau-Gentrifizierung und globale Finanzkrise. Der Stadtteil Gallus in Frankfurt am Main zwischen immobilienwirtschaftlichen Verwertungszyklen, stadtpolitischen Aufwertungsstrategien und sozialer Verdrängung <i>Sebastian Schipper, Felix Wiegand</i>	7
	<i>Critical Mass</i> als performative Kritik der städtischen Verkehrspolitik? Fahrradfahren mit Judith Butler auf dem Gepäckträger <i>Anke Strüver</i>	33
	Gemeinschaftsgärten als räumlicher Ausdruck von Organisationsstrukturen. Erkundungen am Beispiel Wien <i>Andreas Exner, Isabelle Schützenberger</i>	51
	<i>Urban policy mobilities</i> . Theoretische Grenzen und Rekonzeptualisierungen <i>Jenny Künkel</i>	75
<b>Debatte</b>	<i>Queer worldings in the urban age</i> . Die s u b \ u r b a n Journal Lecture beim Deutschen Kongress für Geographie im Oktober 2015 in Berlin <i>Natalie Oswin</i>	99
<b>Magazin</b>	„Make-Shift-Urbanismus“ in den Zeiten einer „Absoluten Gegenwart“? Auf den Spuren städtischer Praktiken um das Ostkreuz in Berlin <i>Nina Gribat, Hannes Langguth, Mario Schulze</i>	111
	<i>The Fabric of Communities in Struggle</i> . Moralische Ökonomie, Alltagswissen und Migration in den Kämpfen um die soziale Stadt <i>Ceren Türkmen</i>	125
	<i>Queer Times</i> <i>Karolina Sobel</i>	137



## Editorial

Liebe Leser\_innen,

thematisch ‚offene‘ Hefte wie das vorliegende ermöglichen unserer Zeitschrift stärker als Themenhefte, den Fokus zu öffnen und den Blick zu weiten. Damit wir weiterhin sowohl interdisziplinär als auch transdisziplinär diskutieren und dabei noch stärkere Bezüge zu den vielfältigen Praktiken und sozialen Bewegungen durch unsere Zeitschrift herstellen können, sind Aufsätze, Debatten- und Magazinbeiträge sowie Rezensionen aus der weitgefächerten ‚Landschaft‘ der Stadtforschung jederzeit willkommen! Eure/Ihre Anregungen und Einreichungen bringen uns weiter in Richtung einer kritischen Stadtforschung, die sich für eine Veränderung der Lebensbedingungen zum Wohle aller positioniert, indem sie sich wissenschaftlich und politisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzt und dabei städtische und soziale Gegebenheiten herausfordert.

Um utopische Gegenentwürfe geht es in diesem Heft nicht nur auf unserem Titelbild, das auf einem Foto von Anna Blattner aus dem Magazinbeitrag ‚*Make-Shift*-Urbanismus in den Zeiten einer Absoluten Gegenwart?‘ basiert. Dieser Beitrag zeigt, wie prekär alternative Lebensentwürfe in vielen Städten trotz anders anmutender öffentlicher Debatten nach wie vor sind – nicht nur am Berliner Ostkreuz. Der kritische Gehalt kollektiver, meist innerstädtischer Raumanneignungspraktiken durch Radfahren und Gärtnern wird von Anke Strüver am Beispiel der Hamburger *Critical Mass* und von Andreas Exner und Isabelle Schützenberger am Beispiel von Wiener *Urban-Gardening*-Projekten diskutiert. Ganz konkrete Raumanneignungen sind auch eine der Folgen der von Sebastian Schipper und Felix Wiegand in ihrem Beitrag beschriebenen Neubau-Gentrifizierungsprozesse des Gallusviertel in Frankfurt am Main. Jenny Künkel beschäftigt sich hingegen mit der Metaebene des (Stadt-)Forschens und plädiert in diesem zweiten Teil ihres Doppelartikels (vgl. erster Teil) zu dem noch jungen Forschungsfeld *urban policy mobilities* für eine kritische Zusammenführung marxistischer und poststrukturalistischer Ansätze.

Ein Beitrag der kanadischen Stadt- und Queerforscherin Natalie Oswin bildet unsere Debatte in diesem Heft. Im Rahmen des diesjährigen

Deutschen Kongresses für Geographie (DKG) im Oktober 2015 in Berlin hat s u b \ u r b a n Oswin gemeinsam mit dem AK Geographie und Geschlecht zu einer *Journal Lecture* eingeladen. Sowohl Urban Studies als auch Queer Studies, so Oswin, treiben ein *worlding*, eine ‚Verweltlichung‘ der untersuchten Probleme, voran. Die Fragestellungen, die aus einem Zusammenführen von urban worlding und queer worlding entstehen, ermöglichen neue Blicke auf die Rolle, die gerade marginalisierte Subjekte in Prozessen von Urbanisierung und Globalisierung spielen. Wir freuen uns sehr, die Übersetzung ihres Beitrag „*Queer worldings in the urban age*“ zu veröffentlichen. Anders als gewohnt möchten wir damit keine Debatte präsentieren, die bereits stattgefunden hat, sondern eine Debatte *anstoßen*. Diese soll dann in den folgenden Heften bestritten werden. Beteiligt euch – beteiligen Sie sich! Unser Magazin beschäftigt sich dieses Mal besonders mit Entwicklungen in Berlin: Ceren Türkmén ebenso wie Nina Gribat, Hannes Langguth und Mario Schulze fragen, wem die Stadt gehört und wer sie macht, wie sie geplant und angeeignet wird.

Thematisch stärker fokussiert wird unserer für Herbst 2016 terminiertes Themenheft „Wer plant die Planung?“. Auf den Call zu diesem Heft, den wir in den kommenden Wochen veröffentlichen, möchten wir an dieser Stelle gern aufmerksam machen.

Die Redaktion wünscht eine anregende Lektüre.

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Yuca Meubrink, Boris Michel, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer

# Neubau-Gentrifizierung und globale Finanzkrise\*

Der Stadtteil Gallus in Frankfurt am Main zwischen immobilienwirtschaftlichen Verwertungszyklen, stadtpolitischen Aufwertungsstrategien und sozialer Verdrängung

Sebastian Schipper

Felix Wiegand

Im Anschluss an die globale Finanzkrise von 2008 lässt sich in vielen deutschen Städten eine neue Welle der Gentrifizierung beobachten. Am Beispiel des traditionellen Arbeiterviertels Gallus in Frankfurt am Main zielt der Beitrag darauf ab, die gegenwärtigen Verdrängungsprozesse aus dem spezifischen Zusammenspiel von stadtpolitischen Aufwertungsbestrebungen und immobilienwirtschaftlichen Verwertungsstrategien zu erklären. Vertreten wird dabei die These, dass die Frankfurter Stadtpolitik, entsprechend ihrer neoliberalen Ausrichtung, im Gallus jahrelang Gentrifizierungsprozesse und die Entstehung einer Ertragslücke zwischen gegenwärtiger und potenzieller Verwertung aktiv gefördert hat – letztere aber erst jetzt im Zuge der Krise an Relevanz gewinnt. Nahezu idealtypisch kann man daher anhand des Gallus zeigen, dass Gentrifizierung wesentlich von lokalen politischen Kräfteverhältnissen abhängt, wobei der Rhythmus jedoch von immobilienwirtschaftlichen Verwertungszyklen diktiert wird.

*Ersteinreichung: 18. Dezember 2014; Veröffentlichung online: 16. November 2015*

*An english abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Einleitung

Der Begriff ‚Gentrifizierung‘ beschreibt stadtteilbezogene Aufwertungsprozesse, bei denen „immobilienwirtschaftliche Strategien der Inwertsetzung und/oder politische Strategien der Aufwertung den Austausch der Bevölkerung für ihren Erfolg voraussetzen“ (Holm 2014: 102). Verdrängung, ausgelöst durch steigende Mieten und/oder den Abriss bislang vergleichsweise günstigen Wohnraums, stellt also keinen ungewollten Nebeneffekt dar, sondern ist das Wesen der Gentrifizierung (Lees et al. 2008, Marcuse 1986). Im Anschluss an die globale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 lässt sich gegenwärtig in vielen Städten in Deutschland und anderswo eine neue Phase von derartigen Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen beobachten. Diese kann dabei als kriseninduzierte „global urban strategy“ (Smith 2002) gefasst werden, insofern Investitionen in Wohnimmobilien angesichts einer Überakkumulation von Kapital beziehungsweise eines Mangels an profitablen Anlagesphären nun Aussicht auf vergleichsweise hohe Renditen eröffnen. Überschüssiges, global zirkulierendes Kapital fließt – wie bereits in früheren Phasen kapitalistischer Entwicklung (Harvey 2013) – erneut verstärkt in den vermeintlich sicheren und zugleich profitversprechenden

\* Der vorliegende Artikel ist vor dem Hintergrund mehrerer kritischer Stadtpaziergänge durch das Gallus entstanden, welche die Autoren seit Juni 2014 auf Anregung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt haben. Wir bedanken uns bei der Stiftung für die Unterstützung.

Immobilienmarkt, wodurch Gentrifizierungsprozesse angetrieben werden (Heeg 2013, Krätke 2014). Um den jeweils konkreten Verlauf solcher Prozesse verstehen zu können, sind neben diesen globalen Tendenzen jedoch ebenso die nationale Regulierung von Finanz- und Wohnungsmärkten, lokale politische Machtverhältnisse sowie stadtteilbezogene Spezifika und Pfadabhängigkeiten zentral (Holm 2013a).

Ausgehend von diesem konzeptionellen Hintergrund richtet unser Beitrag den Blick auf jüngere Gentrifizierungsprozesse im traditionellen Arbeiterviertel Gallus in Frankfurt am Main. Der Stadtteil ist aufgrund seiner innerstädtischen Lage und umfangreicher Neubauprojekte auf ehemaligen Industriebrachen (etwa im so genannten ‚Europaviertel‘, siehe Abb. 5) im Zuge des durch die globale Finanzkrise induzierten Immobilienbooms seit 2010 zu einem neuen Hotspot von Aufwertung und Verdrängung avanciert und jüngst in den Fokus öffentlicher Debatten gerückt. Wie mehrere aus dem Stadtteil entstandene Filmprojekte[1] und von Stadtteilinitiativen durchgeführte Straßenbefragungen veranschaulichen, sind Ängste, perspektivisch aus dem Viertel verdrängt zu werden, weit verbreitet. Diese durchaus berechtigten Befürchtungen drücken sich insbesondere in einer neuen Welle wohnungspolitischer Proteste aus, deren spektakulärste und sichtbarste Spitze in den letzten zwei Jahren insgesamt vier – nach kurzer Zeit von einem Großaufgebot der Polizei geräumte – Hausbesetzungen bilden (Abb. 1).

In auffälligem Kontrast zu alltagsweltlichen Beobachtungen der ortsansässigen Bevölkerung und den zunehmenden wohnungspolitischen Konflikten sind sich stadtpolitische Eliten jedoch uneins, ob die Diagnose Gentrifizierung für das Gallus überhaupt zutrifft. Während etwa der Stadtplanungsamtsleiter Dieter von Lüpke noch 2012 betont, dass „auch in Zukunft keine ernstzunehmende Gefahr“ bestünde, da das Gallus „nicht aktiv von Gentrifizierung bedroht“ (Frankfurter Rundschau (FR) 15.09.2012) sei, prognostiziert der ehemalige Stadtplanungsdezernent Martin Wentz (SPD) im gleichen Jahr: „In drei Jahren werden wir über die Gentrifizierung des Gallus sprechen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 29.07.2012). Dort, wo politische Entscheidungsträger\_innen den Gentrifizierungsdruck nicht grundsätzlich



Abb. 1 Besetztes Haus in der Krieltelerstraße im nördlichen Gallus, Sep. 2013 (Foto: Sebastian Schipper)



bestreiten, wird die Aufwertung häufig als erwünschte Entwicklung aktiv begrüßt und/oder Verdrängung als natürlicher, politisch nicht beeinflussbarer und daher unvermeidbarer Ausdruck einer dynamischen Stadtentwicklung legitimiert (FAZ 29.07.2012, FR 10.07.2013).

In Anbetracht dieses Spannungsverhältnisses zwischen den Positionen der stadtpolitischen Eliten auf der einen Seite und jenen der Bewohnerschaft beziehungsweise stadtpolitischer Aktivist\_innen auf der anderen, wollen wir den konkreten Verlauf und die spezifischen Ursachen der Entwicklungen vor Ort näher analysieren. Ziel und Anspruch ist dabei, die gegenwärtigen Verdrängungsprozesse im Gallus als spezifisches Zusammenspiel von stadtpolitischen Aufwertungsstrategien im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung (Brenner/Theodore 2002, Schipper 2013a) sowie die immobilienwirtschaftlichen Verwertungsstrategien im Kontext der globalen Finanzkrise zu erklären. Vertreten werden wir *erstens* die These, dass die Frankfurter Stadtpolitik jahrelang Gentrifizierungsprozesse durch Maßnahmen zur Steigerung der potenziellen Grundrente aktiv gefördert hat, die daraus resultierende Ertragslücke (*rent gap*) zur bisherigen Verwertung allerdings erst jetzt im Zuge der globalen Finanzkrise ab 2008 an Relevanz gewinnt. Darüber hinaus werden wir *zweitens* argumentieren, dass diesbezüglich insbesondere die Wirkungsmechanismen einer sogenannten Neubau-Gentrifizierung (Davidson/Lees 2005) ausschlaggebend sind. In der internationalen Debatte benennt dieser Begriff einen in Deutschland bisher noch relativ selten erforschten Prozess, bei dem gehobener Wohnungsbau zwar direkt keine Verdrängung auslöst, etwa weil selbiger auf ehemaligen Brachflächen errichtet wird, die umfangreichen Investitionsvolumina jedoch aufgrund von Bodenpreissteigerungen und symbolischen Ausstrahlungseffekten Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse in der unmittelbaren Nachbarschaft auslösen (Stabrowski 2014). Schließlich werden wir *drittens* darlegen, dass die Stadt Frankfurt – im Gegensatz zu vielen anderen, finanzschwachen Kommunen – trotz allem weiterhin sehr effektive Instrumente zur Hand hätte (vor allem in Gestalt kommunalen Eigentums), um die Verdrängung einkommensschwacher Haushalte zu verhindern. Nahezu idealtypisch kann man daher am Gallus zeigen, dass Gentrifizierung kein quasi natürliches Resultat rein ökonomischer Marktkräfte ist, sondern wesentlich von lokalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt.

Gegliedert ist der Artikel wie folgt: Zuerst werden wir die Wohnungs- und Bodenmarktentwicklungen im Gallus in ihrem gesamtstädtischen Kontext verorten und darlegen, dass das Arbeiterviertel aufgrund einer signifikanten Ertragslücke für Investoren attraktiv geworden ist (Kapitel 2). Um die historische Entwicklung dieser *rent gap* zu erklären, werden wir in Kapitel 3 den sozio-ökonomischen Wandel des Viertels seit den 1920er Jahren bis in die späten 2000er Jahre rekonstruieren. Dass nun im Anschluss an die globale Finanzkrise von 2008 eine Neubau-Gentrifizierung droht, werden wir in Kapitel 4 aufzeigen. In Kapitel 5 verdeutlichen wir, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die Eigentümerin von 30 Prozent des gesamten Wohnraums im Gallus ist, bislang Gentrifizierungsprozesse eher beschleunigt als gebremst hat. Abschließend werden wir in einem knappen Ausblick aktuelle Potenziale für progressive wohnungspolitische Interventionen erörtern.

## 2. Warum ist das Gallus für Investoren attraktiv? Innerstädtische Ertragslücken in Frankfurt am Main

Zur mikroökonomischen Erklärung von Gentrifizierungsprozessen unterscheidet Neil Smith (1996) zwischen der realen Grundrente, die sich aus den gegenwärtigen Mietzahlungen speist, und der potenziellen Grundrente, die durch die antizipierte profitabelste Verwertung eines Grundstückes beziehungsweise durch die potentiell höchstmöglichen Mietsteigerungen bestimmt ist. Folgt man der Ertragslückentheorie, wird ein Stadtviertel für Immobilieninvestoren insbesondere dann interessant, wenn die Differenz zwischen gegenwärtiger und potentiell durchsetzbarer Grundrente so sehr steigt, dass sich Investitionen angesichts hoher Renditeerwartungen auch im Vergleich zu anderen Anlagensphären lohnen (Clark 1995).

Warum ein solcher Ansatz für die Erklärung der Attraktivität des Gallus relevant ist, lässt sich anhand folgender Karte der innerstädtischen Viertel in Frankfurt veranschaulichen (Abb. 2). [2] Basierend auf dem Mietspiegel von 2012 sind dort die lagespezifischen Zuschläge als Bestandteil der ortsüblichen Vergleichsmiete dargestellt, die wiederum für die Begrenzung von Mieterhöhungen im Bestand ausschlaggebend ist (Schardt 2012). Die lagespezifische Verteilung der Zu- und Abschläge als Indikator für vergangene Mietpreisentwicklungen zeigt, dass weite Teile der innerstädtischen Viertel mit Hinblick auf die bereits sehr hohe ortsübliche Vergleichsmiete als weitgehend gentrifiziert betrachtet werden können (Bockenheim, Westend, Nordend, Innenstadt, Sachsenhausen, Teile von Bornheim). [3] Berücksichtigt man zudem, dass viele als einfache Wohnlagen charakterisierte Flächen kaum eine Wohnnutzung zulassen (etwa der neue Universitätscampus im Westend oder der Hafen im Osten), bleiben im Wesentlichen zwei großräumige

Abb. 2 Mietspiegel der Stadt Frankfurt, Stand 2012 (Quelle: Amt für Wohnungswesen 2012)

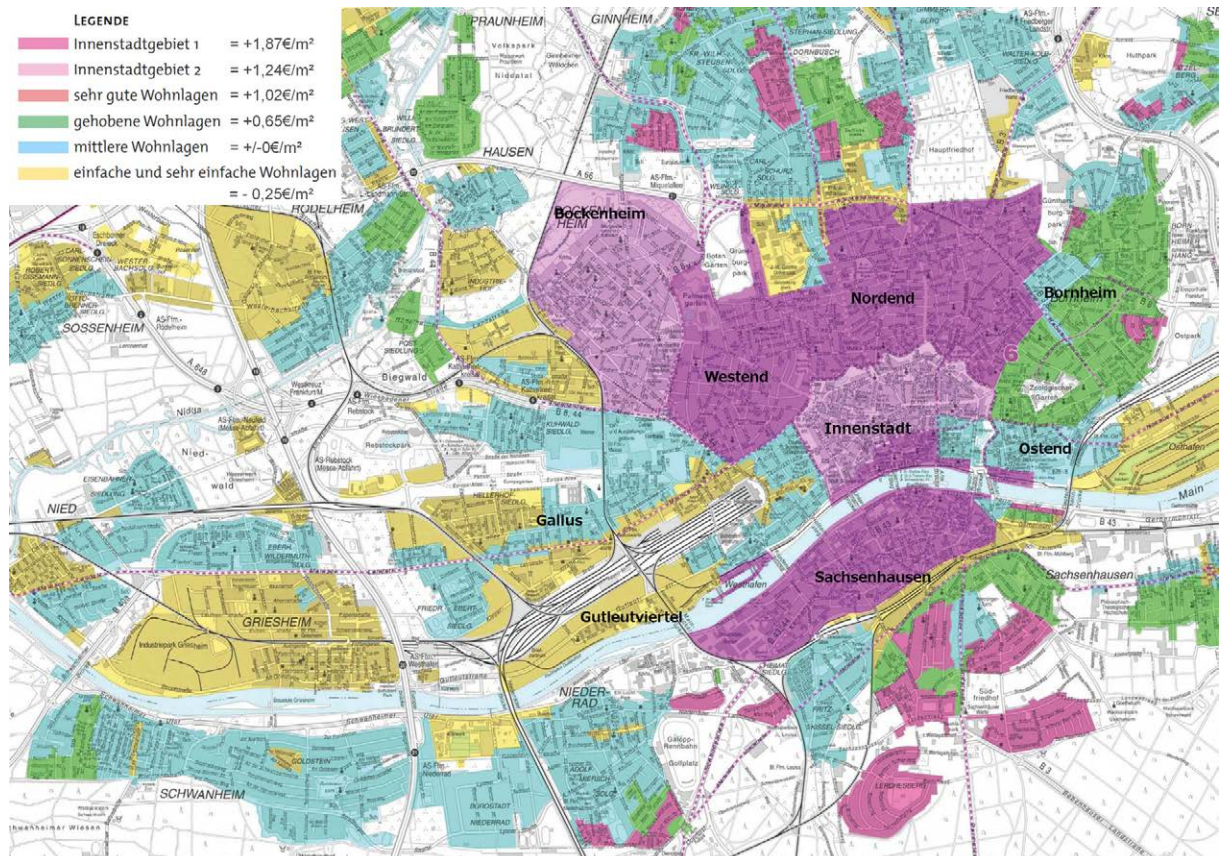
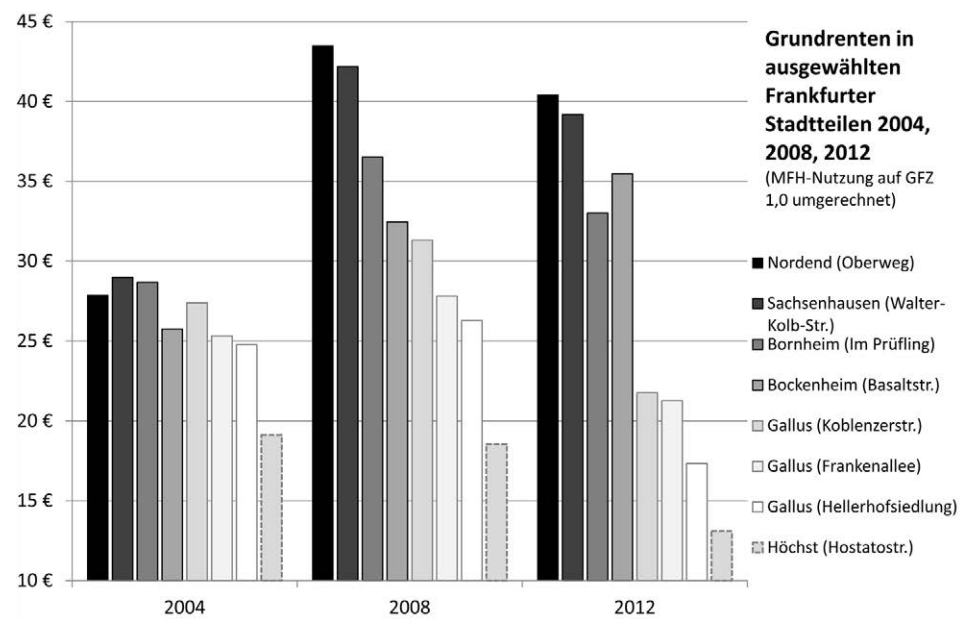


Abb. 3 Entwicklung der Grundrenten in ausgewählten Stadtteilen in Frankfurt am Main (Quelle: Schipper 2013b)



innerstädtische Gebiete, die bislang erschwinglichen Wohnraum in neuem Umfang geboten haben. Dabei handelt es sich zum einen um das Ostend (27.100 EW), das jedoch unter anderem aufgrund des Neubaus der Europäischen Zentralbank unter erheblichem Gentrifizierungsdruck steht, sowie zum anderen um das Gallus (30.200 EW) und das vergleichsweise kleine Gutleutviertel (6.200 EW) westlich der Innenstadt. Angesichts der zentralen Lage dieser Viertel erscheint es aus Sicht von Investoren daher als rational, darauf zu spekulieren, dass sich die Mietentwicklung auch dort zukünftig an derjenigen der anliegenden Viertel orientiert. Insofern Immobilieninvestoren also davon ausgehen, dass eine signifikante Ertragslücke zwischen gegenwärtigen Mietzahlungen und einer höherwertigen Nutzung im gehobenen Wohnsegment existiert und sich diese zukünftig durch entsprechende Strategien der Aufwertung (z. B. Abriss und Neubau, Umwandlung, Sanierung, Mieterwechsel) schließen lässt, steigt der Verwertungsdruck auf die bestehenden Mietverhältnisse und Wohnnutzungen im Gallus.

Abgesehen von den lagespezifischen Unterschieden der ortsüblichen Vergleichsmiete spiegelt sich das Phänomen der Ertragslücke empirisch auch in Bodenpreis- und Grundrentendifferenzen wider. Die bestehenden Grundrentendifferenzen auf Stadtteilebene veranschaulicht exemplarisch Abbildung 3. Dargestellt sind dort die Grundrenten im Gallus im Vergleich zu einer Auswahl von weitgehend gentrifizierten, innerstädtischen Vierteln sowie dem peripheren Stadtteil Höchst. Die Grundrenten wurden aufgrund von Bodenrichtwerten[4] näherungsweise kalkuliert. Es wird erkennbar, dass sich Eigentümer\_innen von Grund und Boden im Gallus aufgrund der innerstädtischen Lage schon seit längerem eine im Vergleich zu peripheren Stadtvierteln höhere Grundrente aneignen können, zugleich aber noch eine erhebliche Differenz nach oben zu den bereits gentrifizierten Vierteln existiert. Die vor allem seit 2008 zunehmende Polarisierung des Grundrentenniveaus zwischen den bereits gentrifizierten Vierteln und dem Gallus impliziert, dass die spekulativen Anreize für Eigentümer\_innen von Wohnimmobilien, Gentrifizierungsprozesse zu initiieren oder zu befördern, steigen. Denn mit dem Erfolg einer solchen Strategie ließe sich das potenzielle Grundrentenniveau im Gallus auf das ungleich höhere der umliegenden Viertel anheben.

Dass solche Strategien erfolgreich zu sein scheinen, macht der neu erhobene Mietspiegel von 2014 anschaulich. Abgesehen davon, dass die ortsübliche Vergleichsmiete für ganz Frankfurt im Vergleich zu 2012 im Durchschnitt um 7,2 Prozent (und im Vergleich zu 2010 um 11,3 Prozent) gestiegen ist, erhält nun auch das östliche, innenstadtnahe Gallus als ‚erweiterter Innenstadtbereich‘ erstmalig einen Lagezuschlag von 0,99 Euro/m<sup>2</sup> (Amt für Wohnungswesen 2014). Die daraus resultierenden Mietsteigerungen können als Indiz interpretiert werden, dass sich die Ertragslücke zwischen realer und potenzieller Verwertung sukzessive schließt – mit dem Effekt, dass einkommensschwache Haushalte aus dem Stadtteil verdrängt werden.[5]

Zusammengefasst kann also die mikroökonomische Ertragslücke als Motor der gegenwärtigen Gentrifizierungsprozesse im Gallus interpretiert werden. Damit ist aber noch nichts darüber gesagt, wie eine solche Lücke historisch entstehen konnte. Vielmehr gilt es zu erklären, warum Mieten und Grundrenten in einem innerstädtischen Viertel in Frankfurt trotz der zentralen Lage lange Zeit vergleichsweise niedrig waren und warum Immobilieninvestoren gegenwärtig offenbar erfolgreich darauf spekulieren, dass Mieten und Wohnungspreise steigen.

### 3. Das Gallus – Historischer Abriss

#### 3.1. Entstehung eines klassischen Arbeiter\_innenviertels

Das Gallus – mit gegenwärtig 30.200 Einwohner\_innen der drittbevölkerungsreichste Stadtteil Frankfurts (Stand 2013) – verdankt seine Entstehung den Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen des späten 19. Jahrhunderts (Becker 1986, Lauer-Seidelmann 2012). Den historischen Kern des Stadtteils bildet ein Areal im Bereich der damaligen südwestlichen Außenstadt von Frankfurt. Dieses wurde von der Stadt im Zusammenhang mit der in den 1880er Jahren erfolgten Errichtung des Hauptbahnhofes, des Hauptgüterbahnhofes sowie des Westhafens als Fabrikviertel ausgewiesen und infrastrukturell erschlossen. Infolge der raschen Ansiedlung zahlreicher Industrie-, Gewerbe- und Handwerksbetriebe begannen um die Jahrhundertwende verschiedene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, in der Nähe der Arbeitsstätten Wohngebäude für Arbeiter\_innen sowie einfache Beamte und Angestellte zu errichten. Im Rahmen des kommunalen Wohnungsbauprogrammes *Neues Frankfurt*[6] wurde diese Bautätigkeit in den späten 1920er und frühen der 1930er Jahren in Gestalt der *Hellerhofsiedlung* (Abb. 5 und 12) sowie der *Friedrich-Ebert-Siedlung* noch einmal intensiviert. Diese Projekte repräsentieren zugleich auch den Abschluss der Entwicklung des Gallus zu einem „klassische[n]“ Arbeiterviertel, in dem, trotz funktionaler Trennung, Arbeiten und Wohnen der Niedrigeinkommenshaushalte auf relativ engem Raum integriert waren“ (Tharun/Unterwerner 1993: 308). Ein wichtiges Moment dieser Prägung war die „lokale Hegemonie der verschiedenen Arbeiterinstitutionen“ (Ronneberger/Keil 1995: 327), also Parteien, Gewerkschaften, Vereine etc., die das ‚Rote Gallus‘ in der Zwischenkriegszeit zu einer Hochburg von SPD und KPD sowie zu einem Ort häufiger Streiks und eines vergleichsweise aktiven Widerstandes gegen den Nationalsozialismus machte (Becker 1986: 51 ff., Lauer-Seidelmann 2012).

### 3.2. Deindustrialisierung und sozio-ökonomischer Niedergang

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich an dem Charakter des Gallus als Industrie- und Arbeiterviertel zunächst wenig. Bis zum Jahr 1961 erreichte die Bevölkerungszahl mit über 37.000 beinahe wieder das Vorkriegsniveau von knapp 40.000. Im Verlauf der 1960er Jahre und verstärkt seit den 1970er Jahren setzte dann jedoch eine Reihe umfassender sozio-ökonomischer Restrukturierungsprozesse ein (Kirst 2006, Ronneberger/Keil 1995, Tharun/Unterwerner 1993, Welz 1992). Insofern diese Veränderungen im breiteren Kontext der Krise des Fordismus beziehungsweise des Übergangs zu einer post-fordistischen, neoliberalen Entwicklungsweise stehen, lassen sich im Gallus die Auswirkungen und Widersprüche dieser gesamtgesellschaftlichen Transformation in räumlich und sozial verdichteter Form beobachten.

Bei diesen Prozessen handelt es sich *erstens* um den grundlegenden Wandel der ökonomischen Basis des Viertels. Ausschlaggebend hierfür war zunächst eine – sich in mehreren Wellen vollziehende – Restrukturierung und schließlich Abwanderung des produzierenden Gewerbes und eine dadurch ausgelöste großflächige Deindustrialisierung. So wurden im Gallus von 1970 bis 1987 annähernd 60 Prozent der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe abgebaut, ohne dass diese negative Beschäftigungsentwicklung durch das parallel einsetzende Wachstum des Dienstleistungssektors hätte aufgefangen werden können (Tharun/Unterwerner 1993: 306). Dass Deindustrialisierung und Tertiarisierung insbesondere in den 1980er Jahren an Dynamik gewannen, lag dabei nicht zuletzt an der (Planungs-)Politik der Stadt Frankfurt, die diese Restrukturierungsprozesse – ihrer generell zunehmend unternehmerischen, konkurrenzorientierten Ausrichtung (Schipper 2013a) folgend – „von Anfang an [...] weitgehend wohlwollend und flexibel auf Investorenwünsche reagierend [begleitet hat]“ (Tharun/Unterwerner 1993: 311, vgl. auch Kirst 2006: 40 ff.). Charakteristisch hierfür war unter anderem der so genannte ‚Speerplan‘ (1983), der die quer durchs Gallus verlaufende Mainzer Landstraße (insbesondere den innenstadtnahen östlichen Teil bis zur Galluswarte) als eine der zentralen Achsen der geplanten City-Erweiterung auswies und eine entsprechend hochverdichtete Arbeitsplatznutzung in Bürohochhäusern vorsah. Als Reaktion auf diese Planung und angesichts eines generellen, spekulativen Immobilienbooms im Kontext der Global City-Formierung Frankfurts (Schipper 2013b: 191 ff.) nahmen Immobilieninvestoren ab Mitte der 1980er Jahre eine positive Neubewertung des Gallus vor, dessen Lagepotential zuvor wegen der sozioökonomischen Struktur sowie des Standortes zwischen den Gleisanlagen des Güterbahnhofes im Norden und des Hauptbahnhofes im Süden eher gering eingeschätzt worden war. Infolgedessen stiegen die Bodenpreise im östlichen Teil der Mainzer Landstraße im Verlauf der 1980er Jahre um das Zehnfache, die Mehrzahl der Grundstücke wechselte den die Besitzer\_in (Tharun/Unterwerner 1993: 306f). Wie etwa die im Jahr 1992 unter starkem Protest vollzogene Schließung der traditionsreichen Büromaschinenfabrik *Triumph-Adler* exemplarisch verdeutlicht, wurde es unter diesen Bedingungen selbst für Industrieunternehmen und Gewerbebetriebe westlich der Galluswarte zunehmend lukrativer, den Grundstückwert ihrer Betriebsimmobilie zu realisieren, statt die Produktion weiterzuführen.

Parallel und in enger Verbindung mit diesen ökonomischen Veränderungen verlief *zweitens* eine tiefgreifende soziale Transformation des Viertels. Diese beruhte zunächst auf einer bereits in den 1960er Jahren einsetzenden – und keineswegs auf das Gallus beschränkten – Abwanderung der besserverdienenden, mehrheitlich deutschen (Fach-)Arbeiter\_innen, Beamten und Angestellten, die aus den überwiegend kleinen und renovierungsbedürftigen Wohnungen[7] in Neubaugebiete am Stadtrand zogen. So verlor das Gallus zwischen 1970 und 1987 42 Prozent seiner deutschen Wohnbevölkerung (Tharun/Unterwerner 1993: 309). Ersetzt wurde sie durch ‚Gastarbeiter\_innen‘, die aufgrund vielfältiger rassistischer Diskriminierungen nur zum unteren Segment des Wohnungsmarktes Zugang hatten und wegen der im städtischen Vergleich eher geringen – und trotzdem häufig übersteuerten – Mieten ins Gallus zogen (Borris 1973: 129 ff.). In Folge stieg der Migrant\_innen-Anteil an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich auf gegenwärtig knapp 42 Prozent. Die mit dieser Entwicklung verbundene Entstehung zahlreicher migrantischer Vereine, Netzwerke und Gewerbe, aber auch die strukturelle Benachteiligung des Stadtviertels, unter anderem infolge der markanten Unterrepräsentation bei Wahlen, prägen das Gallus bis heute nachhaltig. Der starke Zuzug von Arbeitsmigrant\_innen konnte jedoch nicht verhindern, dass die Bevölkerung des Viertels zwischen 1970 und 1987 um insgesamt 22 Prozent zurückging (Tharun/Unterwerner 1993: 309). Da im selben Zeitraum infolge der umfangreichen Deindustrialisierung die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger\_innen deutlich anstieg und die traditionellen proletarischen Netzwerke und Institutionen erodierten, erhielt das Gallus im städtischen Diskurs ein deutlich negatives, häufig klassistisch und rassistisch konnotiertes Image. In diesem Sinne diagnostizierten Anfang der 1990er Jahre, als es nach der temporären Zunahme des Zuzugs von Migrant\_innen zur Überbelegung einzelner Wohnungen kam, nicht mehr nur die Boulevardmedien, sondern auch kritische Stadtforscher\_innen eine „beginnende Ghattobildung“ (Ronneberger/Keil 1995: 327).

### 3.3. *Gescheiterte Gentrifizierungsversuche und der Status quo*

Parallel zu solchen Diagnosen des Niedergangs wurden Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre im Kontext der Tertiarisierungsprozesse und spekulativer Immobiliengeschäfte im Gallus indes auch erstmals Warnungen vor einem steigenden Aufwertungsdruck, der Umwandlung von billigem Wohnraum in Büroflächen sowie der Verdrängung der angestammten, einkommensschwachen Bevölkerung laut. Statt gegen einzelne Studierende und Kulturschaffende, die seit Mitte der 1970er Jahre bestenfalls „sporadisch zu Pionieren einer kleinräumigen Gentrifizierung“ (Tharun/Unterwerner 1993: 309) geworden waren, richtete sich die Kritik mehrheitlich gegen die investorenfreundliche Politik der Stadt, die es zum Beispiel unterlassen hatte, Investoren mittels baurechtlicher Verordnungen zur Errichtung bezahlbaren Wohnraumes zu verpflichten oder die Umwandlung von Wohn- in Büroraum zu verhindern (ebd.: 311 f., Welz 1992).

Trotz eines kontinuierlichen Anstiegs des generellen Mietniveaus – gerade auch in den Wohnsiedlungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG (Kirst 2006: 87) – erwiesen sich Befürchtungen vor einer großflächigen

„Yuppiefizierung“ (Welz 1992: 85) des Gallus jedoch insofern als verfrüht, als eine Mitte der 1990er Jahre einsetzende Immobilienkrise (Schipper 2013b: 192) die Dynamik der sozialräumlichen Transformation des Gallus deutlich abbremste. In der Folge wurden viele geplante Umwandlungs- und Neubauprojekte temporär gestoppt, so dass umfassender Leerstand und mehrere, vor allem im Westen des Gallus gelegene Industrie- und Gewerbebrachen einen nun zunehmend „schleppende[n] Strukturwandel“ (Kirst 2006: 84) beziehungsweise das Scheitern der städtischen Aufwertungs politik anzeigten. Auch wenn die 1998 erfolgte Aufgabe des Hauptgüterbahnhofes und die anlaufende Planung für das Europaviertel sowie ein weiterer Immobilienboom um die Jahrtausendwende erneut als Zeichen einer beginnenden Aufwertung gedeutet wurden, änderte sich am Status quo zunächst wenig. Während die Bevölkerungszahl im Verlauf der 1990er Jahre weitgehend stagnierte, nahm insbesondere die Dichte an Sozialhilfeempfänger\_innen weiter zu, was dem Gallus endgültig den Status als „neues Armutsgebiet“ einbrachte (Klage 2005: 182 f.). Als Reaktion auf die räumliche Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und einer auch städtebaulich schwierigen Situation (z. B. starke Umwelt- und Verkehrsbelastung, Mangel an öffentlichen Grün- und Spielflächen), wurde das Viertel im Jahr 2001 in das Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* für ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf‘ aufgenommen (Stadt Frankfurt 2006). Neben der Einführung neuartiger Steuerungs- und Beteiligungsverfahren (u. a. Quartiersmanagement, Stadtteilbüro) dienten die Fördermittel in Höhe von knapp 10 Millionen Euro – sowie weitere 20 Millionen Euro aus städtischen Programmen – seither vor allem dazu, verschiedene soziale, insbesondere (aus-)bildungs- und beschäftigungsorientierte Projekte anzustoßen sowie städtebauliche Maßnahmen durchzuführen (z. B. der Bau eines Quartierspavillons, die Sanierung und Umgestaltung öffentlicher Plätze oder die Errichtung von Fuß- und Radwegen, Spielplätzen etc.). Im Rahmen einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit wurde zudem, etwa in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Gewerbeverein, aktiv versucht, das Image des Stadtviertels zum Positiven zu verändern, wozu unter anderem auch die Schließung beziehungsweise Umgestaltung mehrerer ‚Wasserhäuschen‘ (Trinkhallen bzw. Kioske) beitragen soll.

Das in diesem Zusammenhang gezeichnete Bild, wonach das Gallus in den letzten Jahren einen ‚positiven Wandel‘ erfahren habe, hat in der öffentlichen Wahrnehmung mittlerweile den lange dominierenden Diskurs über ein Viertel im sozio-ökonomischen Niedergang größtenteils abgelöst. Wie weit diese Verschiebung inzwischen reicht, veranschaulichen immobilienwirtschaftliche Werbestrategien, in denen etwa unter dem Slogan „Echt Gallus“ die zuvor lange Zeit negativ konnotierte soziale und ethnische Vielfalt des Viertels – sein ‚bunter Mix‘ – als besondere Standortqualität hervorgehoben wird (Abb. 4). Dieser Imagewandel darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gallus heute zwar zurecht als „sozial stabil“ (Kirst 2006: 92) gilt, es aber nach wie vor ein Stadtviertel ist, in dem einkommens- und sozial schwache Haushalte überrepräsentiert sind: So liegt insbesondere die Arbeitslosenquote (7 Prozent gegenüber 5,3 Prozent) sowie der Anteil von Empfänger\_innen staatlicher Sozialleistungen (20 Prozent gegenüber 12,6 Prozent) jeweils deutlich über dem städtischen Durchschnitt



Abb. 4 Werbung für Eigentumswohnungen in der Kleyerstraße, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)

(Bürgeramt 2013: 80, 126), während sich umgekehrt der Einkommensmedian (brutto, sozialversicherungspflichtig, Vollzeit) mit 2.620 Euro gegenüber dem gesamtstädtischen Mittel von 3.291 Euro auf vergleichsweise niedrigem Niveau befindet (Bürgeramt 2012: 84).

Im Anschluss an die globale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 ist das Gallus jedoch erneut in den Fokus immobilienwirtschaftlicher Verwertungsstrategien gerückt. Angesichts eines krisenbedingten Mangels an profitablen Anlagesphären einerseits und der mikroökonomischen Ertragslücke im Gallus andererseits versprechen Wohnimmobilien hier plötzlich vergleichsweise hohe Renditen. Die in den 1990er Jahren noch gescheiterten Aufwertungsprozesse und Großprojekte haben dadurch wieder an Dynamik gewonnen. Um zu veranschaulichen, wie auf ehemaligen Brachflächen (Abb. 5) ein überwiegend gehobenes Wohnangebot realisiert und dadurch Prozesse der Neubau-Gentrifizierung (Davidson/Lees 2005) ermöglicht worden sind, werden wir im Folgenden am Beispiel des Europaviertels und anderer Konversionsflächen das Zusammenspiel aus immobilienwirtschaftlichen Verwertungsstrategien und stadtpolitischer Rahmensetzung näher beleuchten.

#### **4. Neubau-Gentrifizierung im Kontext stadtpolitischer Aufwertungsstrategien: Das Europaviertel und andere Konversionsflächen im Gallus**

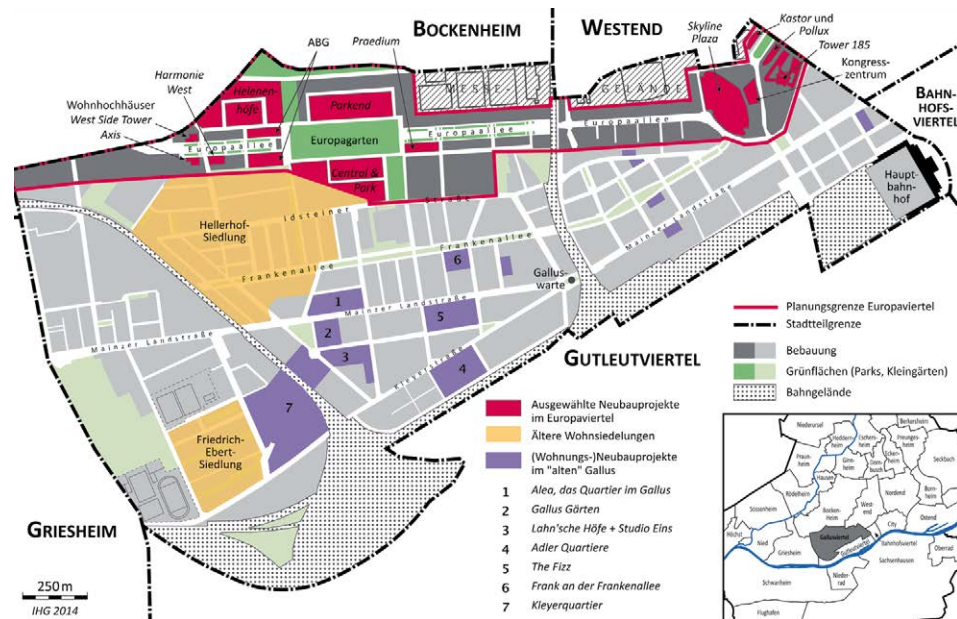
##### *4.1. Das neue Gallus: Wohnen im Europaviertel*

Mit rund 145 Hektar Fläche und einer Investitionssumme von mehreren Milliarden Euro ist das in nördlicher Nachbarschaft zum Gallus gelegene (und administrativ diesem zugehörige) Europaviertel eines der zurzeit umfassendsten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Nach seiner Fertigstellung Anfang der 2020er Jahre soll es, so die offiziellen Angaben, neben 30.000 Arbeitsplätzen und Erweiterungsflächen für die Messe auch bis zu 6.000 Wohnungen bieten. Seinen Ausgang nahm das Projekt Mitte der 1990er Jahre, als die *Deutsche Bahn AG* die Aufgabe des Hauptgüterbahnhofs bekannt gab. Neben dem Rückgang des Transportvolumens im Güterverkehr lässt sich diese Entscheidung insbesondere auf das gesteigerte Interesse der Bahn an einer möglichst profitablen Verwertung ihrer größtenteils innenstadtnahen Liegenschaften zurückführen (Langhagen-Rohrbach 2003: 147 f).[8]

Als „Startschuss“ (Langhagen-Rohrbach 2003: 148) für das Europaviertel diente eine bereits vor der 1998 erfolgten Betriebsaufgabe des Güterbahnhofs veröffentlichte Absichtserklärung, in der eine der beiden neuen Grundstückseigentümerinnen[9], die Stadt Frankfurt sowie die Firma *Stella AG* den Bau eines mehr als eine Milliarde DM teuren *Urban Entertainment Centers* am östlichen Geländeingang ankündigten. Dieses Vorgehen ist charakteristisch für den gesamten Planungsprozess, in dem die Eckpunkte des Projektes durch Absprachen einflussreicher Akteur\_innen vorab festgelegt wurden und die Stadt eine profitorientierte Entwicklung durch das Aufstellen eines großzügigen Hochhausentwicklungsplanes sowie den weitgehenden Verzicht auf sozialpolitische Vorgaben aktiv beförderte. Zudem wurde – zumindest zu Beginn – über zentrale Planungsschritte, wie z. B. die Erstellung des Rahmenplanes, „hinter verschlossenen Türen“



Abb. 5 Neubauprojekte im Gallus und Europaviertel, Stand Sept. 2014 (Karte: Elke Alban)



(ebd.: 149), das heißt ohne Beteiligung einer kritischen Öffentlichkeit entschieden. Auch deshalb blieben frühzeitige Warnungen einer Bürgerinitiative und von kritischen Stadtforscher\_innen, dass vom Europaviertel „eine Sogwirkung auf das benachbarte Gallus ausgehen“ werde, weitgehend ungehört: „Die dortigen Mietpreise werden steigen, Wohnungen werden luxussaniert werden, Leute mit wenig oder ohne Einkommen strukturell verdrängt.“ (WobiG 1998, vgl. auch Kirst 2006, Langhagen-Rohrbach 2003: 156 f.).

Betrachtet man die konkreten Projekte, die im Europaviertel entlang der in Ost-West-Richtung verlaufenden Europa-Allee realisiert worden sind (Abb. 5), wird ersichtlich, warum diese Befürchtungen mehr als berechtigt sind. So entstanden seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre im östlich der Emser Brücke gelegenen Areal neben der bereits 2001 abgeschlossenen Erweiterung der Frankfurter Messe mehrere Hotels, Geschäfts- und Büroflächen sowie Gebäudekomplexe mit hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungen in geschlossener Blockrandbebauung (Abb. 6). Zudem wurden hier anstelle des zunächst geplanten *Urban Entertainment Centers* – und unter Verzicht auf den hierfür ursprünglich vorgesehenen Wohnanteil von 30 Prozent – das Einkaufszentrum *Skyline Plaza* sowie ein

Abb. 6 Blick von der Emser Brücke auf das östliche Europaviertel und die Europa-Allee, Juni 2013 (Foto: CC Epizentrum)



Kongresszentrum gebaut und 2013 beziehungsweise 2014 eröffnet. Darüber hinaus laufen gegenwärtig die konkreten Planungen für einen Teil jener Büro- und Wohnhochhäuser, die seit dem vorherigen Immobilienboom um die Jahrtausendwende im Hochhausrahmenplan der Stadt Frankfurt vorgesehen sind, von denen bisher aber nur das 200 Meter hohe, 2012 fertig gestellte Bürogebäude *Tower 185* realisiert werden konnte. Demnach sollen an diesem Standort unter anderem ein zusätzliches Bürohochhaus, das mit 160 Metern höchste Wohngebäude Deutschlands sowie zwei bis drei weitere Wohnhochhäuser entstehen. Schließlich besteht nach wie vor Baurecht für den sogenannten *Millenium-Tower*, der mit bis zu 369 Meter einer der höchsten Wolkenkratzer Europas werden könnte, dessen Realisierung bislang aber höchst ungewiss ist.

Im Unterschied zu dieser sehr verdichteten Bebauung und dem hohen Anteil gewerblicher Nutzung war der westliche, auf den ehemaligen Gleisanlagen des Güterbahnhofes gelegene Teil des Europaviertels von Beginn an mehrheitlich als weitläufiges Wohnquartier vorgesehen. Obwohl der Planungsprozess unter stärkerer Beteiligung von Ortsbeirat und Bürgerinitiativen verlief als im östlichen Teil, konnten Grundstückseigentümerin und Investoren auch hier in wichtigen Fragen (z. B. die Größe des zentral gelegenen Parks, der Verlauf der U-Bahn-Verlängerung und die Aufteilung der hierfür anfallenden Kosten oder die Preisstruktur der angebotenen Wohnungen) ihre Interessen durchsetzen (Langhagen-Rohrbach 2003: 161 ff.). Da die Bahn das Areal noch bis Mitte der 2000er Jahre als Rangierfläche nutzte, aber auch, weil ein zu diesem Zeitpunkt kriselnder Immobilienmarkt zu geringe Renditeaussichten eröffnete (Kirst 2006: 58 f., 80 f.), wurde in diesem Teil des Europaviertels erst Ende des Jahrzehntes, das heißt mit Einsetzen des jüngsten (Wohn-)Immobilienbooms, tatsächlich mit dem Bau begonnen. Seither entstehen dort rund um einen sechs Hektar großen Park, den *Europagarten*, verschiedene Wohnquartiere sowie mit den beiden *Boulevards Mitte* und *West* zwei gemischt genutzte Abschnitte, in denen Büros, Nahversorger, Kitas usw. untergebracht werden. Dominiert wird das Bild dabei von Projekten wie der gehobenen Wohnanlage *Central & Park* oder dem selbsternannten ‚Edelquartier‘ *Parkend*, in denen Mieter\_innen und Käufer\_innen das Gefühl vermittelt werden soll, „weit weg vom Mittelmaß“ (Werbeslogan) zu sein (Abb. 7).[10] Nicht weit entfernt von *Parkend*, am westlichen Ende des Europaviertels entstehen die beiden Wohntürme *Westside Tower* und *Axis*, wo für bis zu 20 Euro/m<sup>2</sup> Miete beziehungsweise knapp 10.000 Euro/m<sup>2</sup> Kaufpreis mit einem *Concierge-Service* oder einem eigenen Hundewaschplatz geworben wird. Kaum geringer fallen die Preise für die Wohnungen im Objekt *Harmonie West* sowie dem Wohnhochhaus *Praedium* aus, welches die landeseigene, öffentliche Wohnungsbaugesellschaft *Nassauische Heimstätte* über ihr Tochterunternehmen *NH ProjektStadt GmbH* realisiert (Abb. 8). Etwas günstiger, für untere Einkommensschichten jedoch ebenfalls unerschwinglich, sind die 12 bis 15 Euro/m<sup>2</sup>, welche die städtische Wohnungsbaugesellschaft *ABG Holding* für ihre Mietwohnungen verlangt. Als Sozialwohnungen dienen lediglich die 400 Wohneinheiten der *Helenenhöfe*, die am nordwestlichen Ausgang des Europaviertels von dem privaten Wohnungsbauunternehmen *Sahle Wohnen* errichtet und später für 5 bis 5,50 Euro/m<sup>2</sup> an anspruchsberechtigte



Abb. 7 Wohnblock Central & Park im Europaviertel, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)



Abb. 8 Baufeld für Praedium, ein Wohnhochhaus der Nassauischen Heimstätte, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)

Haushalte vermietet werden. Vor dem Hintergrund, dass es sich dabei lediglich um knapp sieben Prozent des gesamten Wohnangebots handelt, mutet es beinahe zynisch an, wenn der städtische Planungsdezernent Olaf Cunitz (Die Grünen) die *Helenehöfe* als deutlichen Beleg dafür wertet, „dass im Europaviertel nicht nur hochpreisige Wohnungen entstehen“ (FNP 08.03.2014). Zu berücksichtigen ist zudem, dass Sozialwohnungen in Hessen nur für fünf bis maximal 20 Jahre der Belegungs- und Preisbindung unterliegen. Nach Ablauf der Bindungsfrist dürfen aber auch diese Wohnungen zu Marktpreisen vermietet oder verkauft werden.

Als Fazit kann man festhalten, dass im Europaviertel nördlich des alten Gallus überwiegend gehobener und luxuriöser Wohnraum entsteht, weil politische Entscheidungsträger\_innen bewusst darauf verzichtet haben, den potenziell tiefgreifenden Einfluss der öffentlichen Hand zu nutzen, um Wohnraum für unterschiedliche Einkommensgruppen zu ermöglichen. Stattdessen entsteht auf dem Areal des Europaviertels zu über 90 Prozent gehobenes Wohnen (ab 12 Euro/m<sup>2</sup> Miete), weil *erstens* die öffentlichen Flächen der DB profitorientiert verwertet und privatisiert worden sind, *zweitens* eine investorenfreundliche Stadtplanung weitgehend marktorientiert und „flexibel bis zum Anschlag“ (Heeg 2012) agiert hat, und *drittens* die städtischen (ABG) und landeseigenen (NH) Wohnungsbauunternehmen selbst profitorientiert handeln und lediglich hochpreisige Segmente bedienen.

#### 4.2. Wohnungsbau auf weiteren Konversionsflächen im alten Gallus

Die dargestellten Entwicklungstendenzen beschränken sich indes nicht nur auf die Neubauten im Europaviertel, sondern treffen in leicht abgeschwächter Form ebenso auf die zahlreichen hochpreisigen Wohnungsbauprojekte zu, die infolge des kriseninduzierten Immobilienbooms seit etwa 2010 auf Konversionsflächen im Bereich des alten Gallus verwirklicht werden (Abb. 5). So entstehen etwa auf den wenigen noch vorhandenen Baulücken und Konversionsflächen im östlichen Bereich des Gallus ca. 300 Miet- und Eigentumswohnungen, die mit einer Preisspanne von 3.500 bis 5.500 Euro/m<sup>2</sup> zwar nicht ganz das Topniveau des benachbarten Europaviertels erreichen, sich aber ebenfalls eindeutig an ein zahlungskräftiges Klientel richten.

Noch umfangreicher fallen aktuell die Bauprojekte im westlichen Teil des Gallus aus, wo auf den Flächen ehemaliger Autohäuser, Handwerksbetriebe und Getränkemärkte sowie auf einem Areal der früheren *Adlerwerke*, das seit der Immobilienblase Anfang der 1990er Jahre brach lag, neue Miet- und



Abb. 9 Adlerquartiere Louis am Park und Harry's Lofts, Kleyerstraße, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)

Eigentumswohnungen entstehen. Die Entwicklung konzentriert sich dabei räumlich zwischen Kleyerstraße und Frankenallee – allein hier werden bis zum Jahr 2016 verteilt auf mehrere Projekte über 2.000 neue Wohnungen errichtet. Wie umfassend der Aufwertungsprozess inzwischen ist, verdeutlicht die Preisstruktur der Neubauten: Während im Fall des bereits fertiggestellten ‚Mehrgenerationenquartiers‘ *Frank an der Frankenallee* zumindest ein geringer Teil der Wohnungen öffentlich gefördert ist und sich die Mieten (12 Euro/m<sup>2</sup>) und Eigentumspreise (3.000 Euro/m<sup>2</sup>) auch im frei finanzierten Bereich eher am unteren Durchschnitt des Europaviertels orientieren, fallen sie in den zum Teil frühzeitig an institutionelle Investoren verkauften Projekten wie den *Lahn'schen Höfen* oder den diversen *Town- und Roofhouses* der *Adler Quartiere* deutlich höher aus (Abb. 9). Gleiches gilt für die 224 Apartments im *Studio Eins* oder für das von einem privaten Investor zum hochpreisigen ‚Studentenwohnhaus‘ umgebaute ehemalige Ordnungsamt, in dem die 390 maximal 24m<sup>2</sup> großen Zimmer um 550 Euro warm kosten sollen. Die generelle Stoßrichtung all dieser – und mehrerer weiterer – Projekte offenbart der Vorstandsvorsitzende des Immobilienunternehmens *Opera One AG*, Ralph Jerrey, der angesichts des von seiner Firma geplanten „hoch attraktiven“ Wohnquartiers *Gallus Gärten* „von einem ‚neuen Gallusviertel‘ [träumt] und von einer ‚Insel‘ spricht, auf der er mittleren und gehobenen Wohnungsbau realisieren will“ (FAZ 29.07.2012). Einer solchen Entwicklung stehen schließlich auch die jüngst veröffentlichten Pläne für das *Kleyerquartier* nicht entgegen. Auf einer der letzten großen gewerblichen Konversionsflächen des Gallus am ehemaligen Standort der Firmen *Avaya* und *Teves* entstehen 1.200 Wohnungen, wovon 15 Prozent nach dem Frankfurter Mittelschichtprogramm (15-35 Prozent unter der örtlichen Marktmiete) gefördert werden sowie weitere 15 Prozent auf Sozialwohnungen (5 Euro/m<sup>2</sup>) entfallen sollen. Angesichts der sonstigen Entwicklung des Viertels erscheinen die 180 Sozialwohnungen, die auf diesem Weg maximal errichtet werden, jedoch bestenfalls als Tropfen auf den heißen Stein und kaum geeignet, der drohenden Verdrängung einkommensschwacher Schichten aus dem Gallus entgegenzuwirken.

### 4.3. ‚Niemand hat die Absicht, das Gallus zu gentrifizieren...‘

Zusammenfassend hat also die Aussicht, im Gallus höhere Mieten und Wohnungspreise erzielen zu können, in den letzten Jahren eine umfassende Neubautätigkeit auf industriellen Brachflächen, insbesondere im Europaviertel, nach sich gezogen. Damit einher gehen Befürchtungen innerhalb der ortsansässigen Bevölkerung, dass das massive Investitionsvolumen im Neubau zu Ausstrahlungseffekten auf die noch relativ günstigen Bestandswohnungen in der unmittelbaren Nachbarschaft (Abb. 10 und 11) führen könnte und somit zukünftig eine Welle der Neubau-Gentrifizierung zu erwarten sei. Ein derartiger Zusammenhang wird jedoch bemerkenswerterweise von stadtpolitischen Entscheidungsträger\_innen in der Regel vehement bestritten. So betont etwa der grüne Stadtplanungsdezernent Olaf Cunitz in einem Zeitungsinterview, dass der Wohnungsneubau im gehobenen Preissegment „eine sozialverträgliche Durchmischung und Aufwertung“ verspräche, wobei Sorgen von Anwohner\_innen, das Wohnen im Gallus werde durch solche Projekte auf lange Sicht teurer, „unbegründet“ (FR 10.07.2013) seien. Vielmehr entstünde auf ehemaligen Gewerbebrachen „viel neuer Wohnraum ohne Verdrängung alteingesessener Mieter“ (FR 20.11.2013). Im Unterschied zum obersten Stadtplaner kommt der Gutachterausschuss für Immobilienwerte der Stadt Frankfurt hingegen zu einem etwas differenzierteren Fazit. In seinem Bericht von 2014 heißt es etwa, dass „der Wohnungsneubaumarkt und die Umwandlungswelle mittlerweile das Gallus erreicht [haben]. Neben der nachgefragten Innenstadtlage kommt die Nähe zum Europaviertel diesem Quartier zu Gute [Anm. d. Verf.: Natürlich kommt diese Entwicklung nicht ‚dem Quartier‘, sondern den dortigen Immobilienbesitzer\_innen zu Gute]. Ob dies im Endeffekt zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur führt, wird sich in den nächsten Jahren zeigen“ (Gutachterausschuss 2014: 11).

Warum die Nähe zum Europaviertel den Immobilienbesitzer\_innen womöglich zu Gute kommen wird und einen verschärften Prozess der Neubau-Gentrifizierung auslösen könnte, veranschaulichen die kleinräumigen Preisdifferenzen beziehungsweise Ertragslücken zwischen den beschriebenen Neubauarealen und dem alten Wohnungsbestand im Gallus. Gemäß dem IHK Wohnungsmarktbericht (2013: 15 f., eigene Berechnungen) liegen die

Abb. 10 Blick in die Lahnstraße im südlichen Gallus, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)

Abb. 11 Blick in die Hattersheimerstraße an der Grenze zum Europaviertel, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)



Kaltmieten bei Neuvertragsabschlüssen im Europaviertel um 40 Prozent und die Eigentumspreise um 70 Prozent über denjenigen im alten Gallus. Im Gegensatz zu den Beschwichtigungen des Frankfurter Stadtplanungsdezernenten deuten die erheblichen nähräumlichen Ertragslücken darauf hin, dass die geäußerten Befürchtungen vor einem Prozess der Neubau-Gentrifizierung sehr wohl berechtigt sind. Im Sinne der *rent-gap*-Theorie kann das gegenwärtig erzielte Mietniveau im Europaviertel aufgrund der gleichen Lagequalitäten zugleich als Annäherung an die potenzielle Grundrente im gesamten Gallus gelesen werden. Denn aus Sicht privater Investoren gibt es keinen Grund, warum nach Aufwertung, Modernisierung oder Abriss die Mieten im jetzigen Bestand dauerhaft niedriger sein sollen als diejenigen, die sich auf den Neubauf Flächen nebenan realisieren lassen.

Insofern Investoren also angesichts der zu erwartenden Ausstrahlungseffekte darauf spekulieren, zukünftig im Gallus ein höheres Mietniveau durchsetzen zu können, lassen sich *erstens* die daraus resultierenden immobilienwirtschaftlichen Strategien der Inwertsetzung als zentrale Dynamik einer Neubau-Gentrifizierung identifizieren. Diese wird *zweitens* durch die Funktionsweise des Mietspiegels befördert: Da die hohen Mietabschlüsse im Europaviertel und in den Neubauten im alten Gallus zukünftig in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete einfließen[11], werden erhebliche Mieterhöhungen im Bestand ermöglicht – ein Zusammenhang, der anhand des im Mietpiegel 2014 neu eingeführten Innenstadtzuschlags für das östliche Gallus bereits sichtbar wird (vgl. Kapitel 2). Und schließlich ist *drittens* zu erwarten und zum Teil bereits zu beobachten, dass es infolge städtebaulicher Maßnahmen (wie jener des Programms *Soziale Stadt*) und des vermehrten Zuzugs einkommensstarker Haushalte zu einer symbolischen Aufwertung des städtischen Raums, zu neuen Nachfragemustern sowie zu einer veränderten Gewerbestruktur kommt, wodurch Verdrängungsprozesse verstärkt werden (Stabrowski 2014).

Vor diesem Hintergrund einer drohenden Neubau-Gentrifizierung ist es daher entscheidend, inwiefern die Stadt Frankfurt ihre wohnungspolitischen Instrumente – und hier insbesondere die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ABG – nutzt, um zukünftig zumindest Verdrängungsprozesse im Bestand zu bremsen oder gar zu verhindern.

## 5. Wohnen im Bestand:

### **Zur Rolle der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding in gegenwärtigen Gentrifizierungsprozessen**

Die *ABG Frankfurt-Holding* ist ein 1991 gegründetes Tochterunternehmen der Stadt, das seitdem als Konzernmutter sämtlicher städtischer Wohnungsbaugesellschaften fungiert. Ende 2013 gehörten zum Bestand der ABG 50.483 Wohnungen, wovon 33.841 frei finanziert sind (ABG 2014a). Im Verhältnis zum gesamten Frankfurter Wohnungsangebot von 366.000 Einheiten entspricht dies knapp 14 Prozent aller Wohnungen (ABG 2013: 22) beziehungsweise gut 18 Prozent aller Mietwohnungen (eigene Berechnungen). Kontrolliert wird die als GmbH organisierte ABG von einem Aufsichtsrat, dem der Oberbürgermeister – derzeit Peter Feldmann (SPD) – vorsteht und der sich ansonsten je zur Hälfte aus Mitarbeiter\_innen der ABG

und Vertreter\_innen der Stadt zusammensetzt (Stand 2014: 6x CDU, 3x Die Grünen, 1x SPD) (ABG 2014b: 68). In den Jahren 2012 und 2011 hat die ABG einen Konzernjahresüberschuss von jeweils rund 50 Millionen Euro erzielt, 2013 und 2014 ist diese Summe auf über 60 Millionen Euro angestiegen (ABG 2014a; 2013: 2). Von den Überschüssen wird jährlich ein einstelliger Millionenbetrag an die Stadt Frankfurt als einzige Gesellschafterin ausgezahlt. Da der überwiegende Anteil der Gewinne somit im Unternehmen verbleibt, ist die Eigenkapitalquote der Holding kontinuierlich von 18,8 Prozent (2001) auf 34,9 Prozent (2012) gestiegen (ABG 2013: 2; 2004: 2).

Während die ABG über ihren umfangreichen Bestand bereits einen erheblichen Einfluss auf gesamtstädtische Wohnungsmarktentwicklungen ausübt, kann die Stellung der ABG im Gallus sogar als nahezu marktbeherrschend charakterisiert werden. Von den ca. 16.000 Bestandswohnungen im Viertel (davon 1.800 in Sozialbindung) befinden sich 5.500 Wohneinheiten (davon 820 in Sozialbindung) im Besitz der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft (FAZ 29.07.2012). Die Bewirtschaftungspraxis des Wohnungskonzerns bestimmt somit wesentlich die Entwicklung des allgemeinen Mietniveaus im Stadtteil. Anders ausgedrückt könnte die ABG angesichts der Aufwertungsprozesse und der drohenden Neubau-Gentrifizierung direkt über die Mietentwicklung in den eigenen Beständen sowie indirekt über deren Eingang in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete signifikant auf das Mietpreisniveau einwirken. Folglich entscheiden nicht anonyme Marktkräfte, sondern die Stadt vermittelt über ihr Wohnungsunternehmen darüber, ob einkommensschwache Haushalte aus ABG-Wohnungen verdrängt werden oder ob der stadteigene Wohnungsbestand dazu genutzt wird, insgesamt dämpfend auf die Mieten einzuwirken.

Bezüglich der Frage, inwiefern die Stadt ihren Handlungsspielraum nutzt, kommen Vertreter\_innen und Kritiker\_innen der ABG zu gänzlich unterschiedlichen Einschätzungen. So heben Vertreter\_innen der *ABG Holding* sowie die mit ihr verbundenen städtischen Entscheidungsträger\_innen stets hervor, dass die Holding auch einem sozialpolitischen Anspruch verpflichtet sei. Der ABG-Geschäftsführer Frank Junker betont etwa: „Vom Sozialhilfeempfänger bis zum Generaldirektor soll und kann jeder bei der ABG Wohnraum finden. [...] Damit sind wir gerade in Quartieren wie dem Gallus ein Garant dafür, dass es dort nicht zu Gentrifizierung kommt“ (FR 24.02.2014). Als Begründung wird dabei angeführt, dass die ABG *erstens* nicht aus dem Bestand privatisiere, *zweitens* die Miete bei bestehenden Mietverträgen maximal bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete anhebe (womit sie jedoch lediglich das deutsche Mietrecht respektiert) und *drittens* die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen im Bestand fünf Prozentpunkte unter der gesetzlich vorgeschriebenen Grenze von 20 Prozent beziehungsweise jetzt 15 Prozent in drei Jahren liege (wodurch letztlich nicht die absolute Höhe der Miete, sondern nur die Geschwindigkeit der Mietsteigerung etwas stärker gedämpft wird).

Kritiker\_innen halten dem entgegen, dass die ABG in den meisten Fällen ihre rechtlichen Möglichkeiten für Mietsteigerungen bis zur gesetzlichen Höchstgrenze ausschöpfe (FNP 16.01.2013) und sich daher in der Bewirtschaftungspraxis kaum von einem profitorientierten privaten Investor unterscheide. Dass diese Einschätzung der Realität durchaus näher kommt als die Eigendarstellung der ABG, verdeutlicht eine Reihe von Indizien.

*Erstens* begreift sich die ABG selbst in erster Linie als „ein Wirtschaftsunternehmen“, das unter der Maxime agiert, nur „etwas [zu] machen“, wenn „wir damit Geld verdienen“ (Geschäftsführer Frank Junker zit. n. FR 24.02.2014). Demzufolge wird die ABG sozialpolitisch nur dann aktiv, wenn sie – ähnlich wie private Investoren auch – öffentliche Subventionen durch den Verkauf von Belegungsrechten oder im Form von zinsgünstigen Darlehen für geförderten Wohnraum in Anspruch nehmen kann. Aufgrund der Dominanz einer gewinnorientierten Grundausrichtung hat die Holding im Unterschied zu gemeinnützigen Wohnungsunternehmen kein intrinsisches Interesse daran, eigene finanzielle Ressourcen und Überschüsse für sozialpolitische Zwecke einzusetzen (Kuschinski 2014, Tharun/Körner 2001: 187 ff.).

*Zweitens* liegen sowohl die Bestands- als auch die Wieder- und Neuvermietungsmieten der ABG nur jeweils leicht unter dem allgemeinen Durchschnittsniveau. Während etwa die Mietangebote bei privaten Vermietern im Gallus zwischen 13-16 Euro/m<sup>2</sup> schwanken, bietet die ABG auf ihrem Portal Wohnungen für 11,50-15 Euro/m<sup>2</sup> an und erzielt im freifinanzierten Neubau laut Angabe des Magistrats (Magistrat der Stadt Frankfurt 2014b) stadtweit einen durchschnittlichen Mietpreis von 12,06 Euro/m<sup>2</sup>. Im Bestand lagen die ABG-Mieten Ende 2013 im Durchschnitt bei 7,64 Euro/m<sup>2</sup>, also mit 5,4 Prozent nur leicht unter dem zu diesem Zeitpunkt gültigen Niveau des Mietspiegels von 8,08 Euro/m<sup>2</sup> (ebd.). Da der Mietspiegel aufgrund der spezifischen Erhebungsmethoden immer etwas über dem realen Durchschnitt liegt (Schardt 2012), kann man schlussfolgern, dass die Mieten in ABG Wohnungen sowohl bei Neuvermietung als auch im Bestand aller Voraussicht nach ungefähr dem jeweiligen Marktniveau entsprechen und damit (fast) genauso hoch sind wie bei privaten Eigentümern auch. Zu vermuten ist zudem, dass die geringfügigen Differenzen zu privaten Anbietern nicht aus dem sozialen Anspruch des Unternehmens resultieren, sondern vielmehr dem architektonisch weniger attraktiven Wohnungsbestand geschuldet sind. Denn im Vergleich zu privaten Eigentümern besitzt die ABG im Gallus überproportional viele einfache Wohnungen, die ab den 1920er Jahren im Rahmen des Wohnungsbauprogramms des *Neuen Frankfurts* errichtet worden sind – wie beispielsweise die *Hellerhofsiedlung* mit allein 1.200 Wohnungen (Abb. 12).

*Drittens* gab es laut Angabe des Magistrats der Stadt Frankfurt (2014a; 2013) im Bereich des Ortsbeirats 1 (wozu neben dem Gallus auch das Gutleutviertel, das Bahnhofsviertel und die Altstadt zählen) zwischen 2011 und 2013 insgesamt 266 Zwangsräumungen. Dass davon 160 von öffentlichen Wohnungsunternehmen, das heißt überwiegend von der ABG, und nur 106 von privaten Eigentümern eingeleitet worden sind, spricht nicht unbedingt dafür, dass das städtische Wohnungsunternehmen gemäß einem sozialen Auftrag agiert. Schließlich sei viertens angemerkt, dass die Stadt Frankfurt 1999 eine nicht bindende Vereinbarung (den so genannten ‚Frankfurter Vertrag‘) mit der ABG geschlossen hat, die vorsah, dass Wohnungen, die aus der Sozialbindung fallen, weiterhin zu Sozialmieten an berechnigte Einkommensgruppen vermietet werden. Der Vertrag gilt jedoch seit langem als gescheitert, da sich die städtische Wohnungsbaugesellschaft nicht an die Vereinbarung gehalten hat (Kuschinski 2014: 35). Dementsprechend kommt Eva Kuschinski (2014) in ihrer Studie zur Wohnungspolitik der ABG





Abb. 12 Einfache Wohnungen in der Hellerhofsiedlung, Idsteiner Straße, Aug. 2014 (Foto: David Schommer)

zu dem Schluss, dass die Holding aufgrund ihrer renditeorientierten internen Struktur und der damit verbundenen betriebswirtschaftlichen Ausrichtung kaum aus eigener Motivation dem sozialen Auftrag nachkommt, bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Schichten sicherzustellen (vgl. auch Tharun/Körner 2001: 187 ff.). In einem solchen Sinne agiert die ABG nur dann, wenn sie explizit von der Stadt Frankfurt durch klare Vorgaben dazu gezwungen wird, wie es etwa bei der Absenkung der Kappungsgrenze geschehen ist, oder Fördermittel für Belegungsrechte beziehungsweise sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden.

Aus diesem Grund ist es entscheidend, die wohnungspolitische Ausrichtung der städtischen Politik in den Blick zu nehmen und zu fragen, auf welche politischen Ziele die Stadt Frankfurt ihre ABG verpflichtet. Angesichts einer sich seit den 1980er Jahren sukzessive formierenden Hegemonie der unternehmerischen Stadt (Schipper 2013a) ist diesbezüglich zu konstatieren, dass auch die wohnungspolitische Ausrichtung der Stadt Frankfurt spätestens seit Mitte der 1990er Jahre primär darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt in der interurbanen Konkurrenz um einkommensstarke Haushalte der Mittel- und Oberschicht zu stärken und „Wissensnomaden für mindestens eine Generation an diesen Standort zu binden“ (Oberbürgermeisterin Petra Roth 2010, zit. n. Schipper 2013a: 321). Diese politische Stoßrichtung spiegelt sich etwa stadtplanerisch in zahlreichen gehobenen Neubau-Projekten (Schipper 2013b) und wohnungspolitisch in der Halbierung des Bestands an öffentlich geförderten Sozialwohnungen von knapp 68.000 (1990) auf nun unter 30.000 Wohneinheiten wider (Schipper 2013a: 350). Die dem

zugrunde liegende neoliberale Rationalität städtischen Regierens kennzeichnet ebenso die wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt, die 2006 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und zuletzt 2008 aktualisiert worden sind. Dort heißt es etwa, dass für die Verbesserung der sozialen Vielfalt stadtplanerisch „ein ausreichendes Wohnungsangebot für den mittleren bis gehobenen Bedarf“ geschaffen und bei der Bereitstellung von Wohnbauflächen „die gehobenen Ansprüche verstärkt berücksichtigt“ (Stadt Frankfurt 2008: 7) werden müssten. Für den entsprechenden Neubau könnte auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft als Investor gewonnen werden. Entgegen deren ursprünglichem sozialpolitischem Auftrag, primär in bezahlbaren Wohnraum für niedrige Einkommensschichten zu investieren, werden die in der *ABG Holding* zusammengefassten kommunalen Wohnungsunternehmen nun also als „wichtige Partner und effektive Instrumente“ in die Pflicht genommen, „die Attraktivität der Stadt Frankfurt am Main als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten“ (ebd.: 15 f.).

Betrachtet man also zusammenfassend das Selbstverständnis der ABG und die politischen Zwecke, die die Stadt Frankfurt mit ihrer Wohnungsbaugesellschaft verfolgt, so kann geschlussfolgert werden, dass die ABG Gentrifizierungsprozesse im Gallus (und anderswo) tendenziell eher befördert als bremst. Aufgrund ihrer binnenprivatisierten Struktur und der dominanten betriebswirtschaftlichen Rationalität begreift sich die ABG selbst als ‚normales‘ Wohnungsunternehmen, welches primär gewinnorientiert zu wirtschaften hat. Um Gentrifizierung zu bremsen oder gar zu verhindern, müsste daher die Stadt als alleinige Gesellschafterin klare politische Vorgaben zur Deckelung von Mietpreisentwicklungen sowie zur Begrenzung von Renditeinteressen erlassen, die die Gemeinnützigkeit des Unternehmens verbindlich festschreiben. Zumindest bislang sind die wohnungspolitischen Leitlinien und Vorgaben aber eher durch gegenteilige Anweisungen gekennzeichnet, da die ABG per politischem Beschluss auf Gewinnorientierung getrimmt und bislang als Instrument der Aufwertung im interkommunalen Wettbewerb um gehobene Mittelschichten genutzt worden ist. Die wenigen materiellen Zugeständnisse, wie etwa die leicht abgesenkte Kappungsgrenze, sind im Verhältnis zu den faktischen Möglichkeiten eines Unternehmens, das jährlich über 60 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet, als marginal zu interpretieren.

## 6. Fazit und Ausblick

Die gegenwärtigen Verdrängungsprozesse im Gallus aus dem spezifischen Zusammenspiel von stadtpolitischen Aufwertungs- sowie immobilienwirtschaftlichen Verwertungsstrategien zu erklären, war Anspruch dieses Beitrages. Aufgezeigt haben wir dabei, dass eine innerstädtische *rent gap* als Motor von Gentrifizierungsprozessen interpretiert werden kann (Kapitel 2) und dass stadtpolitische Aufwertungsstrategien jahrzehntelang den Anstieg der potenziellen Grundrente ermöglicht und aktiv gefördert haben (Kapitel 3). Deutlich geworden ist ebenso, dass eine zentrale Lage in Verbindung mit stadtpolitischen Aufwertungsstrategien allein aber noch nicht notwendigerweise Gentrifizierungsprozesse induziert, sondern dies von ökonomischen Krisen- und Wachstumsphasen abhängt. Konkret haben im Falle des Gallus

die stockende *global-city*-Formierung Frankfurts und der damit verknüpfte Einbruch am Immobilienmarkt Anfang der 1990er Jahre die sich bereits andeutenden Aufwertungstendenzen abrupt beendet. Erst die globale Finanzkrise von 2008 hat bewirkt, dass Kapital auf der Suche nach vermeintlich sicheren und profitablen Anlagesphären wieder verstärkt in (innerstädtische) Wohnungsmärkte wie das Gallus strömt, wodurch nun eine Welle der Neubau-Gentrifizierung angetrieben wird (Kapitel 4). Nichtsdestotrotz ist aber auch damit noch kein Automatismus der Verdrängung in Gang gesetzt, da die Stadt Frankfurt über ihre stadtplanerischen Instrumente (Bebauungspläne, städtebauliche Verträge) und vor allem mittels des stadteigenen Wohnungsunternehmens sowohl im Neubau eine soziale Mischung hätte durchsetzen können als auch einkommensschwache Mieter\_innen im Bestand effektiv vor Verdrängung schützen kann (Kapitel 5).

Nahezu idealtypisch kann man daher am Gallus zeigen, dass Gentrifizierung kein natürliches Resultat rein ökonomischer Marktkräfte ist, sondern wesentlich von lokalen politischen Kräfteverhältnissen geprägt wird. Bislang waren selbige durch eine jahrzehntelange hegemoniale Zustimmung zur unternehmerischen Stadt gekennzeichnet, insofern städtische Eliten nahezu konsensual die Aufwertung innerstädtischer Viertel als Instrument im Wettbewerb um gehobene Mittelschichten und globale Wissensnomaden begrüßt haben (Schipper 2013a). Angesichts der eskalierenden Widersprüche und zunehmenden Proteste lassen sich gegenwärtig jedoch zumindest im Bereich der Wohnungspolitik gewisse Risse identifizieren. So fordert beispielsweise der seit Juli 2012 amtierende Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) seit Sommer 2014, die Mieten in ABG-Wohnungen für drei Jahre praktisch einzufrieren, um Verdrängungsprozesse zu bremsen – womit er sich jedoch bislang nicht gegen die schwarz-grünen Mehrheiten in Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Aufsichtsrat durchsetzen konnte (Stadtverordnetenversammlung 2014: 56 ff.). Nichtsdestotrotz bieten derartige Brüche innerhalb der politischen Eliten durchaus Potenzial, um über außerparlamentarischen Druck lokale Kräfteverhältnisse tatsächlich substantziell zu verschieben und gegebenenfalls eine postneoliberale Wohnungspolitik durchzusetzen. Gegenwärtig unternehmen vor allem verschiedene Mieterinitiativen, zum Teil gemeinsam mit stadtpolitischen Aktivist\_innen aus dem linken Spektrum, verstärkt Schritte in diese Richtung, indem sie sich mit eigenen Forderungen aktiv in die Stadtpolitik einmischen und im Vorfeld der für 2016 anstehenden Kommunalwahlen Druck von unten erzeugen.[12] In einer gesellschaftlichen Situation, in der angesichts breiter Diskussionen über „Die neue Wohnungsfrage“ (Schönig 2013) ein temporärer Mietenstopp zumindest wieder ernsthaft diskutiert werden kann, lassen sich dabei sogar weitergehende Forderungen nach einer Dekommodifizierung des Wohnens und einer grundlegenden Demokratisierung der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft stark machen.[13] An Konzepten, wie Wohnraum dauerhaft aus den Marktlogiken herausgelöst und demokratisch in Selbstverwaltung organisiert werden könnte, um Gentrifizierung auch langfristig zu verhindern, mangelt es jedenfalls nicht (Holm 2013b).

## Endnoten

- [1] Z. B. die 2013 entstandene Dokumentation „Gallus bleibt Gallus“ von Sabine Hoffmann, Jana Schlegel und Jörg Hein.
- [2] Abstrakte Kategorien marxistischer Gesellschaftstheorie empirisch zu operationalisieren, ist stets mit einer gewissen Herausforderung verbunden. Dies gilt auch für die Rententheorie (Clark 1995, Schipper 2013b). Die hier gewählte räumliche Darstellung der Mietniveaus kann daher tatsächlich nur als grobe Annäherung dienen, um auf die Existenz einer *rent gap* hinzuweisen. Real umfassen Mietzahlungen sowohl die Verzinsung des investierten Baukapitals als auch die Grundrente für die Verwertung des Bodens.
- [3] Freilich gibt es auch in diesen Viertel noch gewisse kleinräumige Nischen, die etwa dadurch entstehen, dass Kleineigentümer\_innen aus diversen Gründen nicht profitmaximierend wirtschaften und daher die rechtlichen Mieterhöhungspotenziale nicht voll ausschöpfen.
- [4] Bodenrichtwerte beschreiben durchschnittliche Lagewerte, die von städtischen Gutachterausschüssen aus aktuell abgeschlossenen Kaufverträgen, unter anderem zur steuerlichen Bewertung des Grundbesitzes, kalkuliert werden. Bodenrichtwerte eignen sich als Annäherung zur Berechnung der Grundrente im marxischen Sinne, da die Gutachterausschüsse bestrebt sind, den reinen Bodenpreis unter Absehung des investierten Baukapitals zu ermitteln. Um die lagespezifischen Veränderungen in den Blick nehmen zu könne, wurden nur solche Gebiete ausgewählt, bei denen sich weder die Nutzungsart (Wohnen, Mehrfamilienhaus) noch die Bebauungsdichte verändert hat. Für eine ausführlichere Darstellung der Methode siehe Schipper (2013b).
- [5] Um die tatsächlichen Verdrängungsdynamiken auf Nachbarschaftsebene in den Blick nehmen zu können, wäre ein methodisches Repertoire anzuwenden, welches sowohl soziale Aufwertungsprozesse (d. h. Austausch der Bevölkerung) als auch überdurchschnittliche immobilienwirtschaftliche Ertragssteigerungen erfasst. Einen überzeugenden Vorschlag liefert diesbezüglich Andrej Holm (2014), der am Beispiel Berlins die zeitliche Entwicklung der sozialen Lage (Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Existenzsicherung, Kinderarmut) und der Angebotsmieten auf der Ebene von LOR-Planungsräumen (LOR = Lebensweltlich orientierte Räume) analysiert, um Gentrifizierungsgebiete zu identifizieren.
- [6] Das städtische, nicht-profitorientierte Stadtplanungsprogramm *Neues Frankfurt* unter Leitung von Oberbürgermeister Ludwig Landmann und dem Stadtbaurat Ernst May erlangte in den 1920er Jahren internationale Berühmtheit. Vor dem Hintergrund einer eklatanten Wohnungsnot und dem Leitgedanken ‚Bauen für das Existenzminimum‘ folgend entstanden in Frankfurt 12.000 einfache Wohneinheiten für Arbeiterhaushalte.
- [7] Dass diese Beschreibung gerade auch für den Wohnungsbestand der sich im städtischen Besitz befindlichen *Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen* (ABG) und *HellerhofAG* zutrif, war – neben dem unmittelbaren Auslöser einer bis zu 60 prozentigen Mieterhöhung – eine der zentralen Ursachen für einen umfassenden Mietstreik, an dem sich im Jahr 1972/73 über 1.000 Mietparteien beteiligten. Das Gallus war dabei eines der Zentren dieser Auseinandersetzung (Häuserrat Frankfurt 1974: 213 ff.).
- [8] Dieses Interesse ist selbst eine direkte Konsequenz der 1994 erfolgten Gründung der *Deutschen Bahn AG* als privatrechtliche, profitorientierte Aktiengesellschaft. Es fand seinen Ausdruck u. a. in dem Konzept *Projekte 21*, wonach in rund zwanzig deutschen (Groß-)Städten der Bahnbetrieb räumlich neu geordnet und die auf diesem Weg frei werdenden Betriebsflächen für groß angelegte Stadtentwicklungsprojekte genutzt werden sollten. In Gestalt von *Frankfurt 21* war dieses Vorhaben auch in der Mainmetropole geplant. Während die Verlagerung des Hauptbahnhofes unter die Erde im Jahr 2001 aus Kostengründen (vorläufig) gescheitert ist, wurden die Pläne, das Areal des Hauptgüterbahnhofes als Stadtentwicklungsgebiet zu nutzen, ab 1997 als eigenständiges Projekt weiterverfolgt und schließlich in Gestalt des Europaviertels realisiert.
- [9] Bei den beiden Grundstückseigentümerinnen handelte es sich zunächst um die *Eisenbahnimmobilienmanagement GmbH* (EIM), die ehemalige Bahn-Liegenschaften verkaufen und die Erlöse an den Bund abführen sollte, sowie um die Bahn-Tochter *Deutsche Bahn Immobilien GmbH* (DBImm), d. h. um zwei de facto öffentliche Unternehmen. EIM wurde 2001 in die *Vivico Real Estate GmbH* überführt und schließlich 2007 für über eine Milliarde Euro an die österreichische Immobilienfirma *CA Immo* verkauft, d. h. privatisiert. Ebenfalls 2007 verkaufte die Bahn ihre Anteile an der *Aurelis Real Estate GmbH*,

die 2002/03 aus der DBImm hervorgegangen war, an ein Konsortium aus internationalen Investoren und Immobilienfonds. Entsprechend der Besitzverhältnisse zwischen diesen beiden Eigentümerinnen erfolgte die Entwicklung des Europaviertels getrennt zwischen einem kleineren, östlich der Emser Brücke gelegenen Teil (*EIM/Vivico/CA Immo Deutschland*) sowie einem größeren, westlichen Abschnitt (*DBImm/Aurelis*).

- [10] Ein Gefühl, das unter gänzlich anderen Vorzeichen wohl auch die rumänischen Bauarbeiter im Europaviertel hatten, die im Oktober 2012 aus Protest gegen ihren Stundenlohn von 1,09 Euro ihre Arbeit niederlegten (FR 26.10.2012).
- [11] Zur Funktionsweise von Mietspiegeln siehe Schardt (2012).
- [12] Etwa im Rahmen des wohnungspolitischen Bündnisses „Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?“; siehe <http://www.stadt-fuer-alle.net/>
- [13] Siehe Forderungen des Bündnisses Eine Stadt für alle! (2015).

## Autor\_innen

Sebastian Schippers Forschungsschwerpunkte beinhalten Stadtpolitik, politische Ökonomie des Wohnens und städtische soziale Bewegungen.  
s.schipper@geo.uni-frankfurt.de

Felix Wiegands Forschungsschwerpunkte beinhalten die urbane Dimension von Krisen, Austeritätspolitiken und sozialen Kämpfen sowie das Verhältnis von Stadt und Staatlichkeit.  
wiegand@em.uni-frankfurt.de

## Literatur

- ABG Frankfurt-Holding (2014a): ABG setzt Maßstäbe für Wohnungsversorgung. Pressemitteilung vom 09.07.2014. <http://www.frankfurt.de> (letzter Zugriff am 18.07.2014).
- ABG Frankfurt-Holding (2014b): Geschäftsbericht 2013. [http://www.abg-fh.com/images/content/geschaeftsberichte/GB\\_2013.pdf](http://www.abg-fh.com/images/content/geschaeftsberichte/GB_2013.pdf) (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- ABG Frankfurt-Holding (2013): Geschäftsbericht 2012. [http://www.abg-fh.com/images/content/geschaeftsberichte/ABG-GB-2012\\_web.pdf](http://www.abg-fh.com/images/content/geschaeftsberichte/ABG-GB-2012_web.pdf) (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- ABG Frankfurt-Holding (2004): Geschäftsbericht 2003. [http://www.abg-fh.com/images/content/geschaeftsberichte/ABG-GB\\_2003.pdf](http://www.abg-fh.com/images/content/geschaeftsberichte/ABG-GB_2003.pdf) (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- Amt für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt am Main (2014): Mietspiegel 2014. Frankfurt am Main: Zarbock.
- Amt für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt am Main (2012): Mietspiegel 2012. Frankfurt am Main: Zarbock.
- Becker, Helmut (1986): Wer klassenbewusst war, war im Konsum: Arbeiterkinder und -jugendliche im Gallus-Viertel 1918-1933. Frankfurt am Main: dipa.
- Borris, Maria (1973): Ausländische Arbeiter in einer Großstadt. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Frankfurt. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (2002): Cities and the geographies of actually existing neoliberalism. In: *Antipode* 33/3, 349-379.
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen (2013): Materialien zur Stadtbeobachtung, Heft 15. [http://frankfurt.de/sixcms/media.php/678/MSB\\_ST\\_15\\_Kapitel\\_4.pdf](http://frankfurt.de/sixcms/media.php/678/MSB_ST_15_Kapitel_4.pdf) (letzter Zugriff am 22.09.2014).
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen (2012): Materialien zur Stadtbeobachtung, Heft 13. [http://frankfurt.de/sixcms/media.php/678/MSB\\_ST\\_13\\_Kapitel\\_4.pdf](http://frankfurt.de/sixcms/media.php/678/MSB_ST_13_Kapitel_4.pdf) (letzter Zugriff am 22.09.2014).
- Clark, Eric (1995): The rent gap re-examined. In: *Urban Studies* 32/9, 1489-1503.
- Davidson, Mark / Lees, Loretta (2005): New-build gentrification and London's riverside renaissance. In: *Environment and Planning A* 37/7, 1165-1190.
- Eine Stadt für alle! (2015): Forderungen. <http://www.autistici.org/abgkampagne/wp-content/uploads/2015/04/Forderungen.pdf> (letzter Zugriff am 26.10.2015)

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (29.07.2012): Das Gallusviertel steht vor dem Wandel. <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt-das-gallusviertel-steht-vor-dem-wandel-11836528.html> (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- Frankfurter Neue Presse (16.01.2013): ABG setzt auf Energieeffizienz. <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/ABG-setzt-auf-Energieeffizienz;art675,159771> (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- Frankfurter Neue Presse (08.03.2014): Europaviertel wird sozial gemischt. <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Europaviertel-wird-sozial-gemischt;art675,776504> (letzter Zugriff am 31.10.2014).
- Frankfurter Rundschau (15.09.2012): Gallus Gentrifizierung. Besser als sein Ruf. <http://www.fr-online.de/frankfurt/gallus-gentrifizierung-besser-als-sein-ruf,1472798,17256776.html> (letzter Zugriff am 15.06.2014).
- Frankfurter Rundschau (26.10.2012): Frankfurt Neubaugebiet Europaviertel: 1,09 Stundenlohn. <http://www.fr-online.de/frankfurt/frankfurt-neubaugebiet-europaviertel-1-09-euro-stundenlohn,1472798,20722696.html> (letzter Zugriff am 31.10.2014).
- Frankfurter Rundschau (10.07.2013): Luxuswohnungen im Gallusviertel. <http://www.fr-online.de/frankfurt/frankfurt-wohnungsmarkt-luxuswohnungen-im-gallusviertel,1472798,23656738.html> (letzter Zugriff am 08.06.2014).
- Frankfurter Rundschau (20.11.2013): Die Stadt muss dichter werden. Interview mit Olaf Cunitz. URL: <http://www.fr-online.de/frankfurt/wohnen-in-frankfurt--die-stadt-muss-dichter-werden-,1472798,25092998.html> (letzter Zugriff am 05.09.2014).
- Frankfurter Rundschau (24.02.2014): Jeder kann Wohnraum finden. Interview mit Frank Junker. <http://www.fr-online.de/stadtentwicklung/wohnen-in-frankfurt--jeder-kann-wohnraum-finden-,26042926,26327426.html> (letzter Zugriff am 12.06.2014).
- Gutachterausschuss für Immobilienwerte (2014): Immobilienmarktbericht für den Bereich Frankfurt am Main. [http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/MB\\_2014HJ1.pdf](http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/MB_2014HJ1.pdf) (letzter Zugriff am 09.10.2015).
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp.
- Häuserat Frankfurt (Hg.) (1974): *Wohnungskampf in Frankfurt*. München: Trikont.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: *sub\urban* 1/1, 75-99.
- Heeg, Susanne (2012): Flexibel bis zum Anschlag: Bauen und Planen für die Global City Frankfurt. In: *AK Kritische Geographie Frankfurt* (Hg.): *Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012*. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie, 75-85.
- Holm, Andrej (2013a): Berlin's gentrification mainstream. In: Matthias Bernt / Britta Grell / Andrej Holm (Hg.): *The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism*. Bielefeld: transcript, 171-188.
- Holm, Andrej (2013b): Wohnen als Soziale Infrastruktur. [http://www.links-netz.de/pdf/T\\_holm\\_wohnen.pdf](http://www.links-netz.de/pdf/T_holm_wohnen.pdf) (letzter Zugriff am 08.10.2014).
- Holm, Andrej (2014): Gentrifizierung mittlerweile ein Mainstreamphänomen? In: *Informationen zur Raumentwicklung* 4, 277-290.
- IHK (Industrie- und Handelskammer) (2013): *Wohnungsmarktbericht für den IHK-Bezirk Frankfurt am Main 2013*. [http://www.frankfurt-main.ihk.de/cgi-bin/sitestat?t=/imperia/md/content/pdf/standortpolitik/immoblienmarktberichte/wohnungsmarktbericht\\_2013.pdf](http://www.frankfurt-main.ihk.de/cgi-bin/sitestat?t=/imperia/md/content/pdf/standortpolitik/immoblienmarktberichte/wohnungsmarktbericht_2013.pdf) (letzter Zugriff am 18.07.2014).
- Kirst, Volker (2006): *Die Entwicklung des Gallusviertels seit 1970 unter besonderer Berücksichtigung des Strukturwandels an drei Beispielen*. Frankfurt am Main: Goethe-Universität, Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung. Unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Klagge, Britta (2005): *Armut in westdeutschen Städten. Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Krätke, Stefan (2014): Cities in contemporary capitalism. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/5, 1660-1677.
- Kuschinski, Eva (2014): Sozialer Wohnungsbau lohnt sich nicht – Ökonomisierung der Frankfurter Wohnungspolitik am Beispiel der ABG Frankfurt Holding. In: Susanne Heeg / Marit Rosol (Hg.): *Gebaute Umwelt. Aktuelle stadtpolitische Konflikte in Frankfurt am Main und Offenbach*. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie, 23-40.

- Langhagen-Rohrbach, Christian (2003): Räumliche Planung in Deutschland und der Schweiz im Vergleich. Rahmenbedingungen, Akteure und praktische Umsetzung, dargestellt an den Beispielen Europaviertel (Frankfurt am Main) und Zürich West, Frankfurt am Main: Rhein-Mainische Forschung.
- Lauer-Seidelmann, Irmgard (2012): Kamerun – das sind wir. Das Gallus – ein Frankfurter Stadtteil. Offenbach: Lindermann.
- Lees, Loretta / Slater, Tom / Wyly, Elvin (2008): Gentrification. New York: Routledge.
- Magistrat der Stadt Frankfurt (2013): Stellungnahme vom 03.06.2013, ST 780. [http://www.stvv.frankfurt.de/download/ST\\_780\\_2013.pdf](http://www.stvv.frankfurt.de/download/ST_780_2013.pdf) (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- Magistrat der Stadt Frankfurt (2014a): Stellungnahme vom 13.06.2014, ST 821. [http://www.stvv.frankfurt.de/download/ST\\_821\\_2014.pdf](http://www.stvv.frankfurt.de/download/ST_821_2014.pdf) (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- Magistrat der Stadt Frankfurt (2014b): Frage vom 28.03.2014, F 1386. [http://www.stvv.frankfurt.de/download/F\\_1386\\_2014.pdf](http://www.stvv.frankfurt.de/download/F_1386_2014.pdf) (letzter Zugriff am 08.09.2014).
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, gentrification, and displacement: The linkages in New York City. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.): Gentrification of the City. Boston: Allen & Unwin, 153-177.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1995): Ausser Atem – Frankfurt nach der Postmoderne. In: Hansruedi Hitz / Ute Lehrer / Roger Keil (Hg.): Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich: Rotpunktverlag, 284-353.
- Schardt, Jürgen (2012): Das bundesdeutsche Vergleichsmietensystem und der Frankfurter Mietspiegel 2010. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie.
- Schipper, Sebastian (2013a): Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960 - 2010. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schipper, Sebastian (2013b): Global-City-Formierung, Gentrifizierung und Grundrentenbildung in Frankfurt am Main. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 57/4, 185-200.
- Schönig, Barbara (2013): Die neue Wohnungsfrage. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, 17-20.
- Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. London: Routledge.
- Smith, Neil (2002): New Globalism, new Urbanism: gentrification as global urban strategy. In: Antipode 34/3, 427-450.
- Stabrowski, Filip (2014): New-build gentrification and the everyday displacement of Polish immigrant tenants in Greenpoint, Brooklyn. In: Antipode 46/3, 794-815.
- Stadt Frankfurt (2006): Soziale Stadt Gallusviertel: Integriertes Handlungskonzept. <http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de> (letzter Zugriff am 31.10.2014).
- Stadt Frankfurt (2008): Wohnungspolitische Leitlinien. [http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/081219%20Leitlinien\\_Fassung%202008.pdf](http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/081219%20Leitlinien_Fassung%202008.pdf) (letzter Zugriff am 08.07.2014).
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (2014): Wortprotokoll über die 32. Plenarsitzung. [http://www.stvv.frankfurt.de/download/WOP\\_32\\_26-06-2014.pdf](http://www.stvv.frankfurt.de/download/WOP_32_26-06-2014.pdf) (letzter Zugriff am 08.10.2014).
- Tharun, Elke / Körner, Wilfried (2001): Wandel und Kontinuität in der Wohnungspolitik – Die Entwicklung des kommunalen und zentralstaatlichen Einflusses auf den Wohnungsmarkt Frankfurt am Main seit 1871. In: Klaus Wolf / Frank Schymik (Hg.): 75 Jahre Rhein-Mainische Forschung, 1925 - 2000. Frankfurt am Main: Universität Frankfurt IDG 162-194.
- Tharun, Elke / Unterwerner, Petra (1993): Transformationsprozesse in innenstadtnahen Industrie- und Arbeitervierteln – das Beispiel des Frankfurter Gallusviertels. In: Niemz, Günter (Hg.): Geographische Lehrwanderungen und Exkursionen in Hessen und Nachbarräumen. Frankfurt am Main: Selbstverlag des Instituts für Didaktik der Geographie, 304-315.
- Welz, Gisela (1992): Das Gallus. Deindustrialisierung und Tertiarisierung eines Frankfurter Stadtteils. In: Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaften (Hg.): Weltstadt Frankfurt am Main? Multikultur Journal. Tübingen: Universität Tübingen, 81-87.
- WobiG (1998): Spaß muß sein. Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Güterbahnhof. In: diskus. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, 1/98. [http://www.copyriot.com/diskus/1\\_98/8.htm](http://www.copyriot.com/diskus/1_98/8.htm) (letzter Zugriff am 08.10.2014).

### **New-build gentrification and the global financial crisis**

*Since the beginning of the global financial crisis in 2008, many urban centers in Germany are faced with a new wave of gentrification. By focusing on the working class neighborhood Gallus in Frankfurt/ Main, the paper aims at explaining the recent displacement processes of low-income households by looking at both municipal-led urban renewal plans and real estate investment strategies. Thereby, we argue that the local political elites, deeply entrenched in neoliberal rationalities, have actively fostered gentrification processes and the development of a rent gap within this traditional working class neighborhood over decades – a rent gap that, however, has only gained its relevance in the aftermath of the global financial crisis. Therefore, the example of Gallus shows that gentrification and displacement are strongly dependent on local power relations; while the rhythm is, at the same time, dictated by real estate investment cycles.*



# ***Critical Mass* als performative Kritik der städtischen Verkehrspolitik?**

Fahrradfahren mit Judith Butler auf dem Gepäckträger

Anke Strüver

Obwohl die meisten deutschen Großstädte über eine sehr schlechte Radverkehrsinfrastruktur verfügen, gewinnen innerstädtisches Radfahren und ein Engagement für das Rad als gleichberechtigtes Verkehrsmittel stark an Bedeutung. Als Indiz für dieses Engagement gelten in Hamburg die monatlichen Critical Mass Radfahrten unter dem Motto „*We aren't blocking traffic... we are traffic!*“. Der Beitrag fragt vor diesem Hintergrund, inwiefern die *Critical Mass* als Aktionsform in Hamburg den Diskurs der autogerechten Stadt, die Straßenverkehrspolitik und die dominante räumliche Ordnung in Frage stellen kann und ob die *Critical Mass* als performative Kritik der normativen Ordnung im Sinne Judith Butlers verstanden werden kann.

*Ersteinreichung: 30. Juni 2014; Veröffentlichung online: 16. November 2015*  
*An english abstract can be found at the end of the document.*

*Das Fahrrad ist gegenwärtig das Fortbewegungsmittel der Stunde. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Bewusstseins für Gesundheit, Nachhaltigkeit und Umweltschutz sowie zunehmender Verkehrs- und Mobilitätsprobleme in Großstädten, erfährt das am meisten benutzte Verkehrsmittel der Welt eine Renaissance. Ob als Teil des urbanen Lebensstils und als modisches Lifestyle-Produkt oder als kostengünstige und gesundheitsfördernde Alternative auf dem Weg zur Arbeit, das effizienteste von Muskelkraft angetriebene Fortbewegungsmittel der Welt, ist Statussymbol, Hoffnungsträger für Verkehrs- und Stadtplaner sowie Herausforderung bei der Neuordnung des städtischen Raums zugleich.*

(vgl. Museum der Arbeit 2014)[1]

## **1. Einleitung**

Radfahren in der Stadt war und ist Mittel zum ‚Transport‘ des eigenen Körpers, zur Überwindung räumlicher Distanzen – um von A nach B zu gelangen und um möglichst flexibel und unabhängig ein örtliches Ziel zu erreichen. Darüber hinaus verstehen viele überzeugte Radfahrer\_innen ihre ‚Verkehrsmittelwahl‘ auch als eine politische Botschaft, womit sie unter anderem auf Luftverschmutzung, Freiflächenverbrauch, autozentrierte Stadt- und Verkehrsplanung aufmerksam machen. Innerstädtisches Radfahren

erlebt in den vergangenen Jahren einen deutlichen Aufschwung, der neben dem Radfahren als Mobilitätsform auch auf der Stilisierung des Fahrrads als Lifestyle-Element basiert.

Dem gegenüber steht allerdings in Deutschland – und insbesondere in Großstädten wie Berlin oder Hamburg – eine unzureichende Radverkehrsinfrastruktur, das heißt innerstädtische Velorouten oder zumindest gut ausgebaute Radverkehrsstreifen oder Radwege sind kaum vorhanden. Radwege sind teilweise mit nur 40cm ‚Breite‘ extrem schmal, enden abrupt, schlängeln sich um Laternenpfähle und Altglascontainer, sind durch Schlaglöcher und Baumwurzeln aufgebrochen und zudem häufig von parkenden Autos oder Mülltonnen versperrt. So gehörte etwa Hamburg im bundesweiten „Fahrradklimatest“ des ADFC von 2012 (wie auch bereits 2005) zu den fahrradunfreundlichsten Städten Deutschlands: Unter den 38 Städten Deutschlands mit mehr als 200.000 Einwohner\_innen belegte Hamburg mit Platz 34 einen der letzten Ränge in Sachen Fahrradfreundlichkeit. Zugleich fahren in Hamburg überdurchschnittlich viele Menschen Rad und engagieren sich für das Fahrradfahren in der Stadt. In dem – vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unterstützten – Fahrradklimatest werden unter anderen „die TeilnehmerInnenrekorde der Critical Mass“ als Indiz für das Engagement der Radfahrer\_innen in Hamburg betont (vgl. Drescher/Lau 2013).[2]

Seit dem Frühjahr 2000 finden in Hamburg am jeweils letzten Freitag eines Monats *Critical-Mass*-Radfahrten unter dem Motto „*We aren't blocking traffic... we are traffic!*“ statt, die die Nutzung des öffentlichen Straßen-Raumes als Radfahrparade parodieren und zelebrieren.

Die Protestform *Critical Mass* ist 1992 in San Francisco als Gruppenradfahrt während der Rushhour am jeweils letzten Freitag eines Monats entstanden, um auf die Präsenz des Fahrrades als innerstädtisches Verkehrsmittel aufmerksam zu machen. Die Radfahrer\_innen sahen dies als Gegenmaßnahme zur Vernichtung beziehungsweise einseitigen Nutzung des öffentlichen Raums, insbesondere durch Autos. Seitdem hat sich die *Critical Mass* als ‚organisierter Zufall‘, mobile Party (oft mit Musik und Verkleidung) und ‚Demonstration ohne Anführer\_in‘ entwickelt und sich unter Beibehaltung des ursprünglichen Mottos in mehreren 100 Städten auf vier Kontinenten ausgebreitet (vgl. Blickstein/Hanson 2001, Carlsson 2002, Carlsson/Elliot/Camarena 2012, Furness 2007; 2010).

Eine *Critical Mass* ‚experimentiert‘ mit der Nutzung des öffentlichen Raumes, da die Radfahrer\_innen als *geschlossene Gruppe* (in Deutschland: „als geschlossener Verband von mindestens 16 Mitfahrenden“, s. u.) auf der Fahrbahn fahren, zum Zusammenhalt der Gruppe Ampel- und andere Verkehrszeichen ignorieren und dadurch den Autoverkehr auf der jeweiligen Fahrbahn sowie an Straßenkreuzungen und in den Querstraßen kurzfristig aufhalten. Sie eignet sich somit vorübergehend einen städtischen Teilraum an, der eigentlich dem motorisierten Individual- und Personennahverkehr vorbehalten ist.

Um das Fahren möglichst sicher und als geschlossene Gruppe durchzuführen, wird an Kreuzungen und Einmündungen das *corking* praktiziert: Dabei stellen sich einzelne Teilnehmende mit ihren Rädern vor die Autos, um diese und den nachfolgenden Autoverkehr wie mit einem Flaschen-Korken zu

blockieren, bis alle *Critical Mass* Teilnehmer\_innen vorbeigefahren sind.[3] Zugleich wird das *Corking* genutzt, um wartende Autofahrer\_innen und Fußgänger\_innen über Anlass und Ziele der Aktion (die Sichtbarmachung des Fahrrades als Verkehrsmittel) zu informieren.

Vor diesem Hintergrund fragt dieser Beitrag, inwiefern das einmal monatlich stattfindende ‚Fahrradevent‘ *Critical Mass* als Aktionsform durch das mehrstündige Befahren von großen mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen in Hamburg den Diskurs der autogerechten Stadt, die Straßenverkehrspolitik und damit die dominante räumliche Ordnung in Frage stellt – oder ob es sich eher (‚nur‘) um eine rollende Straßenparty mit Musik und Verkleidung handelt. Hinter dieser Frage steht gleichwohl die übergeordnete theoretische Frage, ob die *Critical Mass* durch Irritation zur Subversion, zur Veränderung, führen kann und ob diese Form der Subversion als performative Kritik der normativen Ordnung im Sinne Judith Butlers verstanden werden kann – das heißt als Kritik an den Normen der städtischen Verkehrspolitik und -ordnung.

Theoretischer Ausgangspunkt des Aufsatzes ist Zack Furness‘ These der ‚*Critical Mass* als performative Kritik‘ (Furness 2007: 302), die mithilfe der theoretischen Überlegungen von Foucault und Butler zum ‚kritischen Tun‘ kontextualisiert wird. Anschließend werden einige Hintergrundinformationen zur Entstehung und Entwicklung der *Critical Mass* als besondere Form der urbanen Protestkultur in den 1990er Jahren in den USA vorgestellt. Schließlich geht es um das subversive Potenzial und das kritische Tun der *Critical Mass* in Hamburg. Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht dabei nicht die Hamburger Stadt- und Verkehrspolitik oder -Planung, sondern eine besondere Form des urbanen Protests.

## **2. Performative Kritik: Parade, Parodie oder Politik?**

Um die *Critical Mass* als performative Kritik der städtischen Verkehrspolitik zu diskutieren, sollen kurz die in einem performativitätstheoretischen Kontext verwendeten Begriffe von Subjekt, Macht und Kritik eingeführt werden. Dies geschieht im Anschluss an die Überlegungen von Michel Foucault und Judith Butler v. a. im Hinblick auf das verantwortungsvolle Handeln postsouveräner Subjekte. Sebastian Nestler definiert auf Grundlage von Foucault und Butler einen performativen Kritikbegriff folgendermaßen: „Kritik bedeutet keine abstrakte Idee, sondern ein *Tun*, ein konkretes Handeln in bestimmten Kontexten des Alltags. [...] Kritik bedeutet dabei nicht das Verlassen des Feldes der Macht, sondern das Verschieben von Effekten der Macht.“ (Nestler 2011: 48, Hervorh. d. A.) Um dies am Beispiel der *Critical Mass* zu erörtern, bedarf es einer Erläuterung von Foucaults Machtbegriff und darauf aufbauend seines Subjektbegriffs, um erst dann mit Butler der Frage nach performativer Kritik und kritischem Tun nachzugehen.

### *2.1. Macht und Kritik*

Michel Foucaults diskurstheoretische Konzeption von Macht als komplexes, mehrdimensionales Verhältnis der Elemente einer Gesellschaft zueinander geht über die klassische unidirektionale Unterdrückungsthese hinaus: Macht wird als repressiv, aber auch als produktiv – als relationales Gefüge

– aufgefasst, das auch die Subjekte einer Gesellschaft konstituiert. Dieses Gefüge schließt Möglichkeiten des Widerstands mit ein, so dass für Foucault Kritik ein Teil des gesellschaftlichen Machtfeldes ist. Die Freiheit, Kritik und Widerstand zu üben, ist Voraussetzung von Macht: „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch, oder vielmehr gerade deswegen, liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht.“ (Foucault 1977: 116, vgl. auch Foucault 1987) „Kritik“ wiederum beschreibt Foucault (1992: 12) als „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“. Kritisches Handeln ist ein Auflehnen gegen die Unterwerfung unter die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und normativen Ordnungen; Kritik hat die „Funktion der *Ent*unterwerfung“ und ist Ausdruck der „reflektierten Unfügsamkeit“ (ebd.: 15, Hervorh. d. A.).

Judith Butler führt diesen Kritik-Begriff weiter aus. Für sie ist Kritik eine normative Verpflichtung beziehungsweise Verantwortung, deren Ursprung gleichwohl nicht im vorgesellschaftlich-autonomen Subjekt liegt, sondern Teil des Selbstbildungsprozesses ist. Dementsprechend meint Verantwortung kein direktes Widersprechen „gegen diese oder jene staatliche Forderung [..., sondern] nach der Ordnung zu fragen, in der eine solche Forderung lesbar und möglich wird“ (Butler 2002: 258), um dann reflektiert und unfügsam zu handeln. Kritisches Handeln bezieht sich somit nicht auf ein souveränes Vernunftsubjekt oder eine Positionierung außerhalb des herrschenden Diskurses. Berücksichtigt werden müssen dementsprechend auch die Prozesse der Selbstbildung und Subjektkonstitution, um sich kritischem Tun jenseits von Autonomie und Rationalität anzunähern.

## 2.2. *Subjekt, Subjektivierung und Diskurs*

Um wirksam zu sein, müssen Diskurse – machtkritische wie machtkonforme – durch Subjekte und deren Handeln aktiviert werden. Gleichzeitig konstituieren und regieren Diskurse in jeweils spezifischer Weise Subjekte.[4] Die Entlarvung des Mythos vom autonomen Vernunftsubjekt gehörte zu Foucaults zentralen Interessen. Er hat untersucht, wie „Menschen *zu Subjekten gemacht* werden“ – aber auch, wie „ein Mensch *sich selber in ein Subjekt verwandelt*“ (Foucault 1987: 243, Hervorh. d. A.). Für Foucault ist die Subjektkonstitution zum einen Effekt des Zusammenwirkens von Disziplinar- und Biomacht. Erstere wirkt normierend und normalisierend auf die Subjekte ein, letztere erzeugt ihr mit der Norm konformes Verhalten (vgl. Foucault 1976, 1977). Jenseits von Disziplinar- und Biomacht ist aber zum anderen auch die in der gouvernementalitätstheoretischen Erweiterung beschriebene *Selbstführung* bedeutender Teil der Subjektkonstitution. In Foucaults machanalytischer Erweiterung hin zum gouvernementalen Regieren, einschließlich der „Regierung zur Selbstführung“, d. h. der Inkorporierung gesellschaftlicher Diskurse in Form von Selbst-Techniken, durch die sich das Individuum als Subjekt erkennt und konstituiert, gilt das Subjekt als zentrales Scharnier zwischen den disziplinierenden und den sich-selbst-führenden Formen des Regierens. Dazu gehört auch die oben zitierte ‚Kritik‘ als Fähigkeit, nicht gesellschaftskonform normiert beziehungsweise regiert zu werden (vgl. Foucault 1986; 2004).

Auch in Butlers Subjektkonzeption sind Menschen weder auf ihre Intentionen noch auf strukturelle Determinanten reduzierbar. Sie führt dies unter

anderem im Anschluss an Foucault aus und legt dar, dass Voraussetzung des Menschseins einerseits die Unterwerfung von Subjekten unter die Macht ist, zugleich aber Widerstand und Kritik („Entunterwerfung“) nicht außerdiskursiv sind. Sie spricht sich deutlich gegen das „Trugbild der Souveränität“ des Subjekts (Butler 1998: 29) und für ein Verständnis als postsouveränes Subjekt aus (ebd.: 198). Doch zugleich ist dieses Subjekt fähig, „sich selbst als ein ‚Ich‘ zu zitieren“ (Butler 1993: 131), als ‚Ich‘ den „Status eines Wahrnehmungsobjektes“ zu erlangen (Butler 2001: 158) und ‚unfügsam‘ kritisch zu handeln.

Sowohl Foucault als auch Butler sehen in der Kritik als Einspruch und Entunterwerfung zunächst die Offenlegung und Entnaturalisierung vermeintlicher ‚natürlicher Gegebenheiten‘. Durch die Entnaturalisierung wird das Kritisierte als gesellschaftlich Konstruiertes und somit Veränderbares sichtbar. Während Foucault anhand des Gouvernementalitätskonzepts den Fokus damit auf die Mikropraktiken der Macht in der Alltagspraxis legt, konkretisiert Butler die Begriffe von Kritik als Entunterwerfung und Widersprechen dahingehend, dass sie Kritik *als performatives Tun* versteht.

### 2.3. Performativität

Stärker noch als Diskurs und Diskursivität wird ‚Performativität‘ nicht als vorrangig sprachliches Phänomen, sondern als soziale Praxis verstanden. Bezugnehmend auf Austins Sprechakttheorie (Austin 2002 [1962]), die sich auf den *Gebrauch* von Sprache (*use*) und insbesondere auf das mit sprachlichen Äußerungen verbundene *Tun* konzentriert (*doing*), werden performative Äußerungen als solche bezeichnet, die als Handlungen das vollziehen, über das gesprochen wird: Kommunikation wird ‚Tat-Sache‘ durch (Inter-)Aktion. Judith Butler greift Austins Sprechakttheorie auf, um zu betonen, dass Sprechakte des Vollzugs, des Tuns bedürfen, *um erfolgreich zu sein*. Sie verbindet dies mit dem Iterabilitäts-Konzept Derridas (1976), in dem Derrida auf die Veränderungen im Zuge von Wiederholungen des performativen Tuns aufmerksam macht. Denn Performativität ist kein vereinzelter oder intentionaler Sprechakt „durch den ein Subjekt dem Existenz verschafft, was sie/er benennt, sondern vielmehr jene ständig wiederholende Macht des Diskurses, diejenigen Phänomene hervorzubringen, welche sie reguliert“ (Butler 1995: 22), beziehungsweise die sich „ständig wiederholende und zitierende Praxis, durch die der Diskurs die Wirkungen erzeugt, die er benennt“ (ebd.). Performatives Tun ist gleichermaßen Voraussetzung wie Effekt gesellschaftlicher Normen und diskursiver Ordnungen.

Neben der Erweiterung des Sprechaktes um das performative Tun ist für Butler insbesondere der sich ständig wiederholende, zitierende und oftmals ritualisierte Charakter von Sprechakten und deren Effekten bedeutsam, der jedoch häufig unhinterfragt bleibt und daher scheinbar natürliche Formen annimmt. Gerade diese Naturalisierung verschleiert den gesellschaftlichen Ursprung von Sprechakten und deren Effekte und verleiht ihnen dadurch ihre Wirkmächtigkeit. Doch performative Sprechakte können im Prozess des Wiederholens auch scheitern (Austin 2002, Butler 1998), so dass sich hier – neben der Verschiebung von Bedeutungen – weitere Möglichkeiten zur Veränderung, zur Irritation, Subversion und politischen Intervention

eröffnen. Andersherum formuliert: Um zu gelingen, sind performative Sprechakte von den ‚passenden‘ Kontexten abhängig.

Wie oben bereits angedeutet, ist das Performativitätskonzept verbunden mit der Entunterwerfung und damit der Ermöglichung von Veränderung. Insbesondere Derrida (1976) hat betont, dass Sprechakte aufgrund des Prinzips der Zitatförmigkeit (statt Originalität) von Bedeutungskonstitutionen die Möglichkeit der Bedeutungs*verschiebung*, der Veränderung, umfassen. Das heißt, performative Sprechakte können einerseits nur funktionieren, indem sie Vorhandenes kopieren und zitieren. Andererseits ist das wiederholte Ausführen performativer Sprechakte ein Prozess der *Resignifikation* – und gerade in der Wiederholung liegt die unumgängliche Veränderung (Derridas ‚Iterabilität‘). Dabei ist das Subjekt nicht frei von Verantwortung, die mit dem „Sprechen als Wiederholung, nicht als Erschaffung verknüpft“ ist (Butler 1998: 62). Das Subjekt ist somit kein souverän handelndes und sprechendes, sondern ein diskursiv normiertes, das den Diskurs, den es reproduziert, nicht kontrollieren kann, aber dennoch für seine sprachlichen Äußerungen verantwortlich ist. Epistemologisch und ontologisch interessant bleibt dann die Frage, inwiefern das diskursiv-normierte und performativ-materialisierte postsouveräne Subjekt Handlungsspielräume im Prozess der Resignifikation – beziehungsweise des Scheiterns von performativen Sprechakten – erkennen und im Sinne von kritischem Tun nutzen will und kann.

#### 2.4. Performative Kritik und Veränderung

Kritik beziehungsweise kritisches Tun kann zwar das Feld der Macht nicht von außen verändern oder verlassen, sich aber innerhalb des Feldes subversiv die Normen aneignen und damit deren Effekte verändern; kritisches Tun ist in dieser theoretischen Perspektive eine „Praxis der Improvisation im Rahmen des Zwangs“ (Butler 2009: 9). Performative Kritik basiert auf der Aneignung der zu kritisierenden Normen, um sie im Prozess der Aneignung zu verändern. Performative Kritik ist für Butler eine strategische Politik, die durch diskursimmanente, subversive Wiederholungen lokale Möglichkeiten des Widersprechens, des Variierens und der ‚Rebellion‘ schafft. „Ohne die Einheit als Voraussetzung oder Ziel [...] könnten *provisorische Einheiten im Kontext der konkreten Aktionen* entstehen.“ (Butler 1991: 36, Hervorh. d. A.) Butler plädiert für politische Bündnisse als „offene Vereinigung, die vielfältige Konvergenzen und Divergenzen zulässt“ (ebd.: 37) und „lokale Möglichkeiten der Intervention“ nutzt (ebd.: 216). Dabei beschreibt sie auch, dass oder wie gesellschaftliche Interaktionen sowohl die Materialität des Raumes rekonfigurieren als auch räumliche Materialitäten politische Aktivitäten initiieren können (vgl. Butler 2011). Die von ihr gewählten Beispiele – der Arabische Frühling und die *Occupy*-Bewegung – waren Versammlungen verkörperter Subjekte an materiellen Orten (wie dem Tahrir-Platz in Kairo und dem Zuccotti-Park an der Wall Street in New York City) – und die mediale beziehungsweise digitale Verbreitung dieser Versammlungen hat aus den lokalen Bewegungen globale gemacht. Und auch jenseits dieser prominenten Beispiele geht Butler davon aus, dass versammelte Körper (in ihrer Materialität) durch die performative Kraft des Versammelns etwas sagen und tun: „Wenn sich Körper treffen, wie sie es tun, um ihre Empörung zum

Ausdruck zu bringen und um ihre plurale Existenz im öffentlichen Raum zu manifestieren, stellen sie auch weitgehende Forderungen auf.“ Die versammelten Körper „sagen“ – sie „tun“ – und verändern etwas, „ob sie dafür Worte nutzen oder nicht“ (Butler 2012: 82 f.).

### **3. Die *Critical Mass* als internationale Form des kreativen Fahrrad-Protests**

Wie bereits oben erwähnt, versteht Zack Furness (2007: 302 ff.) in Anlehnung an Iain Bordens Ausführungen zum innerstädtischen Skateboardfahren (Borden 2001) die *Critical Mass* zum einen als performative Kritik, als besondere Form der urbanen Protestkultur. Zum anderen – und stärker theoretisch verortet – bezieht er sich auf die ‚Psychogeographie‘ der Situationistischen Internationalen sowie deren *Dérive*-Methode, die sich eine Stadt über das ‚ziellose Umherschweifen‘ aneignet (vgl. Debord 1980; 1996) und darüber auf eine veränderte Nutzung des öffentlichen Raumes abzielt.[5] In diesem Beitrag wird Furness’ These von der *Critical Mass* als performative Kritik der städtischen Verkehrspolitik allerdings auf den eben skizzierten theoretischen Denkraum übertragen, in dem politisches beziehungsweise kritisches Handeln nicht unhinterfragt im autonomen Vernunftsubjekt verortet ist: Ausgehend von Furness’ Feststellung: „Critical Mass creates space for people to imagine how resistance can be mobilized in new ways“ (Furness 2007: 314, Hervorh. im Orig.), geht es jenseits des selbstreflexiven Subjekts um die Mobilisierung, um die *Critical Mass* als *mobile* urbane Protestform, als Straßenparade oder -party.

Eine *Critical Mass* ist weder als politische Demonstration angelegt (und dementsprechend ist sie auch nicht als solche angemeldet), noch vertritt sie klare politische Forderungen. Zugleich verfolgt jedoch jede einzelne *Critical Mass* überall das Ziel, auf die Bedeutung des Fahrrades im Stadtverkehr beziehungsweise auf die Erhöhung der Sichtbarkeit und Sicherheit der Radfahrer\_innen als Teil des Stadtverkehrs hinzuweisen. „Critical Mass ist in erster Linie eine direkte Aktion, eine anarchische Veranstaltung, in der die Fahrten nicht von öffentlicher Seite geregelt werden und die Fahrer durch Selbstbestimmtheit, Autonomie und eine nicht hierarchische Struktur motiviert werden.“ (Furness 2013: 90) Diese Form der Selbstbestimmtheit beinhaltet neben der direkten Aktion im Sinne von kollektiv ausgeübter rollender Rebellion auch eine Vielfalt an Interpretationen, wofür oder wogegen konkret Position bezogen wird (z. B. Anti-Auto-Aktion, Zelebrieren des Radfahrens zur Emissionsreduktion). Blickstein und Hanson (2001: 348) behaupten zwar: „sustainable transportation is at the core of the groups’ unwritten agenda“ – das erscheint allerdings mittlerweile als zu einseitige Interpretation. Denn auch wenn Fahrradfahren im Allgemeinen und die *Critical-Mass*-Touren im Besonderen als Verkörperungen alternativer und vor allem nachhaltiger Mobilitäts- und Bewegungsformen gelten, so stehen neben Nachhaltigkeits-Aspekten auch die Kritik an der anhaltend autozentrierten Stadtplanung sowie die Forderung nach Teilhabe an der Stadtgestaltung und -nutzung sowie das ‚Recht auf Stadt‘ in Anlehnung an Lefebvre zur Disposition (vgl. Furness 2007; 2010). Und schließlich liegt aufgrund zahlreicher Beobachtungen in Nordamerika und Europa die Vermutung nahe, dass für viele Teilnehmer\_innen an einer *Critical*

*Mass* auch der Spaß am Event eine Rolle spielt. Denn die in der Literatur wie auch auf den jeweiligen Websites zu lokalen *Critical Masses* zitierten Teilnehmenden bezeichnen sie als kollektive Protestform, als Straßenparty oder -theater sowie als Gemeinschaftserlebnis, bei dem – anders als im Verkehrsalltag – die Masse der Räder vorübergehend die Autos verdrängt (Aldred/Jungnickel 2012, Blickstein/Hanson 2001, Carlsson 2002, Furness 2007; 2010, Horton 2006, Leibetseder 2009).[6]

Weder in der Fremd- noch in der Selbstwahrnehmung lässt sich daher präzise und verallgemeinernd definieren, was eine *Critical Mass* ‚ist‘. Diese Unmöglichkeit spiegelt allerdings keine Unwissenheit oder Beliebigkeit wider, sondern ist Teil der Aktion: die anhaltend-aktive Interpretation durch die Teilnehmenden. Die *Critical Mass* verkörpert damit eine performative Aktion, die mit dem Recht auf Raum(-nutzung) experimentiert – die allerdings auch (an-)erkannt werden muss, um Kritik zu üben.

Wie Furness (2010: 79 f.) rückblickend auf seine Forschungen in Nordamerika zusammenfasst, haben die monatlich stattfindenden Events der *Critical Mass* die Radfahrer\_innen trotz der (oder vielleicht auch durch die) Prinzipien als ‚unorganisierte Organisation‘ und als spielerisches Event politisiert und die öffentliche Wahrnehmung des Radverkehrs stark vergrößert. Einmal im Monat – fast überall am letzten Freitag im Monat – kommt es also als *Critical Mass* zum ‚Zelebrieren des Alltäglichen‘, zur Eventisierung des Alltagsverkehrsmittels Fahrrad im urbanen Raum.

Eine *Critical Mass* ist keine hierarchisch gegliederte Organisation, sondern eine Gruppenaktion in Form einer ‚institutionalisierten Spontan-Aktion‘. Bis auf die Festlegung des Treffpunktes – früher über Flyer, mittlerweile digital kommuniziert – wird alles während der Fahrt durch die Gruppe der Teilnehmenden entschieden (Route, Corker\_innen etc.).[7]

Furness (2010: 92 f.) charakterisiert diese ‚institutionalisierte Spontan-Aktion‘ als „Semiotik der Straße“ und zwar dahingehend, dass sie als ‚visuelles Spektakel‘ die motorisierte Nutzung der Straßen parodiert – und dieses Spektakel wird wiederum im Internet kommuniziert und zunehmend auch medial repräsentiert. Zugleich – und das grenzt sie von anderen visuellen Protestformen im Stadtraum, wie z. B. Graffitis, ab – ist die *Critical Mass* eine *verkörperte Bewegung*. Sie besteht aus einer Masse mobiler Körper im Straßen- und Stadtraum, die durch die verkörperte Bewegung auch politisch etwas bewegen will. Letzteres fasst Chris Carlsson – einer der ‚Pioniere‘ der gleichermaßen aktivistischen wie wissenschaftlichen *Critical-Mass*-Forschung – folgendermaßen zusammen: „Critical Mass is an experience that goes beyond symbolic action, in spite of its enormous symbolic importance. It is a public demonstration of a better way of moving through cities. But during the time it is underway, it is more than a demonstration. It is a moment of a real alternative, already alive, animated by the bodies and minds of thousands of participants.“ (Carlsson 2002: 81 f.)

#### 4. *Critical Mass* in Hamburg

*Als sich die Wiese am Schwanenwiek an diesem 30. Mai 2014 füllt, ahnt keiner von ihnen, dass sie den bisherigen Rekord heute brechen*



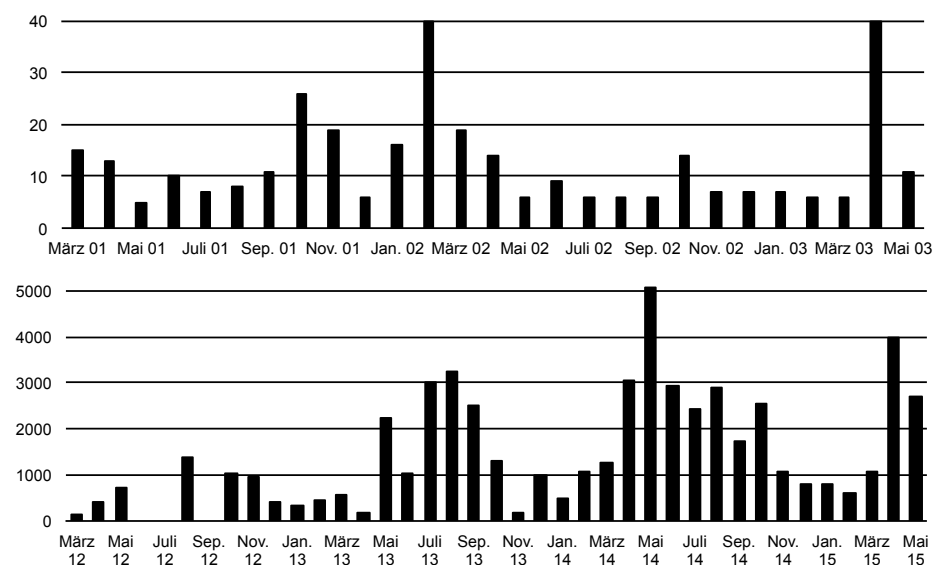
werden. Die Abfahrt von der Wiese auf die Straße läuft zäh, die **Masse der Radfahrer** drängt schiebend auf die Straße. Nicht nur heute, aber vielleicht heute besonders, setzen sie ein Signal. Über 5.000 Fahrer radeln 34,7 km über Hamburgs Straßen. Es ist die größte Critical Mass, die in Hamburg je gefahren ist. Als die Zahl vom Straßenrand aus ihren Weg in die Menge findet, ist der Jubel groß. 5.000 hatten sie sich gewünscht. **5.000, die auf dem Rathausmarkt einfahren, sind ein starkes Signal.** Doch bevor ihre Fahrt dort endet, radeln sie eine Handbreit Asphalt unter den Reifen und den Fahrtwind in den Haaren, **Straßen entlang, die ihnen sonst verwehrt bleiben.** Manche fallen durch Kostüme auf, manche durch bunt geschmückte Räder, leuchtende Speichen. Sie haben zuweilen viel zu erklären, **wenn ungeduldige Autofahrer mitunter gut eine halbe Stunde warten, bis die Masse an ihnen vorbei gezogen ist.** Hier und da wird ihnen gewunken, sie antworten mit ihren Klingeln. Viele von ihnen sind an diesem 30. Mai 2014 zum ersten Mal dabei, ein Teil des neuen Rekordes, den es im nächsten Monat zu überbieten gilt.

(Ade 2014a, Hervorh. d. A.)

Die erste *Critical Mass* in Hamburg fand am Freitag, den 31. März 2000 statt (vgl. Bokelmann 2006). Sie umfasste 15 Teilnehmer\_innen und scheiterte damit eigentlich an der laut Straßenverkehrsordnung erforderlichen ‚kritischen Masse‘ von 16 Radfahrer\_innen, derer es bedarf, um als Verband auf der Straße zu fahren.[8] Bereits vier Wochen später fanden sich jedoch mehr als 20 Radfahrer\_innen – sowie eine Fahrradstaffel der Polizei – ein. Da es hier nicht um die Chronologie der Hamburger *Critical Mass* gehen soll, sondern um die Frage, inwiefern die *Critical Mass* als *performative Kritik* der städtischen beziehungsweise Hamburger Verkehrspolitik verstanden werden kann, sei hier nur ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Zahlen der Teilnehmer\_innen geworfen (vgl. Abb. 1).[9]

Seit dem Überschreiten der Zahl von 5.000 Teilnehmer\_innen im Mai 2014 stellt sich die *NOrganisation Critical Mass Hamburg* auf ihrer Homepage als „größte Critical Mass Deutschlands und größte monatliche Critical Mass in Europa“ dar (vgl. Ade 2014b, zur Bezeichnung

Abb. 1 Schematische Übersicht über die Entwicklung der Zahlen der Teilnehmer\_innen bei der Critical Mass Hamburg 2001 bis 2003 und 2012 bis 2015 im Vergleich (Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Online-Fahrten-Archive, siehe Bokelmann 2006, Ade 2015)



‚NOrganisation‘, also ‚Nicht-Organisiertheit‘, siehe Bokelmann 2006). Wie in vielen anderen Städten auch wurde und wird sie stark von (mittlerweile ehemaligen) Radkurierfahrer\_innen initiiert und wird – neben den Veröffentlichungen im Internet sowie mit *Critical-Mass*-Hamburg-Aufklebern an Verkehrsschildern, Fahrrad- und Fußgängerampeln – von diesen auch im Rahmen ihrer Tätigkeit in Fahrradwerkstätten und -läden weiterhin stark beworben (vgl. Abb. 2).

#### 4.1. Subversion durch ‚institutionalisierte NOrganisation‘?

Zur Erörterung des Potenzials der *Critical Mass* als subversive Rebellion beziehungsweise als performative Kritik an der städtischen Verkehrspolitik sei hier illustrativ auf zentrale Aussagen aus einem Forschungsprojekt zur *Critical Mass* in Hamburg verwiesen, das sich unter anderem auf acht semi-narrative Interviews mit (zum Teil langjährigen) Teilnehmer\_innen der *Critical Mass* Hamburg stützt (vgl. Döpke/Miesenberger 2015).[10] Im Projektbericht wird vor allem deutlich, dass die Teilnehmer\_innen sich – in der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung – in zwei Gruppen differenzieren lassen; zum einen in die ‚Rebellischen‘, die die *Critical Mass* als Protestform, als politischen Akt des zivilen Ungehorsams gegen die Verkehrspolitik einordnen. Zum anderen gibt es auch eine große Gruppe an Radfahrer\_innen, die die *Critical Mass* als geselliges Spaßevent verstehen. Auch wenn sich diese beiden Gruppen keineswegs exklusiv gegenüberstehen, sondern im Hinblick auf die Motivation auch überschneiden, herrscht insgesamt wenig Einigkeit in der Bewertung der *Critical Mass* als Aktions- und Protestform: Die Bewertungen reichen von ‚Wohlfühl-demo‘ und ‚unpolitischer Party‘ bis hin zu ‚Flashmob‘, der ‚revolutionärer als eine normale Demo‘ sei. Das Gefühl während der *Critical Mass* wird beschrieben als „ein spaßiges Miteinander. Der Kern der *Critical Mass* ist, dass man so ein Zusammenheitsgefühl hat und halt unglaublich viel Spaß. Es ist geiler als jede andere Demo.“ (Döpke/Miesenberger 2015: 35) Und trotz der teilweise formulierten Kritik daran, dass sich die *Critical Mass* immer deutlicher zu einer Party entwickelt, wird sie gleichzeitig als Moment der Machtdemonstration von Radfahrer\_innen beurteilt. Diese ‚Macht‘ wird vor allem der Masse der Radfahrer\_innen und dem damit verbundenen Gefühl zugeschrieben, die Machtverhältnisse auf der Straße temporär umzukehren.

Die *Critical Mass* ist damit eine kreative Aktionsform, die zu gleichen Teilen aus Spaß am Event, aus dem Zelebrieren des Radfahrens aus unterschiedlichen Motiven und aus politischem Protest besteht – und in der diese Ambivalenz teilweise als Widerspruch, teilweise aber auch als produktiv gesehen wird. Wie in vielen nordamerikanischen Städten (vgl. Carlsson 2002, Carlsson/Elliot/Camarena 2012, Furness 2007; 2010) hat auch in Hamburg die *Critical Mass* für viele Teilnehmer\_innen zunehmend Partyfunktion (Radfahr-Parade mit Verkleidung, Musik und Alkohol), in der der Weg das Ziel und das Ziel den Weg bestimmt.

Diese Feststellung lässt sich verbinden mit der allgemein beobachtbaren Veränderung politischer Protestformen und Widerstandskulturen, in denen sich die Aktionsformen der Parodie und der Parade oftmals als Möglichkeiten erweisen, um zu ‚stören‘ und um Aufmerksamkeit für bestimmte Anliegen



Abb. 2 Aufkleber der *Critical Mass* Hamburg (Quelle: <http://criticalmass-hh.de>)

zu erregen. Denn neben dem Spaß verfolgen derartige Events – und hier das Beispiel *Critical Mass* – durchaus politische Ansprüche, die sich – ganz generell neben dem Hinweis auf die schlechte Radverkehrsinfrastruktur und die Umweltfreundlichkeit des Fahrrades als Verkehrsmittel im Vergleich zum Auto – auch auf konkrete politische Missstände beziehen. Beispielhaft genannt seien hier die *Ghost Bikes*, die als internationales Symbol der *Critical Mass* an die tödlichen Gefahren für Radfahrer\_innen im Stadtverkehr erinnern sollen und von denen im Rahmen einer *Critical Mass* auch eines in Hamburg aufgestellt wurde.[11]

*31. Januar 2014, erste Critical Mass im neuen Jahr. Die Fahrt sollte eine werden, wie sie seit Jahren in Hamburg stattfinden. Fahrradfahrer gemeinsam auf der Straße, Musik und lautes Klingeln. Und sie wurde anders. Am Tag zuvor war eine 18jährige von einem rechtsabbiegenden LKW übersehen, überrollt worden, ihren Verletzungen erlegen. Nur 500 Meter von der Stelle des Unglücks entfernt sammeln sich die Radfahrer an diesem Freitag, um ihre Fahrt zu beginnen. Mitten zwischen ihnen steht ein vollkommen weißes Fahrrad. Ein Geisterrad. An der Unfallstelle wird es befestigt, als Zeichen ihrer Anteilnahme, zum Gedenken an ein junges verlorenes Leben. Stehen sie dort, hunderte Fahrradfahrer, schweigend. Nach einigen Minuten beginnen sie ihre Fahrt durch die Stadt, ein wenig leiser als sonst und doch nicht weniger kraftvoll.*

(Ade 2014a, Hervorh. d. A.)

Aufgrund der multiplen politischen Anliegen bezeichnet Leibetseder (2009: 17) die *Critical Mass* als eine „postmaterialistische soziale Bewegung“, die neben dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit für mehr Sichtbarkeit und Sicherheit von Fahrradfahrer\_innen im städtischen Verkehrsraum kämpft. Auch die Hamburger *Critical Mass* kann als eine Form der bewegungspolitischen Antwort auf die fahrradunfreundliche städtische Verkehrspolitik eingeordnet werden, als urbane Protestform: Die *Critical Mass* als ‚institutionalisierte NOrganisation‘ basiert auf einer Mixtur aus Lust und Frust am alltäglichen Fortbewegungsmittel Fahrrad – und ihr Ziel ist es, kollektiv gegen die herrschende städtische Verkehrsordnung (im wahrsten Sinne des Wortes) auf die Straße zu gehen beziehungsweise dort zu fahren, sowie ‚am Rande‘ auf das Radfahren als umweltfreundliches Verkehrsmittel aufmerksam zu machen.

#### 4.2. Kritik an autogerechter Stadtpolitik

Die vorherrschende städtische Verkehrsordnung ist durch die anhaltende Dominanz von autogerechter Stadtentwicklung geprägt, die sich über den Automobilitätsdiskurs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts naturalisiert hat. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass viele europäische Städte seit den 1960er Jahren für und um das Auto herum geplant, gebaut und organisiert worden sind, während Fahrrad- und Fußwege als nachrangig galten (vgl. Urry 2004). Auch in Hamburg liegen die Gründe für die Radfahrunfreundlichkeit in der Verkehrspolitik, die seit Beginn des

Wiederaufbaus der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg konsequent das Leitbild der autogerechten Stadt verfolgt hatte – und damit die Bedürfnisse nichtmotorisierter Verkehrsteilnehmer\_innen nur zögerlich berücksichtigt (vgl. Badua/Kähler 2012, Bläser/Schmidt 2012). Das Stadtbild war und ist geprägt durch mehrspurige Straßenschneisen im Ring- und Achsensystem; sofern vorhanden, wurden die Radwege vor allem gebaut, um den Autoverkehr besser fließen zu lassen – nicht um den Radverkehr zu verbessern.

Und auch im 21. Jahrhundert funktioniert (und materialisiert sich) der Diskurs um die autogerechte Stadtplanung in Hamburg noch sehr gut: So wurde beispielsweise im Frühjahr 2015 die erste und einzige innerstädtische Fahrradstraße Hamburgs entlang der Außenalster bereits wenige Tage nach der Fertigstellung wieder für den gesamten motorisierten Durchgangsverkehr sowie die großen Sightseeing-Touristenbusse geöffnet, so dass de facto wie bisher Radfahrer\_innen zwischen parkenden und fahrenden Autos warten, sich durchschlängeln oder auf den Fußweg ausweichen müssen. Zudem kommt der vom Senat 2007 beschlossene Ausbau von 280 Kilometern innerstädtischen Velorouten nur sehr zögerlich voran: Mitte 2015 waren erst 80 Kilometer fertig gestellt, zu denen auch die bereits erwähnte ‚Fahrradstraße‘ gehört.[12] In Hamburg lässt sich damit immer noch das finden, was Manderscheid (2012) als Automobilitätsdiskurs der fordistischen Gesellschaftsformation beschreibt, der sich in der materiell-räumlichen Stadt-Umwelt sowie den gesellschaftlichen Strukturen und Vorstellungswelten niederschlägt. Zugleich betont sie auch, dass das Wechselverhältnis zwischen den dominanten Mobilitätsformen und dem Stadtraum kein starres, sondern ein durch verkörperte Praktiken veränderbares ist. Nicht-hegemoniale Formen von verkörperten Bewegungspraktiken im Straßenraum sind wiederum oftmals durch ihre Flüchtigkeit gekennzeichnet – ihr Bestehen ist nur temporär: „Beispiele dafür sind Demonstrationen, Critical Mass-Fahrradkorsos oder auch andere Events im öffentlichen Raum, bei denen die Straßen für den Autoverkehr gesperrt werden bzw. dieser blockiert wird.“ (Manderscheid 2012: 159)

## 5. Bewegen oder Bewegung?

*Die Critical Mass ist eine kreative Form des Straßenprotests, mit dem Radfahrer darauf aufmerksam machen möchten, dass sie ebenso wie motorisierte Fahrzeuge Teil des Straßenverkehrs sind. Eine Critical Mass hat nicht das Ziel, den Straßenverkehr zu blockieren, sie ist selber Teil des Straßenverkehrs – es geht um ein gemeinsames Miteinander auf gleicher Augenhöhe.*

(Ade 2014b, Hervorh. d. A.)

Die Forschungsergebnisse zu *Critical-Mass*-Fahrten von Horton (2006) und Furness (2007; 2013) verdeutlichen, dass in Großbritannien und Nordamerika die Teilnehmer\_innen der *Critical Mass* jeweils gemeinsame Werte und ähnliche (da ‚alternative‘) Lifestyles teilen, dass es aber der *Critical Mass* als Veranstaltung bedarf, um diese Gemeinsamkeiten spürbar und sichtbar zu machen und um aus dem anonymen Nebeneinander eine politische

Gemeinschaft entstehen zu lassen. Für Furness bietet die *Critical Mass* einmal im Monat sogar „die einzigartige Gelegenheit, sich zu fragen, wie sie [die Teilnehmenden, Anm. d. A.] ihre Stimmen, ihre Körper und sogar ihre Fahrräder einsetzen können, um ihr gemeinsames *Recht auf Stadt* zu leben“ (Furness 2013: 100, Hervorh. im Orig.). Ähnlich beschreibt Leibetseder (2009) die *Critical-Mass*-Veranstaltungen in Österreich als postmaterialistische soziale Bewegungen. Dies lässt sich gleichwohl nicht uneingeschränkt auf die größte *Critical Mass* Deutschlands in Hamburg übertragen. Dafür fahren zu viele Teilnehmer\_innen mit, für die das Partymachen im Vordergrund steht und die in ihrer Partylaune teilweise sehr chaotisch – und für das politische Anliegen des Protest eher kontraproduktiv – sind (z. B. indem sie Unfälle durch Alkoholkonsum während der *Critical Mass* verursachen, leere Bier- und Glasflaschen sorglos auf die Straße werfen oder an den Straßenrand pinkeln). Dennoch entsteht während der *Critical Mass* eine temporäre kollektive Identität verschiedenster Radfahrer\_innen, für die das Fahrrad nicht nur Fortbewegungsmittel im urbanen Raum, sondern Teil der (individuellen) Identität und Ausdruck des jeweiligen Lifestyles ist. Die Teilnehmer\_innen scheint die *verkörperte Bewegung im Raum* zu vereinen (‚Wohlfühl-demo‘, ‚rollende Rebellion‘), weniger die Gruppenidentität als soziale oder (verkehrs-) politische Bewegung.[13]

Natürlich wird die *Critical Mass* in Hamburg in naher Zukunft weder die Hegemonie des Autoverkehrs oder das angespannte Machtverhältnis zwischen Auto- und Radfahrer\_innen auflösen, noch zur Lösung akuter Verkehrsprobleme beitragen. Und die ‚institutionalisierte NOrganisation‘ wird auch die Forderung für eine stark verbesserte Radverkehrspolitik (z. B. vertreten durch den ADFC oder „Mobil ohne Auto“) nicht gezielt unterstützen. Die *Critical Mass* ist und bleibt aber auch weit mehr als eine mobile Party: Durch die temporäre massive Sichtbarmachung von Fahrradfahrer\_innen sowie die Forderung: „*We are traffic!*“, das heißt durch die mit der sprachlichen Äußerung verbundene performative (kritische) Praxis, kann vorübergehend ‚das Unmögliche möglich‘ und durch die ritualisierte monatliche Wiederholung des Unmöglichen vielleicht längerfristig Veränderung angestoßen werden. Die *Critical Mass* in Hamburg verkörpert damit eine performative Aktion, die die Normen der Verkehrsordnung und die städtische Verkehrspolitik kritisiert, das Recht auf Raum(-nutzung) praktiziert und vorübergehend den Straßenraum materiell wie diskursiv umdefiniert.

Bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem potentiellen ‚kritischen Tun‘ der *Critical Mass* sitzt also – im übertragenen Sinne – Judith Butler im Hinterkopf beziehungsweise auf dem Gepäckträger. Dementsprechend gilt es hier in der Reflexion ihre Konzeption einer „performativen Kritik als strategische Politik der Subversion“ zu berücksichtigen, die auf provisorischen politischen Bündnissen und lokalen Möglichkeiten der konkreten Intervention basiert (vgl. Butler 1991). In diesem Kontext lässt sich die *Critical Mass* als Versuch deuten, die Norm der motorisierten Automobilität offen zu legen, zu entnaturalisieren und dabei zugleich andere Formen der Mobilität und der temporären Raum-Aneignung durch ‚kritische Masse‘ zu praktizieren. Wenn also Kritik als normative Verpflichtung beziehungsweise Verantwortung sowie als konkretes Tun *und* wiederholtes Auf- und Ausführen performativer Akte in bestimmten Kontexten des Alltags

mit dem Ziel der Verschiebung von Machteffekten begriffen wird, dann ist die *Critical Mass* eine „Praxis der Improvisation im Rahmen des Zwangs“ (Butler 2009: 9). Auch wenn die Entwicklung der Teilnehmer\_innenzahlen in den vergangenen fünfzehn Jahren in Hamburg als Verschiebung vom politischen Anspruch zum Partyevent interpretiert werden kann, so lässt sich erstens mit Butler feststellen, dass die versammelten beziehungsweise Rad fahrenden Körper durch die ‚kritische Masse‘ etwas „sagen“ und „tun“ – „ob sie dafür Worte nutzen oder nicht“ (Butler 2012: 83). Zweitens kann Furness' Zwischenfazit zur nordamerikanischen *Critical Mass* nachvollzogen werden:

„[Critical Mass] creates an entirely new *social* space through collective mobility. The creation of a mobile street party is an attempt to directly subvert the utilitarian function of motorized space. [...] Critical Mass creates spaces of resistance where people can celebrate and communicate face-to-face. Not only does this defy the norms of motorized space, it also gives people a chance to pause and reflect on the act itself.“ (Furness 2007: 307f., Hervorh. im Orig.).

Noch euphorischer fällt die Bestandsaufnahme zu 20 Jahren *Critical Mass* von Carlsson/Elliot/Camarena (2012) aus, die mit „*Shift happens*“ betitelt ist und für San Francisco auch tatsächlich erfolgte verkehrspolitische Veränderungen beschreibt (unter anderem eine Verzehnfachung der Anzahl von Fahrrad-Pendler\_innen und die Einführung von innerstädtischen Velorouten; dies ist angesichts der in den USA lange Zeit marginalisierten Rolle des Fahrrades als städtisches Verkehrsmittel besonders bemerkenswert). Zugleich wird aber selbstkritisch moniert, dass die Umsetzung verkehrspolitischer Belange von Radfahrer\_innen immer noch ganz am Anfang steht. Dies wiederum trifft auch auf Hamburg zu, wie es eine\_r der Interviewten der Hamburger Studie festhält: „Fahrradfahren ist hip, und kein politischer Akteur kann sich aus dem Thema stehlen. Radfahren ist heute vollständig gesellschaftlich akzeptiert. *Die Radfahrer* sind zwar nicht akzeptiert, aber *das Radfahren* ist akzeptiert.“ (Döpke/Miesenberger 2015: Anhang)

Die kritische Masse von 16, 2.000 oder auch 5.000 Menschen, die einmal im Monat freitagabends das mehrstündige ‚autofreie‘ Radfahren auf zentralen Hamburger Straßen zelebriert, ist einerseits ein ‚starkes Signal‘ – für die wartenden Autofahrer\_innen, aber auch für die lokale (Verkehrs-)Politik, und lässt sich als ‚reflektierte Unfügsamkeit‘ der Teilnehmer\_innen verstehen. Inwiefern dieses Signal aber andererseits den Bereich des Symbolischen verlässt und aus der performativen Subversion und Rebellion auch im Verkehrsalltag konkrete politische Veränderungen erwachsen, bleibt abzuwarten.

## Endnoten

- [1] Ankündigungstext zur Sonderausstellung „Das Fahrrad“ im Hamburger Museum der Arbeit (vgl. Museum der Arbeit 2014).
- [2] Mit „TeilnehmerInnenrekord der Critical Mass“ war damals das erstmalige Überschreiten der Tausender-Marke im August 2012 gemeint; mittlerweile nehmen mehr als 5000 Menschen auf Rädern daran teil (s. u.).
- [3] Zu den Teilnehmer\_innen an einer *Critical Mass* gehören immer öfter auch Skateboard- sowie Inline-Fahrer\_innen.

- [4] In direktem Bezug auf Foucault (1973: 68) bezeichnen ‚Diskurse‘ hier die *regulierenden Verbindungen* zwischen „Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, Verhaltensformen, Normsystemen, Techniken, Klassifikationstypen und Charakterisierungsweisen“.
- [5] Dies beinhaltet u. a. eine konkrete Kritik an der kapitalistischen Stadt- und Automobilitäts-, Propaganda‘.
- [6] Zwei – sicherlich unvollständige – Listen mit Links zu den Städten mit *Critical Mass* Events finden sich unter [http://criticalmass.wikia.com/wiki/List\\_of\\_rides](http://criticalmass.wikia.com/wiki/List_of_rides) und unter <http://www.sfcriticalmass.org/shift-happens-links> (letzter Zugriff jeweils am 24.06.2015).
- [7] Da die *Critical Mass* keine Demonstration ist, wird die Route vorher weder angemeldet noch festgelegt. Gleichwohl legen ‚namens- und gesichtslose lokale Organisator\_innen‘ jeweils kurz vor dem Start am letzten Freitag im Monat den Treffpunkt fest und veröffentlichen ihn im Internet.
- [8] Zum Fahren im Verband: „Die Straßenverkehrsordnung sieht vor, dass mehr als 15 Radfahrer als geschlossener Verband gelten und unter Einhaltung der Verkehrsregeln auf der Fahrbahn fahren dürfen (§ 27 Abs. 1 StVO). Der Verband gilt für die Straßenverkehrsordnung als ein Fahrzeug – von der Spitze bis zum Ende [so dass nebeneinander und ‚im Verband‘ über rote Ampeln gefahren werden darf; Erläuterung d.A.]. Dieser geschlossene Verband bewegt sich als ‚kritische Masse‘ durch die Stadt, so wie es täglich Millionen Verkehrsteilnehmer in Hamburg auch tun. Fahrräder zählen laut der Straßenverkehrsordnung ebenfalls zu den Fahrzeugen und gehören genauso dem Verkehr an wie Kraftfahrzeuge.“ (Ade 2014b)
- [9] Dabei wird deutlich, dass in den Anfangsjahren zwar nur wenige, dafür aber anscheinend überzeugte Radfahrer\_innen teilnahmen (auch und gerade in den witterungsbedingt eher ungemütlichen Herbst- und Wintermonaten). Seit dem Erreichen vierstelliger Teilnehmer\_innen-Zahlen im Jahr 2012 boomt die *Critical Mass* hingegen eher in den trockenen, hellen und warmen Frühlings- und Sommermonaten.
- [10] Diese Interviews wurden im Jahr 2013 im Rahmen des Forschungspraktikums „Metropolregion Hamburg“ geführt; für den hier vorliegenden Beitrag werden sie – neben der intensiven Begleitung der Forschung – kontextualisiert durch umfangreiche teilnehmende Beobachtungen der Autorin während diverser *Critical-Mass*-Touren in den letzten Jahren.
- [11] <http://ghostbikes.org/> (zuletzt abgerufen am 01.06.2015)
- [12] Bei der jüngsten Vorstellung des Fortschrittsberichts für die Radverkehrsstrategie im Juni 2015 wurde vom aktuellen Verkehrssenator zudem explizit betont, dass „Autofahrer durch den Radverkehr nicht gegängelt werden dürften“ (vgl. Veit 2015: 24 sowie FHH 2015).
- [13] Lange vor Verbreitung des Smartphones hat Howard Rheingold (2008) die *Critical-Mass*-Touren als *Smart Mobs* bezeichnet – als „the power of the mobile many“ (2008: 157) und als Schwärme, die ohne zentrale Organisation und nur durch direkte Kommunikation mobil agieren. Im Fall der *Critical Mass* wird diese Mobilität zunehmend über anonyme Kooperation mithilfe digitaler Medien praktiziert, das heißt gerade die mobile Kommunikation (zunächst per Email, mittlerweile über Social Media) verstärkt die Fähigkeit zur Mobilisierung – und zur konkreten ‚Mobilitäts-Bewegungs-Kooperation‘.

## **Autor\_innen**

Anke Strüver ist Sozialgeographin und beschäftigt sich mit den Wechselverhältnissen von Raum-, Gesellschafts- und Subjektconstitution sowie der Produktion und Nutzung städtischer Alltagsräume  
anke.struever@uni-hamburg.de

## Literatur

- Ade, Jonathan (2014a): Critical Mass Hamburg. Fahrtenbuch. <http://criticalmass-hh.de/archiv/fahrtenbuch> (letzter Zugriff am 2.6.2014).
- Ade, Jonathan (2014b): Critical was? <http://criticalmass-hh.de/> (letzter Zugriff am 26.6.2014).
- Ade, Jonathan (2015): Fahrtenarchiv. <http://criticalmass-hh.de/archiv/> (letzter Zugriff am 20.6.2015).
- Aldred, Rachel / Jungnickel, Katrina (2012): Constructing mobile places. Between leisure and transport: A case study of two group cycle rides. In: *Sociology* 46/3, 523-539.
- Austin, John (2002 [1962]): Zur Theorie der Sprechakte (How to do Things with words). Stuttgart: Reclam.
- Badua, Sven / Kähler, Gert (2012): Die Stadt und das Auto. Wie der Verkehr Hamburg veränderte. Hamburg/München: Dölling & Galitz.
- Bläser, Daniel / Schmidt, Alexander (2012): Mobilität findet Stadt. In: Heike Proff / Jörg Schönharting / Dieter Schramm / Jürgen Ziegler (Hg.), *Zukünftige Entwicklungen in der Mobilität*. Wiesbaden: Springer, 501-515.
- Blickstein, Susan / Hanson, Susan (2001): Critical mass: forging a politics of sustainable mobility in the information age. In: *Transportation* 28, 347-362.
- Bokelmann, Frank (2006): Critical Mass Hamburg. Archiv. <http://www.critical-mass-hamburg.frank-bokelmann.de/archiv.htm> (letzter Zugriff am 28.5.2014).
- Borden, Iain (2001): *Skateboarding, Space and the City*. New York: Berg.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1993): Für ein sorgfältiges Lesen. In: Seyla Benhabib / Judith Butler / Drucilla Cornell / Nancy Fraser (Hg.), *Der Streit um die Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Fischer, 122-132.
- Butler, Judith (1995): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1998): *Hass spricht. Zur Politik des Performativen*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Butler, Judith (2001): *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2002): Was ist Kritik? In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 50/2, 249-265.
- Butler, Judith (2009): *Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2011): *Bodies in Alliance and the Politics of the Street*. <http://eipcp.net/transversal/1011/butler/en> (letzter Zugriff am 5.3.2014).
- Butler, Judith (2012): Für und gegen Prekarität. In: Infogruppe Bankrott (Hg.): *Occupy Anarchy!* Münster: Edition Assemblage, 81-85.
- Carlsson, Chris (2002): *Critical Mass: Bicycling's Defiant Celebration*. Oakland: AK Press.
- Carlsson, Chris / Elliot, Lisa Ruth / Camarena, Adriana (Hg.) (2012): *Shift Happens! Critical Mass at 20*. San Francisco: Full Enjoyment Books.
- Debord, Guy (1980): *Rapport über die Konstruktion von Situationen und die Organisations- und Aktionsbedingungen der internationalen situationistischen Tendenz und andere Schriften*. Hamburg: Nautilus.
- Debord, Guy (1996 [1967]): *Die Gesellschaft des Spektakels*. Berlin: Tiamat.
- Derrida, Jacques (1976): *Randgänge der Philosophie*. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Döpke, Andreas / Miesenberger, Caren (2015): *Die Critical Mass Hamburg. Performative Kritik der autogerechten Stadt. Bericht zum Forschungspraktikum „Metropolregion Hamburg und sein Umland“*. Universität Hamburg: Institut für Geographie.
- Drescher, Johanna / Lau, Dirk (2013): ADFC Fahrradklimatest 2012: RadfahrerInnen geben Hamburg wieder eine schlechte Note. <http://www.hamburg.adfc.de/presse/detailansicht/news/adfc-fahradklimatest-2012-radfahrerinnen-geben-hamburg-wieder-eine-schlechte-note/> (letzter Zugriff am 16.6.2014).
- Foucault, Michel (1973): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1976): *Überwachen und Strafen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*, Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



- Foucault, Michel (1986): Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit, Bd. 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Hubert L. Dreyfus. / Paul Rabinow (Hg.), Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt am Main: Athenäum, 243–261.
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität, Bd. 2. Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freie Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (2015): Radverkehrsstrategie für Hamburg. Fortschrittsbericht 2015. Hamburg. [www.hamburg.de/contentblob/4538022/data/fortschrittsbericht-2015.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/4538022/data/fortschrittsbericht-2015.pdf) (letzter Zugriff am 16.6.2015).
- Furness, Zack (2007): Critical Mass, Urban Space and Vélomobility. In: *Mobilities* 2/2, 299–319.
- Furness, Zack (2010): One Less Car. Philadelphia: Temple University Press.
- Furness, Zack (2013): Critical Mass gegen die Automobil-Kultur. In: Jesús Ilundáin-Aguruzza / Michael W. Austin / Peter Reichenbach (Hg.), Die Philosophie des Radfahrens. Hamburg: Mairisch Verlag, 89–104.
- Horton, Dave (2006): Environmentalism and the bicycle. In: *Environmental Politics* 15/1, 41–58.
- Leibetseder, Bettina (2009): Critical Mass – Eine neue soziale Bewegung. In: *Kontraste* 2, 15–21.
- Manderscheid, Katharina (2012): Automobilität als raumkonstituierendes Dispositiv der Moderne. In: Henning Füller / Boris Michel (Hg.), Die Ordnung der Räume. Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault. Münster: Westfälisches Dampfboot, 145–178.
- Museum der Arbeit (2014): Das Fahrrad. Kultur, Technik, Mobilität. <http://www.museum-der-arbeit.de/de/sonderausstellungen/das-fahrrad.htm#.U6V3E3Z4Dm4> (letzter Zugriff am 18.6.2014).
- Nestler, Sebastian (2011): Performative Kritik. Bielefeld: Transcript.
- Rheingold, Howard (2008): Smart Mobs. The Next Social Revolution. Cambridge (Massachusetts): Basic Books.
- Urry, John (2004): The System of Automobility. In: *Theory, Culture & Society* 21/4–5, 25–39.
- Veit, Sven-Michael (2015): Senat fängt an zu strampeln. In: die tageszeitung (Ausgabe vom 24.06.2015, S. 24).

### **Critical Mass as a performative critique of urban transportation policies? Biking with Judith Butler on the carrier**

*Although most metropolitan cities in Germany have a very poor cycling infrastructure, inner-city cycling and a commitment to the bike as an equal means of transportation are gaining in importance. In Hamburg, the monthly Critical Mass bike rides themed as “We are not blocking traffic ... we are traffic!” are considered as an indication of this commitment. This contribution addresses the question to what extend the Critical Mass as a form of protest can challenge both the discourse of urban transportation policies which is focused on automobile traffic, and the dominant spatial order. It also asks whether the Critical Mass can be understood as a performative critique of the normative order in the sense of Judith Butler’s work.*



# Gemeinschaftsgärten als räumlicher Ausdruck von Organisationsstrukturen

Erkundungen am Beispiel Wien

Andreas Exner

Isabelle Schützenberger

Der Artikel untersucht Gemeinschaftsgärten in Wien unter dem Blickwinkel einer grundlegenden Transformation der Matrix des gegenwärtigen urbanen Raums hin zu einem differenziellen Raum (Lefebvre). Dies geschieht, indem wir anhand von acht Fallstudien Projekte mit unterschiedlich starkem staatlichem Einfluss vergleichen. Wir untersuchen, inwiefern die lokalstaatlich beeinflussten Gärten Anforderungen an die Lesbarkeit sozial-räumlicher Verhältnisse durch den Staat erkennbar verkörpern, und sich damit in die Matrix des abstrakten, bürokratisch geprägten Raums bruchlos einfügen. Im Gegensatz dazu zeigen die vom Staat nicht direkt beeinflussten Gärten einen geringeren Grad von Lesbarkeit und widersprechen der umgebenden Raummatrix deutlicher. Wir arbeiten heraus, dass Gärten, in denen der staatliche Einfluss stärker ist, in ihrem Binnenraum sowie im Vergleich miteinander homogener sind als Gärten, in denen staatlicher Einfluss keine oder eine geringe Rolle spielt. Es wird deutlich, dass eine bloße Ästhetisierung des Raums über die Markierung von Differenzen für eine Überwindung des abstrakten Raums nicht ausreicht.

*Ersteinreichung: 25. November 2014; Veröffentlichung online: 16. November 2015*  
*An english abstract can be found at the end of the document.*

## **1. Einleitung: Die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten als sozialer Zusammenhang im Raum**

Gemeinschaftsgärten sind schon vielfach zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden. Diese haben oftmals positive Zuschreibungen im Hinblick auf soziale, politische, gesundheitliche, ökologische und kulturelle Effekte generiert (zusammenfassend: Draper/Freedman 2010). Insbesondere in wissenschaftlichen und medialen Diskursen wird mit Gemeinschaftsgärten regelmäßig weitgehend emanzipatorisches Potenzial verbunden (z. B. Müller 2011, Rasper 2012, Baier et al. 2013). Solche Projekte gelten als Ansatzpunkte für gesamtgesellschaftliche Veränderungen in Richtung auf kooperative Produktionsbeziehungen, eine ökologische Lebensweise und eine Neudefinition von öffentlichem Raum, der mehr Inklusion ermöglichen soll. So betrachtet werden Gemeinschaftsgärten auch als mögliche Brücken auf dem Weg einer Transformation zu einer post-kapitalistischen Urbanität betrachtet, für die unter anderem das Konzept der Commons steht (Exner/Kratzwald 2012, Eizenberg 2012, Meretz 2014). Darüber hinaus werden sie verbunden mit der Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ (Schmid 2011). Demgegenüber werden in zunehmendem Maße kritische

Arbeiten zur sozialen Organisation und politischen Bedeutung dieser Gärten publiziert. Diese Arbeiten behandeln unter anderem die Formierung neoliberaler Subjektivitäten in Gemeinschaftsgärten (Pudup 2008, Ogawa 2009, Hobson/Hill 2010, Gordon 2012, Drake 2014), die Funktionalisierung des Gartenaktivismus für die neoliberale Regierung von Stadt (Rosol 2010; 2012), die Reproduktion von *Whiteness* in Gemeinschaftsgärten in den USA (Guthman 2008) oder klassenbasierte Ausschlüsse (Macias 2008).

Wenig beleuchtet wurde bislang dagegen das Zusammenspiel von räumlichen und sozialen Strukturen in Gemeinschaftsgärten im Verhältnis zu den Einflüssen staatlicher oder nicht-staatlicher Akteur\_innen, die dieses Zusammenspiel regulieren oder beeinflussen[1]. Dies ist unter anderem für die Frage der Aneignung öffentlichen Raums durch emanzipatorische soziale Bewegungen relevant. Eine maßgebliche Ausnahme diesbezüglich ist die Studie von Michael Jamison zu Gemeinschaftsgärten in den USA in den 1970er Jahren (Jamison 1985), die unserer Kenntnis nach in dieser Hinsicht bislang einzigartig geblieben ist (vgl. allerdings die Thematisierung räumlicher Aspekte in Eizenberg 2012). Jamison vergleicht die räumliche Struktur und bestimmte Aspekte von sozialen Strukturen verschiedener Typen von Gemeinschaftsgärten – letztere diskutiert der Autor mit Hilfe des Begriffs der Organisationskultur (mit Verweis auf Smirchich 1983) –, die von staatlichen Körperschaften oder aber von *Social Movement Organizations* etabliert und begleitet worden sind.

Unser Artikel fokussiert auf diese Forschungslücke, wobei er sich mit jener Zuschreibung auseinandersetzt, die Gemeinschaftsgärten als Element einer neuen Art der Stadtentwicklung oder -gestaltung thematisiert und diese Gärten als Teil einer kollektiven Aneignung von öffentlichem Raum betrachtet, die in der Diktion emanzipatorischer Veränderung als positiv eingeschätzt wird. Damit wird zumindest implizit der Zusammenhang von räumlichen und sozialen Strukturen in diesen Projekten adressiert, den wir analysieren wollen. Die Aufmerksamkeit gilt dabei den folgenden Fragen: Welches Verhältnis besteht zwischen den Raumstrukturen und den Organisationsstrukturen, die in Gemeinschaftsgärten in Wien beobachtet werden können? Inwieweit und in welcher Weise schlägt sich der Einfluss von externen, insbesondere staatlichen Akteur\_innen in deren Raum- und Organisationsstrukturen nieder? Weicht die Raumstruktur von Gemeinschaftsgärten von der vorherrschenden Raumstruktur der untersuchten Stadt ab? Und in welcher Weise?

Für die Analyse von Raumstrukturen ziehen wir im Folgenden das Konzept der Lesbarkeit von James Scott heran. Dieses verbinden wir mit den Überlegungen von Henri Lefebvre zur Formbestimmtheit und zu den Dimensionen von Raum. Unter der Kategorie der Raumstruktur verstehen wir empirische Qualitäten von Raum. Lefebvre unterscheidet heuristisch drei Dimensionen, die Raum konfigurieren, worin Raum sich strukturiert und die überhistorisch (unabhängig von der spezifischen Produktionsweise) eine Analyse des Raums anleiten können (siehe dazu Kapitel 2). Raumstruktur im Sinn von Lesbarkeit beziehen wir hier vorrangig auf die funktionale Gliederung eines Raums, insbesondere die Art der Anordnung seiner Funktionselemente. Kapitel 4 erläutert die Gesichtspunkte, unter denen die Raumstruktur von Gemeinschaftsgärten in diesem Aufsatz untersucht wird.

Die Formbestimmtheit von Raum verstehen wir dagegen analog zur Formbestimmtheit des Produkts durch die kapitalistische Produktionsweise im Sinn von Marx. Es handelt sich demgemäß nicht um eine empirische Kategorie, obgleich die soziale Formbestimmtheit sich (wie auch im Fall des Produkts) in empirischen Qualitäten niederschlägt, das heißt in der Raumstruktur.

Gemeinschaftsgärten können wie jeder andere Raum unter dem Blickwinkel der Lesbarkeit analysiert werden, und gleichermaßen im Hinblick auf ihre grundlegende Formbestimmtheit. Henri Lefebvre (1991: 49, 51, 306 ff.; vgl. für neuere Arbeiten zu seinem Ansatz Schmid 2005; 2011) bezeichnet als abstrakten Raum die grundlegende Formbestimmtheit des kapitalistisch-bürokratischen Raums. Diesen analysiert er als das Produkt von Gewalt und als vom Staat instituiert, wobei dessen Zielsetzung und ‚Linse‘ die Homogenität (im Sinn von Isotopie) sei: In ihm dominiere der Blick, der visuelle Eindruck, die Transparenz. Die Bedeutung aller anderen Sinne werde dagegen reduziert. Der abstrakte Raum werde vorrangig als zweidimensionaler Raum (als Landkarte beispielsweise) dargestellt. Er symbolisiere männlich konnotierte Gewalt, die der Abstraktion selbst inhärent sei (Lefebvre 1991: 285 ff.). „Formal and quantitative, it erases distinctions. (...) Differences, for their part, are forced into the symbolic forms of an art that is itself abstract.“ (ebd.: 49) Der abstrakte Raum drücke sich städtebaulich in spezifischer Weise aus: „(M)onuments have a phallic aspect, towers exude arrogance, and the bureaucratic and political authoritarianism immanent in a repressive space is everywhere.“ (ebd.) Generell spiele der Raum der Repräsentationen, das heißt die symbolische Dimension von Raum, im abstrakten Raum nur eine geringe Rolle (ebd.: 50)[2].

Gegen den abstrakten Raum der kapitalistischen Stadt setzt Lefebvre den differenziellen Raum. Diesen beschreibt er als eine urbane Alternative:

„Thus, despite – or rather because of – its negativity, abstract space carries within itself the seeds of a new kind of space. I shall call that new space ‚differential space‘, because, inasmuch as abstract space tends towards homogeneity, towards the elimination of existing differences or peculiarities, a new space cannot be born (produced) unless it accentuates differences.“ (Lefebvre 1991: 52)

Ein solcher Raum würde aus Lefebvres Sicht andere, nicht-bürokratische soziale Strukturen verkörpern, voraussetzen und befördern, als sie in der kapitalistischen Stadt dominieren, „new social relationships call for a new space, and vice versa“ (ebd.: 59), denn: „The space of a (social) order is hidden in the order of space.“ (ebd.: 289)

Vor diese Hintergrund fragen wir: Sind Gemeinschaftsgärten experimentelle Ansatzpunkte oder Beispiele für einen solchen differentiellen Raum? Diese Kontextualisierung heißt nicht, dass der Aufsatz Gemeinschaftsgärten (unmittelbar) daraufhin untersucht oder bewertet, ob sie als Vorbilder einer anderen, wünschenswerten Form der Stadtentwicklung und -gestaltung gelten können. Das Beispiel der Gemeinschaftsgärten in Wien soll vielmehr analytische Einsichten in den Zusammenhang von Raum- und Organisationsstrukturen ermöglichen. Darüber hinaus verbindet der Aufsatz anhand von Fallstudien aus Wien eine an Lefebvre orientierte Perspektive auf den Raum der Gemeinschaftsgärten mit der Theorie des Verhältnisses von

Staat, Raum und sozialer Organisation, die James Scott (1994) entwickelt hat. Damit möchten wir einen Ansatzpunkt für Antworten auf die Frage vorlegen, welche politischen Bedeutungen unterschiedliche Gemeinschaftsgärten transportieren und in welchen größeren räumlichen Kontext sie zu stellen sind.

## **2. Raumtheoretische Konzepte zur Analyse von Gemeinschaftsgärten: Henri Lefebvre und James Scott**

Drei von Lefebvre (1991) allgemein für die Raumanalyse vorgeschlagene Ebenen erhellen auch die räumliche Konfiguration der Gemeinschaftsgärten: Auf der Ebene der von Lefebvre so genannten *räumlichen Praxis* ist ein Gemeinschaftsgarten ein konkreter Ort mit identifizierbaren physischen Strukturen, durch die er sinnlich wahrgenommen werden kann. Er inkludiert bestimmte Personen und schließt andere von einer Nutzung aus. Auf einer zweiten Ebene, die Lefebvre als den *repräsentierten Raum* bestimmt, ist die Frage anzusiedeln, was den Gemeinschaftsgarten als ein bestimmtes Konzept von Raum ausmacht. Was als Gemeinschaftsgarten gilt und was nicht, ist nicht allein oder gar nicht wesentlich an den physischen Merkmalen festzumachen, sondern das Produkt eines Diskurses. Dieser ist vielschichtig, die Einflüsse verschiedener Akteur\_innen und ihrer Zuschreibungen sind darin wirkmächtig. Die dritte Ebene ist jene des *Raums der Repräsentationen* oder des gelebten im Unterschied zum konzipierten Raum, wie Lefebvre es formuliert. Dabei handelt es sich um den symbolischen Raum, der bestimmte Bedeutungen transportiert, aber nur teilweise rational erschlossen werden kann.

Grundlegend für eine raumanalytische Betrachtung der Gemeinschaftsgärten ist die von Lefebvre formulierte These, dass sich soziale und räumliche Verhältnisse erst in wechselseitiger Betrachtung und als ineinander verschränkt adäquat analysieren lassen – und darauf wollen wir uns im Folgenden beschränken. Denn einerseits sind die sozialen Verhältnisse inhärent räumlich strukturiert, andererseits determiniert die Struktur des Raums bis zu einem gewissen Grad den Spiel-Raum der sozialen Prozesse und die Gestalt sozialer Verhältnisse.[3] Die These der inneren Beziehung zwischen räumlichen und sozialen Verhältnissen hat in einem erweiterten Sinn und von Lefebvre unabhängig (aber beeinflusst durch Foucault) auch der Anthropologe James Scott in *Seeing Like a State* ausgeführt (Scott 1994). Scott zog dafür unter anderem Beispiele aus der Stadtentwicklung sowie aus der Forst- und Landwirtschaft heran. Sein Ansatz erlaubt es, Lefebvres Konzeptualisierung um eine staats-theoretische Perspektive zu erweitern und Aspekte des sozialen Prozesses der Herstellung des abstrakten Raums zu konzeptualisieren.

Scotts Kernthese zufolge steht der Staat vor dem Grundproblem, die sozialen Verhältnisse, die er zu disziplinieren beziehungsweise für seine Zwecke zu funktionalisieren trachtet, für sich lesbar zu machen. Dies geschieht in einem – teilweise gewaltförmigen – Prozess der Simplifizierung durch den Staat. Selbstorganisierte oder stark lokalistische, komplexe Formen von Strukturen des Raums werden in einfachen, standardisierten und damit homogen aufgebauten Mustern kodiert und erst dadurch für den Staat erfassbar. Damit gibt Scott einen zentralen Mechanismus an, der den Prozess der Herstellung des von Lefebvre so genannten abstrakten Raums charakterisiert. So kann er den bürokratischen Praktiken, auf die Lefebvre in diesem

Zusammenhang verweist, eine konkretere inhaltliche Bestimmung geben. Scotts Analysen zeichnen sich durch einen hohen Grad der Anschaulichkeit, durch empirische Detailgenauigkeit und theoretische Systematik aus. Auf der anderen Seite erlaubt es das konzeptionelle Gerüst der drei Dimensionen des Raums im Zusammenhang mit Lefebvres Insistieren auf der grundlegenden Formbestimmtheit von Raum als abstraktem Raum, den Gegenstand und die Ebenen der Scott'schen Analyse präzise zu differenzieren.

Gerade aus der buchstäblichen Vogelperspektive ist der Unterschied zwischen einer von einem zentralen Ort aus lesbaren und damit auch verwalt- und disziplinierbaren Struktur von Raum und sozialer Organisation einerseits und einer unlesbaren Struktur andererseits auffällig, wie James Scott an einer Reihe von Kartendarstellungen städtischer und landwirtschaftlicher räumlicher Muster illustriert hat. Aus einer solchen Perspektive wird der Modus der Anordnung von Funktionselementen lesbarer und unlesbarer Räume besonders deutlich. Diese Vogelperspektive ist nicht nur eine Metapher für den „Blick des Staates“ (Scott 1994), sondern in der Tat eine wichtige Technologie zur ‚Lesbarmachung‘ von Räumen durch Simplifizierung. Dies geschah historisch durch die Einführung von Katasterplänen, wie James Scott ausführlich dargestellt hat, und wird heute durch den expandierenden Einsatz von Methoden der Fernerkundung und Geographischer Informationssysteme weiter vorangetrieben (Exner et al. 2014). Wir nehmen diese Vogelperspektive anhand von *Google-Earth-Orthofotos* gegen Ende dieses Artikels bewusst ein, um mit ihrer Hilfe unterschiedlich lesbare Muster sozial-räumlicher Organisation von Gemeinschaftsgärten zu illustrieren.

Strategisch interpretiert sind dies Technologien, die historisch gesehen zunächst nicht der bloßen Erfassung dienen, sondern vielmehr zur Umgestaltung von Räumen und der darin verkörperten sozialen Verhältnisse nach Maßgabe der damit verbundenen Standards der Lesbarkeit. Die Lesbarmachung sozial-räumlicher Verhältnisse, das heißt ihre Sichtbarmachung für die Verwaltungsroutinen und Regulierungen des Staates, bedeutet im Sinn von James Scott eine Simplifizierung dieser Verhältnisse. Sie werden damit für solche Eingriffe zugänglich und handhabbar, die eine homogene und aus gleichförmigen, klar gegeneinander abgegrenzten Elementen aufgebaute Menge von Menschen oder Naturbestandteilen mit eindeutigen und einfachen Bezügen zueinander (z. B. in der Landnutzung) voraussetzen.

Während zum Beispiel die ersten Katasterpläne dem oberflächlichen Augenschein nach als der Versuch erscheinen könnten, die tatsächliche Raumnutzung zu dokumentieren, schufen sie tatsächlich erst jene Strukturen der Raumnutzung, die privateigentümliche Form annehmen konnten und dem Staat als solche verwalterisch zugänglich wurden. Die bis zum modernen Katasterplan dominierenden Nutzungsformen dagegen waren von vielfältigen, einander überlappenden Ansprüchen mit nur lokal gültigen und grob standardisierten Maßeinheiten geprägt. Sie konnten für den „Blick des Staates“ nicht adäquat erfasst werden. Damit lässt sich Scotts Arbeit unter anderem als eine Explikation der knappen Bemerkungen bei Lefebvre zur eigentümlichen Transparenz des abstrakten Raums verstehen, wenn es heißt:

„Thus to look upon abstract space as homogeneous is to embrace a representation [z. B. den Katasterplan, Anmerkung der Autor\_innen]

that takes the effect for the cause, and the goal for the reason why that goal is pursued. [...] And what does such a specular representation reflect? It reflects the result sought [also die reale Lesbarmachung des Raums, Anmerkung der Autor\_innen].“ (Lefebvre 1991: 287)

Ähnlich analysiert Scott den Übergang zur modernen Stadtplanung. Während die mittelalterliche Stadt ein verwinkeltes und nur für die Bewohner\_innen dezentral lesbares Geflecht räumlicher Strukturen darstellte, bildet die moderne Stadt ein nicht zuletzt für polizeiliche und verwaltungstechnische Zugriffe zentral lesbares und kontrollierbares Muster sozial-räumlicher Beziehungen. Als ein weiteres Beispiel für die Lesbarmachung sozial-räumlicher Verhältnisse durch den Staat dient Scott die moderne Forst- und Landwirtschaft. Im Unterschied zu multifunktionalen und komplex strukturierten Feldern, die beispielsweise – wie in den Tropen häufig der Fall – Mischkulturen aufweisen, ist der Acker moderner Landwirtschaft das Ergebnis einer radikalen Simplifizierung. Auf gleiche Weise interpretiert Scott den Übergang von der vormodernen, für den staatlichen Blick ‚ungeordneten‘ und ‚ineffizienten‘ Waldbewirtschaftung zur modernen Reinertragskultur, die monodominante, gleichaltrige und durchforstete Baumbestände voraussetzt. In normativer Hinsicht stellt Scott das soziale und ökologische Scheitern von Projekten gesellschaftlicher Veränderung und Organisation in den genannten Bereichen heraus, die den Kriterien der Lesbarkeit gefolgt sind, insofern als Maßstab der Erfolgsbewertung das Wohlergehen der betroffenen Menschen zugrunde gelegt wird. Dabei verweist Scott auf so heterogene, in Termini der Lesbarmachung jedoch strukturell ähnliche Beispiele wie auf die von Le Corbusier geprägte Stadtplanung, die industrielle Land- und Forstwirtschaft, die Zwangsumsiedlungen in Ländern des globalen Südens sowie das leninistische Revolutionsmodell und die negativen sozialen Auswirkungen solcher gesellschaftlicher Projekte und Strategien. Denn diese unterminieren oder negieren systematisch lokales, praktisches Wissen und lokale Dynamiken der Selbstorganisation, die Scott zufolge besser dazu geeignet sind, sich auf ökologische Anforderungen und soziale Bedürfnisse und deren Wandel einzustellen.

In der Begrifflichkeit von Henri Lefebvre formuliert, behandelt Scott folglich die Frage, wie bestimmte Repräsentationen des Raums (etwa in Gestalt des Katasterplans oder der rasterförmig angelegten Stadt) sich mit der räumlichen Praxis vermitteln, und welche räumlichen Repräsentationen auf diese Weise transportiert werden. Diese Praxis und ihre Repräsentationen bezeichnet Scott als ‚*high-modernist schemes*‘.

Die für unsere Analyse grundlegenden Konzeptionen des urbanen Raums von Lefebvre und Scott sind freilich um neuere gesellschaftliche Entwicklungen zu ergänzen und zu modifizieren. So erhält die Dimension des Symbolischen in der „kreativen Stadt“ im Prozess ihrer „Kulturalisierung“ (Reckwitz 2014) einen weit größeren Stellenwert als Lefebvre ihr für den abstrakten Raum der 1970er Jahre zuschreibt. Auch haben sich die Formen der Lesbarmachung sozial-räumlicher Verhältnisse im Zuge neoliberaler Governance und des Paradigmas der Partizipation in einer Weise verändert (siehe dazu unten), die oberflächlich betrachtet den abstrakten, bürokratisierten Raum zu überwinden scheinen. Gleichwohl handelt es sich bei der modernen kapitalistischen



Stadt immer noch um eine Matrix des abstrakten Raums, der letztlich der bürokratischen Kontrolle und den ihr eigenen Erfordernissen der Lesbarkeit unterliegt. Unser Fragehorizont bezieht sich daher vorrangig auf die grundlegende kapitalistisch-bürokratische Form von Stadt, während wir auf deren historisch spezifische Modifikationen im Sinn einer Kulturalisierung und Governance-Orientierung nur am Rande eingehen.

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass die partizipative, Bürgerbeteiligung integrierende Form urbaner Governance, wie sie (nicht nur) für Wien charakteristisch ist, lediglich eine Modifikation des Regimes der Lesbarkeit darstellt, nicht aber den ‚Blick des Staates‘, wie ihn James Scott analysiert, verhüllt. Im Gegenteil: Bürgerbeteiligung kann unter anderem als ein Medium der Informationsvermittlung an den Staat (und umgekehrt) verstanden werden, welche unter zunehmend komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen für die bürokratischen Apparate und die kapitalistische Form von Stadtentwicklung ein funktionales Komplement der (lokal-)staatlichen Metasteuerung bildet. Die ‚kreative Stadt‘ ist durch eine spezifisch kulturorientierte Gouvernamentalität ausgezeichnet, durch eine Regierung der Selbstregierung, die Differenzen und Atmosphären herstellt: „Hier liegt das Modell einer urbanen Steuerung zweiter Ordnung vor – eine Zweitsteuerung von Prozessen, die sich bereits *vor* der politischen Intervention *selbst* organisieren.“ (Reckwitz 2014: 309, Hervorh. im Orig.)

### 3. Der Garten als symbolischer Raum

Nachdem sich der abstrakte Raum Lefebvre folgend unter anderem durch eine Armut des symbolischen Raums (der Repräsentationen) auszeichnet, und da wir uns für das Verhältnis von Gemeinschaftsgärten und abstraktem Raum interessieren, wollen wir zunächst den Garten als räumliche Konfiguration charakterisieren. Dabei gehen wir wohlgemerkt von der heute vorfindlichen diskursiven Konstruktion des Gartens aus, das heißt wir nehmen nicht an, dass es ‚den Garten‘ als ein historisch gleichbleibendes Phänomen gibt, dessen wechselnde Konstitution uns hier jedoch nicht weiter befassen soll. Von diesem Standpunkt aus gesehen zeichnet den Garten in Geschichte und Gegenwart (wie er heute als Phänomen konstituiert wird) nicht so sehr die räumliche Praxis oder eine spezifische Repräsentation von Raum aus. Vielmehr war der Garten immer schon (zumindest seit der Darstellung in der Genesis der Bibel und mit Bezug auf die abendländische Kultur) ein vorrangig symbolischer Raum, wie Gartenhistorien herausstellen. Im Unterschied zum Acker sind Gärten und Parks – die der Diskurs der Gartentheorie und -geschichte nicht voneinander trennt – primär Orte der Produktion von Bedeutungen, die in historisch veränderlicher Form ästhetisch kodiert sind. Dort, wo die Ertragsfunktion über die Bedeutungsproduktion zu dominieren beginnt, enden Begriff und Raum des Gartens. In einem unserer Fallstudienbeispiele zeigt sich diese auch dem Alltagsverstand naheliegende Unterscheidung im Diskurs der Gestalter\_innen des Projekts. Während sie dieses zu Anfang als Gemeinschaftsgarten bezeichneten, ist inzwischen die Benennung als *Community Made Agriculture* in den Vordergrund gerückt, die auch von anderen ertragsorientierten Projekten kollektiven Pflanzenbaus in Wien aufgegriffen worden ist. Gleichwohl spielt in solchen

Projekten der Raum der Repräsentationen insofern noch eine Rolle, als sie Vorbildwirkung entfalten und eine aus ihrer Sicht wünschenswerte gesamtgesellschaftliche Entwicklung vorwegnehmen wollen. Der Raum eines kollektiven Landwirtschaftsprojekts steht *pars pro toto* für eine wünschenswerte Form von Lebensmittelproduktion und sozialer Organisation (ohne dass diese notwendig verallgemeinerbar wären). Er verweist auf etwas Anderes, produziert also ebenfalls eine symbolische Bedeutung. Ein Acker oder eine Fläche des landwirtschaftlichen Gartenbaus im eigentlichen Sinn kann zwar als Symbol gelten, wie jeder andere Gegenstand auch. Diese Raumtypen lassen sich jedoch nicht über den Raum der Repräsentationen, ihre symbolische Funktion definieren. Sie dienen vorrangig der Produktion und ihre Qualität wird folglich auch nicht nach ästhetischen Kriterien, sondern anhand solcher des Ertrags und ökologischer Normen beurteilt.

Foucault, der den Garten als Beispiel einer Heterotopie beschreibt, als einen Ort, der einen idealen gesellschaftlichen Zustand symbolisch darstellt, hat darauf hingewiesen, dass Heterotopien, anders als die Utopie, in die vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen eingebunden bleiben und sich darauf beziehen (Foucault 2014). In der Tat ist der Garten spätestens seit dem Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft eng mit politischen Ordnungsvorstellungen verknüpft sowie mit einer korrespondierenden Ordnung gesellschaftlicher Natur- und subjektiver Selbstverhältnisse, die sich aus den jeweils vorherrschenden Diskursen speist. Beispielhaft sei auf den Kontrast zwischen dem französischen Barock- und dem englischen Landschaftsgarten verwiesen. Der französische Barockgarten zelebrierte eine extreme Kontrolle der Natur, die sich unter anderem in dem regelmäßigen Zuschnitt von Bäumen und Sträuchern äußerte, und wurde um einen zentralen Blickpunkt herum organisiert, von dem der Garten aus betrachtet werden konnte und dem er diente (Bürger 2003, Mader 2006). Dieser Blickpunkt war das ‚*Auge des Staates*‘, verkörpert im absolutistischen Herrscher.

In Termini von James Scott, der selbst keine Analyse historischer Gartenanlagen vorgelegt hat, handelt es sich dabei um eine radikale Form der Lesbarkeit von Natur durch den Staat, das heißt einer zentralisierten Herrschaftsapparatur, der qua ihres zentralen, von der Gesellschaft relativ getrennten Charakters andere, ‚*wildwüchsiger*‘ Formen von Natur und damit verbundener sozialer Praxis nicht zugänglich sind und die sich folglich der Beherrschung entziehen (Scott 1994). Diese Lesbarkeit beinhaltet auf der Ebene des Raums der Repräsentationen im Sinn von Lefebvre also vor allem den Verweis auf die politische Ordnung der Gesellschaft, den Anspruch des Absolutismus, die Subjekte direkt mit Hilfe von Disziplinartechnologien (Foucault 1978) zu formen und sie einem rigiden, zentralistischen Sichtbarkeits- und damit Überwachungsregime zu unterwerfen.

Diesem Anspruch setzte sich der englische Landschaftsgarten entgegen, der vielmehr die demokratischen Ideale des Bürgertums symbolisieren sollte und sich daher den wesentlichen Gestaltungsprinzipien des Barockgartens bewusst verweigerte. Anstelle kulturell geformter Pflanzengestalten wurde die Naturform glorifiziert, die Anlage des Parks sollte sich an einer idealisierten Natur orientieren. Der englische Landschaftspark kennt keinen zentralen Blickpunkt, sondern verkörpert wechselnde Perspektiven, die sich nur im Rundgang erschließen. In diesen Aspekten wird folglich die absolutistische

Form der Lesbarkeit durch den Staat zurückgenommen. Der Anspruch auf Lesbarkeit der Gesellschaft äußert sich freilich symbolisch in der minutiös geplanten und nur scheinbar natürlichen Ordnung des Landschaftsgartens[4]. Zusammenfassend lässt sich sagen: Ästhetik erweist sich nicht zuletzt in der Form des Gartens, worunter die Gartenhistorien auch die Parks subsumieren, als eine inhärent politische Angelegenheit. Praktisch führte dies in England zu einer radikalen Umgestaltung der bis dahin bestehenden Barockgärten (Bürger 2003, Mader 2006).

Dieser allgemeine interpretative Zugang, der hier an historischen Beispielen nur cursorisch plausibilisiert worden ist, erlaubt es schließlich auch, eine implizite ästhetische Politik der Gemeinschaftsgärten in Wien zu erhellen. Der Gemeinschaftsgarten unterscheidet sich freilich von den genannten historischen Beispielen durch den ausgeprägt kollektiven Charakter der entsprechenden sozialen Praxis. Das Element der Gemeinschaft erweitert die Symbolisierungsfunktion des Gartens noch über die historisch vorgängigen Gartenformen hinaus. Ebenso wie die Raumstruktur erhält nun auch die Gemeinschaft eine symbolisierende und subjektivierende Funktion (v. a. im Hinblick auf den Gemeinschaftsaspekt siehe Lawson 2005).[5]

#### **4. Fallstudien: Organisationsstrukturen und Raum**

Unser Artikel stützt sich auf die beispielhafte Untersuchung von acht Gemeinschaftsgärten, die wir hinsichtlich ihrer organisationalen und räumlichen Strukturen und deren Wechselwirkungen analysieren. Wir behandeln das Material als Illustration und Anwendungsfall der oben skizzierten theoretischen Zugänge und zielen in diesem Sinne darauf, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Raum- und Organisationsstrukturen zu analysieren sowie mit dem Einfluss staatlicher Akteur\_innen in Beziehung zu setzen. Zwei Gärten wurden von Isabelle Schützenberger (2014) in der Vegetationsperiode 2013 untersucht, sechs Gärten von Andreas Exner in der Vegetationsperiode 2014. Dabei sollte eine möglichst große Bandbreite an Gartenstrukturen der Größe und Lokalisierung im Verhältnis zu öffentlichem Raum und der Sichtbarkeit nach abgedeckt sowie der Einfluss lokalstaatlicher Akteur\_innen erfasst werden. Demgemäß sind vier Gärten von lokalstaatlichen Akteur\_innen beeinflusst, darunter Organisationen des erweiterten Staates im Sinne vermittelnder Institutionen zwischen Zivilgesellschaft und Staat (Gartenpolylog[6], Lokale Agenda 21[7]). Die andere Hälfte des Fallstudienamples zeigt keinen direkten lokalstaatlichen Einfluss.

Es wurde eine große Zahl an Beobachtungen und teilnehmenden Beobachtungen durchgeführt und extensiv protokolliert. Isabelle Schützenberger hat je fünf Personen pro Garten entlang von Leitfragen interviewt, die sich an den Gestaltungsprinzipien von Commons nach Elinor Ostrom (1990) orientierten. Andreas Exner hat die jeweilige den Garten initiiierende Person interviewt, zehn Gärtner\_innen pro Projekt zufällig ausgewählt und in einem offenen Gespräch mit anderen Leitfragen interviewt. Neun Gartenfotos dienten in diesem Kontext dazu, die ästhetischen Wahrnehmungen durch die Interviewten festzustellen.

Die Beschreibung der Gärten und ihrer organisationsstrukturellen Merkmale fokussiert auf die charakteristischen Eigenschaften, die im Hinblick

auf die Kategorie der Lesbarkeit von räumlichen und sozialen Strukturen im Laufe der Beobachtungszeiträume festgestellt werden konnten. Dabei sind in raumstruktureller Hinsicht folgende Aspekte wesentlich:

1. Regelmäßigkeit der Beetstruktur (Größe, Rechtwinkligkeit, Geradlinigkeit) und des Verhältnisses der verschiedenen Raumelemente des Gartens zueinander,
2. Regelmäßigkeit/Homogenität der Abstände zwischen den Beeten (Größe, Art der Wege nach Führung und Substrat),
3. Regelmäßigkeit/Homogenität der Beetgestaltungen (dabei spielt der Anteil von Unkraut eine große Rolle, nicht zuletzt in der Wahrnehmung der Gärtner\_innen und der Körperschaften des lokalen Staates, wobei dieser von diesen Akteur\_innen selbst mitunter in Kategorien der Lesbarkeit kommentiert wird[8]),
4. Regelmäßigkeit/Homogenität der Nutzungsmuster (überlappende oder komplex ineinandergreifende Nutzungen oder eindeutig zugewiesene und einfach strukturierte Nutzungen, Verhältnis von kollektiv zu individuell genutzten Flächen),
5. zeitliche Stabilität der oben genannten raumstrukturellen Aspekte.

Die mehrheitliche Qualifizierung des Eindrucks der Flächen als ‚ordentlich‘, ‚unordentlich‘ und so weiter wurde den Informationen aus der Einschätzung der Fotoserien durch die Interviewpartner\_innen entnommen.

In organisationsstruktureller Hinsicht sind die folgenden Aspekte relevant:

1. Regelmäßigkeit und Eindeutigkeit der Zuteilung von Verantwortlichkeiten (darunter, falls relevant, das Kontrollniveau des Vorstands gegenüber den anderen Mitgliedern) und des Ablaufs von Entscheidungsprozeduren,
2. Regelmäßigkeit und Eindeutigkeit der Mitgliederstruktur,
3. interne und externe Transparenz dieser beiden Aspekte.

Weiters wird der Einfluss externer Akteur\_innen beschrieben. Die abgebildete Tabelle (siehe Tab. 1) stellt Eckdaten der betrachteten Gärten dar. Die Gärten ‚Blau‘, ‚Gelb‘ und ‚Grün‘ sind im Vergleich relativ einheitlich. Sie wirken angenehm sauber geordnet oder – je nach Werteschema der Befragten – steril. Die Beete sind überwiegend gleich gestaltet. Der Unkrautanteil der Beete ist sehr niedrig. Die Raumstrukturen sind weitgehend stabil und wurden zum überwiegenden Teil von externen Akteur\_innen (Gartenpolylog, MA42) geplant, in Garten ‚Gelb‘ ohne jegliche Mitsprache der Gärtner\_innen. Die Gartengruppen haben Vereinsform, die Mitgliederstruktur ist transparent und für alle eindeutig geregelt. In allen drei Gärten dürfen Mitglieder nur maximal drei Jahre ihre Parzellen nutzen, im Garten ‚Gelb‘ konnte die Initialgruppe Dauerbeete für sich durchsetzen, während Neuzugänge der Dreijahresregel unterliegen. Im Garten ‚Blau‘ konnte die Initialgruppe den Behalt des Schlüssels zum Gartentor als Zugeständnis erwirken, die Mitglieder müssen vereinbarungsgemäß aber nach maximal drei Jahren ihr Beet aufgeben.

Der Garten ‚Rot‘ wirkt bunt und vielfältig oder – je nach Werteschema der Befragten – intransparent. Im letzteren Fall wird häufig bemängelt, dass keine Grenzen der individuellen Beete erkennbar seien. Die Beete sind

Code	Fläche (m <sup>2</sup> )	Beete	Seit	Rotation	Passant_innen-Frequenz	Eigentum	Formelle Gartenbesprechungen	Rechtsform
Staatlich direkt beeinflusste Gärten								
Blau	377	ca. 20	2012	Ja	moderat	öffentlich	alle 2 Monate	Verein
Gelb	1.400	ca. 25	2011	Ja (zum Teil)	hoch	öffentlich	alle 2 Monate	Verein
Rot	4.500	ca. 75	2011	Nein	sehr hoch	öffentlich	ca. einmal pro Jahr	Verein
Grün	1000	ca. 29	2012	Ja	sehr hoch	öffentlich	jeden Monat	Verein
Staatlich nicht direkt beeinflusste Gärten								
Hoch	4.500	—	2012	Nein	moderat	öffentlich	jeden Monat	Verein
Tief	1.500	ca. 20	2001	Nein	keine	öffentlich	jeden Monat	de facto Besetzung
Lang	300	ca. 30	2013	Nein	sehr hoch	öffentlich	Wöchentlich	Verein
Breit	2.000	ca. 30	2006	Nein	keine	Kirche	ca. einmal pro Jahr	individuelle_r Pächter_in

Tab 1 Eckdaten der Fallstudiengärten. Rotation bezieht sich auf den vom lokalen Staat (v. a. MA 42[9] und Bezirkspolitik) zumeist vorgegebenen Wechsel von Mitgliedern im 3-Jahres-Rhythmus[10].

rasterförmig angelegt, zeichnen sich jedoch durch wechselnden Unkrautanteil und eine stark individuelle Gestaltung aus, was auch für die Wege zwischen den Beeten gilt. Die vergleichsweise großzügigen Gemeinschaftsflächen sind komplex strukturiert und werden von verschiedenen selbstorganisierten Kleingruppen gestaltet und betreut. Die rasterförmige Anlage des Gartens geschah seitens des Vorstands, der den Mitgliedern Wahlmöglichkeiten gab. Die Rasterung erfolgte unter dem Gesichtspunkt möglichst großer Beete für eine vorgegebene Anzahl von Gärtner\_innen. Die Planungsrationalität hebt sich damit markant von den Planungsprinzipien der Gärten ‚Blau‘, ‚Gelb‘ und ‚Grün‘ ab. Der Garten ist als Verein organisiert, weist jedoch eine weitgehend selbstorganisierte Arbeitsgruppenstruktur auf. Es gibt eine Liste der Mitglieder (die der Vorstand führt); aber aufgrund der großen Zahl an Gärtner\_innen ist die Gruppe für die meisten Mitglieder praktisch jedoch nicht transparent. Die Gartengruppe übte erfolgreich Widerstand gegenüber der Forderung der Bezirkspolitik nach einem Rotationsprinzip und erreichte einen untypisch langen Pachtvertrag (über zehn Jahre). Der Garten wurde auf Initiative einer um eine Politikerin herum selbstorganisierten Kleingruppe gegründet und stand im weiteren Verlauf unter dem Einfluss der Bezirkspolitik. Der Garten nimmt sowohl organisations- als auch raumstrukturell eine Hybridposition zwischen den Gärten ‚Blau‘, ‚Gelb‘ und ‚Grün‘ und den nachfolgend beschriebenen Projekten ein. Dies ist auf den gleichzeitigen Einfluss von stark selbstorganisierten Dynamiken und staatlichen Akteur\_innen zurückzuführen.

Die Gärten ‚Hoch‘, ‚Tief‘, ‚Lang‘ und ‚Breit‘ sind sowohl von den zuvor beschriebenen Gärten als auch im Vergleich untereinander deutlich verschieden, weshalb sie im Folgenden nicht summarisch beschrieben werden können. Die Besonderheiten der einzelnen Gartenprojekte geben vielmehr wichtige Aufschlüsse über die Konsequenzen eines fehlenden Einflusses von staatlichen Akteur\_innen. Allgemein gilt lediglich, dass das Ausmaß von Lesbarkeit in organisations- und raumstruktureller Hinsicht geringer ist als in der zuvor beschriebenen Gruppe mit staatlichem Einfluss.

Der Garten ‚Hoch‘ ist ein Hybrid zwischen einem Garten- und Landwirtschaftsprojekt, wie sich unter anderem auch in der Selbstbezeichnung der Gartengruppe zeigt. In der Art der Bewirtschaftung unterscheidet sich der Garten von allen anderen beschriebenen Projekten insofern, als zum Zeitpunkt der

Erhebung die gesamte Fläche kollektiv genutzt wird. Der Unkrautanteil ist phasenweise sehr groß, die Beetstruktur unregelmäßig. Die Zuteilung von Verantwortlichkeiten sorgt zum Zeitpunkt der Erhebungen laufend für Diskussionen. Dem Initiator des Gartens kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Entscheidungen sollen in Plenarsitzungen oder in Arbeitskreisen getroffen werden, was allerdings nicht immer hinreichend umgesetzt werden kann. Die Zahl der Mitglieder variiert stark; die Transparenz der Mitgliederstruktur ist nach innen und außen gering.

Garten ‚Tief‘ wirkt sehr unordentlich, unternutzt oder intransparent oder – je nach Bewertung – vielfältig, bunt und dschungelartig-wildromantisch oder märchenhaft. Es gibt einen hohen Anteil an Wild- beziehungsweise Unkräutern. Die individuell genutzten Beete sind ungleich groß, nicht strikt geradlinig bis unregelmäßig angelegt und nicht klar abgegrenzt. Dies gilt auch für die weniger ausgedehnten kollektiv genutzten Flächen. Die Nutzungsmuster sind komplex und nicht für alle Gärtner\_innen transparent, sondern im Gesamten nur für die Initiatorin und Gestalterin des Gartens. Die räumliche Gartenstruktur ist insgesamt stabil, unterliegt aber saisonalen Veränderungen. Die Verantwortlichkeiten sind in der Wahrnehmung vieler Gärtner\_innen nicht klar zugeteilt, die Initiatorin gilt als ‚Kopf‘ und ‚Seele‘ des Gartens und übt informelle Letztentscheidungsmacht aus, auch gegen den Willen der Mehrheit. Die Mitgliederstruktur wechselt rasch, ist nur der Initiatorin vollständig bekannt und wird von ihr in letzter Instanz kontrolliert und aktiv gesteuert. Der Garten weist eine geringe öffentliche Sichtbarkeit auf.

Garten ‚Lang‘ wirkt bunt und vielfältig, wird aber mitunter auch als etwas unordentlich wahrgenommen. Der Garten wird vom Raumelement des Hochbeetes bestimmt sowie von selbst gebauten Sitzmöbeln. Daneben gibt es gemeinschaftlich genutzte Beetflächen. Die Hochbeete sind sehr verschieden gestaltet. Die Abstände sind uneinheitlich, die Struktur des Gartens wurde nicht zentral geplant. Die Nutzungsmuster sind im Erhebungszeitraum nicht in jeder Hinsicht eindeutig, die Nutzung der gemeinschaftlichen Beete ist formell nicht geregelt und deren konkreter Ablauf ist den Mitgliedern im Ganzen nicht bekannt. Der Garten weist eine starke Veränderlichkeit der Raumstruktur auf. Verantwortlichkeiten sind durch die Organisationsform eines Vereins teilweise klar zugewiesen, andere Verantwortlichkeiten beruhen auf Eigeninitiative, sozialen Kompetenzen und individueller Reputation in der Gruppe. Die Mitgliederstruktur ist grundsätzlich transparent, aufgrund der lockeren Organisationsform jedoch nicht allen im Detail bekannt. Die Gruppe ist stark politisch orientiert und einige wollen, der Zielsetzung der Initiatorin entsprechend, die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums mit dem Projekt problematisieren. Der Garten unterliegt einer starken Sichtbarkeit und fügt sich ästhetisch nahtlos an das benachbarte Lokal an (‚Do-it-yourself-Ästhetik und ‚hippe, urbane Ruralität‘). Wichtige Entscheidungen werden häufig kontrovers und produktiv diskutiert, die Gruppe erlebt sich als basisdemokratisch. Der Garten entstand auf Initiative einer Künstlerin, die Wahl der Vereinsform ging auf ihre Einschätzung zurück, dass der Garten in näherer Zukunft mit der Stadt Wien einen Vertrag abschließen muss.

Garten ‚Breit‘ wirkt je nach Bewertung unordentlich und unternutzt oder wildromantisch und vielfältig, natürlich und bunt. Beetstruktur und

-abstände sind unregelmäßig und folgen nur teilweise geraden Linien. Der Weg durch den Garten entstand spontan und ist unregelmäßig. Der Garten wurde nicht zentral geplant. Beete werden individuell genutzt, Obstbäume und Fruchtsträucher werden von allen beerntet. Der Garten weist einen sehr hohen Unkraut- und extensiven Wiesenanteil auf. Es existiert eine große Vielfalt verschiedener Raumelemente und Nutzungen. Die Mitgliederstruktur ist den Gärtner\_innen nicht bekannt, es gibt kein Verzeichnis der Gärtner\_innen, als Pächter fungiert im Erhebungszeitraum der Initiator. Formelle Sitzungen finden meist nur einmal im Jahr statt, es gibt eine technisch-problembezogene und lose-selbstorganisierte Kooperation der Mitglieder. Die Verantwortlichkeiten sind bis auf den Pächter (als Ansprechpartner des Eigentümers der Fläche) lediglich informell und auf Basis von Eigeninitiative und Reputation in der Gruppe verteilt. Die Weitergabe von Beeten erfolgt informell und durch Mundpropaganda oder im Bekannten- und Freundeskreis.

Zur Veranschaulichung der beschriebenen Raumstrukturen werden Orthofotoaufnahmen der untersuchten Gartenprojekte kurz charakterisiert, und zwar aus einer Vogelperspektive, die nicht nur metaphorisch ein wesentliches Moment im ‚Blick des Staates‘ darstellt, wie oben erläutert wurde. Fotos ergänzen die Orthoaufnahmen der Gärten ‚Grün‘ und ‚Hoch‘.

Projekt ‚Gelb‘ ist ein Gemeinschaftsgarten, dessen Struktur sich bruchlos in die Matrix des Parks und der anschließenden Gebäude einfügt. Ein Teil der Gartenfläche ist in Ovalform betoniert. Die einzelnen Beete sind klar und durch gleichförmige Abstände voneinander abgegrenzt, die Zahl der nutzenden Parteien ist pro Beet konstant. Das Rasterystem der Beetanordnung verstärkt die Lesbarkeit noch. Die gemeinschaftlich genutzte Infrastruktur ist eindeutig erkennbar und durch die Betonfläche (die auch drei Hochbeete trägt) vom Rest des Gartens abgesetzt.

Die Grundstruktur dieses Gartens ist rasterförmig, allerdings, wie auch am Foto erkennbar, unregelmäßig und durch ungewöhnlich enge Abstände zwischen den Beeten charakterisiert. Dies erklärt sich durch den pragmatischen und ertragsorientierten Fokus der Gartenplanung, die durch die

Abb. 1 Projekt ‚Blau‘, ein staatlich beeinflusster Gemeinschaftsgarten: Blick in den Garten vom Gehsteig aus. Der in den staatlich beeinflussten Gärten vorgeschriebene Stahlgitterzaun ist auf dem Foto nicht sichtbar. Die Gartenstruktur folgt einem Muster von Lesbarkeit, die Regelmäßigkeit wurde auf Vorschlag einer Gärtnerin durch Krümmung der Beetachse aufgeweicht. (Quelle: Andreas Exner, 2014)

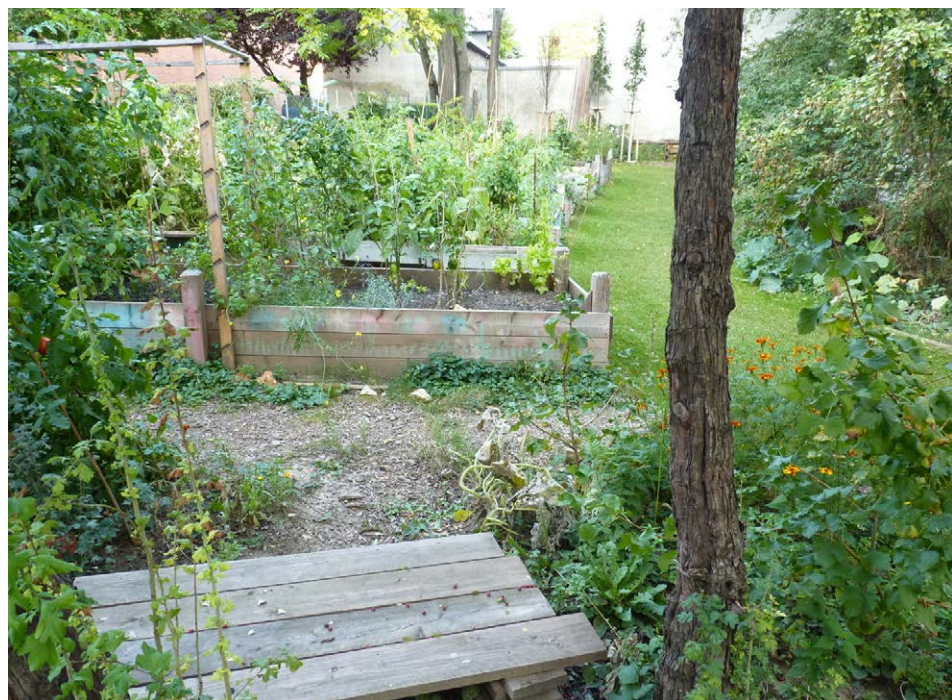




Abb. 2 Projekt ‚Gelb‘, ein von der Lokalen Agenda 21 initiiertes und begleitetes, staatlich beeinflusster Gemeinschaftsgarten (Quelle: Stadt Wien, ViennaGIS, 2015)

Abb. 3 Projekt ‚Rot‘, ein staatlich beeinflusster Garten mit zugleich deutlich autonom gestalteten Strukturen (Quelle: Stadt Wien, ViennaGIS, 2015)

Abb. 4 Projekt ‚Grün‘, ein von der Bezirkspolitik initiiertes Gemeinschaftsgarten, im Orthofoto zum Zeitpunkt des Aufbaus der Hochbeete: Die rasterförmige Matrix ist klar zu erkennen. Sie unterscheidet sich nicht vom benachbarten Flakturm, der links oben ins Bild hineinragt. (Quelle: Isabelle Schützenberger, Sommer 2013)





Abb. 5 Projekt ‚Grün‘  
(Quelle: Stadt Wien,  
ViennaGIS, 2015)



Abb. 6 Projekt ‚Hoch‘  
(Quelle: Stadt Wien,  
ViennaGIS, 2015)

Gruppe selbst realisiert wurde. Dies ist ein planerischer Gesichtspunkt, der dem stärker staatlich beeinflussten Garten ‚Gelb‘ fehlt.

Die Anlage der Beete ist unregelmäßig und für einen externen Akteur oder eine externe Akteurin in ihrem Zusammenhang mit der Gruppenstruktur intransparent, wenngleich die funktionellen Erfordernisse der Ertragsorientierung eine näherungsweise Rechteckform nahegelegt haben, wie am Orthofoto sichtbar.

Die Ordnung der sozialen Nutzung (Beetgrenzen, Zuordnung zu Individual- und Gemeinschaftsnutzung) des permakulturell gestalteten Gartens ‚Tief‘ erschließt sich für eine\_n externe Akteur\_in nicht.

Das wenig detailscharfe Orthofoto veranschaulicht näherungsweise die unregelmäßige Positionierung der Hochbeete. Die materiellen Eigenschaften der Artefakte (Hochbeete) determinieren nicht schon die Raumstruktur. Eine rasterförmig-gleichmäßige Anordnung wird in mehrfacher Hinsicht durchbrochen (am Foto nur teil- und näherungsweise sichtbar).

In Abbildung 10 ist der Garten ‚Breit‘ als ein schräg von links unten nach rechts oben verlaufender Streifen mit unregelmäßigen anthropogenen Formen zu erkennen (Wege sind näherungsweise sichtbar). Dieser Garten hebt sich schon ästhetisch aus der Vogelperspektive deutlich von der umgebenden räumlichen Matrix ab. Seine Struktur ist weder intern noch von außen gut lesbar.

#### 4. Lesbarkeit und Korridorisierung

Das Muster von Lesbarkeit versus Unlesbarkeit von außen lässt sich im Rahmen unserer Fallstudien zu den Gemeinschaftsgärten in Wien, allerdings auch darüber hinaus, verallgemeinern. Es entspricht der Tendenz nach dem Kontrast zwischen den staatlich beeinflussten und den vom lokalen Staat nicht direkt beeinflussten Projekten – jenen also, bei denen weder eine öffentliche oder halböffentliche Körperschaft (MA42, MA49[11], LA21, Gebietsbetreuung, Wohnpartner) noch die Bezirkspolitik direkt intervenieren, zum Beispiel über Verträge oder anderweitige, mehr oder weniger zwingende Vorgaben und Planungsmaßnahmen. Mit dem höheren Grad an Lesbarkeit der direkt staatlich beeinflussten Gärten geht nicht nur eine größere Homogenität des Binnenraums eines solchen Gartens einher, sondern auch eine größere Ähnlichkeit zwischen den einzelnen Projekten



dieses Typs Gemeinschaftsgarten. Sie stechen nicht nur durch den von der Stadtverwaltung (MA 42) vorgeschriebenen Stahlgitterzaun heraus, sondern auch durch die uniforme Gestaltung der Hochbeete und die zumeist vorhandene Fertigteil-Gartenhütte.

Die nicht vom lokalen Staat initiierten, begleiteten oder geförderten Projekte dagegen sind in unserer Fallstudie räumlich-ästhetisch untereinander viel stärker differenziert und heben sich insgesamt durch ihren höheren Grad von ‚Unordnung‘ beziehungsweise nicht extern lesbarer Ordnung in räumlicher Hinsicht von den staatlich beeinflussten Gärten ab. Auch bezüglich der sozialen Organisationsform weisen sie erhebliche Unterschiede im wechselseitigen Vergleich sowie im Hinblick auf die lokalstaatlich geprägten Projekte auf. Einige sind als Verein organisiert, wobei der Grad der Selbstorganisation innerhalb des Vereins variiert. Diese Gärten zeigen einen hohen Grad an räumlicher und sozialer Lesbarkeit. Andere sind nicht als Verein organisiert, womit ein geringerer Grad an Lesbarkeit einhergeht, sowohl von außen als auch für die Mitglieder. In einem Fall ist der Garten zentral durch die Initiatorin lesbar, aber nicht für die Mitglieder. Dies geht mit einer von den Mitgliedern als problematisch wahrgenommenen Organisationsstruktur einher.

Hinsichtlich der empirischen Befunde und unter Berücksichtigung der limitierten Aussagekraft von Fallbeispielen ist also festzustellen: Die institutionellen Praktiken staatlicher Akteur\_innen (unter Einbezug der Akteur\_innen des erweiterten Staates, wie Gartenpolylog, Lokale Agenda 21 oder Gebietsbetreuung) prägen den Prozessen der Selbstorganisation der Gartengruppen bestimmte Entwicklungskorridore auf. Das heißt, die möglichen Entwicklungen sind in einem hohen Ausmaß bereits durch die Rahmenbedingungen festgelegt, die vom lokalen Staat gesetzt werden, und zugleich sind die Bandbreite und Dynamik möglicher Entwicklungen vergleichsweise stark eingeschränkt. Diese Entwicklungskorridore werden zum einen durch die vorgegebene Rechtsform (des Vereins) eingeschrieben, zum anderen

Abb. 7 Blick auf die Anbaufläche von Projekt ‚Hoch‘, ein staatlich nicht beeinflusster Ort zwischen Gemeinschaftsgarten und Landwirtschaftsprojekt (Quelle: Andreas Exner, Oktober 2013)



Abb. 8 Projekt ‚Tief‘, ein nicht staatlich beeinflusster Gemeinschaftsgarten (Quelle: Stadt Wien, ViennaGIS, 2015)



Abb. 9 Projekt ‚Lang‘, ein nicht direkt staatlich beeinflusster Garten (Quelle: Stadt Wien, ViennaGIS, 2015)

Abb. 10 Projekt ‚Breit‘, ein dezentral-kollektiver, nicht staatlich beeinflusster Gemeinschaftsgarten (Quelle: Stadt Wien, ViennaGIS, 2015)



auch durch die raumstrukturellen Vorgaben der initiierenden Institutionen des lokalen Staates. Die Korridorisierung wird von den Gärtner\_innen teilweise aktiv mitgetragen, teilweise wird auch Widerstand geübt. Wie ein Fall zeigt, können sich staatlicher Einfluss und Autonomie der Gartengruppe zu einem balancierten Kräfteverhältnis überlagern. Dieser Garten nimmt daher eine Hybridposition zwischen stark und nicht staatlich beeinflussten Projekten ein.

Die Korridorisierung von Entwicklungen erfolgt auf andere Art in den Projekten ohne direkten staatlichen Einfluss. Hier ist die Rolle der Initiator\_innen viel stärker oder sogar ausschlaggebend für die Entwicklung des Gartens. Diese kann von einem pragmatischen Zugang eines weitgehenden Laissez-faire bis zu einer pädagogisch legitimierten und mehrheitlich akzeptierten Führungsrolle mit starken Durchgriffs- und Entscheidungsrechten gehen oder die Form einer strategischen Kontextsteuerung und initialen Pfadfestlegung für eine dann eigendynamische Entwicklung annehmen.

Die Raum- und Organisationsstrukturen fügen sich im Fall der stark vom lokalen Staat beeinflussten Projekte bruchlos in die sozial-räumliche Matrix

der bürokratisch-kapitalistischen Stadt ein. Soziale Selbstorganisation als solche, die dort die Form des Vereins annimmt, ist für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft im Rahmen der so genannten Zivilgesellschaft konstitutiv und markiert als solche noch keine Abweichung von deren sozialen Formen.

Im Fall der nicht direkt vom Staat beeinflussten Projekte besteht ein gewisser oder starker Kontrast dazu. Der Garten ‚Lang‘ nimmt in dieser Hinsicht eine Hybridposition ein. Er ordnet sich ästhetisch in sein ‚hippes‘ soziales und räumliches Umfeld – das er zugleich performativ zu kritisieren beansprucht – bruchlos ein. Die ‚hippe‘ Ästhetik entspringt nicht einer unbeachteten Unordnung, sondern einer normalisierten Kombination von (scheinbar) ‚spontanen‘ Elementen (nicht standardisierte Möbel, Unkraut) und des Recyclings von Materialien. Diese Ästhetik findet sich ebenso im angrenzenden kommerziellen Lokalbetrieb (des Pächters der Fläche, die der Garten nutzt) sowie in der Graffiti-Bemalung, welche die Umgebung prägt. Seine Organisations- und Raumstruktur weist Elemente von externer oder interner Unlesbarkeit auf, die ihn von den direkt staatlich beeinflussten Gärten markant unterscheiden. Am weitesten von der dominanten sozial-räumlichen Matrix der Stadt Wien weicht Garten ‚Breit‘ ab. Er verfolgt kein Interesse an Sichtbarkeit oder einer Vorbildwirkung und hat keine Zielsetzungen externer Akteur\_innen im Sinne von öffentlichen Körperschaften, NGOs, Medien, der Bezirkspolitik oder Nachbar\_innen zu bedienen (aufgrund seiner räumlichen Lage und der relativen sozialen Isolation bei Abwesenheit kollektiver politischer Zielsetzungen). Daher folgt er weder den impliziten Normen einer „Kreativästhetik“ [12], deren de facto standardisierte Gestaltung ‚Kreativität‘ und ‚Lebendigkeit‘ symbolisieren soll (etwa über bestimmte Raumelemente wie bemalte Paletten und andere Praktiken des Upcycling sowie wiederkehrende Stilkombinationen), noch entspricht er den Ansprüchen der Ästhetik der hegemonialen politischen Ordnung, die sich insbesondere in jenen Gärten ausdrückt, die als Imageprojekte der Stadtpolitik gelten.

Unsere Fallstudien zeigen, dass sich einerseits die Lesbarkeit sozialer Strukturen der Gartenorganisationen im Grad der Lesbarkeit von Raum spiegelt. Andererseits korridorieren die räumlichen Strukturen auch die Gartenorganisation und die Subjektivitäten der Gärtner\_innen. Die Gemeinschaftsbeetflächen in allen untersuchten Gärten symbolisieren – wie auch mehrere Gärtner\_innen in Interviews mitteilen – die Gemeinschaftlichkeit des Gartens. Immer wieder grenzen sich Gärtner\_innen entsprechend vom häufig abschätzig beurteilten Kleingarten mit seiner ‚Schrebergartenmentalität‘ [13] des Privaten und auf sich Zurückgezogenen ab. Zugleich wird in der Regel die individuelle Nutzung von Beeten, die in allen untersuchten Gärten flächen- und arbeitsmäßig überwiegt, als selbstverständlich betrachtet. In Wien gibt es in der Tat nach unserer Kenntnis gegenwärtig nur drei weitgehend oder gänzlich kollektive pflanzenbauliche Projekte, die sich aber diskursiv vom Garten abgrenzen. Die individuelle Nutzung wird in Interviews teilweise mit dem für selbstverständlich oder wünschenswert betrachteten individuellen Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag begründet, oder aber die Individualbeete werden als Flächen für den individuellen Selbstaussdruck und die individuelle Kreativität und Neugier im pflanzenbaulichen Experiment interpretiert.

Die Symbolisierungsfunktion der Gemeinschaftsgärten in Hinblick auf die Vorstellung einer idealen politischen Ordnung zeigt sich auch in der Trias

aus Vereinsvorstand, dem privateigentümlich konzipierten Raum der individuellen Beete und den Gemeinschaftsflächen. Sie lässt sich symbolisch als Ausdruck der konstitutiven Eckpunkte bürgerlicher Gesellschaft interpretieren: Regierung, Privatsphäre und öffentlicher Raum. Garten ‚Breit‘ dagegen wird in Interviews mehrfach in die Nähe eines Anarchismus gerückt. Die Raumstruktur in Garten ‚Breit‘ symbolisiert hinsichtlich der Fläche und ihrer Gestaltung eine Kombination „freier“ [14] Entfaltung der Gärtner\_innen, die je nach individueller Entscheidung kooperieren. Garten ‚Tief‘ ist räumlich widersprüchlich strukturiert. Die Gartenanlage wurde von der Leiterin konzipiert und kontinuierlich nach permakultureller Philosophie entwickelt. Zugleich sollen die Gärtner\_innen nach dem Wunsch der Leiterin mit Verweis auf eben diese Philosophie Eigensinn entfalten können und eine selbstorganisierte Gemeinschaft bilden – was auch mehrere Gärtner\_innen wünschen. Dieser Eigensinn ist jedoch im Rahmen der gegebenen Raumstruktur nicht sehr weitgehend möglich, ohne diese grundlegend umzugestalten. Das widersprüchliche Raumkonzept zeigt sich parallel auf der Ebene der Gartenorganisation als ein Widerspruch, der immer wieder zu Konflikten führt. Garten ‚Lang‘ erweist sich als außergewöhnlich dynamisch in raumstruktureller Hinsicht. Anders als die übrigen uns bekannten Wiener Gemeinschaftsgärten in stark frequentierten öffentlichen Räumen fehlt ein Zaun. Diese Entscheidung ist der politischen Motivation der Initiatorin geschuldet, wird jedoch von den allermeisten, möglicherweise allen Gärtner\_innen aktiv mitgetragen – allerdings bei manchen erst nach einer Zeit der Gewöhnung an dieses ungewöhnliche Arrangement. Der Effekt der räumlichen Offenheit des Gartens in unmittelbarer Nähe eines flanierenden Besucher\_innenstroms zwischen Lokalen und Freiflächen in der Umgebung ist eine direkte Konfrontation der Gartengruppe mit vielen anderen Nutzer\_innen. Dies führt zu einer Reihe von Austausch- und Adaptionsprozessen zwischen der Gruppe selbst und den Passant\_innen und benachbarten Nutzer\_innen, die den Gartenraum gebrauchen oder – je nach Bewertung durch die Gruppe oder einzelne Gärtner\_innen – missbrauchen. Die räumliche Offenheit signalisiert und ermöglicht nicht nur eine relative soziale Offenheit. Umgekehrt erfordert die Offenheit des Gartenraums auch eine soziale Offenheit, erzwingt sie mitunter sogar oder legt eine solche nahe.

## **5. Fazit: Momente eines differentiellen Raums in Gemeinschaftsgärten?**

Rückgebunden auf die eingangs gestellte Frage nach Momenten des differentiellen Raums sind im Abschluss zwei Präzisierungen zu treffen. Erstens erfordert die Überwindung des abstrakten Raums, so wie Lefebvre diesen fasst, eine grundlegende Dekommodifizierung und Entbürokratisierung des Raums, die nur mit einer Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und staatlicher Herrschaft einhergehen kann. Eine solche Entwicklung ist momentan nicht absehbar. Gemeinschaftsgärten wie die in Wien stellen kaum einen auch nur kleinen Ansatzpunkt dafür dar (für eine grundsätzlich ähnliche Einschätzung siehe Reitterer 2014). Dort, wo sie auf öffentlichen Flächen lokalisiert sind, handelt es sich aktuell um dekommodifizierte Räume, die allerdings der bürokratischen Kontrolle unterstehen und vom Bodenmarkt nicht grundsätzlich entkoppelt sind. Das in Wien maßgebliche

Rotationsprinzip in den meisten staatlich beeinflussten Gärten individualisiert zudem die Gärtner\_innen der Tendenz nach und schreibt – neben der Pacht – auch ein dem Privateigentum ähnliches Verhältnis in die entsprechende Organisation der Beetnutzung ein.

Zweitens ginge es in einer Perspektive der Produktion eines differentiellen Raums darum, eine Heterogenität von Qualitäten herzustellen, die sich der auf Transparenz zielenden Homogenisierung des abstrakten Raums – der Lesbarkeit im Sinn von Scott – entzieht. Dieser Aspekt der Überwindung des abstrakten Raums dürfte sich jedoch nicht allein auf eine Betonung des symbolischen Raums beziehen, welcher der Garten als solcher bereits ist. Denn der abstrakte Raum ist unter heutigen Bedingungen wesentlich auch ein Raum vielfältiger, viele Sinne ansprechender, atmosphärisch-anregender Repräsentationen geworden, die eine ‚Do-it-yourself‘-Ästhetik inkludieren. Gemeinschaftsgärten sind als ein Teil der „Kulturalisierung der Stadt“ (Reckwitz 2014) zu verstehen (Gruppe Roter Mangold 2014[15]). Inwiefern Gemeinschaftsgärten alternative Versionen ästhetischer Praktiken darstellen, nämlich profane Kreativität und eine Ästhetik der Wiederholung, und sich damit dem von der Steigerungslogik, der Orientierung am Neuen und der Publikumsorientierung des Marktes geprägten Kreativitätsdispositiv tendenziell und teilweise entziehen (Reckwitz 2014: 355), bliebe zu untersuchen und wäre abzuwarten. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, so würde doch der lokale Staat diese Praktiken in seine Selbstrepräsentation symbolisch integrieren. Er fördert sie in Wien deshalb aktiv, um das eigene Image einer kreativen, sozialen und ökologischen Stadt zu produzieren und aufrechtzuerhalten. Dies erfolgt jedoch unter Maßgabe der Lesbarkeit, der Reproduktion des abstrakten Raums. Die in den Fallstudien untersuchten Gemeinschaftsgärten lassen folglich am ehesten Momente eines differentiellen Raums erkennen, je weniger sich staatlicher Einfluss auswirkt.

## Endnoten

- [1] Dabei interessieren uns die Organisationsstrukturen, nicht die soziale Zusammensetzung der Gruppen und Projekte.
- [2] Lefebvre tendiert dazu, die fordistische Form von Stadt mit der kapitalistischen Form von Stadt überhaupt gleichzusetzen. Dies ist dem historischen Entstehungskontext seiner Analyse geschuldet. Er setzt damit eine historisch spezifische Erscheinungsform der kapitalistischen Stadt mit deren grundsätzlicher Formbestimmtheit als kapitalistischer Stadt tendenziell gleich. Demgegenüber ist zu betonen, dass Lefebvres Konzept in Analogie zum Marx'schen Begriff der abstrakten Arbeit als Substanz des abstrakten ökonomischen Werts der Ware (darunter des Bodens und der Immobilien) zu interpretieren ist (was auch Lefebvre grundsätzlich festhält, siehe z. B. Lefebvre 1991: 49 f., 306 ff.). Das Konzept des abstrakten Raums ist also auf einer analytisch grundlegenden Ebene angesiedelt als die Frage nach der besonderen historischen Form von Stadt im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen Gesellschaft insgesamt. Die bloße Intensivierung von Bedeutungszuschreibungen und deren differentieller Ausgestaltung im Sinn einer Kulturalisierung der Stadt betrifft noch nicht die Ebene der Kategorie des abstrakten Raums, der eine allgemeine Formbestimmung variabler konkreter Inhalte von Urbanität darstellt. Ebenso wenig und analog betrachtet verändert die postmoderne Intensivierung und Vervielfältigung von symbolischen Qualitäten beliebiger Waren die Warenform als solche. Wie sehr sich der abstrakte Raum in der Dimension des Raums der Repräsentationen mit Bedeutungen anreichern kann, hat Lefebvre offenbar nicht abgesehen. Allerdings charakterisiert diesen Raum der Repräsentationen durchaus eine

spezifische Art von Symbolik, was Lefebvre schon für den abstrakten Raum der fordistischen Stadt angedeutet hat. Unter heutigen Bedingungen ist diese Symbolik Teil des von Reckwitz (2014) so genannten Kreativitätsdispositivs.

- [3] Dass die Beziehung von Raum und sozialen Verhältnissen ein zentrales Thema der macht-genealogischen Untersuchungen von Michel Foucault darstellt, sei hier nur angemerkt (vgl. z. B. Foucault 1978), ebenso wie der Umstand, dass unsere Forschungsfragen im Sinn von Foucault auch dispositivanalytisch (vgl. z. B. Bührmann/Schneider 2012) weiterverfolgt und vertieft werden könnten. Dies muss einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben.
- [4] Natur wird inszeniert und die Selbststeuerung des Pflanzenwachstums einer nicht minder strikten Steuerung zweiter Ordnung unterworfen. Die Anlage des Gartens erfasst noch größere Bereiche der umgebenden Landschaft als der Barockgarten, die Trennung zwischen Garten und umgebender Landschaft wird bewusst verwischt und verdeckt. So gesehen markiert die Programmatik des Landschaftsgartens auch die Entstehung der modernen Landschaftsplanung. In Foucault'schen Kategorien gedacht, wären Gegensatz und Kontinuität von Barock- und Landschaftsgarten im Kontext der Schwerpunktverlagerung von der Disziplinar- zur Biomacht zu analysieren.
- [5] Die subjektivierende Funktion ließe sich mit dem Begriff der Gouvernamentalität entlang der Frage nach einem Modus des „Regierens durch Gemeinschaft“ (Rose 2012) analysieren (siehe dazu für Gemeinschaftsgärten etwa Rosol 2010), was hier nur insoweit beleuchtet werden wird, als der Artikel sich der Frage des Einflusses staatlicher Institutionen auf Gemeinschaftsgärten in Wien widmet.
- [6] Ein Verein, der für die Stadt Wien ein wichtiger Ansprechpartner für die Einrichtung von Gemeinschaftsgärten ist, selbst mehrere solcher Projekte initiiert und gestaltet hat und als Vernetzungsplattform von Gemeinschaftsgärten in Österreich agiert.
- [7] Es gibt in Wien mehrere Lokale Agenda 21-Gruppen (LA21), die der lokale Staat finanziert und steuert, um Bürger\_innenbeteiligung zu ermöglichen. Diese Gruppen haben mehrere Gemeinschaftsgärten in Wien initiiert und gestaltet.
- [8] Einen hohen Unkrautanteil beschreiben diese Gärtner\_innen mitunter als Element einer Intransparenz eines Gartens, das heißt einer fehlenden Klarheit über Beetbegrenzungen und damit zusammenhängende Nutzungsbereiche. Diese Wahrnehmungen stammen aus den Äußerungen der interviewten Gärtner\_innen zu den neun Gartenfotos, die unter anderem wechselnde Unkrautanteile darstellen.
- [9] Die für die Wiener Stadtgärten zuständige Magistratsabteilung.
- [10] Neue Mitglieder werden aus der Warteliste aufgenommen. Dieses Prinzip trifft des Öfteren auf Widerstand von Gartengruppen, kann nur in seltenen Fällen unterlaufen werden, wurde aber mehrfach auf Druck der Gartengruppen modifiziert (etwa indem Rotation nur für Neuzugänge zur Initialgruppe gilt oder ausscheidende Mitglieder den Schlüssel für das Gartentor behalten dürfen).
- [11] Magistratsabteilung 49, Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien.
- [12] Den Begriff verdanken wir Claudia Pirchl (persönliche Mitteilung).
- [13] Auf den Schrebergarten und die ihm zugeschriebene Mentalität wird immer wieder von Gärtner\_innen verwiesen.
- [14] Dieses oder ein vergleichbares Adjektiv wird immer wieder von Gärtner\_innen gebraucht.
- [15] Vom Erstautor unter Pseudonym veröffentlicht.

## **Autor\_innen**

Andreas Exner hat Ökologie studiert und arbeitet an einer politikwissenschaftlichen Dissertation zu Gemeinschaftsgärten in Wien.  
andreas.exner@aon.at

Isabelle Schützenberger hat Internationale Entwicklung sowie Umwelt- und Ressourcenmanagement studiert und forscht zu Gemeinschaftsgärten in Wien.  
isabelle.schuetzenberger@reflex.at

## Literatur

- Baier, Andrea / Müller, Christa / Werner, Karin (2013): Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself. Bielefeld: transcript.
- Bührmann, Andrea D. / Schneider, Werner (2014 [2012]): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. Bielefeld: transcript
- Bürger, Alfons (2003): Kleine Geschichte der Gartenkunst. Stuttgart: Ulmer-Verlag.
- Draper, Carrie / Freedman, Darcy (2010): Review and analysis of the benefits, purposes, and motivations associated with community gardening in the United States. In: *Journal of Community Practice* 18/4, 458-492.
- Drake, Luke (2014): Governmentality in urban food production? Following community from intentions to outcomes. In: *Urban Geography* 35/2: 177-196.
- Eizenberg, Efrat (2012): Actually Existing Commons: Three Moments of Space of Community Gardens in New York City. In: *Antipode* 44/3, 764-782.
- Exner, Andreas / Bartels, Lara Esther / Windhaber, Markus / Steffen, Fritz / Linda, See / Politti, Emilio / Hochleithner, Stephan (2015): Constructing landscapes of value. Capitalist investment for the acquisition of marginal or unused land – the case of Tanzania. In: *Land Use Policy* 42: 652-663.
- Exner, Andreas / Kratzwald, Brigitte (2012): *Solidarische Ökonomie & Commons*. Wien: Mandelbaum.
- Foucault, Michel (1978 [1975]): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2014 [2004]): *Die Heterotopien. Der utopische Körper*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gordon, Elyse (2012): *Cultivating Good Workers: Youth Gardening, Non-Profits and Neoliberalization*. Washington: thesis.
- Gruppe Roter Mangold (2014): *Urbanes Gärtnern in der kreativen Stadt. Kulturen des Grün*. In: *Augustin* 376: 20-21.
- Guthman, Julie (2008): Bringing good food to others: investigating the subjects of alternative food practice. In: *Cultural Geographies* 15: 431-447.
- Hobson, Kersty / Hill, Ann (2010): Cultivating citizen-subjects through collective praxis: organized gardening projects in Australia and the Philippines. In: Tania Lewis / Emily Potter (Hg.), *Ethical Consumption: A critical introduction*. London: Routledge, online unter: <http://www.communityeconomies.org/site/assets/media/AnnHill/2010%20Hobson&Hill%20Cultivating%20citizen-subjects%20through%20collective%20praxis.pdf> (letzter Zugriff 22.9.2015).
- Jamison, Michael S. (1985): The joys of gardening. Collectivist and bureaucratic cultures in conflict. In: *The Sociological Quarterly* 26, 473-490.
- Lawson, Laura (2005): *City bountiful. A century of community gardening in America*. Berkeley: University of California Press.
- Lefebvre, Henri (1991 [1974]): *The Production of Space*. Oxford: Blackwell Publishers.
- MA 42 (Magistratsabteilung der Stadt Wien 42) (o. J.): *Gemeinsam Garteln verbindet. Broschüre zu Gemeinschaftsgärten in Wien*. Wien.
- Macias, Thomas (2008): Working toward a just, equitable, and local food system: The social impact of community-based agriculture. In: *Social Science Quarterly* 89/5, 1086-1101.
- Mader, Günter (2006): *Geschichte der Gartenkunst. Streifzüge durch vier Jahrtausende*. Stuttgart: Ulmer.
- Meretz, Stefan (2014): Keimform und gesellschaftliche Transformation. In: *Streifzüge* 60. <http://www.streifzuege.org/2014/keimform-und-gesellschaftliche-transformation> (letzter Zugriff am 9.9.2015).
- Müller, Christa (2011): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: Oekom.
- Ogawa, Tomoko (2009): Looking at community gardens through neoliberal lenses. Iowa State University: Graduate Theses and Dissertations. Paper 11125. <http://lib.dr.iastate.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2162&context=etd> (letzter Zugriff am 5.10.2015).
- Ostrom, Elinor (1990), *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Pudup, Mary B. (2008): It Takes a Garden: Cultivating citizen-subjects in organized garden projects. In: *Geoforum* 39, 1228-1240.



- Rasper, Martin (2012): Vom Gärtnern in der Stadt. Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt. München: Oekom.
- Reckwitz, Andreas (2014 [2012]): Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reitterer, Katharina (2014): Wem gehört das StadtLand? Eine kritische Analyse zu Zugang zu Land in der neoliberalen Stadt. Universität Wien: unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Rose, Nikolas (2012): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 72-109.
- Rosol, Marit (2010): Public participation in post-Fordist urban green space governance: The case of community gardens in Berlin. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34/3, 548-563.
- Rosol, Marit (2012): Community volunteering as a neo-liberal strategy? The case of green space production in Berlin. In: *Antipode* 44/1, 239-257.
- Schmid, Christian (2005): *Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes*. Stuttgart: Steiner.
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej Holm / Dirk Gebhard (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg: VSA Verlag, 25-51.
- Schützenberger, Isabelle (2014): *Vom Gemeinschaften in Gemeinschaftsgärten. Prozesse und Strukturen des Commoning in urbanen Gärten in Wien*. Universität Wien: unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Scott, James (1999): *Seeing like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven: Yale University Press.
- Smirchich, Linda (1983): Concepts of Culture and Organizational Analysis. In: *Administrative Science Quarterly* 28/3, 339-358.

### **Community gardens as a socio-spatial expression of organizational structures. The example of Vienna**

*This paper investigates community gardens in Vienna under the perspective of a fundamental transformation of the contemporary spatial matrix of urban space towards a differential space (Lefebvre). To this aim, eight case studies as examples for projects with a varying degree of state influence are compared.*

*Gardens shaped by the local state embody state requirements for legibility of socio-spatial relations. These requirements are part of the matrix of abstract, bureaucratically managed space. Gardens which are not directly shaped by the state on the other hand show a lower degree of legibility and may stand in a more or less obvious contrast with surrounding spatial structures. Gardens shaped by the state are characterized by a greater internal homogeneity and are more homogeneous when compared among each other than gardens without or with a lesser degree of state influence. It is argued that a mere aestheticization of space by marking differences does not suffice to transcend abstract space.*



# ***Urban policy mobilities***

Theoretische Grenzen und Rekonzeptualisierungen

Jenny Künkel

Der Ansatz der *Urban policy mobilities* (UPM) bietet wichtige Impulse für die kritische Stadtforschung, nicht zuletzt für die Analyse städtischer Neoliberalisierung. Doch die Nutzung marxistischer und poststrukturalistischer Theorien erfolgt bis dato eher arbeitsteilig. Eine systematische Theorienintegration steht noch aus. Zudem verengen zentrale Vertreter des UPM-Ansatzes die Breite poststrukturalistischer Theorien auf assemblage-Theorien, an die sie lose anknüpfen. Sie handeln sich damit einen unscharfen Politikbegriff ein und laufen Gefahr, die Vermachtetheit der untersuchten Prozesse aus den Augen zu verlieren. Der Beitrag schlägt daher vor, Politiktransfer konsequent als Wissenstransfer zu konzeptualisieren, der auf vielfältigen gesellschaftlichen Diskursen, Subjektivierungen und materiellen Praktiken sowie ihren Verdichtungen zu (im-)materiellen Strukturen beruht und diese mit hervorbringt. Ein derartiges Verständnis von Politiktransfer stellt zugleich Machtverhältnisse, die mit dem globalen Politikwandel verbundenen sind, in den Mittelpunkt der Analysen.

*Ersteinreichung: 6. Februar 2015; Veröffentlichung online: 16. November 2015*  
*An english abstract can be found at the end of the document.*

## **1. Einleitung[1]**

Das junge Forschungsfeld *Urban policy mobilities* (UPM) untersucht den Politiktransfer zwischen Städten und Regionen. Es erforscht jedoch nicht nur ein in Umfang und Form neues Phänomen, sondern verspricht auch theoretische Neuerungen – vor allem gegenüber den positivistischen Traditionen der *policy-transfer*-Forschung. Grundlegungen des UPM-Ansatzes nähern sich Transferprozessen stattdessen aus politökonomischer Perspektive (v. a. Peck/Theodore 2010) oder bringen diese mit dem *assemblage*-Ansatz zusammen (v. a. McCann/Ward 2011a, Cochrance/Ward 2012). Theorieinkompatibilitäten bleiben allerdings ungelöst und das konzeptionelle Rüstzeug von UPM demnach ausbaufähig. Obgleich der UPM-Ansatz wichtige Impulse für die kritische Stadt- und Neoliberalisierungsforschung bietet (die ich andernorts würdige, vgl. Künkel 2015), fragt der vorliegende Beitrag daher nach Grenzen des Ansatzes und möglichen theoretischen Rekonzeptualisierungen. Dabei fokussiert er die ‚zentralen‘ Vertreter des UPM-Ansatzes (das heißt vor allem Eugene McCann und Jamie Peck und die jeweiligen Co-Autor\_innen), denn diese haben das Feld frühzeitig besetzt und die theoretischen Grundlegungen von UPM geliefert. Der Beitrag problematisiert theoretische

Engführungen nicht zuletzt die Begrenzung innerhalb der Breite poststrukturalistischer Ansätze auf *assemblage*-Ontologien und es werden Konsequenzen der nicht systematisch erfolgenden Theorienintegration herausgearbeitet: erstens ein unzureichend präzisiertes Politikbegriff, zweitens widersprüchliche Konzeptualisierungen von Macht und drittens Verdinglichungen bei der Analyse von Materialität. Abschließend schlage ich theoretische Rekonzeptualisierungen vor, die beinhalten, die am Politiktransfer beteiligten Subjekte, Strukturen und ‚Dinge‘ konsequent prozesshaft zu denken und Politiktransfer als wissenstransferbasiert zu konzipieren.

Empirische Forschungslücken bleiben ausgeklammert. Das Scheitern von städtischem Politiktransfer (vgl. Michel 2013, Silomon-Pflug et al. 2014), transnationales Lernen städtischer sozialer Bewegungen (vgl. Larner/Laurie 2010: 224 f., Temenos/McCann 2013: 12) und Politiktransfer aus dem globalen Süden in den Norden (vgl. Peck 2011), dessen Untersuchung postkoloniale Ansätze anmahnen (Robinson 2011) und der in Form von Armuts- und Austeritätspolitiktransfer an Bedeutung gewinnt (Mayer/Rankin 2002, Peck 2012a), sind zwar erst in Ansätzen untersucht. Doch die empirischen Lücken könnten in dem noch jungen Forschungsfeld und der Überschneidungen aufweisenden ‚*worlding cities*‘-Forschung (Roy/Ong 2011) bald geschlossen werden. Bedeutsamer als die empirischen Forschungslücken sind die im Folgenden aufgezeigten theoretischen Engführungen.

## **2. Neuer Empirismus und das Zusammendenken poststrukturalistischer und materialistischer Ansätze**

Der UPM-Ansatz, der sich als neuer „analytical approach to the global circulation of urban policy models, knowledge, and ideas“ (McCann 2010: 120) versteht und sich damit die Aura einer grundlegenden theoretischen Neuerung gibt, hat nicht den Anspruch, eine kohärente Theorie zu liefern. Er kann vielmehr – doch dies gerät durch eine starke Abgrenzung von der positivistischen *policy-transfer*-Forschung partiell aus dem Fokus – als Teil einer Wende im Wissenschaftsverständnis innerhalb der kritischen Geographie und Sozialwissenschaften verstanden werden. Diese Wende umfasst mindestens zweierlei:

Erstens gibt es trotz Abgrenzungsdebatten Annäherungen zwischen marxistischer und poststrukturalistischer Theoriebildung. Denn auf der einen Seite betont die marxistische Theoriebildung in Reaktion auf Kritiken an den strukturalistischen Marxismen vor allem der 1970er Jahre verstärkt die Notwendigkeit empirischer Fundierungen (z. B. Buckel 2007, Demirović et al. 2010a, Belina 2013). Auf der anderen Seite folgten auf den *cultural turn* bereits frühzeitig Auseinandersetzungen über die Frage, wie das Materielle nicht zuletzt in diskurstheoretischen Ansätzen systematischer erfasst werden kann (vgl. Butler 1993, für einen raumbezogenen Überblick: Bauriedl 2007). Zahlreiche Stadtforscher\_innen versuchten sich dementsprechend im Zusammendenken marxistischer und poststrukturalistischer, nicht zuletzt foucaultscher Theorien (z. B. Uitermark 2005, McCann 2008, Mayer/Künkel 2012, Schipper 2013), oder sie bemühten sich, das Materielle unter dem Stichwort *assemblage* wieder verstärkt in den Blick zu bekommen (z. B. Ong/Collier 2005, McFarlane 2011a, Färber 2014).

Zweitens geht damit eine größere Wertschätzung empirischer Erkenntnisse, wie sie auch die UPM-Forschung fordert, einher (z. B. McCann 2011a). Analog zu diesen Trends betonen die zentralen Vertreter des UPM-Ansatzes Empirismus, lehnen theoretische Einheitlichkeit aber ab. Ein Teil der zentralen Vertreter des Ansatzes treibt, vorrangig gestützt auf politökonomische Ansätze, das Projekt der Untersuchung von Neoliberalisierungsprozessen voran (so v. a. Peck/Theodore 2010). Demgegenüber plädiert ein anderer Teil der zentralen Vertreter des Ansatzes für eine Kombination von marxistischen und poststrukturalistischen Theorien (McCann 2008; 2010) und nutzt dabei vorrangig *assemblage*-Ontologien (so v. a. McCann/Ward 2011b). Dies bringt zwar fruchtbare Pluralität der Perspektiven mit sich. Es bedeutet aber zugleich, dass eine systematische Integration marxistischer und poststrukturalistischer Denkweisen noch aussteht.

### 3. Komplexes Verständnis, notwendige Begrenzungen und theoriebezogene Arbeitsteilung

Der Umfang der Prozesse, die im Rahmen der UPM-Forschung zu untersuchen sind, ist enorm. Denn diese Perspektive möchte nicht nur poststrukturalistische und politökonomische Theorien integrieren, sondern auch prozessorientiert alle historischen Phasen, Orte und Maßstabsebenen (*scales*) des Politiktransferprozesses mitdenken. Eingrenzungen verschiedener Art sind daher notwendig, oder wie Peck und Theodore (2012: 27) es ausdrücken: „local depth + transnational reach [...] is not practically attainable“. Wenn empirische Vorhaben aus forschungspraktischen Gründen auf Ausschnitte der komplexen, meist langwierigen und räumlich ausgedehnten Transferprozesse begrenzt werden, besteht die Gefahr, dass nur Teile des komplexen konzeptionellen Rüstzeugs der UPM-Forschung Berücksichtigung finden. Bei der empirischen Anwendung von *assemblage*-Ontologien, die Instabilität, Mobilisierungen und das permanente Neuzusammensetzen von *assemblages* betonen, können die Arten und Weisen von Stabilisierungen, die durch marxistische Ansätze besonders betont werden, aus dem Blick geraten und umgekehrt. Diesbezüglich deutet sich in der UPM-Literatur bisweilen eine Art Arbeitsteilung an (McCann/Ward 2012: 328 f.):

„Global circuits of policy knowledge shape and are shaped by social connections made by actors sometimes at a distance – over email or by reading documents describing policies in other places, or by watching YouTube videos. These teaching and learning activities have been documented in various contexts (e.g. McFarlane, 2009; 2011b; Temenos and McCann, forthcoming) and, while they often encourage an analytical attention to individuals or small groups of people as policy mobilisers (Larner and Laurie, 2010), they are also argued to be conditioned by wider ideological and institutional contexts (Theodore and Peck, 2012).“

Empirische Nahaufnahmen zur *Mobilisierung und Veränderung (mobility)* von Politiken fokussieren demnach oftmals nur eine begrenzte Anzahl an Akteuer\_innen und deren (von gesellschaftlichen Strukturen geprägte)

Lernprozesse – unter anderem da das *assemblage*-Konzept Empirismus und Detailreichtum wertschätzt. Demgegenüber betonen politökonomische Beiträge deutlicher die *Persistenz und Verfestigung (fixity)* von Machtverhältnissen im Transferprozess.

Die Gleichzeitigkeit von *mobility* und *fixity* wird zwar sowohl im *assemblage*-Ansatz als auch in den marxistischen Raumtheorien (z. B. Brenner 1998, Harvey 2001), die die UPM-Literatur heranzieht, mitgedacht. Auch wird diese Gleichzeitigkeit auf der Ebene der Betrachtung konkreter Akteur\_innen insofern berücksichtigt, als politische Praxis als gesellschaftlich produziert konzeptualisiert wird. „[P]olicy actors are not conceptualized as lone learners, but as embodied members of epistemic, expert, and practice communities“ (Peck/Theodore 2010: 170).

Dennoch bleibt eine gewisse Arbeitsteilung bestehen: Einerseits betonen stärker marxistisch orientierte Beiträge, wenn sie von Strukturiertheit und Strukturierung von und durch Politiken reden, die Einbettung des Politikmachens. Das heißt, sie unterstreichen, dass Subjektivierungen und (im-) materielle Praktiken der Politikschaffenden von historisch gewachsenen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt sind und umgekehrt. Andererseits betonen stärker vom *assemblage*-Ansatz geprägte Beiträge Instabilität. Um die gesellschaftliche Einbettung der UPM einzufangen, verweisen sie häufig auf marxistische Beiträge oder benennen diese nur indirekt als (gesellschaftlich produzierten) Raum – z. B. wenn sie konstatieren, Politiken seien „both in motion and simultaneously fixed, or embedded in place“ (McCann/Ward 2011b: 7).

Wichtig wäre es, die Analyse von Brüchen und Verfestigungen, und damit nicht zuletzt die Öffnung und Schließung von Handlungsspielräumen in integrierter Form auch in empirischen Analysen systematisch zu erfassen. (De-) Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse durch UPM zu untersuchen, würde zudem eine vertiefende Auseinandersetzung damit erfordern, was gemeint ist, wenn von ‚Strukturiertheit‘ oder ‚Strukturen‘ die Rede ist. Denn in der geographischen Debatte stilisieren *assemblage*-Theoretiker\_innen „analytics of structure“ bisweilen als Gegenteil von „analytics of assemblage“ (Ong 2007: 3), oder sie konstatieren vorrangig in Replik auf marxistische Kritiken an ihrer (vermeintlichen) Strukturvergessenheit: „[A]ssemblages are structured.“ (McFarlane 2011b: 381).

Demgegenüber setzen marxistische Debattenbeiträge Struktur stellenweise mit Kontext gleich, wobei der Kontext wahlweise als „structural“, „sociospatial, political-economic and institutional“, „broader (global, national and regional)“ oder „underlying“ charakterisiert wird (Brenner et al. 2011: 233 f., kritisch: McFarlane 2011b). Dies negiert implizit, dass Strukturbildung auch im Nahen, Kleinen oder Immateriellen stattfinden kann (vgl. Collier 2012 sowie zur Bedeutung von Nahaufnahmen bei der Rekonstruktion empirischer Realitäten: Dölemeyer/Rodatz 2010, Marquardt 2013).

Zudem lässt sich die Rede von unterliegenden Kontexten als einseitig kausales Verhältnis missverstehen. Doch Strukturanalyse ist weder mit Strukturdeterminismus gleichzusetzen (wie z. B. bei Ong 2007), noch vorrangig auf ökonomische und politische Sphären oder das Überlokale fokussiert. Strukturbildung kann vielmehr – durchaus im Einklang mit *assemblage*-Ontologien – als Herausbildung temporär stabiler

Muster, „diskursiver Formationen“ (Foucault 1973: 58) oder „Permanenzen“ (*permanence*, Harvey 1996: 261) verstanden werden.[2] Sie beschreibt somit eine Verdichtung von Sprechakten, Denkweisen und materiellen Praktiken beispielsweise durch Institutionenbildung, Diskursformationen, Identitätsbildung oder Habitualisierungen durch Prozesse wie Wiederholung, Materialisierung, Normbildung oder Absicherung von Institutionen durch Recht und andere Ressourcen. (De-)Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse findet dann – vorangetrieben nicht zuletzt durch soziale Kämpfe – auf verschiedensten, analytisch trennbaren, aber praktisch miteinander verwobenen, Ebenen statt. Denn Elemente wie Mediendiskurs, Habitus oder emotionales Schema kommen in komplexen gesellschaftlichen Formationen wie Nationen oder Geschlechterverhältnissen miteinander verschränkt zum Tragen.

Auf UPM gestützte Forschungen, die sowohl Bildung als auch Verschiebungen von Hegemonie in den Blick nehmen wollen, sollten dementsprechend auf und zwischen unterschiedlichen Analyseebenen nach (Re-)Strukturierungen suchen. Dabei erinnern nicht zuletzt *assemblage*-Ontologien daran, dass Analyseebenen und -kategorien hinterfragbar und erweiterungsfähig sind und immer auch empirisch bestimmt werden müssen (z. B. Färber 2014). Zudem gilt es, einige unter anderem von Regulationstheoretiker\_innen proklamierte Prämissen ernst zu nehmen:

Erstens ist keine Analyseebene als Ausgangsort gesellschaftlichen Wandels theoretisch zu privilegieren – also etwa weder die verwobenen Sphären Ökonomie und Politik (Hirsch 1995: 20), noch etwa das Sprachlich-Symbolische oder das Materielle. Vielmehr sind zentrale Foki am Gegenstand zu entwickeln – wie es auch *assemblage*-Ontologien proklamieren (vgl. Färber 2014).

Zweitens sind vorgefundene Regelmäßigkeiten, also Strukturen, nie determiniert, sondern historisch-kontingente „Fundsachen“ (Lipietz 1985: 114). Sie determinieren auch nicht die Geschichte, können aber Praktiken anleiten.

Drittens kann eine trotz aller Inkohärenzen und Heterogenitäten komplexer Prozesse mögliche Passfähigkeit von Strukturen auf unterschiedlichen Ebenen temporär stabilisierend wirken. So wurde verschiedentlich herausgearbeitet, wie ‚kleine‘ Strukturen (z. B. hegemoniale emotionale Verarbeitungsweisen) mit ‚größeren‘ Strukturen (wie z. B. Produktionsweisen und damit verknüpfte Arbeitsanforderungen), die auch im ‚Kleinen‘, in Alltagspraktiken, produziert werden (Collier 2012), zusammen oder gegeneinander wirken können (Kaindl 2010).

Insgesamt legt das nahe, dass Struktur als prozesshaft, also als jeden Tag erneut durch gesellschaftlich eingebettete Praktiken hervorgebracht, gedacht werden sollte, ohne aus dem Blick zu verlieren, dass Strukturbildung gesellschaftliche Verhältnisse temporär auf Dauer stellt. Dies wurde in der Geographie, wenn auch bisweilen in anderer Diktion und unter Privilegierung spezifischer Analyseebenen, bereits verschiedentlich sowohl aus marxistischer (z. B. Harvey 1996, Belina 2013) als auch poststrukturalistischer (z. B. McFarlane et al. 2014, Glasze/Mattisek 2009a) Perspektive gefordert. Eine solche Perspektive konsequent umzusetzen, würde zugleich bedeuten, Macht (die nur unter anderem durch Raum stabilisiert wird) statt (vermachteten) Raum in den Vordergrund der Analyse zu rücken.

#### 4. Raumbilder, Gefahr der Essentialisierung und Macht

Raum ist eine wichtige Analysekategorie – auch und gerade bei der Untersuchung von Macht. Doch das Rekurrenieren auf Raumbilder birgt die Gefahr „raumfetischistischer“ Argumentationen, bei denen die gesellschaftliche Produziertheit untersuchter Prozesse nicht (hinreichend) berücksichtigt wird (Belina 2008). Die UPM-Forschung bemüht nicht selten die räumliche Metapher des ‚Reisens‘ von Politiken oder auch von „travelling concepts“ (Peyroux et al. 2012). Betont wird zugleich, dass sich Politiken auf der ‚Reise‘ verändern. Dies evoziert das Bild einer Politik, die irgendwo fest verortet ist (*territorialized*, McCann/Ward 2012: 328), dann abhebt, auf der ‚Reise‘ beweglich wird (*pulling apart/de-territorialized*, ebd.), weil sie durch „teaching and learning activities“ (ebd.) und Anpassung an lokale (Macht-)Strukturen verändert wird, um schließlich am Zielort implementiert zu werden und sich zu verfestigen. Ein solches Bild impliziert eine dem UPM-Ansatz konträre Essentialisierung des Politikoriginals. Das heißt, Politiken erscheinen als etwas, das nicht performativ hergestellt wird, sondern das zu Beginn der ‚Reise‘ gegeben und lediglich in der konkreten lokalen Implementierung umstritten ist (vgl. aber Peck 2011, McCann 2011b, Künkel 2013 zur Produktion von Politikvorbildern sowie der Umstrittenheit ihres Erfolgs oder gar Inhalts). Die Metapher des Reisens impliziert zudem eine dem Ansatz widersprechende Gleichsetzung von ‚lokal‘ mit ‚verfestigt‘ und von ‚global‘ mit ‚mobil‘, die leicht vergessen lässt, dass der Fokus auf *fixity* (vgl. Brenner 1998, Harvey 2001) vermachtete *Verfestigungen* gesellschaftlicher Praktiken (und nicht nur Lokalität oder Verortung) lesbar machen soll, also die Analyse von Macht in all ihren Facetten statt ‚nur‘ eine von (vermachtetem) Raum anregt.

Angesichts der Prominenz dieser räumlichen Metaphern verwundert es nicht, dass Anwendungen des UPM-Ansatzes ‚Lernen‘ vereinzelt ähnlich dem von *rational-choice*-Gedanken unterlegten *policy-transfer*-Ansatz als – weitgehend rationale und determinierte – Anpassung einer Politik an lokale (Macht-)Strukturen porträtieren (z. B. Baker 2012). Innerhalb des UPM-Ansatzes selbst wurde daher der Ruf laut, nicht allein die „actors, mechanisms, and contexts through which policies are mobilized“ zu untersuchen, sondern verstärkt zu fragen: „how transfers stem from and shape urban power relations and political struggles“ (McCann/Ward 2011b: 102, ähnlich: Robinson 2011). Dies soll auch hier betont werden. Denn allen zentralen Vertretern des UPM-Ansatzes gilt der Prozess des Politikschaffens zwar als „power-laden and political“ (McCann 2011a: 145). Doch Macht wird im Vergleich zu marxistisch (Peck/Theodore 2010) und/oder postkolonial (Robinson 2011) und diskurstheoretisch informierten (z. B. Didier et al. 2012, Michel/Stein 2014) Perspektiven auf UPM im Rahmen von *assemblage*-Ontologien seltener thematisiert. Zugleich kolportiert das Verständnis von Politiken und Städten als *assemblages* aus Teilen von hier und anderswo ein (Raum-)Bild der Welt als Puzzle, das entgegen der Intention des UPM-Ansatzes wenig zu macht- und herrschaftskritischen Analysen einlädt. Dezidierte Versuche, Macht innerhalb von *assemblage*-Ontologien z. B. durch Integration hegemonie- oder diskurstheoretischer Perspektiven besser in den Blick zu bekommen, existieren zwar auch innerhalb der



Stadtforschung (z. B. Dölemeyer/Rodatz 2010, Bittner et al. 2013). Diese zählen aber nicht zu den Bezügen der UPM-Protagonisten. Im Folgenden werden daher Implikationen der Begrenzung auf spezifische Deutungen von *assemblage* für den Politikbegriff und das kritische Potential, das durch die Integration von *assemblage*-Ontologien erreicht werden kann, betrachtet.

### 5. Einengung auf *assemblage* als zentralen poststrukturalistischen Ansatz und die Auswirkungen auf den Politikbegriff

Das Politikkonzept der UPM-Forschung umfasst – wenngleich dies selten expliziert wird und der Name des Ansatzes, *Urban policy mobilities*, gegenteiliges suggeriert – nicht nur Politikinhalte (*policy*), sondern auch Politikform und institutionelle Ordnung (*polity*) sowie den immer konflikthaften politischen Prozess (*politics*). Das politökonomische Verständnis von Politiken als umkämpften Prozessen (z. B. Peck/Theodore 2010) ergänzen die poststrukturalistischen Perspektiven innerhalb von UPM, indem sie Handlungsfähigkeit (*agency*) ins Blickzentrum rücken. Allerdings nehmen zentrale Vertreter des UPM-Ansatzes bei der Nutzung poststrukturalistischer Ansätze eine weitgehende Begrenzung auf das Konzept der *assemblage* vor: „[T]hrough our use of *assemblage*, we also take seriously many poststructuralist insights“ (McCann 2011a: 145).

Die *assemblage*-Perspektive eröffnet einen Blick auf Inkohärenzen und Heterogenität sowie den temporären Charakter der Stabilisierungen von Politikkonstellationen. Allerdings zieht sie zugleich einen wenig konturrierten Politikbegriff nach sich. Bereits die Protagonist\_innen des *assemblage*-Ansatzes selbst warnen vor dessen Fallstrick der „weak conceptualisation“ (Allen 2011: 154). Zudem bleibt die Auseinandersetzung mit den theoretischen Potentialen von *assemblage* seitens zentraler Vertreter des UPM-Ansatzes begrenzt. Als vorrangiger Wert des Konzepts gilt, dass der *assemblage*-Ansatz „Empirismus“ wertschätze (McCann 2011a: 145). Doch zugleich wird *assemblage* als Ontologie, als theoretische ‚Brille‘, verwendet. In Anschluss an Deleuze und Guattari (1987: 406, zit. in: ebd.: 143) gelten *assemblages* als „veritable invention“, das heißt als jeweils einzigartige historische Konstellation.

McCann und Ward verstehen *sowohl* Räume *als auch* Politiken als *assemblages* (McCann 2011a: 145): „I am interested in thinking about policies or places as ‚veritable inventions‘; purposive assemblages of parts of here and elsewhere“ (McCann 2011a: 145). Dies ist zwar konsequent aus der Perspektive des *assemblage*-Ansatzes, der – soweit *assemblage* als Ontologie statt ‚nur‘ als ein möglicher Gegenstand, als Methode oder normatives Leitbild, verstanden wird (vgl. Brenner et al. 2011, McFarlane 2011a) – alle Phänomene dieser Welt als *assemblage* analysiert. Es bedeutet jedoch, dass der Politikbegriff unscharf bleibt. Die Unschärfe speist sich auch daraus, dass die Autoren theoretisch regelmäßig auf den Kanon relationaler Raumkonzeptionen verweisen (vgl. ebd. 144, McCann/Ward 2011a: XVIII-XXII; 2012: 328) – also vorrangig Raum und weniger Politik theoretisieren –, den Politikbegriff zum Zweck seiner Entessentialisierung in starkem Maße negativ darüber definieren, was Politik nicht ist (z. B. stabil, abgeschlossen, unveränderbar) und sich unter dem Stichwort „*post-transfer*“ (McCann/Ward 2012) bis dato vorrangig auf

eine Kritik des Transferbegriffs der *policy-transfer*-Forschung und weniger auf die Ausarbeitung des Verständnisses von *policy* fokussieren.

Insgesamt fehlt damit bis dato eine intensivere Auseinandersetzung mit der Frage, was sich eigentlich bewegt, wenn Politiken transferiert werden. Einigkeit besteht, dass weniger *policies* (im Sinne klar umgrenzter Politikinhalt) transferiert werden als Politikfragmente; und immer wieder deutet sich an, dass Politiken als *vermachtetetes Wissen* bewegt werden, das etwa in reisende Transferakteur\_innen oder Texte eingelagert (*embodied*, Larner/Laurie 2010: 218) ist: „[M]obile policies rarely travel as complete ‚packages‘, they move in bits and pieces as selective discourses, inchoate ideas, and synthesized models and they therefore ‚arrive‘ not as replicas but as policies already-in-transformation“ (Peck/Theodore 2010: 170). Wissen und seine Materialisierung stehen aber nicht im Fokus der Grundlegungen des UPM-Ansatzes.

*Assemblage*-Theoretiker\_innen betonen die Handlungsfähigkeit von nicht-menschlichen Elementen im Allgemeinen und von Kommunikationsmedien wie Powerpoint, Email oder Youtube im konkreten Fall des Politiktransfers. „We might ask, for instance, what the particular agency of Richard Florida’s sleek PowerPoint presentations of the ‚creative city‘ is when set against existing local urban plans?“ (McFarlane 2011a: 218 f.) Dies erweitert zwar in produktiver Weise den Fokus auf die *Medien* des Transfers. Doch auch diese Perspektivenerweiterung führt dazu, dass vermachtetetes Wissen beziehungsweise Diskurse kaum als wesentliche Analysekatoren benannt werden. Dementsprechend wird die Art und Weise, wie sich transferierte Diskurselemente in lokalen Diskursformationen, Identitäten, Praktiken, Organisationsstrukturen, Institutionen und so weiter verdichten und materialisieren, bisher noch zu selten im Detail durchdrungen.

Dies gilt insbesondere für die schwer erfassbaren Subjektivierungen. Diese stehen hinsichtlich der Transferakteur\_innen bereits seit längerem im Fokus der UPM-Forschung – wenngleich eine stärkere Integration auch ethnographischer Methoden angemahnt wird (Larner/Laurie 2010). Doch Politiken werden nicht nur als Gesetzesakt oder Programm hervorgebracht, sondern auch in administrativen Praktiken, beispielsweise von einer „streetlevel bureaucracy“ (Lipsky 1980) als „law in action“ (vgl. Nelken 1984), alltäglich produziert (McFarlane et al. 2014). Nicht zuletzt dem Feld der *governmentality studies* entstammt daher die Mahnung, Politiken nicht nur auf der Ebene der Programmatiken zu betrachten (z. B. Garland 1997, O’Malley 1997). Denn gerade bei aus anderen kulturellen Kontexten importierten Politiken manifestieren sich Widerstände auch auf der Ebene der Subjektivierungen der Adressat\_innen von Politiken (Loopmans 2006).

Bezüglich der Analyse von Wissenstransfer könnte die UPM-Forschung von bisherigen Forschungstraditionen profitieren: Denn (feministische) Staatstheorie und Forschungen zu informellen Politiken (z. B. Kreisky 1992, Sauer 2001, Altvater/Mahnkopf 2002), postkoloniale Wissenstransferforschung (für einen Überblick: Ostermeier 2014) sowie diskurstheoretische und/oder gouvernementalitätstheoretische Forschungen (vgl. Rose/Miller 1992, Ziai 2012) fokussieren bereits seit längerem die Untersuchung des Transfers und des Wandels von Macht-Wissen-Komplexen. Vielversprechend sind zudem stärker diskurstheoretisch informierte Studien aus dem jungen Feld der UPM selbst. Trotz vereinzelt etwas eng gefasstem diskursanalytischem

Fokus auf „legitimation strategies, and more particularly on their linguistic and semiotic aspects“ (Peyroux 2012: 182) zeigen diskurstheoretisch informierte Ansätze auf, wie UPM diskursiv produziert wird: Zum Beispiel durch Produktion von lokaler Geschichte (ebd.) oder Raumbildern (Michel/Stein 2014) sowie durch wissenschaftliche Diskurse (Pütz/Rodatz 2014) und damit nicht nur durch „schnellen“ (Peck/Theodore 2010: 172), sondern auch durch langsamen, diffusen Politiktransfer (Künkel 2015). Zudem geben solche Untersuchungen wichtige Hinweise auf die spezifische Qualität neuartiger Diskurskonstellationen (vgl. Peck 2012b zu „vehicular ideas“). Die schwer erfassbaren Subjektivierungen und Wege der Materialisierung mögen dabei bis dato erst in begrenztem Maße erfasst werden. Doch beispielsweise die ‚klassische‘ *policy-transfer*-Forschung bietet diesbezüglich Anregungen, indem sie aufzeigt, wie Normen und kollektive Identitäten den Weg für eine Akzeptanz neuer Verwaltungsstrukturen und Politiken ebnen, formen oder blockieren (z. B. Stone 2004; 2010).

Insgesamt kann UPM von einer deutlicheren Anerkennung dessen profitieren, dass Politiktransfer immer Wissenstransfer voraussetzt. Der Fokus liegt dann nicht nur auf inhaltlichen Verschiebungen in der öffentlichen Debatte, sondern auch auf damit verbundenen Subjektivierungen, Praktiken und institutionellen Arrangements.

## **6. Theorie(in)kompatibilitäten – *assemblage* und (Anti-)Marxismus**

Ungelöst bleiben im Rahmen des UPM-Ansatzes Inkompatibilitäten von marxistischen Ansätzen und *assemblage*-Ontologien (McCann 2011a: 145). Dies ist insofern wesentlich, als *assemblage*-Theoretiker\_innen sich zum Teil stark von politökonomischen und anderen marxistischen Ansätzen abgrenzen (z. B. DeLanda 2006, Ong 2007) und umgekehrt (z. B. Brenner et al. 2012). Brenner et al. (2011) kritisieren die Nutzung von *assemblage* als Ontologie, also als „orientation to the world“ (McFarlane 2011a: 208), statt als ein möglicher Gegenstand von vielen oder als Methode. Im Rahmen von UPM kommt das Konzept in eben dieser problematisierten Form als neue Ontologie zum Tragen: *Alle* empirischen Phänomene – vor allem die zentralen Untersuchungsgegenstände Stadt und Politik – gelten als *assemblage*.

In diesem Artikel ist kein Platz, um die Debatten für und wider Akteurs-Netzwerk-Theorie (ANT)/*assemblage* innerhalb der kritischen Geographie widerzugeben (vgl. die Beiträge in sub/urban 2/1 und CITY 2-6/2011). Doch die Hinwendung zu den verwandten Ansätzen ANT, *assemblage* und neuer Materialismus vermengt verschiedene theoretische und theoriepolitische Interventionen, die in der Summe ein Zusammenführen mit marxistischen Ansätzen im Rahmen von UPM erschweren.

Einerseits artikulieren die neuen Ansätze ein Unbehagen gegenüber einer unzureichenden Theoretisierung der Zusammenhänge des Materiellen und des Sprachlich-Symbolischen innerhalb sozialkonstruktivistischer, diskurstheoretischer und in geringerem Maße auch performativitätstheoretischer Ansätze. Materie sehen sie hier vorrangig als Bedeutungsträger oder Diskursprodukt konzeptualisiert. Als Lösung propagieren verschiedene Ansätze die aktive Teilhabe von Materie an der Produktion empirischer

Phänomene sowie von wissenschaftlichem Wissen (z. B. Latour/Woolgar 1979, Barad 2003).

Andererseits wird um die Legitimität marxistischer Theorien gerungen. Ein Teil der *assemblage*-Theoretiker\_innen, nicht zuletzt jene, die die UPM-Debatte prägen, schätzt marxistische Theoriebildung durchaus (z. B. McCann 2008, McFarlane 2011a). Jedoch berücksichtigen die neuen materialistischen Ansätze ältere materialistische Theorien oftmals gerade dann nicht, wenn sie die Vorteile des eigenen Ansatzes gegenüber existierenden Theorien erläutern (z. B. Barad 2003, Hostaker 2005, Allen 2011, Folkers 2014), oder sie grenzen sich lediglich von vermeintlich verbreiteten strukturdeterministischen Spielarten ab (z. B. Ong 2007, McFarlane 2011a, Collier 2012). Marxistische Theorie wird bisweilen nicht als Gesellschaftstheorie verstanden, sondern lediglich als Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Klasse (Garske 2014) – etwa wenn in Abgrenzung davon betont wird, betrachtete empirische Phänomene hätten zwar „mit der Produktions- und Konsumtionsweise in fortgeschritten kapitalistischen Wirtschaftssystemen zu tun“, seien aber nicht darauf „reduzierbar“ (Folkers 2014: 27). Ahmed (2009) problematisiert solche Abgrenzungsgesten (*founding gestures*), die sich in ähnlicher Weise auch gegen poststrukturalistische Feminismen richten, als übergeneralisierend bis belegfrei, aber identitätsstiftend. Einige marxistische Geographen kritisieren gar eine „unstated agenda“ (Brenner et al. 2011: 203) von *assemblage*-Theoretiker\_innen: polit-ökonomische Theorien ersetzen zu wollen, beziehungsweise „marxistische Traditionen abzuwickeln“ (Belina 2014a: 105). Den Abgrenzungsgesten, die (vermeintliche) Alleinstellungsmerkmale der neuen Ansätze konstatieren, können sie entgegenhalten, dass marxistische Theorien die geforderte Berücksichtigung des Materiellen bereits umsetzen und ähnlich wie *assemblage*-Ontologien ‚Dinge‘ als Ergebnisse vielfältiger gesellschaftlicher Praktiken konzeptualisieren (so Belina 2014b v. a. mit Blick auf die Theoriebildung David Harveys).

An dieser Stelle sollen nicht die Gräben vertieft werden. Denn es scheint wenig produktiv, auf bisweilen etwas anmaßend anmutende Formulierungen, die eine Neuerfindung bestimmter Perspektiven suggerieren und ältere Theorien zu Pappkameraden aufbauen (vgl. Brenner et al. 2012), vorrangig verschnupft zu kontern, die eigene Theorie habe das vermeintlich Neue schon früher und besser geleistet. Vielmehr soll anerkannt werden, dass poststrukturalistische Theorien marxistische Perspektiven seit Jahrzehnten herausforderten und damit verbesserten (und dabei nicht selten zu ihren prä-strukturalistischen Ursprüngen zurückbrachten) und *assemblage*-Ontologien mit ihrem besonders starken Beharren auf Empirie, Heterogenität, Inkohärenz und Instabilität, wenn auch keine „tektonischen“, so doch zumindest „partielle[...] Verschiebungen“ (Folkers 2014: 17) im sozialwissenschaftlichen Denken bewirken konnten.

Dementsprechend soll im Folgenden eruiert werden, inwiefern die prominente Nutzung von *assemblage* innerhalb der UPM-Forschung dem Ansatz zusätzliches kritisches Potential eröffnet, das marxistische Gesellschaftskritiken bereichert (so v. a. McCann/Ward 2011b, McFarlane 2011b). Dabei verstehe ich als kritisches Potential insbesondere: Möglichkeiten zur Veränderung von Gesellschaft zu eruieren, indem durch gesellschaftliche Strukturen temporär stabilisierte Machtverhältnisse untersucht werden.

## 7. Handlungsfähigkeit und Macht in *assemblage*-Ontologien und marxistischer Theoriebildung

Brenner et al. (2011) bemängeln hinsichtlich einer ontologischen Nutzung von *assemblage*, dass Kernthemen der sich als kritisch verstehenden Forschung aufgegeben werden: politökonomische Themen und Theorien. Bezüglich der Abkehr von marxistischer Theoriebildung stimmen *assemblage*-Theoretiker\_innen zumindest implizit zu (vgl. McFarlane 2011a). Doch ein Teil der Vertreter\_innen des breiten Spektrums an Ansätzen, die unter den verwandten Stichworten Akteurs-Netzwerk-Theorie, *assemblage* oder neuer Materialismus firmieren, verortet sich explizit im Spektrum kritischer Theorien. Als Potentiale gelten ihnen – neben weiteren – insbesondere drei Aspekte:

Erstens lenkt *assemblage* den Blick auf Destabilisierung, Inkohärenz und Heterogenität, das permanente Werden von Dingen (z. B. Farías 2010, Färber 2014). Dieses erste Potential von *assemblage* kann auch als lediglich graduelle Verschiebung gegenüber anderen kritischen Theorien verstanden werden. Denn marxistische Theorien, nicht zuletzt im Anschluss an die Frankfurter Schule der ‚Kritischen Theorie‘, gehen ebenfalls von Widersprüchen und Instabilitäten unserer kapitalistisch verfassten Gesellschaft aus und sind als kritische Theorien besonders stark an gesellschaftlicher Veränderung interessiert. Zudem gilt ein Fokus auf Destabilisierung allgemeiner als Kernbestandteil poststrukturalistischer Theorien (van Dyk 2012).

Zweitens wird den neuen materialistischen Ansätzen zugeschrieben, theoretische Konzepte besonders konsequent am Gegenstand zu entwickeln. So sieht etwa Färber (2014) das Potential von ANT und *assemblage* in der Analyse von Macht und Praktiken in „unerwarteten Zusammenhängen [...], wo vorgefasste Konzepte von Machtbeziehungen sie nicht greifbar machen können“. In ähnlicher Weise hebt Folkers (2014) hervor, dass unvoreingenommene Betrachtungen ereignisreicher Materie zu politisch relevanten Fragen führen. „Der neue Materialismus braucht die Fähigkeit, sich von der Potentialität der Materie verwundern zu lassen, um das, was gestern noch ‚dunkle Materie‘ war, morgen schon zu einem politischen Thema zu machen.“ (ebd. 30)

Diese Offenheit muss nicht zwangsläufig zu naivem Objektivismus führen, wie Brenner et al. (2011) kritisieren. Theoriebildung am Gegenstand taugt aber ebenso wenig als Alleinstellungsmerkmal. Denn auch für andere (z. B. marxistische) Theorien gilt in der Regel keinesfalls, dass sie ausschließlich auf „vorgefasste Konzepte“ rekurrieren (Färber 2014, ähnlich z. B.: Anderson et al. 2012), untersuchte Gegenstände lediglich reifizieren (McGuirk/Dowling 2009) oder immer schon vor der empirischen Untersuchung genau zu wissen glauben, wie sich Machtverhältnisse im Feld gestalten (McFarlane 2011b). Vielmehr stellt auch dieser Aspekt nur eine begrenzte Verschiebung des Fokus dar.

Drittens gilt das weite Verständnis von Handlungsfähigkeit, das auch das Materielle einschließt, als Potential zum besseren Verständnis von Macht: „[M]ateriality plays an *active* role in the workings of power“ (Barad 2003: 809, Hervorh. im Orig.). Vorstellungen davon, wie genau Materialität eine Rolle spielt, variieren innerhalb des heterogenen Spektrums an neuen materialistischen Ansätzen und Bezugnahmen auf *assemblage*. Im Rahmen von UPM

und den dort verwendeten *assemblage*-theoretischen Bezügen dominieren zwei widersprüchliche Perspektiven auf die Rolle von Materialität:

Einerseits erscheint das Materielle – entgegen den Kerngedanken von *assemblage*-Ontologien – als Gegenstand menschlicher Praktiken. So beschreibt etwa McFarlane die Bedeutung von Materialität für soziale Bewegungen als instrumentelles Verhältnis. „[R]ailway tickets, wires and stones, facilitate coordination amongst activists and the possibilities of resistance“ (McFarlane 2011a: 217). Materie dient als „Werkzeug“ (*tools*, McFarlane 2011c: 141). Hinsichtlich Politiktransferprozessen werden in diesem Sinne vor allem Kommunikationsmedien wie Emails und Internet hervorgehoben (vgl. McCann/Ward 2012: 328 f., McFarlane 2011a: 218 f.).

Entgegen dieser instrumentellen Deutung, die eine weitgehend passive Materie impliziert und in erster Linie in empirischen Beispielen auftaucht, gelten auf theoretischer Ebene meist alle, auch nicht lebende oder ideelle Teile der *assemblage* als handlungsfähig. „[I]nfrastructures, buildings, unicorns, ideas, circuit boards, tears, air, handgliders, hatred – all are capable of acting and making a difference (on materiality [...])“ (Anderson et al. 2012: 180).

Dies ist ein zentraler Unterschied zu anderen Theorien, die stärker auf die menschliche Beteiligung an der Produktion wirkmächtiger ‚Dinge‘ fokussieren. So stellen etwa diskurstheoretische Ansätze mit der Analyse von Einhorn-Diskursen anthropozentrisch deren diskursive Produktion heraus, gehen aber ebenfalls davon aus, dass Diskurse machtvoll sind (für einen raumbezogenen Überblick: Glasze/Mattisek 2009a). Marxistische Theoriebildung untersucht, wie Wirkmächtigkeiten des gesellschaftlich produzierten Materiellen durch konkrete Praktiken menschlicher Akteur\_innen vermittelt werden (vgl. Belina 2013, 2014b).[3]

Im Rahmen der *assemblage*-Ontologien, auf die sich die UPM-Literatur stützt, gilt Handlungsfähigkeit als „process that is distributed across the social and the material“ (McFarlane 2011a: 215), wobei Materialität bisweilen sehr weit gefasst wird:

„Assemblage thinking requires careful consideration of how different materials might matter [...], whether those materials be glossy policy documents, housing and infrastructure materials, placards, banners and picket lines, new and old technologies, software codes, credit instruments, money, commodities, or of course the material conditions of urban poverty, dispossession and inequality“ (ebd.).

Analog zur verwandten ANT wird Soziales oder Materielles weder einseitig priorisiert noch als dialektisches Verhältnis betrachtet. Vielmehr gelten *sociomaterialities* in *Akteurs-Netzwerken* beziehungsweise *assemblages* als untrennbar verwoben (vgl. Latour 2005: 76).

Gängige marxistische Theorien verstehen demgegenüber alle, auch die materiellen empirischen Gegenstände, als gesellschaftlich hervorgebracht (d. h. sie analysieren die gesellschaftliche Produziertheit und priorisieren keinesfalls ein als Gegenstück zum Materiellen gedachtes Soziales). Dies legt weitere Analyseschritte nahe. So betonen Brenner et al. (2011: 234): „While the assemblage ontology focuses on the materials themselves, it is essential to consider the political-economic structures and institutions in which they are embedded.“

Zwar sind *assemblage*-Ontologien heterogen und wandelbar (vgl. Law 2009) und es sind weniger die sich als kritisch verortenden Autor\_innen, die Materialisierungen um ihrer selbst Willen wertschätzen (Garske 2014). Auch finden Kontexte insofern Berücksichtigung, als angenommen wird, dass *assemblage*-Elemente zwar nicht gänzlich durch die Funktion innerhalb der *assemblage* bestimmt sind, aber dennoch die spezifische Art und Weise, wie Elemente in Relation gesetzt werden, bestimmte Wirkmächtigkeiten hervorbringt (DeLanda 2006). Doch Materie selbst wird ein Potential zur Veränderung gesellschaftlicher Muster und Denkweisen zugeschrieben: „[P]otentiality can emerge in the interactive relations of materials themselves“ (McFarlane 2011a: 215).

Marxistische Theorietraditionen hingegen fokussieren – obgleich sie keinesfalls die Bedeutung und Aktivität von Materie leugnen (z. B. die Produktivität von Agrarland oder körperliche Prozesse) – innerhalb sozialwissenschaftlicher Analysen vorrangig die gesellschaftliche Produktion von Materie sowie Machtverhältnisse und Differenzen, die dadurch (re-)produziert werden (z. B. Wissen 2010). Auch legen marxistische Ansätze nahe, im Sinne der obigen Kritik von Brenner et al. (2011) die Wirkmächtigkeiten von Materialität im Rahmen gesellschaftlicher Verhältnisse beziehungsweise *assemblages* zurückzuverfolgen: auf gesellschaftliche Kontexte (und diese müssten im obigen Sinne auch im Alltag und in Subjektivierungen gesucht werden) und konkrete gesellschaftliche Praktiken, die bewusst/strategisch oder unbewusst/habitualisiert beziehungsweise institutionalisiert sein können, und damit letztlich auch auf die gesellschaftlichen, also keineswegs autonomen Akteur\_innen.

Jenen *assemblage*-Theoretiker\_innen, auf die UPM rekurriert, gilt genau dieses Rückverfolgen von Wirkmächtigkeiten auf menschliche Akteur\_innen als nicht theoriekonforme politische Strategie (Anderson et al. 2012: 186).

Diese Anthropozentrismuskritik problematisiert nicht mehr nur den ‚weißen‘ Mann als das Maß aller Dinge, sondern kollidiert auch mit der kritisch-theoretischen Frage, wo Handlungsspielräume von Subjekten liegen, die nicht autonom sind und deren Handlungen nicht-intendierte Effekte haben können (Garske 2014).

Zwar sehen andere *assemblage*-Theoretiker\_innen politische Spielräume, ohne das zentrale Alleinstellungsmerkmal der neuen materialistischen Ansätze aufzugeben. Doch auch die Vorschläge dieser anti-anthropozentrischen Perspektiven bergen zwei Probleme, die im Rahmen einer auf gesellschaftliche Veränderungen gerichteten Forschung zu umgehen sind:

Zum einen können Akteur\_innen aus dem Forschungsfeld, die durch die Ergebnisse kritischer Wissenschaft für gemeinsame soziale Kämpfe ansprechbar wären, aus dem Fokus geraten. Denn an die Stelle kollektiv ausgehandelter sozialer Kämpfe mit Subjekten aus dem Forschungsfeld treten in den neuen materialistischen Ansätzen bisweilen besonders asymmetrische Verhältnisse: So gelten etwa Störungen der Kapitalverwertung durch nicht-menschliche Wesen wie Mücken (Mitchell 2002) oder nutztiervernichtende Parasiten als Teil des Klassenkampfes (Robbins/Marks 2010). Alternativ wird das Politische letztlich doch im menschlichen Bereich verortet, und Sozialwissenschaftler\_innen werden zur zentralen politischen Kraft, wenn sie als Sprecher\_innen des „Parlaments der Dinge“ (Latour 2001) der Öffentlichkeit die ereignisreiche Materie erklären (Folkers 2014).

Zum anderen können mit der Annahme ubiquitärer Handlungsfähigkeit zugleich jene Prozesse (z. B. gesellschaftliche Formen wie Wert-, Staats- oder Rechtsform, aber auch Diskursformationen) aus dem Blick geraten, die es erscheinen lassen, als handelten verdinglichte *assemblage*-Teile (wie die unsichtbare Hand des Marktes, Geld oder Einhörner) und nicht konkrete Akteur\_innen beeinflusst von gesellschaftlichen Strukturen. Dieses Problem ließe sich im Rahmen von *assemblage*-Ontologien zwar einholen, indem *assemblage*-Teile selbst als *assemblages* analysiert werden. Doch genau dies erfolgt im Rahmen der UPM-Literatur und ihrer zentralen Bezüge nicht konsequent: So werden etwa Geld und Waren als agierende ‚Materialien‘ gedeutet (McFarlane 2011a: 215), ohne zu fragen, welche Prozesse die „historically specific form of social relations“ (Holloway 1991 [1980]: 205) ‚Geld‘ zu einem Zahlungsmittel und Handlungsdruck machen. Räume und Politiken werden als *assemblage* untersucht (McCann 2011a), nicht aber deren Komponenten. Den „sleek PowerPoint presentations“ wird Handlungsfähigkeit zugeschrieben (McFarlane 2011a: 218), ohne zu fragen, wie es zu der Bedeutung ‚sleek‘ kommt.

UPM könnte demnach davon profitieren, *assemblage*-Teile konsequenter selbst als gesellschaftlich produzierte Strukturen und damit zugleich Prozesse zu verstehen. Dann näherten sich – und dies ist im Sinne der Theorienkompatibilität durchaus wünschenswert – die neuen materialistischen Ansätze etablierten materialistischen Ansätzen weitgehend an (ähnlich: Belina 2014b).

## 8. Theoretische Differenzen bei der Analyse von Momenten gesellschaftlicher Veränderung

Marxistische Theoriebildung betont – ähnlich wie z. B. die foucaultsche Diskurstheorie (Belina/Dzudzek 2009) –, ein wechselseitiges Konstitutionsverhältnis zwischen Subjekten, Praktiken und gesellschaftlichen Strukturen: Strukturen (bzw. Permanenzen, Formationen oder *assemblages*) entstehen durch konkrete (im-)materielle Praktiken, leiten diese aber zugleich immer wieder an und stellen damit eine gewisse Zähigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse her. Sie werden zwar von Subjekten tagtäglich hergestellt, doch nicht selten in unbewusster Weise, da historisch gegebene Verhältnisse durch verschiedene Prozesse normalisiert werden beispielsweise als hegemoniale ‚Wahrheiten‘ oder indem soziale Beziehungen historisch-spezifische Formen (wie z. B. Geld) annehmen, die Einzelnen zunächst als Zwangsverhältnis gegenüberreten. Wenngleich bisweilen nur schwerlich unmittelbar vom einzelnen Subjekt, sind Strukturen demnach veränderbar – die Möglichkeit alternativer gesellschaftlicher Entwicklungen ist also mitgedacht.

Poststrukturalistische Arbeiten betonen die grundsätzliche Möglichkeit von Destabilisierungen oft noch stärker. Sie untersuchen konkrete Handlungsspielräume für gesellschaftliche Veränderungen aber gerade deshalb seltener empirisch (van Dyk 2012: 198). Dies hat in einigen poststrukturalistisch inspirierten Ansätzen auch theoretische Gründe: Jene *assemblage*-Ontologien, auf die die UPM-Literatur rekurriert, konzipieren Alternativen als äußerlich. Gemäß der Annahme von „relations of exteriority“ (DeLanda 2006: 10) werden *assemblage*-Teile nicht durch ihre Beziehungen untereinander innerhalb der *assemblage* bestimmt, sondern haben



Eigenschaften, die unabhängig von Relationen existieren und die sich in unterschiedlichen *assemblages* in unterschiedlicher Weise als Fähigkeiten entfalten. Demnach ist die Welt veränderbar, indem alle Komponenten jederzeit aus einer *assemblage* entfernt und in eine andere eingefügt werden können (ebd., McFarlane 2011a, McCann 2011a). Die Beziehungen zwischen den Komponenten gelten als „*contingently obligatory*“ statt als „*logically necessary*“ (DeLanda 2006: 11, Hervorh. im Orig.). Strukturen sind also nicht von einem unabänderlich gegebenen ‚Bauplan‘ gekennzeichnet. Dies bedeutet nicht, dass Relationen keine Bedeutung hätten. Doch soweit alternative Entwicklungen der *assemblage* äußerlich sind, können die Fragen, warum welche Teile der *assemblage* tatsächlich entfernt oder hinzugefügt werden und andere nicht, oder in welchen Fällen dies zu einer Destabilisierung der *assemblage* führt, nur rückblickend empirisch beantwortet werden (vgl. DeLanda 2006: 11).

Marxistische Theoriebildung betont stärker die Historizität von Eigenschaften – also dass frühere soziale Beziehungen in Subjekte und die Verhältnisse, die diese vorfinden, eingelagert sind. Zudem fokussiert sie immanente Widersprüche, die in den UPM zugrundeliegenden *assemblage*-Ontologien aus dem Blick geraten können (Brenner et al. 2011). Immanente Widersprüche gesellschaftlicher Ordnungen und der Prozesse, die sie konstituieren, aufzuzeigen, bedeutet nicht, determinierte Entwicklungen anzunehmen. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen, wie genau verfestigte soziale Beziehungen temporär bestimmte gesellschaftliche Konflikte einhegen. Dies ist empirisch bestimmbar und dann auch theoretisch erfassbar und entsprechende Analysen können konkrete Ansatzpunkte für soziale Kämpfe aufzeigen.

Marxistische Theoriebildung und *assemblage*-Ontologien, die jeweils eine relative Autonomie der Subjekte (bzw. *assemblage*-Komponenten) annehmen, sind in diesem Punkt nicht unvereinbar, wenn Subjekte und Dinge konsequent selbst als *assemblages* begriffen werden. Denn dies legt die historische Entwicklung von Eigenschaften von Menschen und Dingen offen und liefert so Anhaltspunkte, warum welche *assemblage*-Komponenten beziehungsweise Strukturen relativ stabil bleiben oder nicht. Marxistische Ansätze und *assemblage*-Ontologien nähern sich innerhalb des UPM-Ansatzes in diesem Punkt allerdings auf ganz andere Weise an. Politiken der *assemblage* gelten als vermachtete Prozesse, in denen darum gekämpft wird, welche Teile wie zusammengesetzt werden (McCann 2011a: 144). „Choices about how the assembled parts will cohere in a new location are negotiated, struggled over, made and then negotiated some more“ (ebd.). Nach diesem Verständnis wird die Analyse konkreter Veränderungsmöglichkeiten dadurch eingeholt, dass machtvolle Akteur\_innen angenommen werden, die – konträr zum *assemblage*-Ansatz, aber auch zu marxistischen Vorstellungen von Subjekten (Demirović et al. 2010) – als außerhalb der *assemblage* positioniert gedacht werden. Diese machtvollen Akteure ringen um das Zusammenpuzzeln der *assemblage*-Teile.

Entgegen diesem Verständnis machten spätestens Stuart Halls (1994) einflussreiche Beiträge zu Identität deutlich, dass das Subjekt in marxistischer wie poststrukturalistischer (und psychoanalytischer) Theoriebildung dezentriert ist. Denn nach Marx‘ (1960 [1851]: 115) berühmtem Ausspruch machen Menschen

„ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.“

Ein solches Verständnis von Denken und Handeln als gesellschaftlich statt individuell gilt nicht nur als kompatibel etwa mit foucaultscher Diskurstheorie (vgl. Demirović 2008) oder postkolonialen Ansätzen (vgl. Lossau 2002), die ebenfalls Subjekte als gesellschaftlich beziehungsweise diskursiv hervorgebracht verstehen (vgl. Dzudzek/Strüver 2013). Vielmehr stärkten poststrukturalistische Ansätze mit ihrer beharrlichen Betonung der Dezentrierung des Subjekts zugleich diese Gedanken in der marxistischen Theoriebildung. Für eine Integration beider Theorietraditionen im Rahmen von UPM bieten diese Überschneidungen wichtige Ansatzpunkte. Denn ein solches – auch der Annahme von Subjekten als *assemblage* entsprechendes – anti-essentialistisches Subjektverständnis konsequent im Rahmen von UPM zu verfolgen, würde es auch erlauben, die Praktiken von Transferakteur\_innen als oft nur partiell bewusst und immer durch hegemoniale Diskurse und Subjektivierungen, gesellschaftliche Institutionen und Organisationsstrukturen geprägt zu konzeptualisieren (wie es partiell bereits geschieht, z. B. mit der Annahme von „*embodied practices*“, vgl. McCann/Ward 2012: 328, Hervorh. im Orig.). Damit wären Machtverhältnisse ebenso in den Vordergrund gerückt wie Handlungsspielräume, die den Strukturen, die soziale Konflikte immer nur temporär fixieren können, durchaus auch immanent sind.

## 9. Fazit

Der Beitrag fragte nach den Grenzen des noch jungen UPM-Ansatzes, so wie er von zentralen Vertretern (v. a. Eugene McCann und Jamie Peck und den jeweiligen Co-Autor\_innen) vorgeschlagen wird, und suchte nach möglichen theoretischen Präzisierungen sowie Kompatibilitäten marxistischer und poststrukturalistischer Perspektiven. Dabei zeigte sich zunächst: Weiterentwicklungen des UPM-Ansatzes sollten sich keinesfalls darauf beschränken, weitere Ansprüche an ein Forschungsprogramm mit ohnehin enormer Reichweite zu stellen. Denn das Forschungsprogramm ist bereits ambitioniert. Es will internationalen Transfer und lokale Einbettung ebenso berücksichtigen wie vielfältige Transferakteur\_innen, Transferprozesse von Beginn bis Ende und damit auch Politikzyklen von der ersten Ideengenerierung bis zu Implementierung und (intendierten wie nicht-intendierten) Effekten, sowie verschiedene analytische Ebenen (z. B. Diskurse, Identitäten, Praktiken, politische Institutionen). Sicherlich bleiben etliche empirische Lücken zu schließen: *Transfer failure*, Süd-Nord-Transfer und transnationales Lernen städtischer sozialer Bewegungen könnten unter der Perspektive der UPM noch systematischer untersucht werden. Doch wichtiger als eine Ausweitung empirischer Felder sind theoretische Präzisierungen, mithin auch Eingrenzungen.

Das Zusammenbringen von marxistischen und poststrukturalistisch inspirierten Theorieansätzen erfolgt bis dato eher arbeitsteilig im Forschungsfeld als systematisch vereinend in einzelnen Forschungsprojekten. Die Auseinandersetzung mit *assemblage*-Ontologien, die zentrale Vertreter des

UPM-Ansatzes zu integrieren versuchen, bleibt begrenzt. Daraus ergeben sich Unschärfen vor allem in drei Bereichen: Politikbegriff, Konzeptualisierung von Macht und damit verbunden auch bei der Rolle von Materialität.

Der Ansatz weist eine Blindstelle bei der Präzisierung des Politikbegriffs auf. UPM löst sich zwar von den starren Verständnissen klar umrissener *policies*, die nach immer gleichen Blaupausen in verschiedenen Lokalitäten implementierter werden, wie sie die *policy-transfer*-Forschung zumindest in die 1990er Jahren überwiegend implizierte. Auch fördert die Integration von marxistischen Konzeptionen, die Politiken als umkämpfte Prozesse verstehen, und *assemblage*-Ontologien, die in besonderem Maße Inkohärenz und Instabilität betonen, einen Blick nicht nur auf Verfestigungen von Machtverhältnissen, sondern auch auf Brüche und Diskontinuitäten bei der translokalen (Re-)Produktion hegemonialer Politikmuster. Allerdings bleibt angesichts des wenig konturierten Politikbegriffs, der mit der Formulierung „parts of here and elsewhere“ (McCann 2011a: 145) sehr weit gefasst wird, noch unklar, wie genau das Zusammenspiel von Diskursen, Praktiken, Identitäten, Materie und institutionellen Arrangements etc., die sich im Rahmen von UPM verändern, systematisch untersucht werden kann. Dies ist damit verknüpft, dass das Forschungsfeld bisher eine Privilegierung des Fokus auf die Art und Weise der *Mobilisierungen* von Politiken gegenüber der *Art und Weise* von *Verfestigungen* sozialer Verhältnisse zeigt. Zentrale Vertreter des Ansatzes erwähnen zwar, dass Politiken meist als „selective discourses“ und „bits and pieces“ (Peck/Theodore 2010: 170) mobilisiert werden, beschäftigen sich aber seltener mit der Frage, *wie* sich die Diskurse materialisieren – z. B. als erfolgreiches Identitätsangebot und daran anknüpfende materielle Praktiken oder als implementiertes Programm.

*Assemblage*-Ontologien ergänzen einen produktiven Fokus auf Medien und Wege der Kommunikation. Doch gerade angesichts der Ausweitung des analytischen Fokus könnte UPM davon profitieren, deutlicher anzuerkennen, dass Politiktransfer nicht ohne Wissenstransfer auskommt. Anknüpfend nicht zuletzt an diskurstheoretische und postkoloniale Arbeiten ließe sich Politiktransfer konsequent als Wissenstransfer und die daran – nicht ungebrochen – anschließenden Materialisierungen in administrativen Strukturen, Gesetzen und politischen Programmen und Strategien konzeptualisieren (ähnlich z. B. bereits Said 1978, der die Kontingenz von kollektiven Vorstellungen und Materialisierungen hervorhebt). Materialistische Ansätze betonen dabei besonders stark, was auch in diskurstheoretischen Arbeiten in Anschluss an Michel Foucault und seine Interpret\_innen grundsätzlich angelegt ist: Es gilt sowohl die vielfältigen materiellen Prozesse, die hegemoniale Wissensbestände und Sagbarkeiten mit hervorbringen, als auch die daran anknüpfende Subjektivierungen, materiellen Praktiken und institutionellen Arrangements zu untersuchen.

Gerade die schwer zu erfassenden Subjektivierungen (nicht nur der unmittelbar Politikschaffenden, sondern auch der Umsetzenden und Adressat\_innen von Politiken) bedürfen im Rahmen von UPM noch intensiverer Analyse. Die *policy-transfer*-Forschung gibt diesbezüglich Hinweise auf die Rolle von Normen als Wegbereiterinnen von politischem Wandel. Auch die *governmentality studies* mahnen bereits seit längerem an, bei der Politikanalyse einzubeziehen, wie sich politische Programme in Subjektivierungen übersetzen, diese

umgekehrt mit hervorbringen oder aber damit kollidieren. Dabei wird davor gewarnt, Programme mit deren weitgehender Akzeptanz und Umsetzung zu verwechseln, und dazu aufgefordert, auch die konkreten Subjektivierungen und Praktiken der Politikumsetzenden und -adressat\_innen zu untersuchen. Wenngleich dies verdächtig nach einer weiteren Ausweitung des ohnehin umfangreichen Forschungsprogramms der UPM-Forschung klingen mag, kann die – empirisch und aus älteren Literatursträngen abgeleitete – vorrangige Analyse von Macht/Wissen und deren materieller Produktion und Materialisierungen durchaus eine Fokussierung des Ansatzes bedeuten.

Der Beitrag problematisierte zudem, dass Macht in politökonomischen Beiträgen bisweilen als den Subjekten äußerlich konzipiert wird und in *assemblage*-Ontologien Möglichkeiten für alternative Entwicklungen zum Teil als der *assemblage* äußerlich behandelt werden. Von *assemblage*-Ontologien inspirierte Beiträge der UPM-Forschung lösen dies, indem sie einerseits teilweise Assoziationen von Politikmachen als (machtfreiem) Puzzlespiel wecken und andererseits – entgegen dem Kern von *assemblage*-Ontologien – der *assemblage* äußerliche machtvolle Akteur\_innen skizzieren, die um die Zusammensetzung verdinglichter Puzzelteile ringen.

Demgegenüber wurden zweierlei Annäherungen der Theorieperspektiven vorgeschlagen: Erstens sollten die im Rahmen von UPM oft als gegeben portraitierten *assemblage*-Teile selbst als Prozesse verstanden und die Verdinglichungen sowie ihre Effekte offengelegt werden. Zweitens bietet es sich an, wie es auch die UPM-Literatur unter den Stichworten ‚relational‘, ‚eingebettet‘ und ‚embodied‘ in Ansätzen bereits tut, Strukturen konsequent als prozesshaft, im Alltag produziert und den Subjekten nicht nur äußerlich zu denken. Subjekte werden dann entsprechend als historische Subjekte (also selbst *assemblages*) verstanden. Subjektivierungen und Praktiken bewusst oder unbewusst politikschaffender Akteur\_innen wären dann durchgängig als durch vielfältige gesellschaftliche Prozesse produziert und umkämpft konzeptualisiert. Das bedeutet, anzuerkennen, wie diese durch zu Handlungskontexten und den Subjekten auch innerlichen Strukturen geronnenen historischen Prozesse geprägt sind (z. B. hegemoniale Diskurse, Organisationsstrukturen, Akteurskonstellationen, Identitäten).

Ultimativ würde ein solches Vorgehen auch bedeuten, anzuerkennen, dass poststrukturalistische Kritiken marxistische Theorien in den letzten Jahrzehnten durchaus verbessert haben. Andererseits hat der *material (re)turn* aber auch gezeigt, dass poststrukturalistische Theoriebildung ihrerseits durch Theorien, die dem *cultural turn* nicht umfassend folgten, in ihrer Weiterentwicklung vorangetrieben wurde. Dies anzuerkennen, heißt auch, davon auszugehen, dass es längst einen gemeinsamen Kern kritischer Perspektiven unterschiedlicher Couleur gibt, der nicht zuletzt darin besteht, Subjekte wie Strukturen (oder nennen wir sie auch: Permanenzen, Formationen oder *assemblages*) als prozesshaft und historisch zu konzeptualisieren. Davon ausgehend lässt sich das Ziel verfolgen, die Stärken der jeweiligen Ansätze zu kombinieren, insbesondere: *Erstens* das besonders ausgeprägte Beharren poststrukturalistischer Ansätze auf Instabilität und Inkohärenz sowie empirischer Fundierung und *zweitens* den besonders konsequenten marxistischen Fokus auf temporäre Stabilisierungen von Macht durch Verdichtungen immer schon gesellschaftlich hervorgebrachter Praktiken.

## Endnoten

- [1] Ich danke der NeSt-Bande, den Reviewer\_innen und sub\urban-Herausgeber\_innen sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Projekt CR 92/6-1) und der Alfons- und Gertrud-Kassel-Stiftung.
- [2] Alle Übersetzungen im Text stammen von mir. Bei potentiellen Bedeutungsverschiebungen wird zusätzlich der Originalbegriff angegeben. Den Hinweis auf die Permanenzen verdanke ich Bernd Belina.
- [3] Selbstverständlich lassen sich gut anderthalb Jahrhunderte marxistische Theoriebildung ebenso wenig über einen Kamm scheren wie das weite Feld an poststrukturalistischen Theorien oder auch ‚nur‘ der diskurstheoretischen Ansätze darunter. Fokussiert werden hier die nicht strukturdeterministisch denkenden, historisierenden, empirisch orientierten Ansätze, die in der Stadtforschung oft an Henri Lefebvre und David Harvey sowie regulationstheoretische Ansätze anschließen (z. B. Eick et al. 2004, Peck 2010, Belina 2013) und z. T. poststrukturalistische Ansätze integrieren (z. B. Sum/Jessop 2013). Bei diskurstheoretischen Ansätzen beziehe ich mich v. a. auf Anschlüsse an Michel Foucault und dessen hegenomie- und performativitätstheoretische Interpret\_innen wie Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, deren Arbeiten in der Geographie vielfach raumtheoretisch ausgearbeitet wurden (z. B. Bauriedl 2007, Glasze/Mattiscek 2009b, Füller/Marquardt 2010, Dzudzek et al. 2012).

## Autor\_innen

Jenny Künkel betreibt kritische Sozialforschung zwischen Politikwissenschaften, Geografie, Kriminologie und Queer Studies.  
 jkuenkel@geo.uni-frankfurt.de

## Literatur

- Ahmed, Sara (2008): Some preliminary remarks on the founding gestures of the New Materialism. In: *European Journal of Women's Studies* 15/1, 23-39.
- Allen, John (2011): Powerful assemblages? In: *Area* 43/2, 154-157.
- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Anderson, Ben/ Kearnes, Matthew/ McFarlane, Collin / Swanton, Dan (2012): On assemblages and geography. In: *Dialogues in Human Geography* 2/2, 171-189.
- Baker, Tom (2012): Global Policy Models, Territorial Politics and Urban Homelessness in Australia. Vortrag auf der International Conference of Geography 2012 in Köln. <http://www.neuordnungen.info/wp-content/uploads/2012/09/Baker-IGC2012-Global-models-territorial-politics.pdf> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Barad, Karen (2003): Posthumanist performativity: Toward and understanding of how matter comes to matter. In: *Signs* 28/3, 801-831.
- Bauriedl, Sybille (2007): Räume lesen lernen: Methoden zur Raumanalyse in der Diskursforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8/2, 1-22.
- Belina, Bernd (2008): No-Go-Areas historisch-materialistischer Raumdebatten. Zur Kritik von Raumfetischismus und Raumidealismus. In: Demirović, Alex (Hg.): *Kritik und Materialität*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 89-109.
- Belina, Bernd (2013): Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd (2014a): Warum denn gleich ontologisieren? Und wenn nicht, warum dann ANT? Kommentar zu Alexa Färbers *Potenziale freisetzen*. In: *sub\urban* 2/1, 104-109.
- Belina, Bernd (2014b): Wider den Essentialismus des Diskurses: Ein Kommentar zur ATKAP. In: *Kriminologisches Journal* 46/2, 102-110.
- Belina, Bernd / Dzudzek, Iris (2009): Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und kritische Diskursanalyse. In: Georg Glasze / Annika Mattiscek (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript, 129-152.

- Bittner, Christian / Glasze, Georg / Turk, Cate (2013): Tracing contingencies: analyzing the political in assemblages of web 2.0 cartographies. In: *GeoJournal* 78/6, 935-948.
- Brenner, Neil (1998): Between fixity and motion: Accumulation, territorial organization, and the historical geography of spatial scales. In: *Environment and Planning D* 16/4, 459-481.
- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011): Assemblage urbanism and the challenges of critical urban theory. In: *City* 15/2, 225-240.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik / Peck, Jamie (2012): Towards deep neoliberalization? In: Jenny Küinkel / Margit Mayer (Hg.): *Neoliberal Urbanism and its Contestations – Crossing Theoretical Boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 27-45.
- Buckel, Sonja (2007): *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*. Weilerswist: Velbrück.
- Butler, Judith (1993): *Bodies that Matter. On the Discursive Limits of Sex*. New York: Routledge.
- Cochrane, Allan / Ward, Kevin (2012): Guest editorial: Researching the geographies of policy mobility: Confronting the methodological challenges. In: *Environment and Planning A*, 44/1, 5-12.
- Collier, Stephen (2012): Neoliberalism as big Leviathan, or ...? A response to Wacquant and Hilgers. In: *Social Anthropology* 20/2, 186-195.
- DeLanda, Manuel (2006): *A New Philosophy of Society: Assemblage Theory and Social Complexity*. London und New York: Continuum.
- Deleuze, Gilles / Guattari, Félix (1987): *A Thousand Plateaus: Capitalism and Schizophrenia*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Demirović, Alex (2008): Das Wahr-Sagen des Marxismus: Foucault und Marx. In: *PROKLA* 38/2, 179-201.
- Demirović, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (Hg.) (2010a): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden: Nomos.
- Demirović, Alex / Kaindl, Christina / Krovoza, Alfred (Hg.) (2010b): *Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Didier, Sophie / Morange, Marianne / Peyroux, Elisabeth (2012): City improvement districts and territorialized neoliberalism in South Africa (Johannesburg, Cape Town). In: Jenny Küinkel / Margit Mayer (Hg.): *Neoliberal Urbanism and Its Contestations – Crossing Theoretical Boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 119-136.
- Dölemeyer, Anne / Rodatz, Mathias (2010): Diskurse und die Welt der Ameisen. Foucault mit Latour lesen (und umgekehrt). In: Robert Feustel / Maximilian Schochow (Hg.): *Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse*. Bielefeld: transcript, 197-220.
- Dzudzek, Iris / Kunzem, Caren / Wullweber, Joscha (Hg.) (2012): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Dzudzek, Iris / Strüver, Anke (2013): Subjectivities in crisis. Editorial. In: *Geographica Helvetica* 68/3, 145-152.
- Eick, Volker / Grell, Britta / Mayer, Margit / Sambale, Jens (2004): *Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Färber, Alexa (2014): Potenziale freisetzen: Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären kritischen Stadtforschung. In: *sub\urban* 2/1, 95-103.
- Fariás, Ingacio (2010): Introduction: Decentering the object of urban studies. In: Ignacio Fariás / Thomas Bender (Hg.), *Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies*. London und New York: Routledge, 1-24.
- Folkers, Andreas (2014): Was ist neu am neuen Materialismus? Von der Praxis zum Ereignis. In: Tobias Goll / Daniel Keil / Thomas Telios (Hg.): *Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus*. Münster: Edition Assemblage, 16-33.
- Foucault, Michel (1973): *Die Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Füller, Henning / Marquardt, Nadine (2010): Die Sicherstellung von Urbanität. Innerstädtische Restrukturierung und soziale Kontrolle in Downtown Los Angeles. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Garland, David (1997): Governmentality and the problem of crime: Foucault, criminology, sociology. In: *Theoretical Criminology* 1/2, 173-214.
- Garske, Pia (2014): What's the Matter. Materialitätsbegriff des New Materialism und dessen Konsequenzen für feministisch-politische Handlungsfähigkeit. In: *Prokla* 44/1, 111-129

- Glazze, Georg / Matissek, Annika (2009a): Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Georg Glazze / Annika Matissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld: transcript, 11-59.
- Glazze, Georg / Matissek, Annika (2009b): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Georg Glazze / Annika Matissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript, 153-179.
- Hall, Stuart (1994): Die Frage der kulturellen Identität. In: Stuart Hall (Hg.), *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg: Argument, 180-222.
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (2001): Globalization and the Spatial Fix. In: *Geographische Revue* 2/2001, 23-30.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: Id-Verlag.
- Holloway, John (1991 [1980]): The state and everyday struggle. In: Simon Clarke (Hg.): *The State Debate*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 201-231.
- Hostaker, Roar (2005): Latour semiotics and science studies. In: *Science Studies* 18/2, 5-25.
- Kaindl, Christina (2010): Kritische Psychologie der Emotionen im Wandel der Produktionsweise. In: Alex Demirović / Christina Kaindl / Alfred Krovoza (Hg.), *Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 49-64.
- Kreisky, Eva (1992): Der Staat als Männerbund. Der Versuch einer feministischen Staats-sicht. In: Elke Biester / Brigitte Geißel / Sabine Lang / Birgit Sauer (Hg.), *Staat aus feministischer Sicht. Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft Arbeitskreis Politik und Geschlecht*. Berlin: Eigenverlag, 53-62.
- Künkel, Jenny (2013): *Sandiego ist besser als das Wunder von New York. Streit um polizei-politische Neuausrichtungen*. In: *Westend* 10/1, 78-89.
- Künkel, Jenny (2015): *Urban policy mobilities versus policy transfer: Potentiale für die Analyse der Neuordnung des Städtischen*. In: *sub\urban* 3/1, 7-24.
- Larner, Weny / Laurie, Nina (2010): Travelling technocrats, embodied knowledges: globalising privatisation in telecoms and water. In: *Geoforum* 41/2, 218-226.
- Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt am Main: Surkamp.
- Latour, Bruno (2005): *Reassembling the Social*. Oxford: Oxford University Press.
- Latour, Bruno / Woolgar, Steve (1979): *Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts*. Princeton: Princeton University Press.
- Law, John (2009): Actor network theory and material semiotics. In: Bryan S. Turner (Hg.), *The New Blackwell Companion to Social Theory*. Oxford: Wiley-Blackwell, 141-157.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff Regulation. In: *Prokla* 15/1, 109-137.
- Lipsky, Michael (1980): *Street-Level Bureaucracy: Dilemmas of the Individual in Public Services*. New York: Russel Sage.
- Loopmans, Maarten (2006): From residents to neighbours: The making of active citizens in Antwerp, Belgium. In: Jan Duyvendak / Trudie Knijn / Monique Kremer (Hg.), *Professionals Between People and Policy: Transformations in Care and Welfare in Europe*. Amsterdam: Amsterdam University Press, 109-121.
- Lossau, Julia (2002): *Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer anderen Geographie der Welt*. Bielefeld: transcript.
- Marquardt, Nadine (2013): Geographische Repositionierungen. Subjektivität, Körper und Handeln neu denken. In: *Erwägen Wissen Ethik* 24/1, 51-54.
- Marx, Karl (1960 [1851]): Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.), *Karl Marx und Friedrich Engels, Werke* 8. Berlin: Dietz Verlag, 113-207.
- Mayer, Margit / Künkel, Jenny (2012): Introduction: Neoliberal urbanism and its contestations – crossing theoretical boundaries. In: Margit Mayer / Jenny Künkel (Hg.), *Neoliberal Urbanism and Its Contestations – Crossing Theoretical Boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 3-26.
- McCann, Eugene (2008): Expertise, truth, and Urban Policy Mobilities: Global circuits of knowledge in the development of Vancouver. Canada's four pillar drug strategy. In: *Environment and Planning A* 40/4: 885-904.

- McCann, Eugene (2010): Urban policy mobilities and global circuits of knowledge: Toward a research agenda. In: *Annals of the Association of American Geographers* 101/1, 107-130.
- McCann, Eugene (2011a): Veritable inventions. cities, policies and assemblage. In: *Area* 43/2, 143-147.
- McCann, Eugene (2011b): Points of reference: Knowledge from elsewhere in Politics of urban drug policy. In: Eugene McCann / Kevin Ward (Hg.), *Mobile Urbanism: Cities and Policymaking in the Global Age*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 97-122.
- McCann, Eugene / Ward, Kevin (Hg.) (2011a): *Mobile Urbanism: Cities and Policymaking in the Global Age*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- McCann, Eugene / Ward, Kevin (2011b): Introduction: Urban assemblages. territories, relations, practices, and power. In: Eugene McCann / Kevin Ward, *Mobile Urbanism: Cities and Policymaking in the Global Age*. Minneapolis: University of Minnesota Press, XIII-XXXV.
- McCann, Eugene / Ward, Kevin (2012): Policy assemblages, mobilities and mutations: Toward a multi-disciplinary conversation. In: *Political Studies Review* 10/3, 325-332.
- McFarlane, Collin (2009): Translocal assemblages: space, power and social movements. In: *Geoforum* 40/4, 561-567.
- McFarlane, Collin (2011a): Assemblage and critical urbanism. In: *City* 15/2, 204-224.
- McFarlane, Collin (2011b): On Context. Assemblage, political economy and structure. In: *City* 15/3-4, 375-388.
- McFarlane, Collin (2011c): *Learning the City: Knowledge and Translocal Assemblage*. Oxford: Wiley-Blackwell.
- McFarlane, Colin/ Desai, Renu/ Graham, Steve (2014): Informal urban sanitation: Everyday life, poverty, and comparison. In: *Annals of the Association of American Geographers* 104/5, 989-1011.
- McGuirk, Pauline / Dowling, Robyn (2009): Neoliberal privatisation? Remapping the public and the private in Sydney's masterplanned residential estates. In: *Political Geography* 28/3, 174-185
- Michel, Boris (2013): Wenn mobile Politiken gegen die Wand fahren. Grenzen des Politik Transfers am Beispiel von Business Improvement Districts in Deutschland. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 81/1, 87-102.
- Michel, Boris / Stein, Christian (2014): Reclaiming the European city and kobbying for privilege: Business improvement districts in Germany. In: *Urban Affairs Review* 51/1, 1-25.
- Mitchell, Timothy (2002): *Rule of Experts: Egypt, Techno-Politics, Modernity*. Berkeley: University of California Press.
- Nelken, David (1984): Law in action or living law? Back to the beginning in sociology of law. In: *Legal Studies* 4/2, 157-174.
- Ong, Aihwa (2007): Neoliberalism as a mobile technology. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 32/1, 3-8.
- Ong, Aihwa / Collier, Stephen (Hg.) (2005): *Global Assemblages: Technology, Politics and Ethics as Anthropological Problems*. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Ostermeier, Lars (2014): Transnationalisierungsprozesse in internationalen Polizeiprojekten: Wissenstransfer und Übersetzungsprozesse. In: *Kriminologisches Journal* 4/2014.
- Peck, Jamie (2010): Neoliberal worlds. In: Jamie Peck, *Constructions of Neoliberal Reason*. Oxford: Oxford Scholarship Online, <http://fds.oup.com/www.oup.com/pdf/13/9780199580576.pdf> (letzter Zugriff am 1.4.2013).
- Peck, Jamie (2011): Global policy models, globalizing poverty management: International convergence or fast-policy integration? In: *Geography Compass* 5/4, 165-181.
- Peck, Jamie (2012a): Austerity urbanism. In: *City* 16/6, 626-655.
- Peck, Jamie (2012b): Recreative city: Amsterdam, vehicular ideas, and the adaptive spaces of creativity policy. In: *IJURR* 36/3, 462-485.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): Mobilizing policy: Models, methods, and mutations. In: *Geoforum* 41, 169-174.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik (2012): Follow the policy: a distended case approach. In: *Environment and Planning A* 44/1, 21-30.
- Peyroux, Elisabeth (2012): Legitimizing business improvement districts in Johannesburg: A discursive perspective on urban regeneration and policy transfer. In: *European Urban and Regional Studies* 19/2, 181-194.



- Peyroux, Elisabeth / Pütz, Robert / Glasze, Georg (2012): Business improvement districts (BIDs): The internationalization and contextualization of a travelling concept. In: *European Urban and Regional Studies* 19/2, 111–120.
- Pütz, Robert / Rodatz, Mathias (2014): Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. In: *Geographische Zeitschrift* 101/3+4, 166-183.
- Robbins, Paul / Marks, Brian (2010): Assemblage geographies. In: Susan Smith / Rachel Pain / Sallie Marston / John Paul Jones (Hg.), *The SAGE Handbook of Social Geographies*. London: SAGE, 176-194.
- Robinson, Jennifer (2011): The spaces of circulating knowledge: City strategies and global urban governmentality. In: Eugene McCann / Kevin Ward (Hg.), *Mobile Urbanism: Cities and Policymaking in the Global Age*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Rose, Nikolas / Miller, Peter (1992): Political power beyond the state: problematics of government. In: *British Journal of Sociology* 43/2, 172-205.
- Roy, Ananya / Ong, Aihwa (Hg.) (2011): *Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- Said, Edward (1978): *Orientalism Western Representations of the Orient*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main und New York: Campus Verlag.
- Schipper, Sebastian (2013): *Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main 1960-2010*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Silomon-Pflug, Felix / Stein, Christian/ Heeg, Susanne / Pütz, Robert (2014): Die unternehmerische Stadt als Gegenstand von Urban-Policy-Mobilities-Forschung. In: *Geographische Zeitschrift* 101/3+4, 201-217.
- Stone, Diane (2004): Transfer agents and global networks in the transnationalization of policy. In: *Journal of European Public Policy* 11/3, 545-566.
- Stone, Diane (2010): Private philanthropy or policy transfer? The transnational norms of the Open Society Institute. In: *Policy & Politics* 38/2, 269-287.
- Sum, Ngai-Ling / Jessop, Bob (2013): *Towards a Cultural Political Economy. Putting Culture in its Place in Political Economy*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Temenos, Cristina / McCann, Eugene (2013): Geographies of policy mobilities. In: *Geography Compass* 7/5, 344–357.
- Uitermark, Justus (2005): The genesis and evolution of urban policy: a confrontation of regulationist and governmentality approaches. In: *Political Geography* 24/2, 137-163.
- Van Dyk, Silke (2012): Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik – über Potenziale, Probleme und Perspektiven. In: *PROKLA* 41/2, 185-210.
- Wissen, Markus (2010): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ziai, Aram (2012): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Grundlagen einer postkolonialen politischen Theorie und deren Anwendungsfelder*. In: Julia Reuter / Alexandra Karentzos, (Hg.), *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies*. Wiesbaden: VS-Verlag, 283-296.

### **Urban policy mobilities: theoretical boundaries and reconceptualisations**

*The Urban policy mobilities (UPM) approach proves useful for critical urban studies, not least for research on urban neoliberalization. However, Marxist and poststructuralist theories are so far mostly combined by division of labor between different authors. Systematic integration of theories remains to be achieved. Furthermore, key proponents of the UPM approach tend to reduce the multiplicity of poststructuralist theories to assemblage ontologies, which are loosely applied. This leads to the key concept “policy” being poorly defined, and thus the according research runs the risk of losing sight of power relations. The paper proposes to consistently conceptualize policy transfer as a knowledge transfer that is based on and co-produces heterogeneous*

*discourses, subjectivities and material practices as well as their condensation in (im-)material structures. Such an approach simultaneously foregrounds the power relations that are involved in glocal policy change.*

## ***Queer worldings in the urban age\****

Die s u b \ u r b a n Journal Lecture beim Deutschen Kongress für Geographie im Oktober 2015 in Berlin

Natalie Oswin

Diese Intervention konzentriert sich vor allem auf zwei wichtige Arten der Globalisierung: die Globalisierung der Urbanisierung und die Globalisierung von LGBT-Themen.[1] Was erstere betrifft, befinden wir uns in einem urbanen Zeitalter, woran uns alle erdenklichen populären und wissenschaftlichen Diskurse und Bilder immer wieder erinnern. Im Laufe der vergangenen rund 50 Jahre hat sich eine Welt, in der die meisten Menschen in ländlichen Gebieten lebten, in eine vorwiegend urbane Welt verwandelt. Mittlerweile, und erstmals in der Geschichte der Menschheit, lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Dieses urbane Zeitalter hat zudem noch einen wichtigen geografischen Aspekt. Während in den Kontexten des Globalen Nordens in Europa und Nordamerika fast im gesamten 20. Jahrhundert der Grad der Urbanisierung hoch war, ist die Globalisierung der Massenurbanisierung deutlich jüngeren Datums. Das historisch neue Zeitalter der Urbanisierung, in dem wir heute leben, erlebt tatsächlich eine Urbanisierung des Südens, leben doch laut dem jüngsten UN-Bericht *State of the World's Cities* heute sieben von zehn Stadtbewohner\_innen weltweit in Entwicklungsländern (UN-Habitat 2012: 25, siehe auch Roy 2014a).

Betrachten wir die zweite Art der Globalisierung, so sind die LGBT-Kämpfe um Menschenrechte in den vergangenen Jahrzehnten von einem völlig unterbelichteten Randphänomen zu einem Thema von wirklich globaler Wichtigkeit und Reichweite avanciert. Ereignisse wie die Verabschiedung der Anti-Homosexuellen-Gesetzgebung in Russland kurz vor den Olympischen Spielen in Sotschi 2014 und die regelmäßigen Debatten der vergangenen Jahre um die Anti-Homosexuellen-Gesetze in Uganda, oder auch – als positiveres Beispiel – die Ausweitung der Definition der Ehe auf gleichgeschlechtliche Paare im Jahr 2013 in Uruguay und Neuseeland und 2015 in den USA, werden heute weltweit diskutiert und ziehen beträchtliche Medienaufmerksamkeit auf sich. Bezüglich des globalen Aktivismus hat Human Rights Watch mittlerweile einen eigenen Bereich für das Monitoring von LGBT-Themen eingerichtet. Außerdem erhebt die International Gay and Lesbian Human Rights Commission (IGLHRC) seit 1990 Daten zum rechtlichen Status von LGBT-Personen in allen Staaten weltweit.[2] Diese

\* Dieser Text basiert auf dem Vortrag, den Natalie Oswin auf Einladung des AK Geographie und Geschlecht und der Zeitschrift s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische Stadtforschung im Rahmen einer Journal Lecture beim Deutschen Kongress für Geographie im Oktober 2015 gehalten hat.

Informationen werden darüber hinaus seit 2008 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen diskutiert und dienen dort als Grundlage verschiedener, nicht bindender Deklarationen (United Nations 2011). UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat die LGBT-Rechte während seiner zweiten Amtszeit zu einem Kernthema erklärt und bezeichnet sie als „eine der großen, vernachlässigten Menschenrechts-Herausforderungen unserer Zeit“ (zitiert in Wilkinson/Langlois 2014).[3] Hinzu kommt, dass LGBT-Themen aktuell nicht nur auf der *nationalen*, sondern auch auf der städtischen Ebene in bisher nie dagewesener Weise Beachtung finden. Die von Richard Florida (2002) und anderen Stadtentwicklungsberater\_innen popularisierte – allerdings empirisch fragwürdige – Auffassung, dass jene Städte am erfolgreichsten sind, in denen sexuelle Vielfalt toleriert wird, hat erstaunlich Fahrt aufgenommen. Von Tel Aviv bis Toronto, von Kapstadt bis Kopenhagen und von Singapur bis San Fransisco werden zahlreiche Städte derzeit als lesben- und schwulenfreundlich charakterisiert – und zwar nicht nur von LGBT-Leuten und -Gruppen, sondern in vielen Fällen auch von Stadtregierungen, Tourismusbehörden und Wirtschaftsverbänden. Gleichzeitig ereignen sich auf städtischer Ebene nach wie vor erschreckend häufig Fälle staatlicher *Intoleranz*, vielleicht teilweise befeuert von der wachsenden Sichtbarkeit und der Aufgeschlossenheit gegenüber LGBT-Bewegungen in bestimmten Städten. Homophobe Gewalt, polizeiliche Festnahmen wegen des öffentlichen Ausdrückens gleichgeschlechtlicher Zuneigung und Proteste gegen Veranstaltungen wie CSD-Paraden ereignen sich in Städten überall in der Welt und ziehen eine breite Aufmerksamkeit der Medien weltweit auf sich.

Diese beiden außergewöhnlichen – und außerordentlich neuen – Globalisierungen [*globalizations*] haben jeweils gewaltige wissenschaftliche Debatten angespornt. Bislang finden diese Debatten aber weitgehend unabhängig voneinander statt. In dieser Intervention schlage ich vor, sie nicht weiter isoliert voneinander zu betrachten. Ich plädiere im Folgenden dafür, das Nachdenken über die Globalisierung der Urbanisierung und das Nachdenken über die Globalisierung der LGBT-Thematik zusammenzuführen. Um meine Argumentation zu entfalten, werde ich zunächst erörtern, auf welche Weise sich die Felder der Urban Studies[4] und der Queer Studies in den vergangenen Jahrzehnten ‚geweltet‘ [*worlded*] haben und uns damit bessere Werkzeuge für ein Verständnis dieser empirischen Trends an die Hand geben. Anschließend zeige ich mögliche Gründe auf, warum diese beiden *worlding*[5]-Projekte meiner Ansicht nach bislang weitgehend parallel zueinander verlaufen sind und erläutere schließlich, warum ich denke, dass sie zusammengeführt werden sollten.

### **Urbane *worldings*, queere *worldings***

Viele Stadtforscher\_innen – unter ihnen auffallend viele Stadtgeograf\_innen – haben in den vergangenen Jahren an der Formulierung neuer Begrifflichkeiten und Epistemologien gearbeitet, mit dem Ziel, den Urban Studies im Zeitalter urbaner Globalisierung weiterhin Relevanz zu verschaffen. Kurz gesagt haben sich die Urban Studies in dem Maße geweltet [*worlded*], wie die Urbanisierung den Erdball überzogen hat. Während der Mainstream der Urban Studies historisch überwiegend westzentrisch war, gibt es

heute, wie Jennifer Robinson es ausdrückt, ein „Engagement dafür, ein Verständnis des Städtischen zu erarbeiten, das potenziell offen ist für die Erfahrungen aller Städte“, eine neue Offenheit gegenüber „der Welt der Städte“ (Robinson 2014: 57). Damit nicht-westliche Städte nicht weiterhin ins ‚Wartezimmer der Geschichte‘ verfrachtet werden, mehren sich Rufe nach einer Provinzialisierung westlicher urbaner Erfahrungen. So entstehen immer mehr Arbeiten, die sich deutlich über die etablierte Karte der ‚globalen Städte‘ hinausbewegen und untersuchen, inwiefern alle Städte überall transnationale Knotenpunkte sind. Das Feld der Urban Studies wird in dieser kosmopolitischen Stoßrichtung natürlich in erster Linie von postkolonialen theoretischen Impulsen belebt. Wichtige Beiträge stammen außerdem von feministischen Wissenschaftler\_innen. Wie es Kate Derickson in einem aktuellen Überblicksartikel zur Stadtgeografie zusammengefasst hat, bezieht sich dabei ein Großteil der Arbeiten in den Urban Studies inzwischen „auf postkoloniale Theorie, Subaltern Studies und feministische Theorie [...] als politische und epistemologische Strategie, um den Eurozentrismus zu überwinden und die stadtbezogene Theoriebildung zu ‚provinzialisieren‘, die ihrerseits aus der Beobachtung und Beschreibung europäischer und nord-amerikanischer Städte hervorgegangen ist“ (Derickson 2015: 648).

Dies sind meiner Ansicht nach großartige Entwicklungen. Indem das Feld der Urban Studies geweltet [*worlded*] wird, werden dessen wissenschaftliche Traditionslinien kritisch hinterfragt, wobei stadtbezogene Theoriebildung dezentriert und in dem Sinne überdacht wird, dass die Städte des Globalen Nordens – zumindest in gewissen Maße – nicht mehr mit Theorie schlechthin gleichgesetzt werden, während die des Globalen Südens mit empirischen Beschreibungen verbunden werden. Im Sinne einer konstruktiven Auseinandersetzung möchte ich aber argumentieren, dass es möglich ist, noch ein ganzes Stück weiterzugehen. Um noch einmal Derickson zu zitieren: Sie hält fest, dass Arbeiten, die die Urban Studies welten [*to world*] wollen, solche sind, die sich bemühen, „politische Möglichkeiten innerhalb existierender Subjektivitäten und Existenzmöglichkeiten zu verorten“ (ebd.: 648) und dabei auf produktive Weise erkennen, „dass es keine singuläre ‚urban story‘ zu erzählen gibt, sondern darauf bestehen, dass eine Vielzahl von *urban stories* existiert“ (ebd.: 651). Beim Lesen von Dericksons Worten fühlte ich mich sofort an ein Zitat aus Jane Jacobs‘ und Ruth Finchers Einführung in ihren immens wichtigen Sammelband *Cities of Difference* erinnert, den sie 1998 herausgegeben haben. Darin legen sie dar, wie der *cultural turn*, der in den 1990er Jahren durch die Sozialwissenschaften gefegt ist, die Art, wie Identität in der Stadt von Geograf\_innen und anderen verstanden wird, tiefgreifend verändert hat. Ältere Modelle, in denen soziale Differenzierungen wie *race*, Klasse, Geschlecht und Sexualität separate Identitäten darstellten, die im urbanen Raum problemlos verortet und erfasst werden konnten, wurden nun durch Konzepte unterwandert, die Differenz als wechselseitig konstituiertes Phänomen verstehen – ebenso wie durch ein Verständnis von Kultur als immer mit Politik verwoben. Gegen Ende des Kapitels halten sie fest:

„Diese Änderungen stellen die grundlegenden Prämissen in Frage, vor deren Hintergrund wir das Leben in der Stadt und städtische Prozesse verstehen. ‚Die Stadt‘ als Gegenstand der Analyse ist unwiderruflich verunsichert

worden, und viele robustere [*more resilient*] Ansätze, städtische Prozesse zu lesen, sind problematisch geworden.“ (Jacobs/Fincher 1998: 2)

Hier bestehen offensichtliche Überschneidungen mit Dericksons Worten und wohl auch mit den leitenden Zielen eines Großteils der Textproduktion, die das Verständnis des urbanen Weltens [*to world*] und damit die Urban Studies neu gestalten möchte. Das überrascht insofern wenig, als Fincher und Jacobs' Sammelband – ebenso wie die Arbeiten zu *urban worldings* – stark auf feministische, postkoloniale und *Critical-Race*-Theorien Bezug nimmt. Allerdings arbeiten die darin enthaltenen Beiträge auch mit queertheoretischen Ansätzen und schließen daher die Erfahrungen von LGBT-Personen mit ein – als Erfahrungen, die Eingang in die stadtbezogene Theoriebildung finden sollten. Seit dem Erscheinen von *Cities of Difference* ist zudem ein beachtlicher Bestand an Texten im Bereich der Queer Urban Studies und der queeren Stadtgeografie hinzugekommen. Dennoch herrscht in den *worlding*-Debatten der Urban Studies ein frappierender Mangel an queeren Theorien und Subjekten.

Ich bin nicht die erste Person, die auf diese Leerstelle hinweist. Sophie Watson etwa hat bereits auf die augenfällige Vernachlässigung von sexueller Differenz im Zuge der geografischen Erweiterung der Urban Studies hingewiesen. Sie problematisiert, dass „Fragen von Gender, der sexuellen und verkörperten Differenz im globalen Süden nicht weniger wichtig, sondern möglicherweise heute sogar noch wichtiger“ sind (Watson 2014: 385). Auch Jon Binnie merkt in einem Aufsatz über relationale Vergleiche innerhalb der Urban Studies an, „dass eine größere Aufmerksamkeit auf die Rolle, die Begehren, Intimität und Sexualität für Praktiken des ‚*worldings*‘ von Städten spielen, die Urban Studies sehr bereichern könnte“ (2014: 590). Ich stimme sowohl Watson also auch Binnie zu. Zwischen den *worlding*-Debatten in Urban Studies und Queer Studies lassen sich wichtige Verbindungen herstellen. Das Projekt des *worlding* der Urban Studies kann durch eine Betrachtung stadtbezogener Themen durch eine queertheoretische Linse vorangebracht werden – ebenso wie umgekehrt die Queer Studies von einer Auseinandersetzung mit den Urban Studies in deren kosmopolitischen Ausprägung profitieren können. Bevor ich auf diese zentralen Punkte eingehe, möchte ich noch einmal einen kleinen Schritt zurück machen und das Konzept ‚queer‘ in den Blick nehmen, um klarzustellen, wie ich es verwende und in welchem Verhältnis es zu den Urban Studies steht.

‚Queer‘ ist ein komplexes Konzept. Umgangssprachlich wird es heute zu meist als einfache Kennzeichnung von LGBT-Communitys und ihren sozialen Bewegungen verwendet, aber seine Verwendung in aktivistischen und wissenschaftlichen Kreisen ist aus bestimmten Traditionslinien erwachsen und hat spezifische Bedeutungen (siehe Jagose 1996). Der Begriff ‚queer‘ wurde in Ländern wie den USA und Großbritannien viele Jahrzehnte lang als abwertende umgangssprachliche Bezeichnung für Nicht-Heterosexuelle verwendet. In denselben Ländern begannen einige radikale HIV/AIDS-Organisationen sich den Begriff in den frühen 1990er Jahren aber auch positiv anzueignen. Im Kampf gegen das mit der Beschreibung von HIV/AIDS als ‚schwule Krankheit‘ einhergehende Stigma entwickelten Gruppen wie ACT UP und Queer Nation eine radikale, sex-positive und gegen Assimilation gerichtete Politik, die sie eher als ‚queer‘ denn als ‚schwul-lesbisch‘ bezeichneten. Indem sie sich diesen

Begriff aneigneten, wandten sich diese Organisationen gegen dessen negative Konnotationen und stellten so die Vorstellung in Frage, dass es irgendeine ‚normale‘ Sexualität gäbe. In dieser Verwendung des Begriffs wurde eine queere Identität und Politik zu etwas, das, wie es David Bell und Gill Valentine in ihrem wegweisenden Sammelband von 1995 *Mapping Desire* ausdrücken, „sprichwörtlich jede\_n einschloss, die\_/der sich weigerte, nach den Regeln des Heteropatriarchats zu spielen“ (Bell/Valentine 1995: 19).

Etwa zur gleichen Zeit erhielt das Konzept ‚queer‘, ebenfalls vor allem in diesen beiden Regionen, als neue Form der Theorieproduktion Einzug in akademische Debatten. Auch hier wurde ‚queer‘ mit einer radikalen, politisch konfrontativen Konnotation verwendet. Die Queer Theory, die in den 1990er Jahren in literaturwissenschaftlichen Kreisen entstand, ermöglichte eine Neuausrichtung wissenschaftlicher Konzepte von Sexualität. Während in den sogenannten Gay and Lesbian Studies der 1970er und 80er Jahre sexuelle Identitäten weitgehend als natürlich, feststehend und biologisch vorbestimmt verstanden wurden, sieht die Queer Theory sexuelle Identitäten als soziale Konstruktionen, die nicht unabhängig von ihren Verwendungen [*worldly deployments*], sprich kulturellen und sprachlichen Kontexten, existieren. Sie behält einen Fokus auf das Leid sexueller Minderheiten bei, während sie zugleich die empirische Gültigkeit und konzeptuelle Nützlichkeit identitärer Kategorien grundsätzlich in Frage stellt. Wie Fran Martin schreibt, zielte die Queer Theory, „wie die feministische Theorie in den 1990er Jahren in Bezug auf ‚Frauen‘ und die postkoloniale Theorie in Bezug auf ‚Rasse‘ und ‚Kultur‘, darauf ab, die vermeintliche Universalität und innere Logik bis dahin dominanter Kategorien ‚schwuler und lesbischer Identität‘ aufzustören“ (Martin 2003: 25). Die Erkenntnis, dass Sexualitäten performativ sind, also nichts sind, was wir *haben*, sondern etwas, was wir *tun*, bildet die Grundlage eines inzwischen höchst bedeutsamen interdisziplinären und internationalen wissenschaftlichen Diskussionszusammenhangs. Indem sie sowohl hegemoniale Heterosexualität als auch marginalisierte Nicht-Heterosexualitäten als sozial, historisch und geografisch kontingent anerkennen, haben Arbeiten in den Queer Studies die unerlässliche Aufgabe übernommen, zu untersuchen, wie sexuelle Identitäten performt werden, und dabei die vielschichtigen Prozesse zu hinterfragen, durch die sexuelle Normen an sehr unterschiedlichen Orten und zu sehr unterschiedlichen Zeiten als natürlich konstruiert werden.

Es gibt also zwei zentrale Bedeutungen von ‚queer‘: Erstens bezeichnet das Konzept eine sexuelle Identität und fungiert als Überbegriff, der auf selbstbewusste Weise von vielen verwendet wird, deren Sexualität die Grenzen des vermeintlich ‚Normalen‘ überschreitet. Zweitens bezeichnet es eine poststrukturalistische Kritik des Konzeptes der sexuellen Identität an sich. In dieser Ausdrucksweise wird anerkannt, dass Kategorien sexueller Identitäten soziale Bedeutungen haben und daher in Kämpfen um sexuelle Bürgerschaft [*citizenship*] und soziale Gerechtigkeit nicht aufgegeben werden können. Während sie mit Nachdruck das Leben von LGBT- oder ‚queeren‘ Personen herausstreicht und auf dessen Verbesserung hinarbeitet, fordert uns die Queer Theory gleichzeitig auf, über die liberalen Vorstellungsrahmen von Identität und Differenz hinauszugehen – ebenso wie über Anerkennungspolitiken. Sie stellt die vermeintliche Unveränderlichkeit sexueller Identitäten in Frage und kritisiert die Prozesse, mittels derer sexuelle Normen als Teil weitreichender Strukturen des

Regierens eingesetzt werden. Auf diese Weise ist die Queer Theory ein analytisches und diagnostisches Werkzeug, das zu einem kritischen Hinterfragen der Macht sexueller Normen und der weitreichenden Effekte heteronormativer wie homonormativer kultureller Logiken beiträgt (siehe Oswin 2008).

Dies alles bedeutet, dass das Projekt der Queer Studies mit dem *worlding*-Projekt der Urban Studies in vieler Hinsicht auf ein- und derselben Linie liegt, vor allem insofern, als die Queer Studies seit ihrer Begründung in den frühen 1990er Jahren ein utopisches, alternatives Projekt des Weltmachens [*world-making*] darstellen. Ebenso wie Stadtforscher\_innen die Arten untersuchen, wie „Stadt, [und] besonders Städte im globalen Süden in den Vorstellungen und Diskursen der Urban Studies ‚geweltet‘ [*worlded*] werden“ (McCann/Roy/Ward 2013: 586), um diese Vorstellungen dann auf politisch progressive Weise zu verändern, richten queere Forscher\_innen schon immer ihr Augenmerk darauf, wie sexuierte und vergeschlechtlichte Subjekte durch akademische und populäre Diskurse und Vorstellungen geweltet [*worlded*] werden – um ebenfalls auf andere mögliche, sozial gerechtere Zukünfte hinzuarbeiten. Wie Michael Warner es formuliert, „lehnt [*queer*] eine Minderheiten produzierende Logik der Toleranz oder einer einfachen politischen Interessenverfolgung mit dem Ziel eines konsequenteren Widerstands gegen die Regime der Normalität ab“ (Warner 1993: xxvi). Mit anderen Worten rückt die Queer Theory marginalisierte Stimmen und Erfahrungen in den Vordergrund, während sie zugleich eine bedeutsame epistemologische Verschiebung anbietet. Sie hilft uns festzustellen, inwiefern Heteronormativität und Homonormativität als grundlegende kulturelle Logiken mit weiteren grundlegenden kulturellen Logiken wie Kapitalismus, Sexismus und Rassismus verwoben sind.

Ein queerer Ansatz kann daher einiges zur Provinzialisierung stadtbezogener Theoriebildung beitragen, macht sein Einsatz doch die universalisierende Tendenz der Urban Studies sichtbar, die unter anderem auch auf der Annahme beruht, dass städtische Räume heterosexuelle Räume seien. Die Frage, „Wem gehört die Stadt?“ – eine Frage, die allen Spielarten kritischer Stadtforschung von den Arbeiten zu Städten und Differenz seit den 1990ern bis hin zu den jüngeren *worlding*-Untersuchungen zugrunde liegt – wird sich nicht beantworten lassen, solange wir urbane Erfahrungen, Entwicklungen und Politiken nicht als von sexuellen Politiken und Normen durchdrungen in den Blick nehmen. Dieses Argument werde ich im Folgenden genauer ausführen. Zunächst möchte ich aber einige Vermutungen dazu anstellen, warum es zwischen Queer Studies und Urban Studies bisher so wenige Berührungspunkte gibt.

### **Queer Urban Studies**

Städte haben in der historischen Herausbildung sexueller Subkulturen eine zentrale Rolle gespielt. Das ist seit geraumer Zeit bekannt. Bereits 1983 wies John D’Emilio darauf hin, dass die Verschränkung von Industrialisierung und Urbanisierung die Individuen en masse aus ihren erweiterten Familien löste, stark vergeschlechtlichte öffentliche und private Sphären hervorbrachte und dass diese städtischen Räume gleichgeschlechtlicher Sozialität die Erschaffung schwuler und lesbischer Communities und politischer Bewegungen erleichterte.



Diese Erkenntnis wurde rasch aufgenommen, gibt es doch innerhalb der Queer Studies eine ausgiebige Textproduktion zur Art und Weise, wie sich queere Politik und Kultur in bestimmten Städten ausgestalten.

Wie ich bereits zu Fincher und Jacobs' *Cities of Difference* angemerkt habe, fanden einige dieser Arbeiten auf produktive Weise Eingang in die Urban Studies. Was die Beziehung zwischen Queer Theory und Urban Studies betrifft, hat insofern ein ‚queering‘ letzterer stattgefunden, als die großstädtischen Lebensweisen, Subkulturen und sozialen Bewegungen von LGBT inzwischen als relevante Forschungsthemen innerhalb der Urban Studies gelten. So werden in den meisten aktuellen Texten zu zentralen Fragen der Stadtpolitik oder stadtbezogenen Sozialgeografie Bezüge zwischen LGBT-Themen und der Stadt zumindest erwähnt. Ebenso finden sich in den jüngsten Ausgaben verschiedener Zeitschriften der Urban Studies einige verstreute Aufsätze zu diesem Thema (z. B. Bell/Binnie 2005, Andersson 2011, Waitt/Gorman-Murray 2011, Seitz 2015). Dieser Vorstoß der queeren Forschung in die Urban Studies ist zugegebenermaßen noch etwas begrenzt, aber dennoch gibt es ihn, und er gewinnt an Bedeutung. Wie kommt es also, dass die queere Perspektive genau in dem Moment außen vor bleibt, in dem die Urban Studies *more worldly* werden und sich zugleich LGBT-Themen in wesentlichen Bereichen globalisieren? Sophie Watson nennt einige Gründe dafür:

„Erstens werden in Ländern, in denen sich die Hauptkämpfe gegen die kolonialen Mächte gerichtet haben und wo *race* die offensichtlichste soziale Trennungslinie und Kategorie der Exklusion darstellt [...], weitere Fragen der Differenz leichter marginalisiert. Zweitens wird Ländern des globalen Südens, trotz aller Heterogenität untereinander, generell ein höheres Maß an sozialer Ungleichheit und Armut zugeschrieben, als Ländern des globalen Nordens, was damit einhergeht, dass andere soziale Trennlinien und Unterschiede leicht gegenüber dem zentralen Kampf ums Überleben oder um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ins Hintertreffen geraten. Drittens wird die Befreiung von Frauen, Lesben und Schwulen in vielen Ländern von mächtigen, meist männlichen, Gruppen und Führungsfiguren verabscheut mit der Folge, dass Kampagnen für sexuelle Freiheit es schwer haben, sich offen zu artikulieren. Dies betrifft insbesondere Länder, die von anglikanischem sowie muslimischem fundamentalistisch-religiösem Denken geprägt sind.“ (Watson 2014: 386)

Ich stimme dieser Einschätzung zu. Es hat sich als schwierig herausgestellt, viele Wissenschaftler\_innen – sogar kritische Wissenschaftler\_innen innerhalb der Urban Studies und darüber hinaus – davon zu überzeugen, dass Sexualität ein Thema ist, dem ebenso viel Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte wie den scheinbar drängenderen Fragen von Klasse und *race* (was angesichts der anhaltenden Homo- und Transphobie weltweit besonders besorgniserregend ist). Darüber hinaus ist es an vielen, vielen Orten eine Herausforderung, zu sexueller Differenz zu forschen – tatsächlich bei weitem an mehr Orten als den von Watson erwähnten, die von fundamentalistischem Denken geprägt sind.

Diese beiden Tatsachen – dass die queere Forschung in den Sozialwissenschaften marginalisiert wird und dass es vielerorts schwierig ist, zu sexueller Politik und Kultur zu arbeiten – behindern die Forschung der Queer Studies seit Langem. Daher war das queere Projekt des Welt-Machens

[*world-making*] dezidiert westlich orientiert, bis in den späten 1990er Jahren tröpfchenweise Arbeiten zu einer global gesehen repräsentativeren Anzahl von Lokalitäten auftauchten. Diese Tröpfchen sind inzwischen zu einer Welle angewachsen, und es gibt mittlerweile eine umfangreiche Literatur, in der die Queer Theory mit postkolonialen, Critical-Race- und feministischen Theorien in Austausch gebracht wird, um sexuelle Politiken in einer ganzen Bandbreite unterschiedlicher Kontexte rund um den Globus zu untersuchen. Genau wie die Urban Studies sind die Queer Studies also ein Feld, das aktiv dekolonisiert wird. Sie werden von der Achse, die den Westen als ihr Zentrum verstand, hinunter gestoßen. Dadurch werden sexuierte und vergeschlechtlichte Erfahrungen von kosmopolitischerem Ausmaß als Grundlage für soziale und queere Theoriebildung anerkannt.

Es ist nicht sehr verwunderlich, dass die Autor\_innen, die Urban Studies weltlich [*to world*] möchten, nicht an diese Arbeiten angeknüpft haben, zeitigen die Queer Studies doch trotz ihrer erweiterten geografischen Reichweite eine gewisse skalare Verengung. Während sich die wissenschaftliche Forschung verstärkt mit den Geografien queerer Kulturen und Politiken in einer Vielzahl unterschiedlicher Länder weltweit auseinandergesetzt hat (Puar 2007, Thoreson 2009, Tremblay et al. 2011, Schulman 2012, Weiss/Bosia 2013), wurde der Art, wie ihre globalen und nationalen Dimensionen mit den Städten der Welt verknüpft sind, zunächst wenig spezifische Aufmerksamkeit geschenkt. Es dauerte also ein wenig, bis sich die Dekolonisierung und Dezentralisierung der Queer Studies in das Teilfeld ausweitete, das man vielleicht als Queer Urban Studies bezeichnen könnte. Dies ist besonders merkwürdig angesichts der Tatsache, dass, wie oben erwähnt, die Stadt als Ort für Kämpfe um sexuelle Gerechtigkeit wichtiger ist als je zuvor. Und dennoch gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Arbeiten, an die man anschließen kann. Im Folgenden möchte ich auf diese Literatur eingehen, um die groben Konturen der existierenden queeren, globalen Urban Studies herauszuarbeiten und diese hoffentlich noch stärker zu weltlich [*worlding it further*].

Ich möchte diese Diskussion mit einem Paper des Geografen Gavin Brown einleiten, das kosmopolitischere queere Urban Studies einfordert und dabei direkt an die Debatten um das *urban worlding* – insbesondere die Arbeit von Robinson – anknüpft. Er hält fest:

„Schwule und queere Räume auf der ganzen Welt werden in der Regel an den Maßstäben und in Begriffen der Modelle schwuler Identität und räumlicher Ausdrucksformen von Homosexualität gemessen, wie sie in den metropolitanen städtischen Zentren des Globalen Nordens entstanden sind [...]. Ebenso wie Stadtgeograf\_innen die Notwendigkeit anzuerkennen beginnen, sich über Modelle der Analyse von Städten hinauszubewegen, die immer wieder die Großstädte der überentwickelten Ökonomien des Globalen Nordens privilegieren, plädiere ich auch für eine ähnliche Verschiebung innerhalb der Geografien der Sexualitäten.“ (Brown 2008: 1216)

Um diese Verschiebung zu vollziehen, müssen Brown zufolge zwei Beschränkungen queerer Forschung zur Stadt überwunden werden. Zunächst müssen wir aufhören, nach Queerness ausschließlich in den ‚Schwulenvierteln‘ zu suchen, da es solche territorial abgegrenzten Viertel in ziemlich vielen Kontexten nicht gibt. Zweitens, sagt er, müssen wir aufhören, queere Kulturen in Städten außerhalb des globalen Nordens im Vergleich

mit einer begrenzten Anzahl ‚schwuler Mekkas‘ (wie London, New York, San Francisco oder Sydney) zu bewerten, und vielmehr alle Städte nach ihren eigenen Maßstäben untersuchen.

Schauen wir uns die Literatur an, die seit der Veröffentlichung von Browns *Intervention* erschienen ist, sind wir diesen Zielen bereits ein gutes Stück näher gekommen. Innerhalb der Queer Studies (aber größtenteils außerhalb der in der Geografie verorteten Queer Studies) erschien in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Arbeiten, die genau das umsetzen, was Brown vorschlägt. So untersucht Noelle Stouts *After Love* (2014) in einer ethnografischen Studie sexuelles Begehren in Havanna, und zwar bezüglich der Verquickung lesbischer und schwuler Netzwerke, gleichgeschlechtlicher Prostitution und der Routen des Sextourismus. Bobby Benedictos *Under Bright Lights* (2014) entwirft eine kreative Lesart der Entstehung deterritorialisierter und exklusiver schwuler Räume in Manila, die für die Mittel- und Oberschicht bestimmt sind. Auf provokante und produktive Weise liest er Manila als „Dritte-Welt-Stadt in Erste-Welt-Drag“. Der Geograf Andrew Tucker (2009) beschäftigt sich mit dem Kapstadt der Post-Apartheid-Ära. Tucker geht in seiner historischen und ethnografischen Darstellung dieser Stadt, die sich zu einer internationalen *gay capital* entwickelt hat, weit über die Lesben- und Schwulenviertel in Kapstadts Zentrum hinaus, indem er untersucht, wie das Erbe der Apartheid die verschiedenen Netzwerke queeren Lebens über *race*- und Klassengrenzen hinweg prägt. Ich könnte zudem Arbeiten zu einer ganzen Reihe weiterer Städte erwähnen, darunter zu großen, ‚globalen‘ Städten wie Delhi, Singapur, Bangkok, Hong Kong, Shanghai, Moskau, São Paulo, Rio de Janeiro, Buenos Aires, Istanbul, Beirut, Tel Aviv, Kampala, Jakarta. Auf der Karte der Queer Studies finden sich inzwischen ebenso kleinere Städte überall auf der Welt, wie Uljanowsk in Russland, Lethbridge in Kanada und Bloemfontein in Südafrika.

Wesentlich ist dabei, dass sich in dem Maße, in dem sich die Geografien der Urban Queer Studies verändert haben, auch ihre theoretischen Grundlagen geändert haben. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass globalisierende Narrative, die auf Vorstellungen teleologischer Entwicklung gründen, in dem Maße erschüttert wurden, wie das queere Denken global geworden ist, wodurch queere Kritik in einen Dialog mit postkolonialer Kritik eingetreten ist. So halten die Ethnologen Arnaldo Cruz-Malave und Martin Manalansan fest, dass diejenigen Entwicklungsnarrative an Einfluss verloren haben, „in denen vormoderne, vorpolitische, nicht-euro-amerikanische Queerness die Bürde tragen muss, sich gegenüber sich selbst und anderen als ‚gay‘ darzustellen, um politisches Bewusstsein, Subjektivität und globale Modernität zu erlangen“ (Cruz-Malave/Manalansan 2002: 6). Zugleich hat das, was als ein südlicher oder zumindest nicht-westlicher ‚turn‘ in den Queer Studies bezeichnet werden könnte, die queere Theoriebildung auch mit Bezug auf Städte des Nordens beziehungsweise Westens beeinflusst. Mit anderen Worten: Queer-Theoretiker\_innen beginnen sich dessen gewahr zu werden, inwiefern ‚queere‘ Subjekte (oft unter anderen Bezeichnungen, da der Begriff ‚queer‘ nicht allorts verbreitet ist) auf spezifische und unterschiedliche Weisen Teile städtischer Projekte des Weltmachens [*world-making projects*] auf der ganzen Welt sind. Infolgedessen verstehen wir inzwischen besser, auf welche Weise sexuelle Politiken immer mit *Race*-, Klassen- und

Genderdynamiken verwoben sind und in welchem Zusammenhang sie mit urbanen Politiken der Prekarität und Verletzlichkeit, der Inklusion und Exklusion, der Gentrifizierung, der Austerität, des Stadtmarketings, der Rechte migrantischer Arbeiter\_innen und vielem mehr stehen. Und wir verstehen besser, wie sich queerer Aktivismus vielerorts mit anderen Formen von Aktivismus verbindet. Es gibt also deutliche Anzeichen dafür, dass queere Aktivist\_innen und Bewegungen eine zentrale Rolle in Kämpfen um das Recht auf Stadt einnehmen.

### Theoriebildung aus der Peripherie

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf Robinsons Worte zurückkommen. Wie sie es ausdrückt, herrscht innerhalb der Urban Studies inzwischen ein „großes Engagement, ein Verständnis des Städtischen zu erarbeiten, das potentiell für die Erfahrung aller Städte offen ist“, eine neue Offenheit gegenüber „der Welt der Städte“ (Robinson 2014: 57). Anknüpfend an diese Einsicht schlage ich vor, dass wir, um die Urban Studies grundlegend zu provinzialisieren und zu dekolonisieren, auch eine Form von Urban Studies stärken müssen, die offen gegenüber der Erfahrung aller Stadtbewohner\_innen ist. Während postkoloniale und feministische Ansätze bereits stark in das *Worlding*-Projekt der Urban Studies eingeflossen sind, kann in diesem Sinne auch eine queere Perspektive noch einen großen Beitrag leisten. Eine solche Herangehensweise schärft zum einen die Aufmerksamkeit hinsichtlich einer dringlichen globalen städtischen Thematik. Zum anderen ist sie dabei behilflich, universalisierende Tendenzen stadtbezogener Theoriebildung zu unterlaufen.

Ein postkolonialer Ansatz der Urban Studies gründet, wie Roy (2014b) es formuliert, auf der Tatsache, dass „die Peripherie – selbst in ihrer topologischen Verwendung – ein wichtiges begriffliches Instrument ist, um die städtische Forschung zu dezentrieren“ (2014b: 232). Und noch wichtiger ist, so Roy weiter, „die Feststellung, dass die Peripherie sowohl ein sich gerade formierender Raum als auch eine Form der Theorieproduktion ist“ (ebd.). Colin McFarlane argumentiert in ähnlicher Weise, dass wir Theorie aus den „urbanen Schattenseiten“ heraus entwerfen sollten, von den „den Rändern der *urban theory*“ (McFarlane 2008: 341) aus. Er betont, dass die Peripherie Theorie ist, und dass wir, wenn wir uns mit diesem paradoxen Raum beschäftigten, eine radikale Unentscheidbarkeit in Analysen der Urban Studies einfließen lassen könnten, wodurch wir in der Lage wären, gerechtere städtische Zukünfte zu entwerfen. In der gegenwärtigen Anordnung der Dinge befinden sich queere Subjekte und Theorien ganz sicher noch draußen in der Peripherie. Es ist Zeit, sich mit ihnen zu beschäftigen.

*Übersetzung aus dem Englischen von Elske Rosenfeld unter Mitarbeit von Jan Simon Hutta und Nina Schuster.*

### Endnoten

[1] LGBT steht für ‚lesbian, gay, bisexual, transgender‘.

[2] Siehe [iglhrc.org](http://iglhrc.org) für Länderberichte und weitere Dokumente.

- [3] Die Übersetzungen aus englischen Quellen sind von den Übersetzer\_innen.
- [4] Da sich die Autorin hier auf die anglo-amerikanische Forschung zu städtischen Prozessen bezieht, haben wir die Bezeichnung ‚Urban Studies‘ übernommen. Sie ist nicht deckungsgleich mit dem, was im Deutschen als ‚Stadtforschung‘ bezeichnet wird. [Anm. d. Redaktion]
- [5] Das Konzept des *worlding* wird in der aktuellen anglo-amerikanischen Debatte durchaus mehrdeutig verwendet. Deswegen haben wir uns entschieden, es als *worlding* ins Deutsche zu übernehmen, da Übersetzungen immer eine Bedeutungsverengung mit sich gebracht hätten. Der vorliegende Text ist damit als ein Beitrag zur Debatte um *worlding* zu verstehen. Vgl. dazu auch die Beiträge von Stefan Lanz und Laura Wenz in der Debatte in *sub \ u r b a n* 3/1 2015. [Anm. d. Redaktion]

## Autor\_innen

Natalie Oswins Forschungsschwerpunkte sind Stadtforschung, Geographien der Sexualitäten und postkoloniale Theorie.  
natalie.oswin@mcgill.ca

## Literatur

- Andersson, Johan (2011): Vauxhall's post-industrial pleasure gardens: Death wish and hedonism in 21st-century London. In: *Urban Studies* 48/1, 85-100.
- Bell, David / Binnie, Jon (2004): Authenticating queer space: Citizenship, urbanism and governance. In: *Urban Studies* 41/9, 1807-1820.
- Bell, David / Valentine, Gill (1995): Introduction: Orientations. In: David Bell / Gill Valentine (Hg.), *Mapping Desire: Geographies of Sexualities*. London: Routledge, 1-27.
- Benedicto, Bobby (2014): *Under Bright Lights: Gay Manila and the Global Scene*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Binnie, Jon (2014): Relational comparison, queer urbanism and worlding cities. In: *Geography Compass* 8/8, 590-599.
- Brown, Gavin (2008): Urban (Homo)Sexualities: Ordinary cities and ordinary sexualities. In: *Geography Compass* 2/4, 1215-1231.
- Cruz-Malave, Arnaldo / Manalansan, Martin F. (2002): Introduction: Dissident sexualities/ alternative globalisms. In: Arnaldo Cruz-Malave / Martin Manalansan (Hg.), *Queer Globalizations: Citizenship and the Afterlife of Colonialism*. New York: New York University Press, 1-12.
- D'Emilio, John (1983): Capitalism and gay identity. In: Ann Snitow / Christine Stansell / Sharan Thompson (Hg.), *Powers of Desire: The Politics of Sexuality*. New York: Monthly Review Press, 100-113.
- Derickson, Kate D. (2015): Urban geography I: Locating urban theory in the urban age. In: *Progress in Human Geography* 39/5, 647-657.
- Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class: And How it's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*. New York: Basic Books.
- Jacobs, Jane M. / Fincher, Ruth (1998): Introduction. In: Ruth Fincher / Jane M. Jacobs (Hg.), *Cities of Difference*. New York: Guilford Press, 1-25.
- Jagose, Annamarie (1996): *Queer Theory: An Introduction*. New York: New York University Press. [2001 auf Deutsch erschienen als: *Queer Theory. Eine Einführung* (herausgegeben und übersetzt von Corinna Genschel et al.). Berlin: Querverlag.]
- Martin, Fran (2003): *Situating Sexualities: Queer Representation in Taiwanese Fiction, Film and Public Culture*. Hong Kong: Hong Kong University Press.
- McCann, Eugene / Roy, Ananya / Ward, Kevin (2013): Urban Pulse – Assembling/ Worlding Cities. In: *Urban Geography* 34/5, 581-589.
- McFarlane, Colin (2008): Urban shadows: Materiality, the 'southern city' and urban theory. In: *Geography Compass* 2/2, 340-358.
- Oswin, Natalie (2008): Critical geographies and the uses of sexuality: Deconstructing queer space. In: *Progress in Human Geography* 32/1, 89-103.

- Puar, Jasbir (2007): *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham (North Carolina): Duke University Press.
- Robinson, Jennifer (2014): New geographies of theorizing the urban: Putting comparison to work for global urban studies. In: Susan Parnell / Sophie Oldfield (Hg.), *The Routledge Handbook on Cities of the Global South*. New York: Routledge, 57-70.
- Roy, Ananya (2014a): *Worlding the South: Toward a post-colonial urban theory*. In: Susan Parnell / Sophie Oldfield (Hg.), *The Routledge Handbook on Cities of the Global South*. New York: Routledge, 9-20.
- Roy, Ananya (2014b): *Slumdog Cities: Rethinking Subaltern Urbanism*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/2, 223-238.
- Schulman, Sarah (2012): *Israel/Palestine and the Queer International*. Durham (North Carolina): Duke University Press.
- Seitz, David (2015): The trouble with flag wars: Rethinking sexuality in critical urban theory. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39/2, 251-264.
- Stout, Noelle (2015): *After Love: Queer Intimacy and Erotic Economies in Post-Soviet Cuba*. Durham (North Carolina): Duke University Press.
- Thoreson, Ryan R. (2014): *Transnational LGBT Activism: Working for Sexual Rights Worldwide*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Tremblay Manon / Paternotte, Davi / Johnson, Carol (Hg.) (2011): *The Lesbian and Gay Movement and the State: Comparative Insights into a Transformed Relationship*. Surrey (UK): Ashgate.
- Tucker, Andrew (2009): *Queer Visibilities: Space, Identity and Interaction in Cape Town*. Malden (Massachusetts): Wiley-Blackwell.
- UN-Habitat (2012): *State of the World's Cities 2012-2013*. Nairobi: UN-Habitat.
- United Nations (2011): A/HRC/RES/17/19, Human Rights, Sexual Orientation and Gender Identity. Resolution, angenommen beim Human Rights Council, 14 July.
- Warner, Michael (1993): Introduction. In: Michael Warner (Hg.), *Fear of a Queer Planet: Queer Politics and Social Theory*. Minneapolis: University of Minnesota Press, vii-xxxi.
- Waite, Gordon / Gorman-Murray, Andrew (2011): *Journeys and returns: Home, life narratives and remapping sexuality in a regional city*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/6, 1239-1255.
- Watson, Sophie (2014): *Spaces of Difference: Challenging urban divisions from the north to the south*. In: Susan Parnell / Sophie Oldfield (Hg.), *The Routledge Handbook on Cities of the Global South*. New York: Routledge, 385-395.
- Weiss, Meredith and Bosia, Michael (Hg.) (2013): *Global Homophobia: States, Movements and the Politics of Oppression*. Chicago: University of Illinois Press.
- Wilkinson, Cai / Langlois, Anthony J. (2014): *Not such an international human rights norm? Local resistance to lesbian, gay, bisexual, and transgender rights preliminary comments*. In: *Journal of Human Rights* 13, 249-255.

# „*Make-Shift-Urbanismus*“ in den Zeiten einer „*Absoluten Gegenwart*“\*

Auf den Spuren städtischer Praktiken um das Ostkreuz in Berlin

Nina Gribat  
Hannes Langguth  
Mario Schulze

Als Beitrag zu einer Veranstaltungsreihe zum zeitdiagnostischen Begriff der „*Absoluten Gegenwart*“ im Berliner Technoclub *//about blank* und dem Leipziger *Institut für Zukunft* haben wir einen explorativen Stadtspaziergang um das Ostkreuz entwickelt und durchgeführt. Auf unserer Tour wollten wir zum einen den Thesen der „*Absoluten Gegenwart*“ anhand gegenwärtiger Stadtentwicklungspraktiken an einem konkreten Ort nachgehen. Zum anderen wollten wir diese Gelegenheit nutzen, um über die in den letzten Jahren aufgekommene These, in Berlin vollzöge sich gegenwärtig ein Paradigmenwechsel hin zu einer „*selbstgemachten*“ Stadtentwicklung, von unten nachzudenken[1]. Diese Vorgehensweise, zwei zunächst recht paradox erscheinende Debatten aus sehr unterschiedlichen Kontexten zusammen zu bringen und an einem konkreten Beispiel zu diskutieren, erschien uns dazu geeignet, den Blick sowohl auf die einzelnen Debatten selbst, als auch auf das Beispiel aus der Stadtentwicklung zu schärfen. In diesem Magazinbeitrag bereiten wir den Stand unserer Diskussionen auf, illustriert durch Fotografien von Anna Blattner, die nach der Tour vor Ort entstanden.

In den folgenden kurzen Abschnitten werden wir zunächst die beiden gegensätzlichen Debatten der „*Absoluten Gegenwart*“ und des „*Make-Shift-Urbanismus*“ darstellen, die uns als Interpretationsrahmen der Stadtentwicklungen um das Ostkreuz dienen.

Im zweiten Abschnitt beschreiben wir die Situation, die wir vor Ort bei den Vorbereitungen und der Durchführung unserer Tour, welche persönliche Gespräche mit den „*Macher\_innen*“ dieser urbanen Praktiken einschloss, vorgefunden haben. Im dritten Abschnitt werden wir unsere Beobachtungen mit den beiden unterschiedlichen Interpretationsrahmen in Dialog bringen und aufzeigen, wie diese sich bei näherer Betrachtung bereichern können. Die Schlussfolgerungen bringen uns zurück zur Situation der Stadtentwicklung um das Ostkreuz und zu Spekulationen über wünschenswerte und nicht wünschenswerte Zukunftsszenarien einer Stadtentwicklung – vor Ort und anderswo.

\* Dieser Artikel erscheint in einer früheren und kürzeren englischen Version zeitgleich im *MONU Magazin on Urbanism*.

## 1. Das Ostkreuz als Spiegelbild paradoxer Wahrnehmungen unserer Zeit

Das Konzept der Absoluten Gegenwart basiert auf Thesen, die verschiedene Kulturtheoretiker\_innen in den vergangenen 30 Jahren entwickelt haben, um dem paradoxen, weithin geteilten Gefühl westlicher Großstädter\_innen nachzugehen, dass sich ihr Alltagsleben im Zustand eines „rasenden Stillstands“ (Virilio 2006) befindet. Mit diesem Begriff wird ein Gefühl des regelrechten Herumirrens in einer zur Geschichte und Zukunft bezuglos gewordenen Gegenwart sowie die damit einhergehende zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber politischen und gesellschaftlichen Veränderungen beschrieben. Dieses Gefühl der Ohnmacht und Überforderung hat sich trotz oder gerade aufgrund der rasant beschleunigten technologischen und sozialen Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft eingestellt. Aus der Perspektive der Kulturtheoretiker\_innen haben wir verlernt, sozialen Fortschritt überhaupt zu denken und befinden uns inmitten eines kulturellen Stillstands (Fisher 2009; 2014; Berardi 2011; Virilio 2006; 2012). Mit kulturkritischer Verve bedauern sie, dass die Entwicklung ökonomischer und politischer Alternativen gegenüber dem alles beherrschenden spätkapitalistischen Status Quo unmöglich geworden sei – Margaret Thatchers berühmte Aussage: „There is no alternative“ habe sich auf diese Art versteigt und sei zu einem Mantra unserer Zeit geworden. Nach dem Zerfall des Ostblocks und dem vermeintlichen ‚Ende der Geschichte‘ fehle es an überzeugenden Zukunftsvisionen, um das Denken substanzieller Änderungen überhaupt zuzulassen. Daher erscheine es nur folgerichtig, dass für die meisten Menschen die Zukunft anstatt mit positiven Visionen zunehmend mit Angst, Unsicherheit und Prekarität besetzt sei. Aus dieser Perspektive können die epidemische Ausbreitung von Depressionskrankheiten und die allgegenwärtige Rede von Erschöpfung und Stress als Folge gesamtgesellschaftlicher sozialer Erwartungen (Selbstverwirklichung, Authentizität und Selbstoptimierung) in den Blick geraten und müssen nicht zum bloß individuellen Problem kranker Subjekte oder ‚Selbste‘ erklärt werden.

Aus der gesamtgesellschaftlichen Analyse und Kritik der Absoluten Gegenwart stellen sich somit Zukunftsaussichten als düster dar, da Alternativen zum spätkapitalistischen Status Quo immer undenkbarer zu sein scheinen. Dieser Debatte der Kulturtheoretiker\_innen stellen wir eine Debatte gegenüber, die in den letzten Jahren vor allem durch eine Gruppe von Architekt\_innen, Planer\_innen und Kulturschaffenden (vor allem aus Berlin) geprägt wurde. Sie proklamiert ein äußerst optimistisches Verständnis von Zukunft, welches auf eine Stadtentwicklung durch verschiedenste städtische Praktiken des ‚Selbermachens‘ aufbaut, die in diesem Zusammenhang auch oft als ‚alternativ‘ bezeichnet werden. Stadtentwicklungspraktiken des Selbermachens werden in diesem Kontext sogar als Zeichen eines Paradigmenwechsels hin zu einer partizipativeren Stadtentwicklung gewertet. Dieser Wandel wird auch zunehmend von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – der obersten Planungsbehörde Berlins – unterstützt. Er wird wahlweise mit „*Make-Shift-Urbanismus*“ (Ferguson et al. 2014[2]) oder „*Selfmade City*“ (Ring et al. 2013) beschrieben. Damit ist eine Stadtentwicklung gemeint, die Freiflächen und Gemeinschaftsräume der Stadt als immer wertvollere



Ressourcen entdeckt und bei der Kooperation und Teilnahme in Form eines gemeinschaftlichen und partizipativen Städtebaus und -machens ins Zentrum rücken. Als proklamierter Paradigmenwechsel gibt diese Debatte vor, die Bedürfnisse und Wünsche der Stadtbewohner\_innen zu antizipieren. Sie verfolgt dabei den Anspruch, durch zumeist kleinteilige, individuelle Verhandlungsprozesse urbanen Raum und Stadt ‚neu‘ und ‚anders‘ zu denken. Dabei steht das Thema des zukünftigen Wohnens und Arbeitens in der Stadt genauso im Fokus der Debatte wie der nachhaltige Umgang mit öffentlichen Gemeingütern im Sinne des *urban commons*.

Im Gegensatz zur Debatte um die Absolute Gegenwart, die ihre Thesen auf gesamtgesellschaftliche Analysen stützt, basiert die *Make-Shift*-Debatte auf einer Auswahl von Stadtentwicklungsprojekten, die in ihrer Summe ein optimistisches Zukunftsbild zeichnen sollen. Zuletzt, im Juni 2015, wurde diese Interpretation der gegenwärtigen Situation öffentlichkeitswirksam im Rahmen des „*Make-City*“-Festivals, einem ‚Festival für Architektur und Andersmachen‘ zelebriert, das zeitgleich zu unserer Tour und zur Veranstaltungsreihe „Absolute Gegenwart“ an verschiedenen Orten in Berlin stattfand. Zwischen beiden Ereignissen gab es allerdings – abgesehen von unserer Tour – keine Verbindungen.

Zwischen den beiden genannten Interpretationen unserer gegenwärtigen Zeit besteht ein vordergründiger Widerspruch: Der eine Wahrnehmungspol erscheint dabei gezeichnet durch eine gesellschaftspolitische Stagnation und Ohnmacht als Folge einer kollektiven Überforderung rasender Transformationsprozesse unter dem Dogma des Spätkapitalismus. Der andere Pol hingegen ist geprägt durch sprudelnden Optimismus für eine individuelle, kleinteilige, selbstgestaltete Zukunft und ihrer städtischen Lebensräume, der sich sogar in einem neuen Paradigma der Stadtentwicklung zu manifestieren scheint. In diesem Spannungsfeld erschien es uns interessant zu fragen, inwieweit die Thesen einer absolut gewordenen Gegenwart auch auf die gegenwärtige Stadtentwicklung als Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklung zutreffen, oder ob sich im Glauben an einen *Make-Shift*-Urbanismus eine ernstzunehmende, in der gesellschaftlichen Teilhabe an Stadtentwicklung widerspiegelnde Alternative zu den bereits verloren geglaubten Zukunftsbildern einer Absoluten Gegenwart aufspüren lässt – und wenn ja, für wen? Angewandt auf einen konkreten Fall der Stadtentwicklung ergeben sich aus der Kontrastierung der Perspektiven interessante Einblicke, die sowohl die beiden Debatten als auch das Verständnis bestimmter Stadtentwicklungsprozesse bereichern.

## **2. Eine Tour rund ums Ostkreuz – auf den Spuren der ‚Macher\_innen‘**

Aktuell können am Ostkreuz drei verschiedene Stadtentwicklungspraktiken beobachtet werden, die eine extrem heterogene Umgebung kreieren: *Zum Ersten* manifestieren sich großmaßstäbliche Baustellen um das neue Bahnhofsgebäude am Ostkreuz. Es handelt sich dabei um ein Millionenprojekt, das den zuvor sanierungsbedürftigen Bahnhof, der von den Berliner\_innen nur noch als ‚Rostkreuz‘ bezeichnet wurde, zu einem der Hauptverkehrsknoten der Stadt umbaut (Abb. 1 und 2). Die Großbaustelle



Abb. 1 Großbaustelle  
Bahnhof Ostkreuz,  
Gleisanlagen und  
Wasserturm (Foto:  
Anna Blattner)



Abb. 2 Großbaustelle  
Bahnhof Ostkreuz,  
Weiterbau von Gleis-  
anlagen auf Brachland  
(Foto: Anna Blattner)



Abb. 3 „Atelierhäuser“  
der Rummelsburger  
Bucht (Foto: Anna  
Blattner)

umfasst zudem vorbereitende Arbeiten für die Verlängerung des Autobahnringes A100 zur Frankfurter Allee ein weiteres Großprojekt, das voraussichtlich in den kommenden Jahren realisiert wird. *Zweitens* gibt es verschiedene groß- und kleinmaßstäbliche Wohnbauprojekte, von denen die meisten in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahnhof gebaut wurden oder noch realisiert werden. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Eigentumswohnungen (Abb. 3). Diese Entwicklung ist zum Teil ein Überrest der gescheiterten Nachwendepäne der Stadt Berlin, am Ostkreuz einen stark verdichteten Büro- und Wohnstandort zu entwickeln und die Gebiete rund um die Rummelsburger Bucht im Rahmen der Olympiabewerbung zunächst in ein Dorf für Athlet\_innen, später in eine auf die Natur bezogene Wasserstadt zu entwickeln. *Drittens* hat sich im Laufe der vergangenen 30 Jahren vor Ort eine Vielzahl kleinmaßstäblicher Projekte und Initiativen entwickelt, die von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen und kleinen Unternehmen gegründet, gestaltet und getragen werden. Diese eher alternativen Entwicklungen rund um das Ostkreuz umfassen beispielsweise diverse Nachtclubs, Bars und Unterhaltungs- sowie Veranstaltungsorte, verschiedene Kleingewerbe oder Vereinssitze, einen Jugendclub sowie Gartenprojekte und Ateliers für Künstler\_innen. Auf unserer Tour haben wir eine Auswahl dieser verschiedenen Initiativen und ihrer gestalteten Räume besucht, einige der Protagonist\_innen getroffen und mit ihnen über ihre individuellen Perspektiven sowie übergeordnete Planungen rund um das Ostkreuz gesprochen:

a) Das Stadtgartenprojekt *Laskerwiese e.V.*

Bis 2006 lag das Grundstück der *Laskerwiese e.V.* brach. Es befindet sich zwischen einem Supermarktdiscounter, einem Jugendclub und einigen Freizeitbetrieben (Abb. 4). Eine Gruppe von Anwohner\_innen gründete einen Verein und schloss mit dem Bezirk eine Vereinbarung über die Nutzung des Geländes als Gartenprojekt. Ein Teil des Gartens ist öffentlich zugänglich (Abb. 5), ein anderer Teil wird von unterschiedlichen Personen und Gruppen als Gartenparzellen zum Anbau von Kräutern, Gemüse und Obst verwendet (Abb. 6). *Laskerwiese e.V.* ist

Abb. 4 Öffentlicher  
Teil des Stadtgarten-  
projekts Laskerwiese  
e.V. mit Blick auf den  
nahegelegenen Super-  
markt (Foto: Anna  
Blattner)





eines von vielen urbanen Gartenprojekten in Berlin und repräsentiert ein *urban commons*, das nicht unmittelbar durch eine profitorientierte Stadtentwicklung gefährdet ist.

- b) Die anarchistischen Auto- und Fahrradmechaniker von *Edelrost e.V.* Hinter einer Mauer entlang des vom motorisierten Verkehr verstopften Markgrafendamms liegt ein alter Hof mit verschiedenen Schuppen, der einer Papierfabrik angehörte (Abb. 7), die nach der Wende schloss und der nun von einem anarchistisch orientierten Kollektiv von Bastler\_innen und Schrauber\_innen genutzt wird. Die als Verein organisierte Initiative bietet Hilfe zur Selbsthilfe bei der Reparatur, Instandhaltung sowie beim Umbau von Bussen, Transportern, Autos und Fahrrädern. Zudem haben dort einige Künstler\_innen ihre Ateliers. Kurz nach der Wende besetzte die Initiative diesen Ort. Schon seit Anfang der 1990er Jahre hat sie verschiedene zeitlich befristete Mietverträge mit der Bezirksverwaltung abgeschlossen, die bis heute immer wieder erneuert wurden und derzeit bis 2020 laufen. Das Areal von *Edelrost e.V.* ist – wie so viele Grundstücke entlang des Markgrafendamms – als Abrissfläche für die kontroverse Erweiterung der A100 ausgewiesen (Abb. 8). Die Zukunftsperspektive von *Edelrost e.V.* hängt folglich von weiteren Verzögerungen in der Straßenplanung und im Straßenbau ab. Wenn die Situation sich ändern sollte – egal ob der Bau des Autobahnringes fortgesetzt oder eingestellt wird – werden diese ‚Stadtmacher\_innen‘ höchstwahrscheinlich umziehen müssen, da ihr Areal entweder für den Straßenbau genutzt oder als attraktives Baugrundstück einer langfristigen Nutzung zugeführt, d. h. geräumt und verkauft, wird.

Abb. 5 Öffentlicher Teil des Stadtgartenprojekts Laskerwiese e.V. (Foto: Anna Blattner)

Abb. 6 Individuell genutzte Gartenparzellen des Stadtgartenprojekts Laskerwiese e.V. (Foto: Anna Blattner)



Abb. 7 Hof der ehemaligen Papierfabrik am Markgrafendamm neben dem von Edelrost e.V. genutzten Bereich (Foto: Anna Blattner)

Abb. 8 Markgrafendamm, die Trasse der geplanten A100 verläuft am rechten Bildrand (Foto: Anna Blattner)



Abb. 9 Brache zwischen den Wohnbauprojekten an der Rummelsburger Bucht und der Bahntrasse (Foto: Anna Blattner)



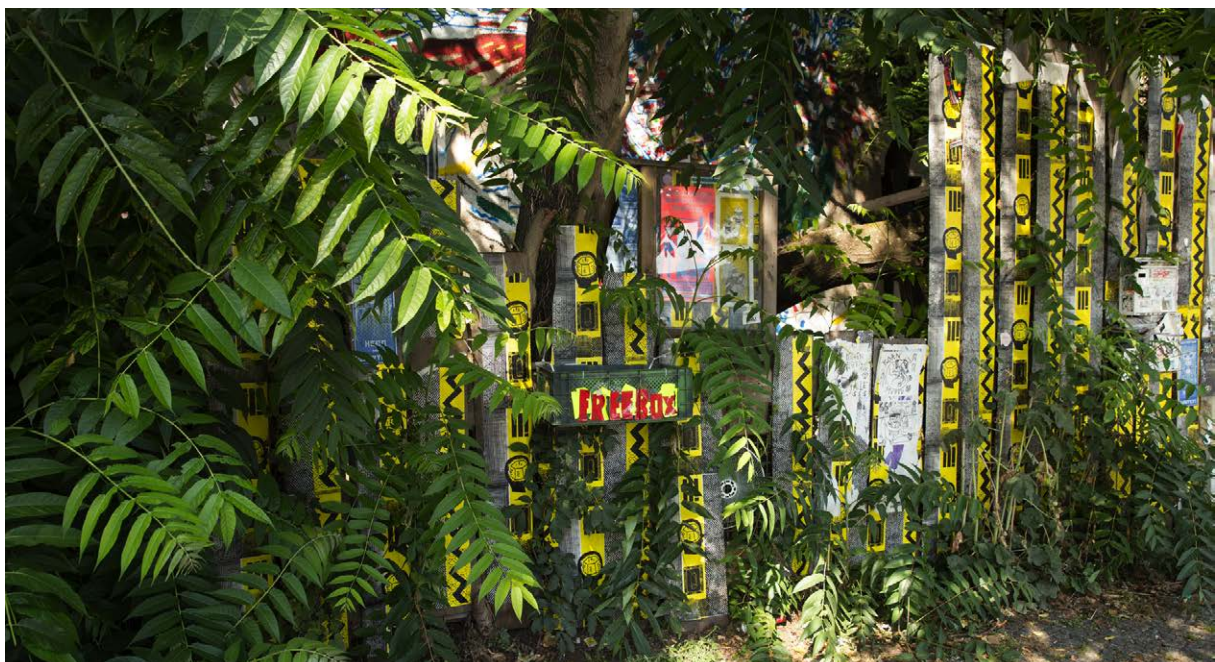
c) *Das Netzwerk der Initiativen rund ums Ostkreuz*

Das 2010 gegründete Netzwerk bietet eine Plattform für verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen, die zu einer kollektiven, nachhaltigen Entwicklung der Gegend rund um das Ostkreuz beitragen. Verschiedene Mitglieder sind in den unterschiedlichen Kanälen der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Stadtplanung aktiv – vor allem im Kontext der großstädtlichen Stadtentwicklungsprojekte am Ostkreuz. Darüber hinaus hat das Netzwerk eine Kampagne zur Nutzung von Brachflächen der Bahn lanciert sowie alternative Planungsvorschläge für noch unbebaute Grundstücke in der Gegend der Rummelsburger Bucht erarbeitet (Abb. 9).

d) *Der Nachtclub und das linksgerichtete Kollektiv ://about blank*

Direkt neben dem neuen Bahnhof, im ehemaligen Kindergarten der Bahnarbeiter\_innen, betreiben einige Aktivist\_innen aus Leipzig und Berlin einen Nachtclub, der vor allem für Technoevents bekannt ist. Neben dem Klub und seinem großen Garten selbst haben sich Künstler\_innen, Designer\_innen und politische Gruppierungen mit ihren Ateliers,

Abb. 10 Zaun des ://about blank Kollektivs (Foto: Anna Blattner)



Werkstätten und Veranstaltungsräumen auf dem Areal niedergelassen. In der Nähe des Eingangs zum Klub befindet sich zudem ein Strandcafé und die „Raumerweiterungshalle“ – ein offener Raum, der von verschiedenen linken Gruppen genutzt werden kann (Abb. 10). Seit 2006 mietet *://about blank* das anfangs besetzte Gebäude und Gelände vom Bezirk. Der Nutzungsvertrag läuft 2022 aus. Die langfristige Perspektive des Kollektivs gleicht der von *Edelrost e.V.*: Da auch dieser Ort für die mögliche Erweiterung des Autobahnringes benötigt wird oder sich zu einem der ‚Filetstücke‘ direkt neben dem neuen Bahnhof entwickelt, ist die Zukunft des *://about blank*-Kollektivs, zumindest an diesem Ort, ungewiss.

Zusammenfassend besteht die Gegend um das Ostkreuz – neben hochpreisigem Wohnungsbau und großmaßstäblichen Infrastrukturprojekten – aus einem bunten Mosaik alternativer städtischer Praktiken, das vor allem im Laufe der vergangenen 30 Jahren aus gescheiterten oder verzögerten Stadtentwicklungsplanungen hervorging. Wie können wir diese heterogene Situation vom Ausgangspunkt einer Absoluten Gegenwart oder dem eines *Make-Shift*-Urbanismus lesen und umgekehrt: Was können wir zu diesen Debatten aus der Perspektive einer bestimmten urbanen Situation rund um das Ostkreuz beitragen?

### **3. Alternative städtische Praktiken um das Ostkreuz – Symptome einer Absoluten Gegenwart oder eines *Make-Shift*-Urbanismus?**

Bei unserer Tour um das Ostkreuz haben wir uns darauf konzentriert, vor allem kleinmaßstäbliche alternative urbane Entwicklungen kennenzulernen, die sich neben den großen Baustellen des Bahnhofs und der geplanten Autobahn im Laufe der vergangenen 30 Jahre manifestiert haben. Auf der einen Seite machen diese ganz unterschiedlichen alternativen Praktiken das Ostkreuz zu einem guten Beispiel einer diversen, kreativen und selbstgestalteten Stadtlandschaft, wie sie gegenwärtig von den Architekt\_innen, Städtebauer\_innen und zunehmend auch von der Stadtverwaltung im Rahmen der *Make-Shift*-Debatte *gehyped* wird. Die Praktiken, die diesen Projekten zugrunde liegen, repräsentieren in diesem Kontext einfallreiche Akte des ‚Stadt-‘ und ‚Selbermachens‘. Die innerstädtische Peripherie bot hier in den Nachwendejahren das zunächst unerschöpfliche Potenzial für die Entfaltung zivilgesellschaftlichen Engagements: Hedonistische linke Clubkultur haucht einem aufgegebenen Kindergarten neues Leben ein; städtisches Gärtnern macht aus Brachland einen Ort der interkulturellen Begegnung; Auto- und Fahrradmechaniker\_innen, die vom Selbermachen inspiriert sind, eignen sich ein ehemaliges Fabrikgelände an. Die Gegend rund um das Ostkreuz könnte aus dieser Perspektive gesehen auch zu einem Vorzeigebeispiel der *Make-Shift*-Debatten werden. Als Beispiele für den *Make-Shift*-Urbanismus werden jedoch bisher vornehmlich Projekte herangezogen, die design- oder imagegetrieben sind. Das erweckt den Eindruck, dass diese Debatte und ihre Akteure lediglich darauf abzielt, Berlin als Stadt zu vermarkten, in der neue und innovative Lösungen für eine städtische Zukunft erprobt und anhand von spezifisch ‚hippen‘ Projekten realisiert

werden. Alltäglichere und verstecktere Stadtentwicklungspraktiken oder explizit gesellschaftskritische Gegenentwürfe durch ‚Alternativen‘ – wie sie beispielsweise um das Ostkreuz zu finden sind – bekommen hingegen nur sehr selten bis gar nicht ihren Platz in der gegenwärtig geführten *Make-Shift*-Debatte.

Die individuellen Geschichten der auf der Tour angetroffenen Akteur\_innen, die diese Orte entwickelt haben, unterstreichen diese kritische Distanz zur gegenwärtig geführten Debatte über das ‚Selber-‘ und ‚Andersmachen‘ und zeichnen ein noch düstreres Bild. Ihre Zukunft sieht alles andere als vielversprechend aus, schließlich ist es sehr wahrscheinlich, dass sie den Großprojekten in den kommenden Jahren weichen müssen. Die fortschreitenden Pläne der Stadt Berlin, der Deutschen Bahn AG oder beteiligter Investorengruppen und der zunehmende Druck auf die alternativen ‚Stadtmacher\_innen‘ zeigen dies deutlich. Als Folge der großmaßstäblichen Verkehrsinfrastrukturplanungen wird die ehemals innerstädtische Peripherie zu einem zentralen Knotenpunkt entwickelt. Inmitten dieser Veränderungen werden die bisherigen alternativen ‚Stadtmacher\_innen‘ des Ostkreuzes entweder von der geplanten Autobahn, oder – sollte die Schnellstraße doch noch scheitern – von investorengesteuerten Immobilienprojekten und anderen eigentumsbasierten Stadtentwicklungspraktiken verdrängt (auch wenn diese beispielsweise in Form von Baugruppen oft als ‚alternative‘ Stadtentwicklungspraktiken rezipiert werden). Alternative Nutzungen werden somit zu Lückenbüßern, die helfen, eine Zeit zu überbrücken, in der Grundstücke oder Gebäude nicht formell, also auf langfristige Zeit und gewinnbringend, vermietet oder verkauft werden können. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint eine Abkehr von dieser Art der Stadtentwicklung unvorstellbar, die Akteur\_innen und ihren ‚selbstgemachten‘ Projekten nur so lange eine Zukunftsperspektive bietet, in der sie Zwischenräume und -zeiten, die in der formellen, eigentumsbasierten Entwicklung entstehen, nutzen.

Für die alternativen Stadtmacher\_innen am Ostkreuz hat die Zukunft dementsprechend größtenteils ihr Versprechen verloren und ist hauptsächlich mit Sorgen und Ohnmacht gegenüber den bevorstehenden Entwicklungen besetzt. Dass sich das Mantra, es gäbe keine Alternative, nun zu bewahrheiten scheint, spiegelt sich in den Annahmen einer Absoluten Gegenwart. Die zum Großteil fehlenden langfristigen Perspektiven der auf unserer Tour besuchten Akteur\_innen deuten in diese Richtung, selbst wenn jede Initiative durch die Verräumlichung ihrer individuellen Miniutopie ursprünglich das Bild einer anderen Zukunft zeichnete. Unsere Gespräche mit den Protagonist\_innen offenbarten versprengte Eindrücke von Machtlosigkeit und Fragmentierung, trotz einiger Ansätze, sich mit anderen Initiativen vor Ort zu verbünden. Der Eindruck einer kulturellen und politischen Stagnation widerspricht somit nicht dem permanenten Zustand des Wandels und der Transformation, den Besucher\_innen des Ostkreuzes vor allem in den vergangenen Jahren vor Ort erfahren. Im Gegenteil: Die zunehmende Beschleunigung der städtebaulichen Entwicklungen führt bei den Akteur\_innen alternativer Stadtpraktiken zu einer zunehmenden Gleichgültigkeit, die den Grundstein für die Unvorstellbarkeit substanzieller Änderungen legt. Die Gegenwart am Ostkreuz scheint – zumindest aus der Perspektive dieser Akteur\_innen betrachtet – absolut geworden zu sein.

Der Blick auf die Situation des Ostkreuzes durch die gegensätzlichen Linsen des *Make-Shift*-Urbanismus und der Absoluten Gegenwart öffnet neue Zugänge zu disparaten Stadtentwicklungen. Die Konfrontation eines bestimmten Falls mit diesen beiden Lesarten ermöglicht es, dabei auch die Limitierung der beiden Interpretationen unserer gegenwärtigen Zeit aufzuzeigen.

Während in den Debatten um die *Make-Shift*-City blühende partizipative (wenn auch nicht wirklich alternative) Praktiken beschrieben und wertgeschätzt werden, bleiben vor allem die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die für die Entwicklung dieser Praktiken nötig waren (und sind), unterbelichtet. Dazu zählen unter anderem das Vorhandensein bezahlbarer Räume und Macher\_innen, die willens und fähig sind. Darüber hinaus sind die gegenwärtigen Debatten über das ‚Selbermachen‘ äußerst polarisiert und beschränkt, sowohl in Bezug auf die Akteur\_innen, denen sie Raum geben, als auch auf die ausgewählten und als beispielhaft rezipierten Projekte. Wie würde die *Make-Shift*-Debatte heute aussehen, wenn sie ihre Aufmerksamkeit auch auf die städtischen Praktiken weniger designaffiner Akteur\_innen, im Weiteren auch auf die von Flüchtlingen, Obdachlosen oder Mittellosen richten würde? Wie würde sie aussehen, wenn Praktiken mit eingeschlossen würden, die sich nicht in einem gebauten Projekt oder einem klaren Konzept (oder gar ‚schicken Bild‘) zusammenfassen lassen?

Da sie den Fokus hauptsächlich auf die Ästhetik und das Design (vielleicht im weitesten Sinne die Oberfläche) der Projekte legt, werden in der *Make-Shift*-Debatte mögliche Regulierungen oder Ansätze der Planung ausgespart, die sicherstellen könnten, dass es solche Projekte weiterhin geben kann beziehungsweise dass auch in nachfolgenden Generationen eine möglichst diverse Gruppe von Akteur\_innen die Möglichkeit bekommt ‚ihre Stadt zu machen‘. Darüber hinaus werden die wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen dieser partizipativen Praktiken, die zum großen Teil auf Selbstausbeutung und Prekarität der Involvierten beruhen, in der *Make-Shift*-Debatte weitgehend ignoriert, was sie zu einem naiven ‚Scheindiskurs‘ mutieren lässt. Die immer wieder in der Beschreibung der *Make-Shift*-Projekte verwendeten Begriffe wie ‚Flexibilität‘, ‚Selbstverantwortung‘ oder ‚Unternehmertum‘ betonen, dass verschiedene Projekte gezwungen sind, Grundstücke mit minimalen Kosten und höchster Effizienz zu entwickeln. Außerdem zeigen diese Begriffe eine Nähe der Argumentation zu den Logiken neoliberaler Stadtentwicklungsprozesse, die jedoch nicht weitergehend reflektiert werden.

Anstatt die programmatischen Forderungen der Debatte (andere Form der Entwicklung‘ etc.) mit tiefgehenden Analysen und politischen Forderungen zu untermauern, nimmt die *Make-Shift*-Debatte den bunten Strauß an ausgewählten Projekten ‚von unten‘ als Beweis dafür, dass sich in Berlin nun eine neue Ära der Stadtentwicklung ergeben habe, die so gewichtig sei, dass auch andere Städte davon lernen könnten und sollten. Von Zwängen, Unsicherheiten und dem Heraufziehen von weitaus ‚stärkeren‘ und ‚mächtigeren‘ Akteur\_innen, die diese proklamierte ‚Idylle‘ bedrohen könnten, ist kaum bis nie die Rede (was angesichts der Vielzahl an kritischen Mobilisierungen<sup>[3]</sup> und Studien nur verwundern kann).

Im Ergebnis steht die *Make-Shift*-Debatte für eine Art von partizipativem Urbanismus, der sich nicht an den Mainstreampraktiken der Stadtentwicklung öffentlicher oder privater, meist großmaßstäblicher Investitionen stößt. Die



gegenwärtige Form der vom *Make-Shift*-Urbanismus proklamierten ‚anderen Stadtentwicklung‘ scheint vielmehr die neoliberale Mainstreamentwicklung konfliktfrei zu stützen, indem die Lücken, die in den formellen Prozessen entstehen, möglichst effizient, kreativ, flexibel und bunt – aber immer vorübergehend – genutzt werden. Damit tragen sie schlussendlich zur Aufwertung des brachgefallenen Landes beziehungsweise der ungenutzten Gebäude bei. Es ist daher scheinbar auch kein Widerspruch, dass ein Immobilienentwickler einer der Hauptsponsoren des „*Make-City*“-Festivals ist, denn die von den *Make-Shift*-Protagonist\_innen favorisierten Formen des ‚Andersmachen‘ kommen letztlich auch den Interessen eines solchen Unternehmens zugute.

Während die *Make-Shift*-Debatte nahezu keine Kritik an der Instabilität und den Unsicherheiten der verschiedenen alternativen oder partizipativen Praktiken übt – die zur Mehrheit von ihrem ‚Dazwischensein‘ und ihrem ‚Interimsstatus‘ abhängen – stellt die Perspektive einer Absoluten Gegenwart eben diese Unsicherheiten und Bedingungen unserer gegenwärtigen Zeit in den Vordergrund. Die Situation um das Ostkreuz (als Fallbeispiel auch für andere städtische Orte) zeigt jedoch auch die Qualitäten einer unvorhersehbaren und ergebnisoffenen Stadtentwicklung. Durch die Verzögerung und das Scheitern großer Planungsvisionen wurden zahlreiche Möglichkeiten der alternativen, kleinmaßstäblichen Stadtentwicklung durch diverse Akteur\_innen eröffnet.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die sozio-politischen Umstände in Berlin solche Bedingungen mehr oder weniger zufällig produziert – und einige Initiativen haben diese Chance ergriffen. Anstatt auf die Genese einer neuen und hoffnungsvollen Zukunftsvision mit substanziellen Veränderungen zu bauen, ähnlich wie es die Theoretiker\_innen einer Absoluten Gegenwart sich erhoffen, könnte es fruchtbarer sein, über die langfristige Sicherung von städtischer Offenheit und Unbestimmtheit in der Zukunft nachzudenken, in der sich ein solcher Wandel Schritt für Schritt vollziehen kann. So könnten nach und nach langfristige Alternativen zur kommerziellen Stadtentwicklung entworfen werden, die in der Summe substanzielle Veränderungen gegenüber der gegenwärtigen Situation, wie beispielsweise bezahlbare Mieten, individuelle Gestaltung von Räumen sowie Zugänge beziehungsweise ein Recht auf Stadt für alle ermöglichen.

#### **4. Von der Alternative zum Mainstream?**

##### **Voraussetzung eines wirklichen Paradigmenwechsels**

Unsere Gegenüberstellung der Debatten mit den verschiedenen Stadtentwicklungspraktiken am Ostkreuz zeigt einige Begrenzungen der jeweiligen Debatten einerseits und Möglichkeiten stadtentwicklungspolitischer Interventionen andererseits auf. Die Beschränkungen der Debatten beziehen sich sowohl auf das naive ‚Abfeiern‘ einer selbstgemachten Stadt im Rahmen des *Make-Shift*-Urbanismus, als auch auf die gesellschaftlichen Pathologisierung in der Debatte um die Absolute Gegenwart. Dies gibt Anlass, für eine Erweiterung zu plädieren:

- Der naive Optimismus eines *Make-Shift*-Urbanismus könnte aus der Notwendigkeit seiner eigenen langfristigen Legitimierung und Substantiierung heraus ergänzt werden durch kritische Analysen der sozio-politischen Bedingungen und Beschränktheiten der beobachteten Entwicklungen des

Selbermachens. Als Folge dessen würde er eine Ausweitung auf weniger sichtbare und designaffine Praktiken und Gruppen von Akteur\_innen erfahren, die ebenfalls an der Produktion von Urbanität, und möglicherweise sogar an der Produktion von richtigen Alternativen im Hier und Jetzt, beteiligt sind. Das würde zweifelsohne auch die Konfliktfelder, die zwischen verschiedenen Formen der Stadtentwicklung bestehen, in den Vordergrund rücken. So könnte der *Make-Shift*-Urbanismus eine politische Dimension erhalten, die er bisher strikt vermeidet – und hätte sich im Verlauf dessen als Debatte grundlegend geändert.

- Die treffenden, jedoch weitgehend düsteren Analysen der Absoluten Gegenwart könnten ausbalanciert werden durch ein detaillierteres Aufspüren und Anerkennen gegenwärtiger, bereits erprobter Alternativen, selbst wenn diese bisher relativ kleinmaßstäblich bleiben. Eine Vielzahl der Initiator\_innen und Unterstützer\_innen gegenwärtiger alternativer Projekte arbeiten (ganz im Gegensatz zur eingeschränkten und vorübergehenden Rolle, die ihnen in der *Make-Shift*-Debatte zugewiesen wird) schon heute an der langfristigen Sicherung ihrer und anderer Projekte und Initiativen – in vielen Fällen eben auch im Konflikt mit dem Mainstream einer zum Großteil profitgesteuerten Stadtentwicklung. Gegenwärtig wird diese kleinteilige und prozessuale Möglichkeit noch von der Hoffnung auf den großen Wurf einer antikapitalistischen Zukunftsvision übertönt, von der die These der Absoluten Gegenwart getragen ist.

Neben der Erweiterung der Debatten zeigt unsere Diskussion am konkreten Fall der betrachteten Stadtentwicklungspraktiken am Ostkreuz Möglichkeiten und teilweise auch Notwendigkeiten auf, neue Ansätze zur Regulierung und Planung zu testen. Berlins gegenwärtige Stadtentwicklungen könnten zum Beispiel entschiedener auf den Zielpunkt einer ‚Stadt für Alle‘ ausgerichtet werden. Dies würde das Nachdenken über die individuellen Akteur\_innen und ihre sehr unterschiedlichen Praktiken des Stadtmachens tatsächlich ins Zentrum der Stadtentwicklung stellen und die Reflexion über eine dynamische Urbanität auf Basis von urbaner Vielfalt und Gerechtigkeit fördern.

Vielleicht könnte hier gar ein Ausgangspunkt für neue Politikexperimente auf der Basis von Erfahrungen in den 1970er und 80er Jahren – einer oftmals rezipierten und teilweise idealisierten Ära des partizipativen Urbanismus in Berlin – liegen. Die damaligen Entwicklungen wurden zum Teil von der Bewegung der Hausbesetzer\_innen mitinitiiert. Daraus hervorgegangen sind inklusive Planungsansätze wie die ‚Behutsame Stadterneuerung‘. Diese könnten als Beispiele für Entwicklungen von urbanen Praktiken dienen, die nicht von einem Schwerpunkt auf Design und Image gekennzeichnet sind und bei denen ein großmaßstäblicher Politikwandel auf der Basis kleinmaßstäblicher Projekte erwirkt wird. Die heutigen Kämpfe urbaner sozialer Bewegungen, die das Ziel haben, bestimmte Räume vor einer hauptsächlich profit-orientierten Stadtentwicklung zu sichern – wie die beiden Beispiele *100% Tempelhof* oder *Mediaspree versenken* – unterstreichen die Dringlichkeit eines Politikwandels: Wenn Alternativen nicht freiwillig von den Stadtpolitiker\_innen langfristig implementiert werden, kann sich ein Teil der Berliner Öffentlichkeit für einen radikalen Politikwandel mobilisieren.

Ein Wermutstropfen bleibt jedoch: Bisher bleiben viele Mobilisierungen auf bestimmte Orte beschränkt, während andernorts, wie etwa am Ostkreuz oder am Hauptbahnhof (beides äußerst großmaßstäbliche innerstädtische Entwicklungsgebiete) profit-orientierte Stadtentwicklung nach und nach die Freiräume für Alternativen verdrängt.

## Endnoten

- [1] Zeitgleich zur Veranstaltungsreihe „Absolute Gegenwart“ und zu unserer Tour um das Ostkreuz fand zufällig das „*Make-City*“-Festival statt, das den letzten Höhepunkt dieses proklamierten Paradigmenwechsels der Berliner Stadtentwicklung darstellt.
- [2] in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin
- [3] Siehe z. B. den Beitrag von Türkmen in diesem Heft, der sich dem immer alltäglicheren Kampf gegen Zwangsräumungen in Berlin aus der Perspektive einer Betroffenen nähert.

## Autor\_innen

Nina Gribat ist Stadt- und Planungsforscherin. Sie arbeitet zur Zeit an international vergleichenden Forschungsprojekten, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten, schrumpfenden Städten und den Studienreformen/-revolten um 1968 beschäftigen.  
nina.gribat@tu-berlin.de

Hannes Langguth forscht in den Bereichen Stadt- und Regionalplanung. Er arbeitet an einem international vergleichenden Forschungsprojekt, das sich mit der Untersuchung und Entwicklung von peripheren und marginalisierten Regionen beschäftigt.  
hannes.langguth@tu-berlin.de

Mario Schulze ist Kultur- und Museumswissenschaftler. Er forscht zur Theorie und Geschichte kulturhistorischer Ausstellungen.  
mario.schulze@hu-berlin.de

## Literatur

- Berardi, Franco Bifo (2011): *After the Future*. Edinburgh u. a.: Ak-Press.
- Ferguson, Francesca / Urban Drift Projects (Hg.) (2014): *Make\_Shift City: Renegotiating the Urban Commons*. Berlin: Jovis.
- Fisher, Mark (2009): *Capitalist Realism: Is there no Alternative?* Hants: Zero Books / John Hunt Publishing.
- Fisher, Mark (2014): *Ghosts of My Life: Writings on Depression, Hauntology and Lost Futures*. Hants: Zero Books / John Hunt Publishing.
- Ring, Kristien / AA PROJECTS / Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hg.) (2013): *Selfmade City Berlin: Stadtgestaltung und Wohnprojekte in Eigeninitiative*. Berlin,: Jovis.
- Virilio, Paul (2006 [1977]): *Speed and Politics*. Los Angeles: Semiotext(e).
- Virilio, Paul (2012): *The Administration of Fear*. Los Angeles: Semiotext(e).





# ***The Fabric of Communities in Struggle\****

Moralische Ökonomie, Alltagswissen und Migration in den Kämpfen  
um die soziale Stadt<sup>[1]</sup>

Ceren Türkmen

## **Neoliberaler Wohnungsmarkt zwischen sozialer Transformation und politischer Bewegung**

Während die neoliberale Stadtentwicklungspolitik den Ausverkauf von Stadtteilen wie Kreuzberg und Neukölln in Berlin vorantreibt und sowohl das städtische Bild, die Nachbarschaften in den betroffenen Stadtteilen als auch die sozialen Beziehungen innerhalb der Kieze sich neu zusammensetzen, hat sich auf der politischen Ebene von unten unter dem gemeinsamen politischen Nenner der sozialen Stadt ebenso viel bewegt. Es sind schon lange nicht mehr nur klassische Nachbarschaftsvereine in Stadtteilquartierbüros, alteingesessene Initiativen oder klassische linke politische Gruppen, die sich an den Protesten um eine soziale Stadt beteiligen oder Wohnungen gegen Zwangsräumungen verteidigen.

Die Mieter\_inneninitiative Kotti&Co etwa hat 2012 ihr Protesthaus auf dem Vorplatz ihrer in große Höhe ragenden grau-grünen Sozialbauwohnungen in Berlin-Kreuzberg aufgeschlagen. Seitdem schaffen sie als Basisplattform Räume und neue Formen für ihren Protest, mit denen sich die migrantische als auch nicht-migrantische prekarisierte Nachbarschaft in den Sozialwohnungen rund ums Kottbusser Tor für bezahlbare Mieten und neue Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau in Berlin einsetzen können. Im Oktober 2012 hat ein Teil der bundesweiten Bewegung der Geflüchteten den symbolisch und auch räumlich zentralen Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg sowie ein, zwei Monate später im Dezember die nur zum Teil von Vereinen genutzte ehemalige Gerhard-Hauptmann-Schule besetzt. Mit ihrer langfristigen Besetzungsstrategie protestierten sie offensiv gegen die räumlichen wie auch sozialen Isolierungspraktiken der Lagerunterbringung und Residenzpflicht der deutschen Flüchtlingspolitik.

Eine weitere für die sozialen Kämpfe in Berlin einschneidende kollektive Erfahrung war der Widerstand gegen die Zwangsräumung von Familie Gülbol. Zwischen Ende 2012 und Februar 2013 konnten die Familie Gülbol und das Bündnis gegen Zwangsräumungen einen mehrstufigen, breiten und langatmigen Protest gegen die Zwangsräumung der Familie organisieren. Der Protest gegen die Zwangsräumung wurde zu einem öffentlich ausgetragenen Protest

\* Eine kürzere Version dieses Essays ist im September 2014 in Analyse&Kritik, Nr. 597 erschienen.

gegen Zwangsräumungen, der breite Unterstützung und Aufmerksamkeit in Medien, Nachbarschaft und Politik fand. Nicht zuletzt, da städtische Verdrängung in Form von Zwangsräumungen, wenn auch in unsichtbarer Form, schon länger stattfindet. Außerdem aufgrund der transnationalen Dimension von Zwangsräumungen im Hinblick auf die Immobilienkrise und die soziale Krise des Wohnens in Spanien. Wer hätte bis zu diesem Zeitpunkt in ‚Europa‘ daran gedacht, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, oder in anderen Worten: dass in Berlin trotz ungleicher struktureller Hintergründe ähnlich wie im krisengebeutelten Südeuropa mit autoritärer staatlicher Gewalt durchgesetzte kurzfristige Inwertsetzungs- und Entwertungsstrategien in Bezug auf Wohnraum zu Zwangsräumungen und Verdrängungen führen?

Die Entscheidung der Familie Gülbol, den Konflikt mit ihrem ehemaligen Vermieter öffentlich zu verhandeln, die Vernetzung mit solidarischen Freunden und Nachbarn wie auch das geschickte Zurückgreifen auf vorhandene lokale Strukturen der Sozialen Bewegung schufen zur richtigen Zeit eine politische Gelegenheit und Notwendigkeit, sich gegen Zwangsräumungen zu organisieren. Auffällig ist die direkte Lösungssuche, die sich nicht in der Forderung nach Mitbestimmung oder Partizipation in städtischer Politik ausdrückt, sondern in der radikalen Bleiberechtsforderung: „Wir bleiben in unseren eigenen Wohnungen.“ Der Schritt zu dieser Entscheidung rührt aus dem Wunsch, wohnen zu bleiben, wo mensch wohnen möchte. Dadurch, dass nun eine breite Masse der Berliner Bevölkerung die Erfahrung macht, genau dies nicht tun zu können, sind die Proteste und Organisirungen auch Ausdruck dafür, dass die liberalen Werte und Ordnungsbestrebungen der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit brüchig werden beziehungsweise durch die Proteste brüchig gemacht werden. Und Brüche werden im Alltagsbewusstsein spürbar.

In moralischer Hinsicht werden die Krise der Stadt und die Verdrängungsprozesse aus den alteingesessenen Stadtteilen von unmittelbar Betroffenen ideologiekritisch nicht als legitim empfunden. Die eigene Wohnungsnot ist in vielen Gesprächen mit Nachbarinnen jenseits der individuellen Erfahrung als ‚größere Sache in Berlin‘ transparent, die alle betreffen kann, die sich die Mieten nicht mehr leisten können. Nach der Zwangsräumung der Familie Gülbol haben sich viele Betroffene beim neu gegründeten Bündnis gegen Zwangsräumungen gemeldet und Solidarität wie auch Organisierungsperspektiven gesucht. Kurzfristig, um ihre Wohnungen mithilfe des Protests nicht räumen zu müssen, aber auch langfristig, um sich auszutauschen und zu organisieren. Unter den ersten Fällen waren auffällig viele migrierte Familien aus Kreuzberg und Neukölln, die sich meldeten und über Zwangsräumungsklagen- und Konflikte im privaten als auch sozialen Wohnungsbau berichteten. Ähnlich wie bei Kotti&Co sind hier Migrant\_innen sowohl aus der Gastarbeiterzeit als auch aus den folgenden Migrationskonjunkturen der 70er und 80er Jahre sowie ihre Familienmitglieder aus der zweiten oder dritten Generation beteiligt.[2]

An den unterschiedlichen Protesten wird nicht nur deutlich, wer heute weshalb von Gentrifizierung betroffen ist. Auch die Migrationspolitik in ihren verschiedenen historischen Konjunkturen wird sichtbar. Politik verändert und organisiert für die Beteiligten nicht nur den Samstagnachmittag, an dem Demonstrationen stattfinden, neu, sondern Politik im Sinne einer sozialen

Praxis dynamisiert den gesamten Alltag. Dabei treffen verschiedene soziale Milieus aufeinander und es werden neue Gruppenbeziehungen eingegangen. Alte wiederum werden in ihrer Wirkmächtigkeit und Imaginationsbreite in Frage gestellt. Doch wie sehen politische Prozesse in ihrer sozialen Dimension eigentlich aus, wenn sich Mieter\_innen in politischen Initiativen und linksradikalen Zusammenhängen organisieren? Wie sieht politische Subjektivierung[3] innerhalb dieser Prozesse aus? Mit welchen Widersprüchen und krisenförmigen Identitätsprozessen werden die Einzelnen dabei konfrontiert?[4]

Diesen Fragen bin ich auf einem langen Spaziergang mit Necmiye Gülbol nachgegangen. In diesem Beitrag folgt eine analytische Dokumentation meines Gesprächs mit ihr. Das Gespräch erfolgte im Sinne eines offenen narrativen Interviews zu konkreten Themen und Fragen hinsichtlich ihrer politischen Organisation und Erfahrung. Das Interview gibt die selbstreflexiven Aussagen von Necmiye Gülbol wieder, die im Rahmen einer essayistisch dialogischen Auseinandersetzung rekonstruiert und mit eigenen sozial ethnographischen Analysen und weiteren Interviews mit der Nachbarschaft verbunden werden. Zitate sind als solche kenntlich gemacht.[5] [6]

### **Zugehörigkeiten in Kämpfen zusammensetzen**

Necmiye Gülbol wurde im Februar 2013 mit ihrer Familie aus ihrer Wohnung in der Lausitzer Straße in Berlin-Kreuzberg zwangsgeräumt. Ein Jahr später, im März 2014, spazieren wir an einem sonnigen Tag nach der Zwangsräumung einer weiteren Wohnung in der Reichenbergerstraße (ebenfalls Berlin-Kreuzberg) durch den Stadtteil. Necmiye, Erzieherin und Mutter von drei Kindern, kam nach der Heirat mit Ali Gülbol aus ihrem Geburtsort Samandag in Antakya als Zwanzigjährige nach Berlin. In der Türkei hat sie die Grundschule besucht und sich in Deutschland beruflich weiter gebildet. Sie wuchs in der arabischsprachigen Minderheit in der Türkei auf und lernte deshalb in Berlin-Kreuzberg nicht nur Deutsch, sondern auch Türkisch.

Auf unserem Spaziergang überraschen uns Baustellen und viele neu eröffnete Cafés. Wir suchen nach einer gemütlichen Teestube und versacken schließlich mit dunklem Bier in einer Szenekneipe.

„Vor zwei Jahren begannen die Konflikte mit unserem neuen Hausbesitzer.“, erzählt Necmiye Gülbol mit sanfter und sorgsam nach den passenden Worten suchender Stimme. Damals hätte sie sich nicht vorstellen können, dass Hunderte Polizist\_innen und ein Helikopter nötig sein würden, um ihnen die Wohnung wegzunehmen. Nach dem Hauch von Genugtuung ist immer noch verstörtes Erstaunen über das Geschehene zu spüren.

„Es hat sich viel geändert während der politischen Organisation zu unserer Räumung. Man kennt sich nun im Haus und in der Nachbarschaft. Ich rede mit den Nachbarn über Mietprobleme und auch andere persönliche Themen. Auch auf der Arbeit in der Kita. Ich werde oft gefragt, wie es uns geht nach der Räumung. Wir alle (sie meint das Bündnis, die Nachbarschaft und das solidarische Umfeld) kümmern uns umeinander und sind gemeinschaftlicher geworden. Eine Nachbarin hatte meinem Kind ihre Wohnung als Arbeitsraum für die Abi-Prüfungen zur Verfügung gestellt während der Auseinandersetzungen damals. Solche kleinen Dinge waren sehr wichtig, weil sie mir das Leben erleichtert haben in einer Zeit, wo ich mich neben dem

politischen Konflikt um den Haushalt und die Kinder kümmern musste. Die Unterstützung hat mich wohl fühlen lassen in schwierigen Zeiten, in denen man sich der Verdrängung durch die Hauseigentümer so ausgeliefert gefühlt hat und gar nicht verstehen konnte, wie so etwas möglich sein kann.“

Ich entgegne ihr, dass sie auf mich nicht ausgeliefert gewirkt haben, vielmehr kämpferisch, wütend und in einem starken Zusammenhalt als Familie und als Bündnis. Sowohl Ali als auch Necmiye Gülbol waren sehr präsent auf Demos, Veranstaltungen und auf Bündnistreffen. Sie müsse intensiv über ihre Partizipation und Repräsentation in den Medien nachgedacht haben.

„Ja, aber um dahin zu kommen, hinter so einer politischen Sache und der Sichtbarkeit in den Medien zu stehen – dafür hab ich Zeit gebraucht. Ich habe immer noch viele verschiedene Gefühle dazu.“

Die Zwangsäumung im Februar 2013 und die damit verbundene politische Organisierung war für Necmiye Gülbol die erste politische Organisierung. Ich frage sie, wie sie sich auf einer linken Demo gefühlt hat. Etwas befangen und doch zwanglos fragt sie vorsichtig, ob ich denn die Demo der çocuklar (Türkisch: Jugendliche) meine. Dann lehnt sie sich zurück und bricht in ein herzliches und verlegenes Lächeln aus. „Auf einer der ersten Demos haben wir Papiermasken mit dem verzerrt dargestellten Gesicht vom neuen Hauseigentümer getragen. So mit extrem breitem Grinsen. Wir haben unsere Gesichter dahinter versteckt. Das hatten sich die Leute aus dem Bündnis so ausgedacht. Eigentlich habe ich mich hinter der Maske so versteckt sehr wohl gefühlt; es war noch am Anfang der ganzen Organisierung und die Demos waren in der Form auch sehr fremd für mich. Alle waren so wütend und haben ständig im Chor skandiert, ohne dass ich verstand, was sie riefen. Ich habe da gefremdelt. Und dann mit den ganzen Jugendlichen. Ich habe mich in Kreuzberg nie in rein migrantischen Kreisen bewegt, aber eben auch nicht in solchen, obwohl bei uns in Kreuzberg ja ständig Demos sind.“

Ich frage sie, wie der Kontakt zum Bündnis überhaupt entstanden ist und sie erzählt von den Anfängen ihrer Probleme mit dem neuen Hauseigentümer.

Zu Beginn der Konflikte Mitte 2012 hatte die Familie Gülbol zunächst Kontakt zu Anwälten gesucht, als der neue Hauseigentümer sie wegen einer verspäteten Zahlung, die sie wegen eines Todesfalls in der Türkei nicht fristgemäß überweisen konnten, zwangsräumen wollte. Sie fühlten sich von den Anwälten allerdings nicht ernst genommen. Weil ihnen niemand wirklich auf juristischem Weg helfen konnte, winkten sie den Fall und sie schnell ab. Migrantische Integrationsvereine oder andere klassisch migrantische Anlauf- und Beratungsstellen, die sie anfänglich noch aufgesucht hatten, konnten ihnen genauso wenig helfen. Juristisch schien der neue Hausbesitzer mit seiner Räumungsklage abgesichert. Dennoch waren alle entsetzt, dass eine Familie nach 26 Jahren Mietverhältnis wegen eines zu spät eingetroffenen Zahlungseingangs aufgrund eines Todesfalls aus ihrem Zuhause zwangsgeräumt werden sollte. Sie gingen, in der Hoffnung eine weitere Mietrechtsberatung zu bekommen, in den Stadteilladen in der Lausitzer Straße 8. Der befand sich zufällig im Vordergebäude des Hauses, in dem sie selbst wohnten. Dort trafen sie auf Mitarbeiter und sie begannen über ihre eigene als auch über die allgemeine stadtpolitische Situation zu sprechen.

„Wir haben gemeinsam überlegt, was jenseits von juristischen Wegen in unserem Fall noch machbar wäre, weil ja schon klar war, dass der Rechtsweg



auf der Seite des Vermieters ist. Wir haben auch allgemeiner darüber gesprochen, was in Kreuzberg gerade mit den Mieten passiert. Nach einigen Gesprächen wurde uns klar: Wir konnten nur politisch werden. Deshalb entschieden wir uns – immer noch durchaus unsicher –, in die Öffentlichkeit zu gehen. Ich habe gar nicht richtig mitgekriegt, dass sich dann eine ganze Unterstützergruppe, das Bündnis gegen Zwangsräumung, gründete. Seitdem ist viel passiert.“

Es ging alles sehr schnell damals. Auch Necmiye Gülbol redet jetzt schneller. Eine kleine Pause nutzt sie, um das Glas, an dem sie sich noch festhält, loszulassen, das lockige Haar zurecht zu streichen und sich dann, im Stuhl nun etwas weiter zurück gesetzt, zu mir nach vorne zu beugen, bevor sie erneut mit der Stimme ansetzt:

„Ich habe viele neue Menschen kennengelernt, und ich versuche, bei anderen Zwangsräumungen dabei zu sein, weil ich weiß, wie es ist, das Zuhause zu verlieren und sich ohnmächtig vor den Gerichten und Vermietern zu fühlen. Auch wenn auf den Demos und Treffen mehrheitlich deutsche Studenten oder alte Kreuzberger sind und wenig migrantische Frauen, fühle ich mich wohl dort, ich fühle mich mittlerweile zugehörig.“

Die klassischen migrantischen Beratungszentren und auch Vereine, an die sie sich gewandt haben, wussten selber bei dem Problem ‚Zwangsräumung‘ nicht weiter. Es gab keine Strategien, keinen Erfahrungshintergrund und es war schlicht nicht das Arbeitsfeld, in dem sich die Mitarbeiter sonst bewegten. Zwangsräumungen wurden 2011 kaum als politische Mobilisierungsmöglichkeit gesehen. Alte politische und kommunale Strukturen wussten nicht, wie sie mit den neuen sozialen Problemen umgehen sollten, geschweige denn mit den Mieterinnen und Mietern, die sich nun dagegen wehren wollten. Necmiye berichtet auch davon, dass viele Nachbar\_innen aus der Türkei oder anderswo auch später, als der Protest gegen ihre Zwangsräumung zunahm, nicht auf die Demos gekommen sind. „Wer war für mich da, als meine Wohnung zwangsgeräumt wurde? Ich habe mich oft gefragt, was das heißt – ‚meine Leute‘. Besonders in dieser Zeit.“

Mich macht das stutzig und ich verstehe erst beim zweiten Hinhören, dass sie die Frage nach Solidarität, aber auch sozialer und politischer Identität und Subjektivierung berührt. Wer sind ‚meine Leute‘? Am Kotti scheint diese Frage schneller beantwortet zu sein. Wir sprechen darüber, dass es beim Protest der Mieterinitiative Kotti&Co am Kottbusser Tor anders aussieht. Dort sind viele migrantische Frauen aktiv, und die Mieter\_innen haben das Gecekondü, eine Protesthütte, die sie als Nachbar\_innen nutzen. Wie aber Solidarität aufbauen in vereinzelt Protesten über die Stadt hinweg, wie etwa beim Bündnis gegen Zwangsräumungen? Wie Solidarität aufbauen, die nicht in der direkten Nachbarschaft beginnen und auch möglicherweise, um auf die andere Seite hinzuweisen, dort enden soll?

„Ich wohne seit fast 20 Jahren in der Straße, und ich verstehe nicht, warum sich diese Stadt verändert, ohne dass wir sie mit verändern können. Es ist von oben nach unten, dabei sagen wir doch, dass es so nicht geht. Viele ältere Migranten gehen zurück in die Türkei. Was hatten sie für ein Leben? Sie haben hier bei Siemens geschuftet und jetzt, wo sie alles im Kiez aufgebaut haben, müssen sie zurück, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen finden und sie sich mit den Kindern und Enkeln knappen Wohnraum teilen müssen.“

Sollen wir denn woanders wieder bei Null anfangen? Wie kann man so was zulassen? Ich glaube da an keine vernünftige Politik mehr.“

Wir haben die Kneipe verlassen und spazieren wieder durch den Kiez. Sie wird erst nach einigen Straßenkreuzungen, an denen wir Unmengen von Menschen und Eindrücken ums Kotti ausgesetzt sind, eine lange Pause beenden. Es ist zu laut. Wir entscheiden uns, einen Innenhof aufzusuchen, in dem wir uns auf eine Bank setzen können. Ein Feuerwehrgewagen rast durch die Straße und versucht sich geschickt Platz zu verschaffen. Als die Sirenen fast verklungen sind, hebt Necmiye ihre Stimme und sucht meinen Blick:

„Das war und ist eine harte Zeit, das alles. Die Räumung und die Politik, die ganzen Belastungen haben unser Familienleben verändert. Und auch die neuen Kontakte. Ich denke heut anders über viele Dinge nach.“

### **Widersprüchliches Alltagsbewusstsein und Moralische Ökonomie[7]**

In vielen Gesprächen mit Zwangsgeräumten fallen schnell Begriffe wie Schuld und Scham. So auch in unserem Gespräch. Ich erinnere mich daran, dass weitere migrantische Familien in Gesprächen und auch Ali Gülbol, Necmiyes Ehemann, in vielen öffentlichen Diskussionen von dem unguuten Gefühl sprachen, das ihre politische Organisation unangenehm begleitete. Er sprach vom Gefühl, doch irgendwie schuldig zu sein und gegen Schamgefühle in der Nachbarschaft, Verwandtschaft und im Bekanntenkreis ankämpfen zu müssen.

Wut, Scham und Schuld bilden einen dynamischen Zusammenhang in der politischen Subjektivierung. Mit der Zwangsäumung sind die Einzelnen und die Vereinzelten einerseits dem Gefühl von kollektiver Bloßstellung in der Nachbarschaft ausgesetzt; sie wurden schließlich in einem nach Chancengleichheit und Gleichberechtigung ‚funktionierenden Sozial- und Rechtssystem‘ aus den eigenen vier Wänden verdrängt. Man findet sich leicht im Bereich der ‚Devianz‘ wieder, die die Legitimität des Protests und der eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen und Interessen in Zweifel zieht und zur ‚Aus-ein-ander-setzung‘ forcieren kann. Necmiye Gülbol berichtet auch wiederholt von Nachbar\_innen, die sich abgewandt und die Demos gemieden haben, oder ihnen in der anfänglichen Phase der Orientierungssuche und Organisation kaum zugehört oder geglaubt haben, weil ihnen die Abwendung von bürgerlich-rechtsförmigen Auseinandersetzungen (wie etwa von gerichtlichen Verfahren, bürgerlichen Institutionen, Körperschaften, eingetragenen Vereinen, Beratungszentren, Gewerkschaften) zu prekär wurde. Die Abwendung hatte angesichts der Tatsache, dass es im Laufe der detaillierten Rekonstruktion des Falls in der Öffentlichkeit vom Solidaritätskreis offensichtlich illegitim war, die Familie zu räumen, sicher andere Gründe, die gesellschaftspolitischer Natur sind. Es war an sich nicht die fehlende Einsicht in die ‚Ungerechtigkeit‘, sondern zu spüren war vielmehr die Angst vor dem Neuen nach und während der Veränderung des Alltags und des Alltagsverstands in der Organisation[8]. Die Vehemenz der Entscheidung seitens der Hauseigentümer, Gerichte und der Bezirkspolitik kam als Politik der Verdrängungspolitik in Zeiten der schnellen Gentrifizierung in Berlin deutlich an und wurde auch in der breiten Gesellschaft verstanden. Gleichzeitig hatten viele ja auch schon neue, teurere Mietverträge und waren sich unsicher,

ob sie Nachbarn unterstützen sollten, die am Ende mit sehr viel günstigeren Mieten in den Häusern wohnen bleiben könnten. Die Ungleichheitssituation kann Konkurrenz verschärfen und Solidarität aufgrund geteilter Interessen verhindern. In das Gefühl von Schuld mischt sich Scham.

Als klassische migrantische Vereine und migrantische Nachbar\_innen wenig Präsenz zeigten auf Demos und Kundgebungen, stand die Frage in einer weiteren Dimension im Raum: „Was haben wir falsch gemacht? Die Nachbarn und die Öffentlichkeit werden doch denken, dass da was nicht stimmt und man selber Schuld hat oder kriminell ist, besonders bei dem Aufmarsch von den vielen hundert Beamten und dem Einsatz eines Helikopters. Was haben wir verbrochen und wie kann es sein, dass ein solcher Einsatz notwendig wird? Ich habe mich geschämt für das alles, aber ich wusste auch, dass ich doch nicht kriminell bin. Der Hausbesitzer verdrängt uns und das mit allen unmenschlichen Mitteln, die da möglich sind.“ Deutlich wird in den aufgeführten Antworten der Prozess und die Bearbeitungsdynamik, durch die Necmiye Gülbol geht. Scham und Schuldgefühle sind ein kleiner ‚sozialer Tod‘ in Gruppenbeziehungen, weil sie isolieren und Gruppenschutz aufzukündigen drohen, worauf man mit stummer Wut und Einigelung reagieren kann. Die Familie Gülbol hat stattdessen Verbindung zu anderen aufgebaut. Solidarität und Öffentlichkeit halfen aus der Isolierung herauszukommen; sie halfen die verdrehte Wahrnehmung, dass man selbst ‚schuld‘ sei und sich für die Politik und die nun öffentlich ausgetragene und verhandelte Wut zu schämen hatte, zu verändern und selbstbewusst in der Öffentlichkeit für die eigenen politischen Interessen und Bedürfnisse einzustehen. Die kollektive Auseinandersetzung mit Gefühlen wie Schuld, Scham und Wut verändert die sozialen Gefühle selbst wie auch die sozialen Identitäten.

Innerhalb der migrantischen sozialen Gruppen gibt es ein fragmentiertes und widersprüchliches Wissen hinsichtlich politischer und sozialer Ausschlussprozesse. Unterhält man sich mit Müttern, deren Kinder in Berlin-Kreuzberg in vernachlässigte Schulen gehen, fällt schnell ihre kritische Analyse über die vermeintliche Chancengleichheit und Gleichberechtigung auf, die in den segregierten Kiezen nicht gültig sei, weil strukturelle Vernachlässigung herrscht und sie selber eher von Chancenungleichheit betroffen sind. Der Begriff des strukturellen Rassismus wird nicht erwähnt, allerdings deutet die Analyse auf genau diese Prozesse hin. Der Zuzug von bürgerlichen und ‚kreativen‘ sozialen Gruppen verschärft diese Probleme und macht sie erkennbar beziehungsweise sichtbar, weil – um in der Sprache der städtischen Politik zu bleiben – durch ‚soziale Durchmischung‘ migrantisch und arm geprägter Stadtteile räumliche, soziale, und kulturelle Kämpfe im Gentrifizierungsprozess beginnen, die es erlauben, auch die erweiterte Reproduktion und den Alltag im Kiez nach wie vor entlang bürgerlicher Maßstäbe fortzusetzen.

Soziale Mischungsthesen entproblematisieren ungleichzeitige soziale *Entmischungsprozesse*, die parallel zur Verdrängung stattfinden. Dennoch gab und gibt es innerhalb der migrantischen Gemeinschaft in Berlin keine populäre breite Beteiligung an den Kämpfen gegen die Verdrängung aus den migrantisch geprägten Kiezen parallel zum Alltagsbewusstsein von rassistischer Verdrängung, Ausbeutung und Konflikterfahrung.

„Alle wissen von den Problemen“, fasst Necmiye Gülbol zusammen, „es sind so viele ausgezogen. Man kann es in jedem Haus sehen. Man weiß von

den Veränderungen, aber man weiß nicht, was dagegen zu tun ist.“ Darüber hinaus ist nicht deutlich erkennbar, wie man sich innerhalb der Widersprüche organisieren kann und welche Formen der direkten Auseinandersetzung aufgebaut werden können für die Mieter\_innen in den Stadtteilen.

### **Politisches Begehren der Migration und Strukturen der Öffentlichkeit**

Innerhalb der migrantisch geprägten Kieze gibt es eine weitere historische Erfahrung, die die Formen der politischen Organisation in der Nachbarschaft berührt und immanent mit den Widersprüchlichkeiten und Wirkungen des Rassismus innerhalb der ‚Gastarbeitsmigration‘ und dem Diktat der Integrationspolitik zusammenhängt. Das kollektive Wissen um soziale und rassistische Ausschlussprozesse ist, wenn auch widersprüchlich und fragmentiert, ein über Generationen hinweg mehr oder weniger bewusst weiter vermitteltes. Politisch aktiv zu sein, um Recht und Unrecht in Alamanya zu kämpfen, war für eine ganze Generation der Arbeitsmigration bis 1973 Anlass, ausgewiesen und über restriktive Ausländergesetze quasi rechtlos staatlicher Gewalt ausgesetzt zu werden – trotz Lohnarbeit und Steuerzahlung. Lange wurden die Arbeitskämpfe der Migrant\_innen, ihre sozialen und kulturellen Selbstorganisationsaktivitäten und ihre Beteiligungen an Kämpfen um Wohnraum und Kinderausbildungsförderungen nicht berücksichtigt oder unterstützt. Sie waren dennoch vorhanden als frühe Selbstorganisationsstrukturen in den Stadtteilen und Städten[9]. Interessanterweise waren es im Westen linke politische Gruppen vom spontaneistischen bis hin zum orthodox kommunistischen Spektrum und in der DDR Wissenschaftler, die die sogenannten ausländischen Arbeitskräfte, ihre Streiks und Arbeitsverweigerungen, genauestens beobachteten. Erstere, weil das prekäre, ausgeschlossene Subjekt der Migration im Gegensatz zur deutschen Stammarbeiterschaft in den Betrieben (noch) nicht verbürgerlicht und die Ausbeutung und möglicherweise auch der Widerstand dort am stärksten war. Letztere, um aus ähnlichen Gründen eine politische Bilanz zum Werdegang des westdeutschen Kapitalismus zu ziehen und genau zu beobachten, welche Streiks welchen Betrieben den Profit abdrehen (vgl. Elsner 1970). Die Politisierbarkeit von Migration war darüber hinaus aber auch für staatliche Überwachungsbehörden von großem Interesse. In den 1960er Jahren spiegelte sich nicht nur der historische Antikommunismus in der Kontrolle insbesondere der spanischen Gastarbeiter\_innen, die als syndikalistisch erfahrene Aktivist\_innen die migrantischen Massenarbeiter\_innen hätten indoktrinieren können. Vielmehr zeigte sich auch deshalb ein explizites Interesse an der Überwachung von Gastarbeiter\_innen und ihren Arbeitervereinen, die politische Migrant\_innen aus Selbstschutz und strategisch gegen staatliche Überwachungen nach 1973 zu Kulturvereinen, Zeitungen und Lokalen umbenannten, weil auch staatliche Behörden (Ausländerbehörden, Polizeistellen, Unternehmensleitungen, Arbeitsministerien) das empfindliche Teilelement in der Produktionskette und gesellschaftlichen Struktur, das ‚Lumpenproletariat‘ und sein politisches Begehren genau beobachten wollten ähnlich übrigens wie die ‚Linke‘.

Die Düsseldorfer Nachrichten titeln am 6. April 1971 nach Veröffentlichung des Ausländer-Jahresberichts des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz:

„Gewaltakte radikaler Ausländer nehmen zu“. Sie verkünden in dem Artikel, dass es zu dem Zeitpunkt über 1.000 ‚Ausländervereinigungen‘ gibt, von denen 501 mit einer Gesamtmitgliederzahl von 50.000 als politisch radikal angesehen werden. Aufgezählt werden spanische, griechische, jugoslawische und palästinensische Exilgruppen. Eine politische Dimension der migrantischen Exilpolitik unterschätzt allerdings bisher, dass Exilgruppen sehr früh angefangen haben, sich um die speziellen Bedürfnisse und Lebensbedingungen der Migrant\_innen vor Ort zu kümmern und nie reine ‚exilpolitische‘ Organisationen waren, die auf die Herkunftsländer fixiert waren. In dem Zeitungsbericht spiegelt sich das in dem Hinweis, dass die Konzentration der Aktivitäten in den industriellen Ballungsgebieten da lag, wo der größte Teil der Gastarbeiter\_innen beschäftigt war. Das Regiment über die Gastarbeiter war deshalb nicht weniger umkämpft. Es tat sich einiges zu der Zeit und diejenigen, die aus den bestehenden Überwachungs- und Kontrollorganen flohen, reagierten ebenso auf die staatlichen Regulierungen wie umgekehrt: Spanische Kommunist\_innen in Nordrhein-Westfalen organisierten sich im Exil explizit zur Anwerbung von spanischen Arbeitsmigrant\_innen für die KP in Spanien über Radioprogramme, die aus dem kommunistischen Prag nach Deutschland gesendet wurden. Sie entwickelten eigens für ‚Gastarbeiter‘ in Deutschland spanischsprachige Propagandasendungen im tschechischen Radio oder man publizierte in ‚multinationalen kleinen Betriebszeitungen‘. Dabei bezogen sie sich auch in zunehmendem Maße auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der spanischen Arbeiter sowie wichtige politische Gesetzesänderungen, Streiks, Arbeitrechtsregelungen oder Diskussionen in Westdeutschland. Die Hoffnung der Agitatoren entsprach der Angst der Politiker: Die demokratischeren Verhältnisse, die die Arbeitsmigrant\_innen hier erlebten, sollte sie gegen die Diktaturen im Süden aufbegehren lassen und als ‚Arbeiterklasse‘ in Deutschland gegen die Ausbeutung, Diskriminierung und Spaltung der ‚deutschen‘ Kolleg\_innen einigen. Die Vorgänge wurden aufmerksam von den obersten deutschen Landesbehörden des Innenministeriums überwacht, beobachtet und dokumentiert.

Hinzu kamen die Wilden Streiks, an denen sich Migrant\_innen in den 1960er und 1970er Jahren beteiligten, und über die die westdeutsche bürgerliche Medienlandschaft partiell ebenso entrüstet war. Nach dem wilden Streik bei Ford in Köln, der auch als ‚Türkenstreik‘ in den Medien rassifiziert wurde, bilanzierte etwa die BILD-Zeitung im August 1973: „Das [Gemeint sind streikende Gastarbeiter. Anm. d. A.] sind keine Gäste mehr.“ Erst durch die späte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 1972 wurde es Migrant\_innen in den Betrieben ermöglicht, auch in den Betriebsrat gewählt zu werden und auf betrieblicher Ebene an politischen Selbstverwaltungsstrukturen zu partizipieren. Man konnte das Verbot als Ausländer, ohne deutsche Staatsangehörigkeit für den Betriebsrat kandidieren zu dürfen, umgehen, was gängige Praxis in einzelnen Betrieben war und von den lokalen Kräfteverhältnissen abhängig war. Die Wahlleitung und die Belegschaft fragten an der Stelle einfach nicht nach der Staatsangehörigkeit des Kandidaten. Auf der anderen Seite gab es zahlreiche Fälle, in denen gewählte migrantische Betriebsräte nicht zugelassen wurden. Der politische Unwille der Behörden und Gesetze gegenüber der politischen Sichtbarkeit der Migration trafen auf eine eigensinnige politische Organisation von Migrant\_innen und Vernetzungen, die – wenn man so möchte – mit der

spätestens 1972 festgehaltenen Betriebsverfassungsänderung die langsame Integration und somit Verbürgerlichung anvisieren sollte. Die Migration begann sich fortan auch per Integrationsdiktat und durch Integrationsprogramme in die Gesellschaft hinein zu kämpfen.

Politische Konflikte um Sichtbarkeit und Raum in der Öffentlichkeit sind für die Migrationsgeschichte begleitend. Es ist gerade das fragmentierte Wissen um diese Konflikte im Sinne eines ‚Gegen-Erinnerns‘, was generationenübergreifend als Erfahrung, Affekt, Wissen weitergegeben wird. Hiermit ist das Wissen um die politischen Kämpfe, Ungerechtigkeits Erfahrungen und Konflikte gemeint. Es ist demnach weniger eine neue politische Sichtbarkeit von Migrant\_innen heute in den Stadtteilkämpfen, sondern eine neue Konjunktur von Konflikten und Auseinandersetzungen, an denen sich Migrant\_innen heute beteiligen.[10] Auch die sozialen Bewegungen erhalten dadurch die Chance, sich entlang der politischen Gelegenheiten und sozialen Konflikte zu entwickeln und neue politische Formen der Handlung zu finden. „Wir wissen um die allgemeinen Institutionen, an die wir uns richten können, es sind nicht mehr nur migrantische, bekannte Orte und Vereine, die wir aufsuchen. Stattdessen haben wir nun ein Kiezfrühstück im Stadteilladen organisiert. Das macht Spaß und wir kommen in permanenten Kontakt mit den Nachbarn,“ berichtet Necmiye Gülbol weiterhin in Bezug auf Formen der alltäglichen kollektiven Organisierung.

Ich frage sie danach, was sie getan haben im Rahmen der politischen Organisierung, und was ihr wichtig war.

„Es kamen verschiedene Leute zusammen und wir haben vornehmlich geredet, gesprochen und diskutiert. Ja, und manchmal haben dann doch immer wieder dieselben gesprochen und dieselben geschwiegen. Das hat genervt. Aber schön war, dass es einfach etwas Gemeinsames gab. Das möchte ich jetzt mit Frauen in der Nachbarschaft fortführen. Das ist für uns besonders wichtig, ob nun die Männer im Haushalt helfen oder nicht, in der Regel sind es Frauen, die sich selbst mit Arbeit noch um die Familie kümmern müssen und um unser Zuhause.“

Wir laufen ein ganzes Stück weiter und verlieren uns etwas im Treiben.

„Diese Alltagsdinge sind so wichtig. Es wird immerzu von den Kämpfen geredet, dass wir Widerstand geleistet haben“, ein abwesender Blick in die Tiefe der baumbesäumten Straße mischt sich mit dem Asphaltgeruch, bis die Fußgängerampel auf grün schaltet. Ein paar Tourist\_innen ziehen ruhigen Ganges ihre Trolleys hinter sich her. Gleich hinter ihnen, eigentlich sogar gegen den Lärm, ergreift Necmiye mit etwas kräftigerer Stimme das Wort.

„Unsere Zwangsräumung war auch eine Niederlage. Wir mussten schließlich ausziehen, andere müssen auch ausziehen. Das muss uns klar sein. Und dennoch hat das alles so viel verändert. Es war gut und man sollte weiter kämpfen, auch wenn es viel Zeit kostet und Arbeit ist. Das gehört zum Leben.“

## Endnoten

[1] Vielen Dank an Jan Ole Arps von A&K und an die Redaktion und das Lektorat von s u b \ u r b a n für das aufmerksame Lesen. Vielen Dank besonders auch an Necmiye Gülbol für die offenen Gespräche und ihr Vertrauen.

- [2] Gastarbeiter\_innen kamen Mitte der 1960er Jahren in die Westberliner Kieze, um auf dem Bau, in der Chemischen Industrie, in der Lebensmittelherstellung, in Krankenhäusern, in der Elektro- und feinmechanischen Industrie oder in der Industrie zu arbeiten, etwa bei Siemens. Mitarbeiter\_innen aus der Personalführungsebene von Siemens fuhren im August 1961, einen Tag nachdem die Mauer hochgezogen wurde, mit Bussen, Dolmetschern und ohne die städtische Einwilligung zuerst nach Jugoslawien und dann in die Türkei. Sie wollten durch die direkte Anwerbung von Gastarbeiter\_innen den Mangel von 4.300 Arbeitskräften ausgleichen, der durch den Ausfall der Arbeiter\_innen entstand, die in der DDR wohnten und nach dem Mauerbau nicht mehr zur Arbeit bei Siemens kommen konnten.
- [3] Den Begriff der ‚Subjektivierung‘ prägte Michel Foucault. Vereinfacht gesprochen beschreibt der Begriff Prozesse und Handlungen, mit denen eine Person in einen politischen Zusammenhang eingepasst wird und sich selbst einen Platz darin erobert. Das Subjekt wird dabei als etwas begriffen, das sich durch Sozialisierungsprozesse in einem politischen Zusammenhang erst selbst erschafft – nur dass dieser Zusammenhang seinerseits nie stabil ist und auch durch die Handlungen der Einzelnen ständig aufs Neue produziert und auch verändert wird.
- [4] Es handelt sich hierbei um eine in politischer Hinsicht lange umstrittene, soziologisch jedoch unterbelichtete Frage, die politische Aktivist\_innen auch schon in den 1980er Jahren stark interessiert hat. In einer Broschüre des *Ausländerkomitees Berlin (West)* ergibt sich für das Kollektiv etwa folgende politische Antwort: „In Kreuzberg wohnen in Berlin relativ die meisten Ausländer. Kreuzberg ist das Zentrum sowohl der türkischen Alltagskultur wie der alternativen Szene. Beide Lebensbereiche laufen jedoch nebeneinander her, sie haben nur räumliche Berührungspunkte. In Kreuzberg sind auch die meisten Gruppen aktiv, die gegen die Zerstörung des Kiez durch Planung und Spekulation kämpfen. Die meisten besetzten Häuser Berlins liegen in Kreuzberg. Aber in den Initiativen und Aktionen zur unmittelbaren Umwelt machen Ausländer fast nicht mit. Zum Beispiel hat die BI SO 36, die 1979 die ersten Instandbesetzungen in Berlin machte, rund 40 aktive Mitglieder. Keiner von ihnen ist Ausländer. Obwohl die ausländischen Familien hauptsächlich betroffen sind von Wohnpolitik und Wohnspekulation.“ (Ausländerkomitee Berlin (West) 1982, 28 f.). Die historische Überprüfung des Verhältnisses zwischen ‚Gastarbeitenden‘ bzw. ‚dem Ausländer‘ und ‚Linksradikaler Politik‘ gibt nicht nur – wie die Frage vermuten lässt – Aufschluss über ‚die Ausländer‘ und ihre Kämpfe, Organisierung als auch lebensweltlichen Arrangements, sondern es rekonstruiert historisches Wissen über Politik, Theorie und Kultur der radikalen Linken selber.
- [5] Das Interview mit Frau Gülbol wurde auf Türkisch geführt. Die Autorin ist verantwortlich für die deutschen Übersetzungen.
- [6] Vgl. weiterführend zum ethnographischen Interview als Form und Ergebnis von Auseinandersetzung und Analyse: Fabian (1984).
- [7] ‚Moralische Ökonomie‘ ist ein umstrittenes methodologisches und sozio-historisches Analysekonzept als auch Ergebnis historischer Sozialgeschichte aus Großbritannien. Edward P. Thompson entwickelte mit dem Konzept in *The Making of the English Working Class (1963)* gegen die ökonomistische Arbeiterklassenanalyse im orthodoxen Marxismus eine Analyse der dynamischen Selbstkonstituierung der englischen ‚Unterschichten‘. Historisch untersucht er Massenunruhen und Proteste etwa gegen die Einführung von Maschinen, Nahrungsmittelknappheit und Landenteignungen in der industriellen Übergangsphase zur kapitalistischen Marktform zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert. Mit dem für eben diese historische Dynamik entwickelten Konzept der ‚Moralischen Ökonomie‘ betont er, dass die Aufstände eine soziale nicht-kapitalistische moralische *Logik* und *Ratio* inne hatten, und nicht einfach „spasmodische Reaktionen“ auf den sich etablierenden freien Markt waren, wie es der historische Materialismus im Namen der Organisierung der abhängig Beschäftigten in Parteien und Gewerkschaften hingegen suggerierte (vgl. Wildcat Nr. 40/41). Thompson hingegen begründet die historischen Unruhen nicht als Reaktion auf soziale Missstände, weshalb soziale Klassen auch nicht als Objekt der Industriegesellschaft erscheinen. Vielmehr liest er ihr Werden am historischen Material aus einer sozialen Dynamik heraus, in der subjektive und kulturelle Faktoren eine Rolle spielen. Die unterschiedlichen sozialen Unterschichtengruppen bezogen sich in ihren Grundannahmen und Legitimitätsvorstellungen in Protesten, direkten Aktionen, Aufständen und ihren rebellischen Handlungen des Alltags, wie etwa

im Kampf um die Neubestimmung von Brotpreisen, direkt auf moralisch ökonomische Tauschwerte, um gegen die Preisbestimmungen auf dem freien Markt zu protestieren. Insofern betont er die Logik der Selbstorganisation der ‚Arbeiterklasse‘ als heterogene, dynamische und historische Größe. In den 1980er Jahren gab es verstärkt ethnographische Weiterentwicklungen des Konzepts. James Scott untersuchte Aspekte der MÖ in den Rebellionen und Aufständen in Subsistenzwirtschaften in Südostasien, zumal Thompson selber die MÖ als rein historisches Konzept für das 18. Jahrhundert verteidigte. Der Historiker John Bohstedt wiederum liefert in *Riots and Community Politics (1983)* eine wichtige Kritik an Thompson und bemängelt u. a. die Engführung der Aufstände und MÖ auf die Engführung einer ‚Klassenbildungslogik‘. Bohstedt verbindet die Analyse der historischen Aufstände mit der Herausbildung von lokalen Communities, die wiederum die Bedingungen für Aufstände bereitstellen.

- [8] In § 175 setzt sich Gramsci (1993) in den Gefängnisheften folgendermaßen mit dem ideologischen Gehalt des Alltagsverstands und seinen Brüchen auseinander: „Wenn Marx auf die ‚Gültigkeit des Volksglaubens‘ verweist, stellt er einen historisch-kulturellen Bezug her, um die ‚Festigkeit der Überzeugungen‘ und ihre Wirksamkeit bei der Regelung des Verhaltens der Menschen anzudeuten, aber implizit sagt er die Notwendigkeit eines ‚neuen Volksglaubens‘ aus, das heißt eines neuen ‚Alltagsverstands‘ und folglich einer neuen Kultur oder einer neuen Philosophie.“
- [9] Das antirassistische Kollektiv „Kanak Attack“ hat politisch und wissenschaftlich Anfang der 2000er Jahre die Kämpfe und Bewegungen von Migrant\_innen im Hinblick auf eine neue programmatische Perspektivenentwicklung aufgearbeitet. Die Geschichte und Gegenwart der Migration aus der Perspektive der Autonomie der Migration zu denken und zu schreiben, stand hier im Fokus. Arbeitskonflikte und Arbeitskämpfe an denen Migrant\_innen beteiligt waren, sind zuvor schon in historiographischen Qualifikationsarbeiten ausgearbeitet worden.
- [10] Spricht man mit älteren Arbeitsmigrant\_innen, berichten viele erstaunlicherweise genau von den Unterdrückungs- und Aufbruchserfahrungen in den 1960er und 1970er Jahren, die ihnen unter schwierigen Bedingungen dennoch auch Gefühle von ‚Würde‘ und ‚Selbstbewusstsein‘ vermittelt haben.

## Autor\_innen

Ceren Türkmen ist Soziologin und arbeitet zu folgenden Themen: Geschichte der Arbeitsmigration, Rassismus, Urbane Kämpfe, Wirtschaftsethnologie, kritische Staatsanalyse.  
Ceren.Tuerkmen@sowi.uni-giessen.de

## Literatur

- Ausländerkomitee (West) (1982): Aber kämpfen muß Du schon! Kulturelle Identität und Kulturarbeit von Ausländern in Berlin. Berlin: Eigendruck.
- Bohstedt, John (1983) *Riots and Community Politics in England and Wales, 1790-1810*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Elsner, Lothar (1970) *Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland. Zur Lage und zum Kampf der ausländischen Arbeiter unter den Bedingungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems 1955-1968*. Berlin: Verlag Tribüne des FDGB der DDR.
- Fabian, Johannes (1983): *Time and the Other. How Anthropology Makes its Object*. New York: Columbia University Press.
- Gramsci, Antonio (1993): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Band 5*. Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.
- Thompson, Edward P. (1991) {1963} *The Making of the English Working Class*. Toronto: Penguin Books.
- o.A. (1997) *Gewerkschaftslinker zwischen Ökonomie und Moral*, in: *Wildcat* 40/41, S. 64-83.





## *Queer Times*

Karolina Sobel

*Der Raum, in dem wir leben, durch den wir aus uns herausgezogen werden, in dem sich die Erosion unseres Lebens, unserer Zeit und unserer Geschichte abspielt, dieser Raum, der uns zernagt und auswäscht, ist selber auch ein heterogener Raum.*

(Foucault 1967)

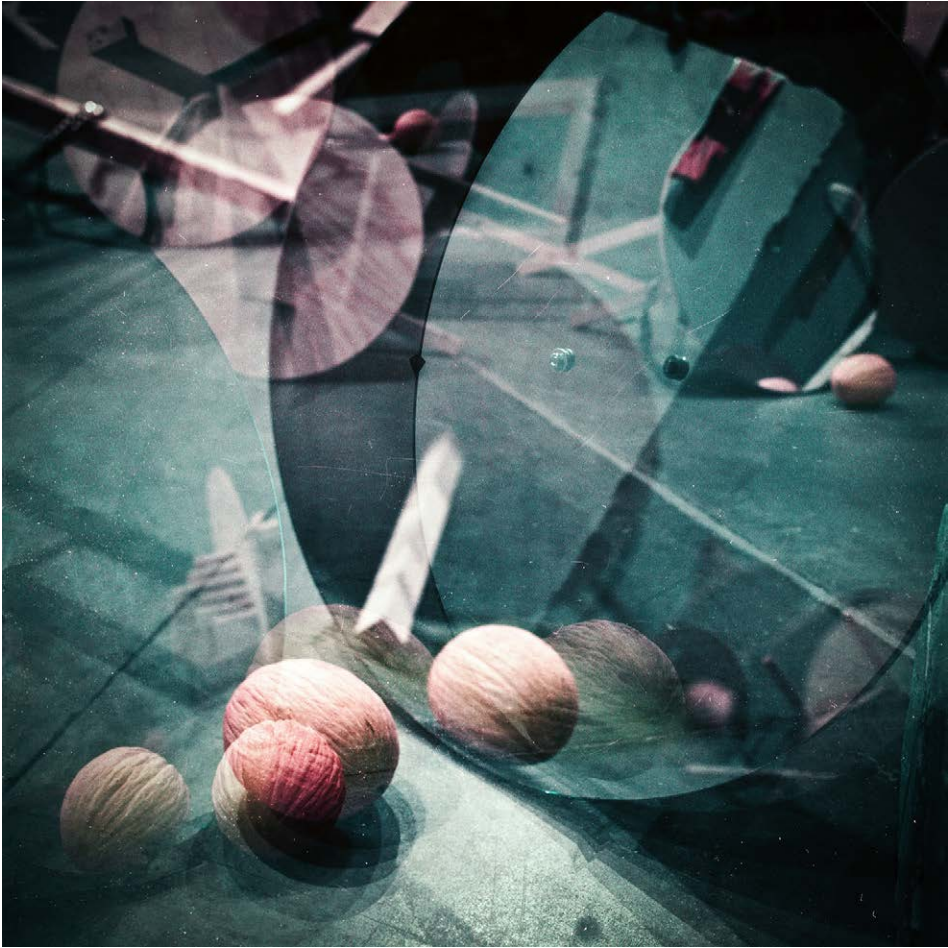
Foucaults Begriff hat mich inspiriert, Bilder und ihre Kontexte neu zu verstehen und sie in ihrer Darstellung als Heterotopien zu konzipieren. Nach Theorien von Michel Foucault leben wir gleichermaßen in einer Epoche der Gleichzeitigkeit, des Aneinanderreihens, der Nähe und Ferne, des Nebeneinanders ebenso wie des Zerstreuten. Heterotopien existieren einerseits nicht als reale Orte, andererseits können sie einen Raum darstellen, der nicht körperlich existiert oder der eine andere Dimension besitzt.

In meiner Arbeit habe ich mich in vielen Experimenten mit analogen Fotografien mit der Technik der Doppelbelichtung auseinandergesetzt. Dieses Verfahren nutze ich als Werkzeug zur Darstellung einer Illusion und Wunschvorstellung des wirklichen Raumes. Die Bilder zeigen Begegnungen mit befreundeten queeren Menschen, unbekanntem Plätzen und Orten, an denen Kunst präsentiert wird. Vor allem wird die Relativität der abgebildeten ‚Wahrheit‘ belichtet. Meine Intention ist dabei, eine Identität der Menschen und Orte aufzuheben, die unsichtbaren und unausgesprochenen Ängste zu visualisieren und durch eine Zusammenstellung in neuen Konstellationen die verdeckten Sinngehalte hervorzuheben. Dabei soll eine neue Art der visuellen Narration entwickelt werden, die die verdeckten Wahrheiten und die Überlagerung der Bedeutungsebenen hervorbringt.









## **Autor\_innen**

Karolina Sobel absolvierte ein Studium der Stadtgeschichte und ist ausgebildete Fotografin. Nach einem Auslandjahr in Paris (2012) lebt sie in Karlsruhe, widmet sich künstlerischen Projekten und studiert Medienkunst.  
mail@karolinasobel.com

## **Literatur**

Foucault, Michel (1993 [1967]): Andere Räume. In: Karlheinz Barck (Hg.): Aisthesis – Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik; Essais. 5. Leipzig: Reclam, S. 39





